NR. 16 4/84 4.–DM

schwarzer FADEN

ANARCHISTISCHE VIERTELJAHRESSCHRIFT



IWF

ATOMMÜLL

ZUR WENDE

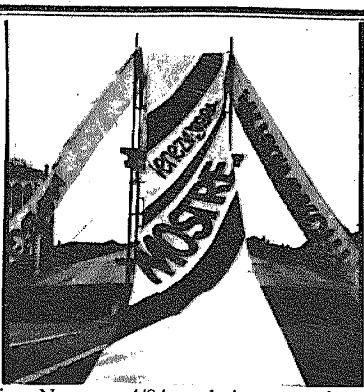
FEMINISMUS

BUKO-BERICHT

1984:'DIE WARE'

VENEDIG-BERICHTE

O.M. GRAF



Diese Nummer 4/84 erscheint zugegebenermaßen etwas spät im Jahr, doch wir denken, daß es gerechtfertigt war, zu warten, bis die zugesagten Artikel tatsächlich (fast) alle bei uns eintrafen. Mit der Venedig-Berichterstattung und zwei ersten Orignalbeiträgen von John Clark (Canada) und von Barbara Köster (Frankfurt) ist der Schwerpunkt dieser Nummer bereits gegeben. Wir setzen ihn ihn in den nächsten Nummern fort mit Übersetzungen der Beiträge Murray Bookchins »The radicalization of nature« und »Theses on libertarian municipalism«, einem Papier der uns befreundeten Athener Anarchozeitung ARENA zu »Eurosocialism, the case of Greece«, dem interessantesten Beitrag aus der Anarcha-Feminismus-Diskussion von der Französin Arianne Gransac »La liberation des femmes: de l'ordinaire a l'importance...« und dem Vortrag des unkompliziertesten Redners in Venedig, Stephen Schecter, der als einziger seinen Vortrag überhaupt nicht hielt, als er merkte, daß die Hälfte der Zuhörer lieber diskutieren wollte: »The real rocky horror picture show: state and politics in contemporary society«.

Mit den Artikeln zur Wende und zum IWF beginnen wir die unseres Erachtens für Anarchisten wichtigste ideologische Auseinandersetzung der Gegenwart, die dem »**Neoliberalismus**« gilt, der es versteht mit scheinbaren »Anti-«Staats-Argumenten die Bevölkerung der Demokratien zu gewinnen/zu verarschen.

Mit den Beiträgen zum Atommüll und dem BUKO-Bericht wollen wir ein wenig den Eindruck verstärken, daß es mit der Anti-AKW-Bewegung wieder aufwärts geht und daß es langsam deutlich wird, daß sie nicht der »außerparlamentarische Arm« der GRÜNEN zu sein hat, sondern sich als *»antiparlamentarische Bewegung«* reorganisieren muß und wird.

INHALT

Zuletzt zum **4. FLI-Treffen** im Tagungshaus der Burg Waldeck. Es hat leider keinen ausführlichen Bericht gereicht, weil die Berichte aus den Arbeitsgruppen noch nicht vorlagen. Nur soviel: es war das unseres Erachtens gelungenste Treffen. Anwesend waren insgesamt 46 Personen, davon die Hälfte zum ersten Mal. Gearbeitet wurde an einigen Themen von Venedig (FLI-Papier zur Arbeit, Welche Revolution, Bookchins Thesen, Ansätze zur Erneuerung des Anarchismus etc.), am Thema »Anarchismus auf kommunaler Ebene – Verhältnis zu Offenen Listen der GRÜNEN«, am Thema »Sowjetunion«, am Thema »Antipädagogik«, »Feminismus – oder Kritik männlichen Denkens und Diskussionsverhaltens auch unter Anarchisten«, »Anarchismus contra modischer Zynismus« und einiges mehr. Die Aufteilung in Kleingruppen und das Angebot mehrerer Themen erwies sich als erfolgreich und wird beibehalten werden. Nicht stattfinden konnte der Arbeitsbereich »Gentechnologie«, da die FLI-Mitglieder, die ihn vorbereiten wollten, alle zum Treffen nicht gekommen waren. Das **5.Treffen wird vom 15. bis 19. Mai im KOMM in Nürnberg** stattfinden.

Themenvorschläge und Diskussionspapiere an die FLI-Rundbriefkontaktstelle: Günter Hartmann, c/o Antiquariat, Oranienstr. 39, 1000 Berlin 36. An dieser Stelle auch die Erinnerung, daß alle (neue wie alte) FLI-Mitglieder 1985 wieder 20.-DM für die Erstellung der Rundbriefe bezahlen müssen. FLI-Konto: W.Haug/H.Blume/F.Kamann u.a. Ktonr. 140 649 000, BLZ 640 901 00, Volksbank Reutlingen. Mitglied kann jede/r werden, die/der sich bei der Rundbriefadresse meldet und die 20.-DM überweist. Mitglied sollten diejenigen werden, die auch Interesse daran haben selbst ein Thema mitvorzubereiten, selbst Diskussionen anzuregen, kurz aktiv zu sein...

Gruppenbild mit Dame vom Rückumschlag der Nummer 14: Noch sind nicht alle Personen der FAUD identifiziert worden: zm vorläufigen Ergebnis: Es handelte sich in der oberen Reihe von links nach rechts: Hermann Ritter / Theo Schuster / Bennef (aus Ratibor) / die übrigen drei stehen noch aus
In der mittleren Reihe: Konnten außer den schon bekannten Souchy und Rocker keine weiteren Personen identifiziert werden.
In der unteren Reihe sitzen: Helmut Rüdiger / Milly Wittkop-Rocker / Paul Albrecht.

IMPRESSUM

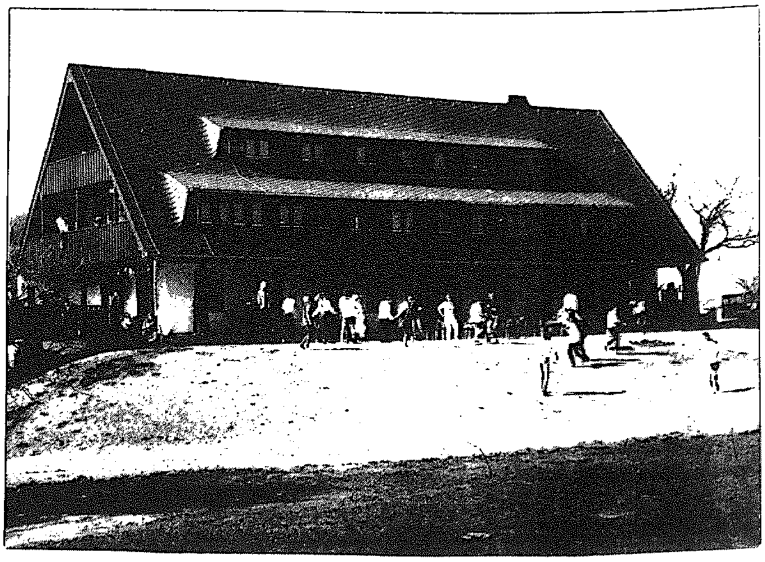
HERAUSGEBER: FLI – Forum für libertäre Informationen
V.i.S.d.P.:Horst Blume, Schleusenweg 10, 4700 Hamm; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der Verfasser und geben nicht *die Meinung der Herausgeber oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder. Eingesandte Artikel werden diskutiert; über einen Abdruck entscheidet die Redaktion der jeweiligen Nummer; ein Anspruch auf Abdruck besteht nicht; Nachdrucke sind gegen Quellenangabe und Belegexemplare ausdrücklich erwünscht, Abdrucke erfolgen honorarfrei. KNASTFREIEXEMPLARE bleiben solange Eigentum des Verlags, solange sie nicht dem Gefangenen ausgehändigt sind. Eine Zur-Habe-Nahme ist keine Aushändigung!*
Auflage: 2000 (!) Exemplare; Satz: Trotzdem-Verlag; Druck: Druckcooperative Karlsruhe; Erscheinungsweise: vierteljährlich; **Abonnementsgebühren: 15.-DM für 4 Nummern** *(Bezahlung im voraus; automatische Verlängerung nach Ablauf des Abo-Zeitraums, d.h. bitte gebt uns schriftlich Bescheid, wenn ihr den SF nicht mehr beziehen könnt oder wollt.)* **Anzeigenpreise***: 1 Spalte: 100.-DM + MWST; 1/2 Seite: 150.-DM; 1 Seite: 500.-DM. SF-Konto: F. Kamann - PSK Stuttgart - Ktonr. 574 63 – 703;* **Redaktionsanschrift:** *SCHWARZER FADEN – REDAKTION, Postfach 581, 7410 Reutlingen; Tel. 07121/370494; ISSN: 0722 – 8988.*

4 Nummern: 15.-DM
8 Nummern: 30.-DM
Bitte vor der 1. Lieferung, bzw. bei Verlängerung des ABOS nach der letzten Nummer des alten Zeitraums.

Postscheckamt Stuttgart, F. Kamann, Kontonummer: 574 63 – 703

Redaktionsschluß Nr.17: 1.03.85

★ SPENDENLISTE: 45.- B.S., Tübingen; 75.- N.H., Nürnberg; 5.- F.W., Ellweiler; 20.- J.S., Wittmund; 5.- G.H., Wiesbaden; 5.- M.M., Hildesheim; 5.- T.A., Bad Hersfeld; 25.- E.H., Emmerich; 5.- K.L., Mömbris; 5.- O.S., Ahlen; 10.- P.P., Wrestedt; 16.- A.M., Bremen; 5.- R.B., Mannheim; 10.- H.K., Augsburg; 2,50 H.G., Köln; 5.-, B.B., Tübingen; 5.- F.L., Vlotho
Die Spenden sind sehr wichtiger Bestandteil für die Kostendeckung des SF. Wir bedanken uns deshalb recht herzlich dafür.



Waldeck

venezi(A)1984

Denkanstöße von Venedig '84...

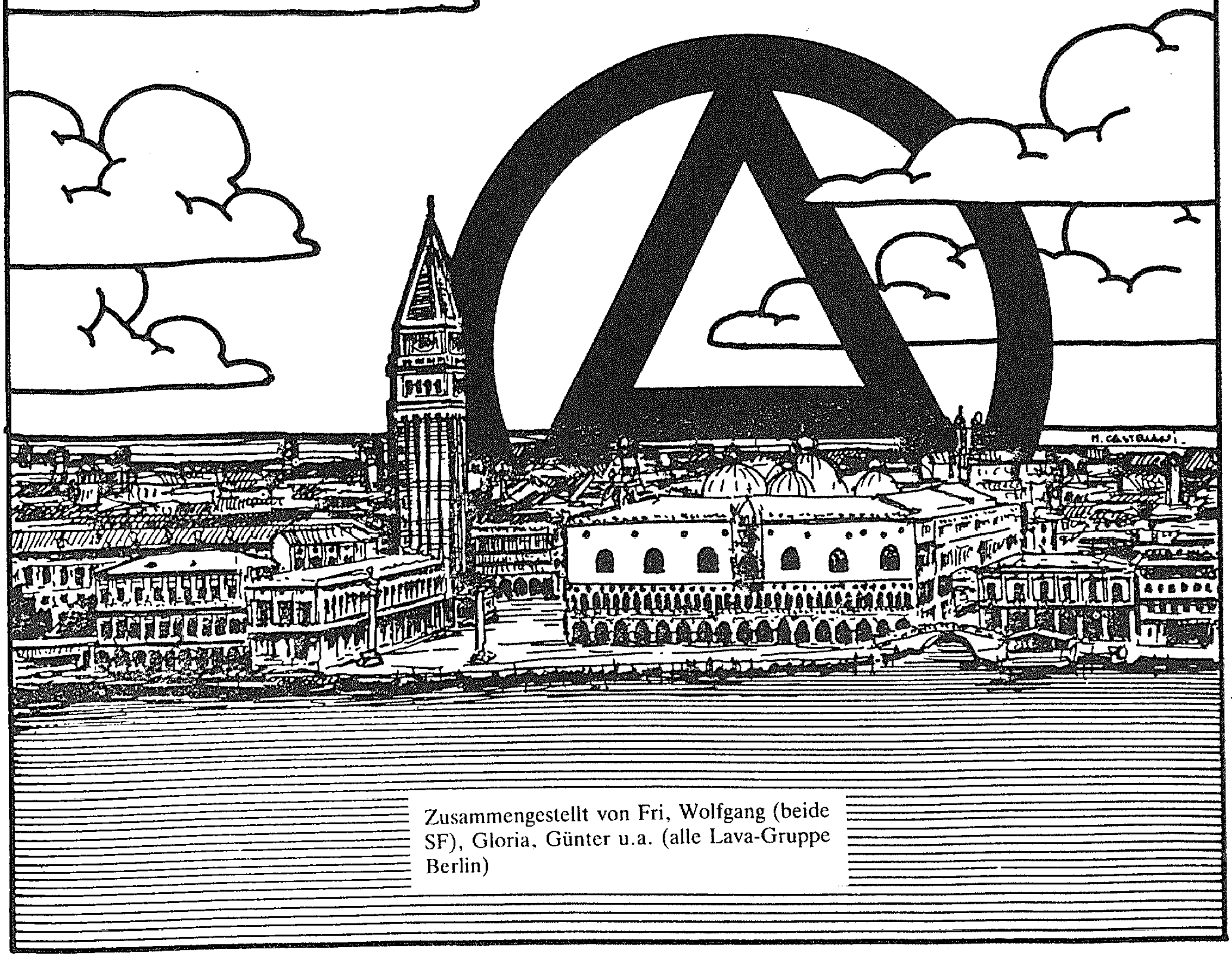
I. Atmosphärisches

La Republica (29..9.84): »Sie sind 3000 und kommen aus der ganzen Welt um zu entscheiden, wie ein nachindustrieller Anarchismus aufgebaut werden könnte. (...) Die meisten sind jung, aber man kann auch grauhaarige ältere Männer sehen. Viele von ihnen sprechen zwei oder drei Sprachen korrekt. Es gibt auch eine Punkecke und einige Drop-Outs.«

Il Gazzettino (Venedig-Lokal»presse«, 29.9.84): »Sie gehen nackt herum und kopulieren in der Öffentlichkeit.«

Il Corriere della Sera (29.9.84): »Manche zweifelten, ob es sie noch gäbe. Doch nichtsdestotrotz, die Anarchisten wollten sich zeigen und sagen, daß sie tatsächlich noch vorhanden sind.«

Und nach der bürgerlichen Presse noch die Stimme der syndikalistischen *Umanita Nova* (7.10.84): »Etwas wie dieses Treffen, hilft uns, unseren Minderwertigkeitskomplex abzubauen.«



Zusammengestellt von Fri, Wolfgang (beide SF), Gloria, Günter u.a. (alle Lava-Gruppe Berlin)

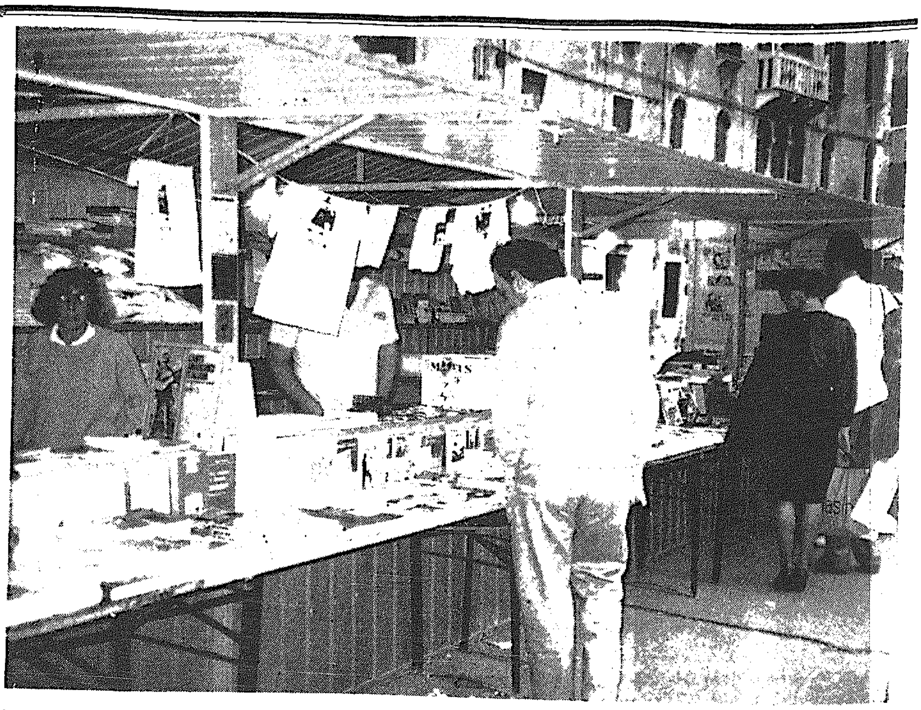
Die Organisatoren, allen voran die Genossen um das Mailänder Centro Libertarii und Revista A, hatten nicht mit diesem Andrang gerechnet und waren auch besonders über die große deutschsprachige Beteiligung (ca. 300-400 Deutsche, Schweizer, Österreicher) überrascht. Daß diese Überraschung nicht nur positiv war, lag an dem vor allen von vielen Deutschen recht provokativ ausgetragenen Konflikt zwischen »Theoriekongreß« und »Aktionismus-Mythos«. Aufgebauscht, sahen einige in der fehlenden deutschen Übersetzung schon eine Verschwörung im Gange »die deutsche Position« auszugrenzen. Mangelndes Selbstbewußtsein war noch nie Kennzeichen der Deutschen...

Daß es »die deutsche Position« nicht gab, liegt auf der Hand, so waren Anarchos, Autonome, Graswurzler, Studenten, Sympathisanten, traditionelle Anarchisten und Syndikalisten genauso nach Venedig gekommen wie Anarchotheoretiker, Punks oder kritische Libertäre, denen es um die Erneuerung des Anarchismus geht. Die Touristen nicht zu vergessen, schließlich fand das ganze in Venedig statt.

Von den älteren Genossen hatte Clara Thalmann die Reise von Nizza auf sich genommen und sie genoß es sichtlich, was sich um den Campo Santa Margherita an Leben abspielte. Das Sprachproblem wurde im Verlauf des Treffens ansatzweise gelöst; und es soll noch einmal betont werden, daß die Veranstalter von Anfang an Kabinen etc. zur Verfügung gestellt hatten und eine zufriedenstellende Übersetzung nur daran scheiterte, daß es dieser stark vertretenen aber uneinheitlichen und desorganisierten deutschen Bewegung nicht gelang für Übersetzer aus den eigenen Reihen zu sorgen.

Den Kongreß besuchten insgesamt ca. 3000 Teilnehmer. Konflikte gab es auch unter anders-sprachigen Gruppen, so zwischen CNT-AIT und CNT-Valencia oder zwischen CNT-AIT und dem Amsterdamer Institut um den CNT-Nachlaß von 1938/39. Der Anarchismus bot also keineswegs ein geschlossenes Bild, erst recht nicht, wenn man die inhaltlichen Positionen näher betrachtet; man könnte von einem Nord-Süd-Konflikt sprechen bzw. es gibt Einschätzungsunterschiede zwischen Anarchisten aus weiter industriell fortgeschrittenen Ländern wie USA/Canada/BRD etc. und südeuropäischen Ländern wie Spanien/Italien etc. Auf andere Punkte wollen wir zum Teil in diesem Beitrag eingehen. Wir (FLI) fanden das Treffen insgesamt sinnvoll und interessant und haben uns auch emotional wohl gefühlt. Die Aufteilung auf drei Plätze, wovon zwei der Kommunikation (Essen, Trinken, Musikveranstaltungen, Aufenthaltsplätze, Buchstand, Ausstellung, Filme...) und einer der Theorie (Vorträge, Seminare) vorbehalten waren, erwies sich als gelungen und bot den gewünschten Rahmen zum Austausch. Daß diese Aufteilung zu statisch war, erwies sich dann allerdings in den »Podiumsdiskussionen«, die zu dreistündigen Vortragsreihen »verkamen«. Während in den meisten Seminaren gut diskutiert werden konnte (Ausnahmen lagen hier oft am Verhalten der Vortragenden bzw. dem ungeschickten Eingreifen der Zuhörer), waren alle »Podiumsdiskussionen« mit Beiträgen überfrachetet. Vier Referate pro Themenkomplex hätten ausgereicht und zumindest Raum für eine oft notwendige Diskussion gelassen. Stattdessen wurden bis zu acht Referate gehalten und die verbleibenden Minuten nutzten diejenigen für vorgefertigte Stellungnahmen, die sich wohl ebenfalls gern auf dem Podium gesehen hätten. D.h. eine wohl unumgängliche Konsequenz aus der geäußerten Unzufriedenheit wäre die Beschränkung der Beiträge pro Thema. Will man keine Zensur ausüben, hieße das vermutlich weniger Themen. Die Veranstalter [CIRA in Genf ((existiert seit 1957), CSL in Mailand (seit 1976) und Anarchos Institute in Montreal (seit 1982)] haben sich eine solche Auswahlrolle nicht angemaßt und ließen jeden vorher angekündigten Beitrag zu. Ob sich dieses anarchistische Prinzip aufrechterhalten läßt, ist also der eigentliche Kern der Frage; – zugunsten eines befriedigerenden Kongreßverlaufs würden wir dafür plädieren, daß eine Vorauswahl getroffen und überflüssige Beiträge abgelehnt werden. Und die gab es in Venedig: einige zu selbstverständlich und nichtssagend, einige zu akademisch und folgenlos, andere zu selbstbeweihräuchernd – doch wer soll dies vorher entscheiden? Dies zu beurteilen und zu kritisieren ist leicht, die andere Überlegung wäre doch: wer könnte im Moment und in welcher Stadt in der BRD überhaupt ein solches Treffen in der Öffentlichkeit durchführen? Da die Antwort auf der Hand liegt, geht unser Kompliment nach Italien, wo es die italienischen Genossen verstanden, ein solches Treffen trotz (und nicht wegen!) einer kommunistischen Stadtverwaltung in Venedig zustande zu bringen.

Zu den Themen, die wir für die diskussionswertesten halten, was nicht heißt, daß wir *alle* Vorträge anhören konnten.



84

II. Autoritäre Tendenzen und libertäre Spannungen in gegenwärtigen Gesellschaften

Unter diesem Thema stand der internationale Anarchisten-Kongreß in Venedig. Wie sich anhand der Vorträge zeigt, hätte er auch unter dem Motto stehen können: Aufforderung zur Wieder-bzw. Neuaneignung der Realität!

Die Aufforderung dazu zieht sich zumindest durch die Vorträge, die wir zur Grundlage dieses Papiers genommen haben. Die Auswahl ist nicht willkürlich, sondern wurde anhand der Veranstaltungen, die von uns besucht wurden, vorgenommen. Sie geben aber auch im wesentlichen, eine Sicht aus den metropolen Ländern wieder.

Zu Beginn des Kongresses stand das orwellsche ›1984‹ zur Diskussion. Gerade diese Thematik eignet sich wie kaum eine andere den eigenen Realitätsbezug zu überprüfen. Wie ein Trommelfeuer prasselt seit über einem Jahr aus allen Ecken die Bestätigung auf uns nieder, daß der Überwachungsstaat, der ›Big Brother‹ existiert und uns alle in seinen Klauen hat.

Bei den Vorträgen zu diesem Thema trat, entgegen allen Erwartungen, eine wohltuende Differenzierung zu tage. Die Tendenz zur Überwachung und Kontrolle leugnet dabei niemand; viel wichtiger jedoch scheint zu sein, den Computer von dem ihn umgebenden »Mythos« zu befreien, um anhand der »...*Analyse einiger Aspekte der ›Verwundbarkeit der Computergesellschaft‹...*«, die »...*soziale Ambivalenz der Computer...*« aufzuzeigen. Diese Ambivalenz unterstreicht einerseits die Notwendigkeit einer ›Kritik‹ und gibt andererseits auch den Rahmen an, in dem diese geleistet werden müßte. Die »...*Kritik wird geleitet durch Vernunft angesichts eines Phänomens, das, während es die Gelegenheit zu einer libertären Dynamik in der Geschichte offen läßt, uns genauso gut einer Welt entgegen gehen läßt, die auf der reinen Logik der Macht und des Profits aufgebaut ist.*« Es wird dazu aufgefordert, die notwendige Kritik zu leisten. Dabei wird unterstellt, daß »...*die schrecklichen Prophezeihungen...*«, die überall herumgeistern, diese Kritik nicht leisten! (Alle Zitate aus: Borillo, Mario: ›Bewegen wir uns in Richtung eines Computers »1984«?‹).

Im Vordergrund der Analyse und Kritik steht das Erkennen der Multidimensionalität des ›ungeheuren Ausmaßes und der Tiefe‹ der Veränderungen, die in den gegenwärtigen Gesellschaften vonstatten gehen bzw. sich anbahnen.

Während Orwell lediglich »... *die Bedeutung der Kontrolle...«* und die »... *von Produktion und Zerstörung...«* vorwegnehmen konnte, kommt es für Libertäre darauf an, ›die Probleme und Konsequenzen, die ... aus diesen Veränderungen hervorgehen‹ zu erkennen.

Die gegenwärtige Krise ist von Anarchisten als Herausforderung zu verstehen und es gilt, *»... eine Theorie und Praxis zu entwickeln, (um) diesen Herausforderungen (zu) begegnen.« »(Die anarchistische) Literatur ist die erste, die diese ökologischen, ethischen und institutionellen Fragen, wie Gegenseitigkeit, persönliche Zusammenschlüsse (usw) aufwarf, sie könnten sorgfältig aufgearbeitet werden, um diesen anstehenden Problemen zu begegnen.«* Wir dürfen uns dabei nicht lediglich »...*auf die Sprache und Tradition des 19. Jahrhunderts...«* zurückziehen, auch wenn »... *die sicherlich während des Kapitalismus innovativ und kreativ waren...«*. Dies ist viel eher als Aufforderung zu verstehen, ihr neue innovative Kraft abzuringen und sie in Sprache und einem dem ›Post-Industrialismus‹ angemessenen Sinnzusammenhang zu stellen. Insbesondere der Anarcho-Syndikalismus wird wesentlichen tiefgreifenden Veränderungen unterworfen, weil »...*die traditionelle Arbeiterklasse, die Fließbänder, (...) die alten Fabriken ...(sich)...mit der gleichen Zukunft konfrontiert (sehen), wie die kleinen Bauern beim Aufkommen der Agrarwirtschaft, sogar die Facharbeiter und Manager können auf einen neuen marginalen Status zurückverbannt werden,...«*. Diese tiefgreifenden Veränderungen, sind für Bookchin vergleichbar mit denen, »...als sich die Menschen nach der Jägerkultur zur Agrikultur niederließen«. Die libertäre Theorie muß auf den neuesten Stand gebracht werden, indem »...*die neuen Schnittpunkte der neuen Fragestellungen in Theorie und Praxis...«* formuliert werden. Ausgangspunkt ist für Bookchin die ›libertäre Dimension der amerikanischen demokratischen Tradition‹.

Bookchin bezieht sich in seinem Beitrag ausdrücklich auf amerikanische Verhältnisse. Wie weit diese übertragbar sind auf andere Regionen, läßt er dabei offen. *»Amerikanische Libertäre müssen sich jetzt der anarchistischen Kommunaltradition zuwenden – der Bildung freier Gemeinden – von wo aus Rekonstruktionen stattfinden müssen, mit den Wurzeln in Stadtversammlungen, Nachbarschaftstreffen und städtischen Ratsversammlungen.«* (Alle Zitate aus: Bookchin, Murrray: ›Anarchismus – 1984 und danach)

Einem anderen sehr wichtigen Element der Diskussion um ›1984‹ wendete sich John Clark zu. Für ihn ist es »...*nicht BIG BROTHER, der regiert, sonder GIANT ECONOMIE SIZE BROTHER – nämlich die Ware – ...«* Macht ist bei ihm heute ›nicht brutal, sondern verlockend‹ (vergleiche nachstehenden vollständig abgedruckten Vortrag).

Das FLI-Papier, das ebenfalls in dieser ersten Podiumsdiskussion vorgestellt wurde, unterstrich die Aufforderung an die Linke, ihren ›Realitätsverlust‹ zu erkennen und sich die Realität wieder neu anzueignen. Das bedeutet Abschied zu nehmen von liebgewordenen Vorstellungen und Bedingungen, die jedoch allesamt aus dem letzten Jahrhundert stammen und in der Gegenwart zunehmend an Bedeutung verlieren.

Die Handlungsunfähigkeit der Linken, speziell der Anarchisten, wird daran festgemacht, daß »... *eine Bewegung, (...) mit dem Verfall ihrer Voraussetzungen, an die sie gebunden ist untergeht!... Eine durch ökonomische Bestimmungen determinierte Linke verfällt mit diesen (...)«*.

Daraus folgt, daß sich »... *linke Politik der ökonomischen Bestimmung entziehen und allgemeiner werden (muß). Allgemeiner in dem Sinne, daß sie sich jener Tendenz der Ökonomie zuwendet, die das ganze Leben zu durchdringen und zu vereinnahmen trachtet.«* Die Linke muß sich in die Lage setzen, »...ihre Voraussetzungen immer neu zu reproduzieren...«, so daß sie *»mit deren Veränderung nicht (zwangsläufig) untergeht.«* Das Papier verdeutlichte die anderen Ansätze an einigen Punkten, wie z.B. durch den postulierten ›Abschied von der Arbeiterklasse‹ als historischem Subjekt, der sich notwendig daraus ergibt, daß der tendenzielle Verfall der Lohnarbeit die Auflösung dieser Klasse bewirkt. Die Richtung der Auseinandersetzung wird folgendermaßen formuliert: *»Die libertäre Einflußnahme auf linkes Denken muß verstärkt jenseits der Zwangs-Arbeitsgesellschaft ansetzen und sich der Rekonstruktion der sozialen Beziehungen zuwenden, um eine Gesellschaft denkbar zu machen, die vom Zwang zur Lohnarbeit befreit ist.*

Der Weg führt, entgegen der Tradition, von der Wissenschaft zur Utopie und zur konkreten Entwurfskraft!« (Alle Zitate aus: Hartmann, Günter + Haug, Wolfgang/FLI; ›Thesen zu Auflösung und Verfall der Arbeit und zur Rekonstruktion linker Politik aus anarchistischer Sicht‹).

Abgerundet wurde der Block-1984 durch ein Papier, das sich mit den Grundlagen des Orwellschen Romans befaßt. Wichtig ist dabei, daß der Titel durch Zensur-Maßnahmen statt ›1948‹, so bedeutungsschwanger ›1984‹ heißt und daß die Grundgedanken eine Welt zu erfassen versuchen, die für Orwell real existierte. Das Moment der ›Neuschreibung der Geschichte‹ z.B. fand er realisiert in der Überprüfung und Korrektur der Ereignisse vom Mai 1937 im spanischen Bürgerkrieg, durch die kommunistische Partei.

Wichtige Momente bei der Analyse des Romans sind u.a. das Konditionieren des Individuums durch ›Neusprache‹ und ›Doppeldenken‹, die ›Omnipotenz und Omnipräsenz‹ der Partei, die alles private Leben vereinnahmt usw. Insofern fällt es auch leicht, in dem Roman die realexistierenden sozialistischen Länder leichter wiederzuerkennen, als den softeren Totalitarismus, z.B. der McCharty-Ära. Der Autor fragt zum Schluß. »... *ob uns nicht eher ›Schöne neue Welt‹ erwartet anstelle von ›1984‹.«* (Zitat aus: Gandini, J.J., ›Welcher Totalitarismus herrscht 1984?‹)

Die bisher deutlich gewordene Hauptströmung, Auseinandersetzung mit der Realität und Neuorientierung, durchzieht auch die Papiere zu der Veranstaltung »Militantes Proletariat«, worunter die Diskussion über Anarcho-Syndikalismus zu verstehen ist.

Worauf sich in diesem Bereich die Neuorientierung zu beziehen hat, wird deutlich in dem Papier von Octavio Alberola. *»Um auf einen Punkt zu kommen, was die Entwicklung von Herrschaft und der Kräfte, die sie bekämpfen, angeht, (...)(also) zwischen Staat und Anarchie, verstanden als zentrale und sich entgegengesetzte Elemente der sozialen Vorstellungskraft, ist es lebenswichtig, über alles, bewußt eine kritische Sicht der Dinge zu bewahren, gegründet auf historische Reflexion und der objektiven Analyse der Gegenwart unserer ›Bewegung‹ und nicht nur eine optimistische oder apologetische Sicht der Dinge...«. »Es geht nicht mehr länger an, mehr oder weniger demagogisch, überzeugt doktrinäre Prinzipien zu bejahen; wir müssen versuchen, solche Grundsätze zu verstehen, die das Leben in der Gesellschaft regieren, um – nach ernsthafter Reflexion – neue Wege der Intervention und des Handelns zu entdecken. Wege, die nach wie vor mit unseren antiautoritären Ideen auf einer Linie liegen, aber auch Bezüge zur Wirklichkeit aufweisen.«*

Diese Neuorientierung muß nach Alberolas Ansicht auch dann erfolgen, wenn sie sich viel schwieriger gestaltet, als bloße Bestätigung und Befolgung doktrinärer Haltungen. Die Bewegung scheint nicht zuletzt gerade aus dieser doktrinären Haltung heraus an den Rand der Gesellschaft gedrängt worden zu sein. Es scheint, »... *mehr Anarchie in den verschiedenen existierenden Bewegungen der Massen und der radikalen Minderheiten (Ökologie, Feminismus etc.) (zu geben) als in den*



militanten Aktivitäten, von dem was übriggeblieben ist an organisierter Bewegung.«

Alberola fordert zur Kritik auf, ›an all den doktrinären Molotow Cocktails‹, *»... die nur noch existieren können durch Abgeschlossenheit und ständige Wiederholung«.* Es muß begriffen werden, daß heute, nach den vielen ›radikalen Morgen danach‹, dem ›Gulag-Syndrom‹, *»... die Idee einer globalen Transformation der Gesellschaft nervös macht...«* und daß sich aus diesem Grunde*»...im persönlichen Leben mehr Hoffnungen und Leidenschaften liegen als im politischen.«*!!!

Auch die Werte der Linken sind zerfallen oder im Verfall begriffen, teils durch die ›Probe der Macht‹, teils durch ›internationale Schocks‹, speziell in Europa mit seinen vielen ›sozialistischen Oberhäuptern‹. Die Öffentlichkeit wendet sich verstärkt *»...einer anderen dominanten Ideologie...«* zu, der Wiedergeburt des Liberalismus (als Hyper-Liberalismus). Und diese Wiedergeburt stellt die Konfrontation speziell für Anarchisten dar und nicht etwa die *»...Hegemonie der Sozialdemokraten oder des totalitären Kommunismus...«* **Dieser Neo-Liberalismus vereinnahmt zunehmend originär anarchistische Vorstellungen und ist ...» trotz seines antistaatlichen Standpunktes (...) oft (um nicht zu sagen immer) das genaue Gegenteil unserer Sensibilität und unserer Ziele und nichts anderes als eine ideologische Fassade für eine neue, starke klarsehende Rechte.«** Zwar wurde die Entwicklung demokratischer und libertärer Verhaltensweisen und Sensibilitäten vorangetrieben, deren Nutznießer jedoch der Neo-Liberalismus ist. Er kann aber auch genausogut *»...das trojanische Pferd des faschistischen Totalitarismus sein ...«*, wenn es dem Kapitalismus nicht gelingt, die Krise zu bewältigen.

Daß der Neo-Liberalismus einen solchen Aufschwung nehmen kann, ist *»...ein Arschtritt für den Fortschritt der hundertjährigen Arbeiterkämpfe und für den größten Teil der Werte der Freiheit, die im allgemeinen von der revolutionären Bewegung verteidigt wurden.«* Diese Ausführungen, werfen ein neues Licht auf das Thema ›Autoritäre Tendenzen und libertäre Spannungen‹, da der Totalitarismus im neuen, bisher zu wenig beachteten Gewand daherzukommen scheint. Um dies zu erkennen und dem begegnen zu können ist es notwendig, *»...auszubrechen aus der sterilen intellektuellen Rigidität und aus dem armseligen und gefährlichen Sektierertum das gerade überall angesagt ist im orthodoxen libertären Milieu.«* (Alle Zitate aus: Alberola, Octavio: ›Der ideologische und revolutionäre Verfall des spanischen Anarcho-Syndikalismus‹)

Auch Daniel Colson nimmt Bezug auf die Marginalisierung und den sektiererischen Zustand des Anarchismus bzw. des Anarcho-Syndikalismus wenn er feststellt, daß er sich *»...einbringen kann in umfangreiche (!) soziale Bewegungen, die im allgemeinen herausragen und spontan ›anarcho-syndikalistisch‹ sind, aber er kann nicht, in seiner Form als Programm und ideologischer Bezugspunkt, Einfluß auf den Lauf der Geschichte der sozialen Kämpfe gewinnen, um lebendige Bewegungen wieder hervorzubringen, vergleichbar mit solchen, die ihn mal in's Leben riefen. »Obwohl der Anarcho-Syndikalismus in den letzten 50 Jahren Bezugspunkt für einen Teil der libertären Bewegung war, gelingt es ihm nicht innovativ zu sein!*

Der Anarcho-Syndikalismus scheint heute verkommen zu sein, zu ›kleinen Aktivisten-Zirkeln‹, zu einem ›ideologischen Projekt‹, das den sozialen Kämpfen aufgesetzt werden muß. In dieser Form ist er sicherlich nur für »...jene Militanten, die nur für die Idee leben,...« von Nutzen. Verstehen wir jedoch Anarcho-Syndikalismus *»...als eine praktische und komplexe Bewegung von sozialen Kräften, von sehr verschiedenen Interessen und Lebensweisen, welche sich auf diese Art und Weise entwickelt haben, indem sie eine soziale Logik der ›Nicht-Macht‹, der Gegenmacht, eine reale konkrete Alternative zur herrschenden Ordnung, ins Leben riefen«*, kann er von seiner idealistischen Vision befreit, neue Kraft entwickeln.

Die militanten (hier im spanisch-italienischen Sprachgebrauch benutzt: etwa ›aktives Mitlied einer Organisation sein‹) Strukturen innerhalb des Anarcho-Sydikalismus haben eine wichtige Rolle, *»...insofern als sie das Erbe der vergangenen Erfahrung lebendig halten, das die herrschende Ordnung systematisch zu unterdrücken versucht im kollektiven Gedächtnis.«*

Die Chance des Anarcho-Syndikalismus sieht Colson *»...in der Wiederentdeckung (des) praktischen und theoretischen Verständnisses von Realität, von (der) Proudhon spricht;«* die sich orientiert an den tatsächlichen Bewegungen und nicht an einem bloßen Ideal und der herrschenden Gesellschaft ihre eigene Realität entgegenstellt. Es muß verhindert werden, *»... daß die Anhäufung und Reklamierung vergangener Bewegungen sich (...) transformiert in eine nichtssagende und rigide Ideologie, in eine Orthodoxie, die in allem am meisten rigide und sektiererisch ist, weil es ihr an theoretischem Fassungsvermögen mangelt und an Bezügen zu den Kämpfen und der Realität der sozialen Widersprüche.«* (Alle Zitate aus: Colson, Daniel, ›Die Zukunft des Anarcho-Syndikalismus‹)



Die Absage an die Militanz bzw. die Forderung nach kritischer Revision findet sich auch in dem Papier von Andrea Papi, das für die Veranstaltung ›**Welche Revolution**‹ verfaßt wurde. Eine revolutionäre Strategie zu proklamieren ist dann noch sinnvoll, *»...wenn das Konzept der Revolution sich von dem Moment des Aufstandes emanzipiert, mit welchem es fast immer in Gedanken von Genossen verknüpft ist. »Aufstand und Revolution sind deshalb zu trennen, weil ... die Revolution (...) einen radikalen, unumkehrbaren Druck in der gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Struktur (verursacht)«.* Aufstand ist *»...genauso gewalttätig, wie er auch schnell wieder verschwindet.«* Außerdem ist eine Revolution nicht unbedingt an einen Aufstand gebunden. Um die Grundlagen für die Wesensmerkmale (Irreversibilität [„Un-Umdrehbarkeit"] und Radikalität) einer Revolution zu legen, *»...müssen wir uns in Richtung des Abschaffens der Legitimierung der Macht bewegen, um fähig zu sein, die kulturelle und psychologische Grundlage aufzubauen, die es uns möglich macht, die Strukturen zu zerstören, auf denen sich Herrschaft gründet. Entlegitimierung bezeichnet ein Handeln und bewegt andere zum Handeln, so als ob die errichtete Macht nicht bestehen würde...«* Dieses entlegitimierende Handeln antizipiert und realisiert das ›Nachrevolutionäre Morgen‹.

Aufstände dagegen und die reine Kampfansage an die Herrschaft, legitimieren deren repressiven Herrschaftsapparat eher, als daß sie ihn zerstören. Sie haben auch kein antizipatorisches Moment, sondern bewirken eher das Gegenteil, *»...weil der Vorgang des Aufstandes soziale Mechanismen hervorruft, die Untertanentum und Unterwerfung gegenüber den Führern erzeugen.«* Die Unumkehrbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse die eine Revolution hervorbringt ist nur verbürgt, wenn das Handeln in der Gegenwart bereits erfolgt, als ob es Herrschaft nicht gäbe.« *»...(wir müssen) innerhalb eines Rahmens handeln, der die Strukturen der Herrschaft ignoriert, und eine Realität planen und aufbauen, die – durch ihre bloße Existenz – zeigt, daß Handlung möglich ist außerhalb der Grenzen der Herrschaft.«*

Damit verbindet sich die Vorstellung von Adrea Papi mit der obengenannten von Colson. (Alle Zitate aus: Papi, Andrea, ›Welche Revolution?‹)



III. Zur Diskussion um die ›Libertäre Pädagogik‹

Mit Joel Spring, Pädagoge an der Universität von Cincinnati (USA) war einer der bekanntesten Vertreter der libertären Pädagogik nach Venedig gekommen. Sein Vortrag mußte jedoch alle die enttäuschen, die von ihm erwartet hatten, daß er »Erziehung« an sich problematisieren würde. Spring scheint unter libertärer Erziehung nichts anderes zu verstehen, als eine Erziehung, die ohne staatliche Kontrolle abläuft. Sein Beitrag setzte sich ausschließlich mit der Staatserziehung auseinander, die seit dem 19. Jahrhundert verstärkt versucht, Kontrolle über die Köpfe auszuüben, mit dem Ziel, Menschen zu erziehen, die »bereit und willens sind, für den Staat Selbstmord zugehen«, also in den Krieg zu ziehen etc. Er zeigte auf, wie die Auswahl des Lehrstoffs sich verstärkt auf die nationale Geschichte, die nationale Literatur und Tradition, die staatlichen Symbole etc. richtete um die Identifikation des Bürgers mit »seinem Staat« zu ereichen. Das 20. Jahrhundert brachte eine Verfeinerung dieser Tendenz, in dem es die Erziehung der höheren Spezialisierung in der Wirtschaft anpassen mußte. D.h. insbesondere das FUNKTIONIEREN in der Leistungsgesellschaft mußte in die Lehrpläne Eingang finden; eine Entwicklung, die weiter zur Entfremdung des Individuums führte und mit dem Verlust des Selbstbewußtseins gekoppelt ist. Selbstachtung, Identität ohne Entfremdung sind demzufolge Ziele libertärer Pädagogik bzw. Voraussetzung für die Fähigkeit Widerstand zu leisten.

Assistiert wurde Spring durch den farbigen Pädagogen Luis Jones aus New York, wenn auch von einem anderen Denkansatz ausgehend: Er stellte das US-Schulsystem als ein kolonialistisches dar, das gegen die Gleichberechtigung der Rassen erzieht und Schwarze im Bildungssystem als Eindringlinge klassifiziert. Dieser staatlichen Erziehung geht es heute nicht darum selbständig denkende Menschen auszubilden, sondern um Herrschaftssicherung. Es wird klassen-und rassenspezifisch ausgebildet und damit die soziale Stellung vorherbestimmt. Als Ausweg fordert er die Überführung der Schule unter die Kontrolle der »communities« (Gemeinden, Nachbarschaften, Stadtteilgruppen), die die Schule selbst organisieren und kontrollieren.

In der anschließenden Diskussion wurde die Erziehung als solche nicht hinterfragt, wichtig sei nur, daß sie auf freiwilliger Basis geschehe; – inwieweit Kinder einwilligen blieb allerdings offen.

IV. »Soziale Ökologie« als Konzept anarchistischer Ethik und Handlungsanweisung

Murray Bookchin aus Vermont (USA) beschrieb zunächst die ökologische Krise, die im Moment beispielsweise zu täglich 1000 Krebstoten in den USA führt (und den staatlichverordneten Rummel um ein paar hundert AIDS-Kranke und Schwule in ein anderes, bezeichnendes Licht setzt) und die in der Konsequenz die Evolution um einige Millionen Jahre rückwärts dreht. Er betont die Fähigkeit des Kapitalismus zur Reintegration der Arbeiterklasse oder zur vollständigen Kontrolle der Bevölkerung via Massenmedien und Repression. Er bestreitet ihm jedoch die Fähigkeit zur Kontrolle der Natur. Ein Gegenentwurf, die »Social Ecology«, muß ein Gesamtkonzept für Mensch und Natur entwikkeln, muß mehr sein als bloßer Umweltschutz und wirft nach Bookchin notwendig die Frage nach der Herrschaft auf.

Auch im Marxismus wird diese Problematik nicht erkannt; wird die Natur als Ressourcenquelle behandelt, die es zu beherrschen gilt. Der Mensch degeneriert zum Instrument der Produktion und wird gleichzeitig – als abstrakter Mensch – zum Herrscher über die Natur. Eine solche Sichtweise, so Bookchin, vergiftet das soziale Ideal und schafft notwendig die demokratischen Regeln innerhalb einer Gesellschaft ab. Der Sozialismus erschöpft sich nicht zufällig in Lenin's »Elektrifizierungsthese«.



Der Mensch einer (–östlich wie westlichen) – hierachischen Gesellschaft interpretiert diese Hierarchie in die Natur und erkennt nicht, daß Hierarchie für Gesellschaft und Natur gleichermaßen Fremdbestimmung bedeutet. »Verwertet und ausgebeutet« werden folgerichtig nicht nur die Ressourcen, sondern auch die Frauen oder über die Erziehung (Bookchin: »Gift der Zivilisation«) alle Menschen. Das hierarchische Denken, das sich im Westen auch im »besser als...« manifestiert, wird zum Prinzip in Armeen und Fabriken und damit zum instrument der Mächtigen über Menschen und Natur. Die Fabrik erzeugt Disziplin und es war demzufolge eine Illusion, daß sich Arbeiter unter Fabrikbedingungen emanzipieren können. »Der Arbeiter kommt erst dann zu sich (zu seiner Identität), wenn er die Fabrik abstreift.« Bookchin sieht deshalb das Ende der Industriegesellschaft für notwendig an.

»Soziale Ökologie« integriert als Gegenentwurf den Menschen in die Natur, erkennt die innere Logik zwischen Gesellschaft und Natur und begreift die Vielfalt als Voraussetzung für eine kreative freie Gesellschaft; Spontaneismus und Alternativkultur sind somit menschliche Verhaltens- bzw. Zielvorstellungen, die mit der natürlichen Evolution übereinstimmen bzw. mit ihr korrespondieren. Bookchin sieht ein großes Arbeitsfeld für Anarchisten, weil diese neue Politik (der »communities«, Dezentralisation, Austausch) durchaus unter Zeitdruck steht. Die neuen Technologien läuten eine neue »industrielle Revolution« ein, die in den USA bereits im Gange ist und die den »Kapitalismus heute zum bloßen Vorschein des wirklichen« machen könnte. Hier kommt Bookchin aus seinem anderen Ansatz zu den gleichen Zustandsanalysen wie das FLI-Papier; er sieht die Klassendesintegration durch die neuen Technologien gefördert und so den oppositionellen Charakter, der im Klassengegensatz steckte ausgeschaltet. An diesem Entscheidungspunkt glaubt er die weitest entwickelten Industrieländer bereits angekommen; die Stärke für Widerstand gegen eine totalitäre Gesellschaft könnte sich aus dem anarchistischen Ideal entwickeln lassen, das nicht nur das Proletariat gegen den Kapitalismus, sondern die Menschen gegen die Herrscher mobilisiert.

An dieser Stelle verweist Bookchin ausdrücklich auf die essentielle Rolle des Feminismus, mit dessen Hilfe es gelingen könnte, den Anarchismus ins Gefühl der Menschen zu bringen. Gelingt es nicht dieser anarchistischen Perspektive in dieser historischen und klassenübergreifenden Situation und Krise zum Erfolg zu verhelfen, sieht er eine militärische Lösung für unausweichlich an.

V. Feminismus und Anarchismus – theoretische Ansprüche und praktische Schwierigkeiten

Thesen und Impressionen

Am 27. September stand vormittags das Thema ›Feminismus und Anarchismus‹ auf der Tagesordnung. Wie auch bei vielen anderen Themen weckte die zu allgemeine Themenstellung verschiedenste Erwartungen an die sieben angekündigten Rednerinnen und Redner, die zudem alle an unterschiedlichen Aspekten der Beziehung des Feminismus zum Anarchismus und der des Anarchismus zum Feminismus interessiert waren. So blieben die Zuhörerinnen und Zuhörer – so viel schon im voraus – meistens unbefriedigt; eine Diskussion blieb in ihren Ansätzen stecken; jede/jeder zog an einem anderen Strang, beschränkte sich auf Statements und ging kaum auf einen anderen Beitrag ein. Insgesamt brachte dieser Vormittag nur wenig Neues zum Thema und war für mich eher ein Spiegelbild der Schwierigkeiten, die Anarchisten trotz aller theoretischen Nähe immer noch mit radikalen Feministinnen und ihren Positionen haben, und der Probleme, denen sich Frauen in anarchistischen Organisationen und Diskussionszusammenhängen ausgesetzt sehen. Als ›radikale Feministinnen‹ verstehe ich diejenigen, die über die Gleichberechtigungsforderungen hinausgehen und die patriarchalischen Herrschaftsmechanismen bis in die alltäglichsten und scheinbar subtilsten gesellschaftlichen Strukturen (z.B. Sprache) analysieren und kritisieren. Als eine ihrer Vertreterinnen war die Amerikanerin Ynestra King in Venedig anwesend.

Die Redebeiträge lassen sich – der Ambivalenz des Themas entsprechend, zwei Gesichtspunkten zuordnen:

1) Feminismus und Anarchismus

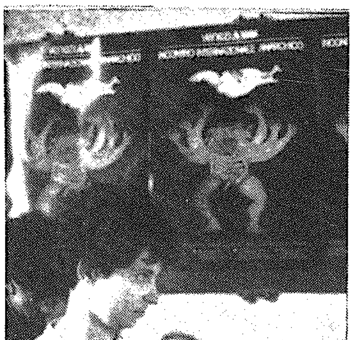
Was kann der Feminismus für den Anarchismus bedeuten? Welchen theoretischen und praktischen Beitrag vermag er zu leisten? Warum ist Anarchismus ohne Feminismus nicht mehr denkbar?

2) Anarchismus und Feminismus

Welche Rolle spiel(t)en Frauen in den anarchistischen Bewegungen? Was ist ihr Selbstverständnis? Wird weibliche Autonomie akzeptiert?

Zum ersten Gesichtspunkt faßte *Marsha Hewitt* (USA) einleitend zusammen, daß der Feminismus Macht und Dominanz auf der untersten zwischenmenschlichen Ebene aufgrund der primären psychologischen und physischen Erfahrung von Frauen in der sie umgebenden patriarchalischen Gesellschaft weitaus tiefgreifender analysiert als dazu der traditionelle Anarchismus in der Lage ist. *Eduardo Colombo* konnte in seinem Diskussionsbeitrag hier zwar auf Bakunins »Gott und Staat« verweisen, wo die patriarchalische Familie als

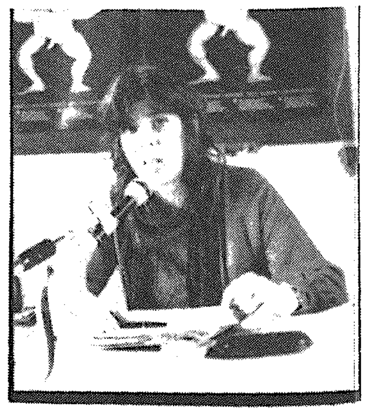
Schule staatlicher Macht bereits benannt wird, betonte aber auch den grundlegenden Aspekt der Unterdrückung der Frau über die Sexualität, den erst der Feminismus in aller Deutlichkeit analysiert. Daß diese Korruption das ganze menschliche Denken, Fühlen, Sprechen durchdringt, wollte auch *Murray Bookchin* betont wissen. Für ihn kann sich das Ziel des Feminismus daher auch nicht in Gleichheit und Gerechtigkeit erschöpfen sondern muß die Freiheit als Abschaffung jeglicher Form von Dominanz sein. Er greift damit bewußt nur die radikale Strömung im Feminismus auf, die eine ungeheure Affinität zum Anarchismus besitze. In diese Richtung argumentierte auch *Ynestra King* (USA), die aufgrund eines Unfalls leider erst am nächsten Tag zu Wort kommen konnte. Für sie ist die zentrale Kategorie der Herrschaft die »herrschaftliche Okkupation der Sexualität«; folglich propagiert sie eine Form der »sexuellen Revolution«, die diese Herrschaft angreift, die auch die Kritik von seiten der Lesbierinnen und Homosexuellen einbezieht. Feminismus ist für sie der fortgeschrittenste Ausdruck des Anarchismus, als Bewegung gegen die Herrschaft in allen Formen. Damit rückt sie von einer älteren Position des Feminismus ab, die vor allem die gemeinsame Unterdrückung von Frauen als das Verbindende gesehen hat. Sie betont im Gegenteil die Ungleichheit von Frauen, ihre Differenzen – eine Kritik, die in den USA vor allem schwarze Frauen eingebracht haben. Frauen haben zwar dasselbe Ziel, ihre Befreiung – *sind aber nicht dieselben*; sie unterscheiden sich vor allem darin, inwieweit sie in der Lage sind, das zu tun, was Männer bislang vorleben. Die Frauenunterdrückung zeigt sich mithin auch im Verhalten der Frauen selbst. *Ynestra King* rückte einen weiteren Aspekt in den Blick – Unterdrükkung von Frauen, nicht nur als gesellschaftlichen Ausschluß als ›Randgruppe‹ sondern viel mehr als gesellschaftliche Unsichtbarmachung weiblicher Lebenszusammenhänge, Tätigkeiten – die auch Anarchisten erst wieder entdecken und neu ernst nehmen müssen. Die traditionellen Lebensbereiche von Frauen wahrzunehmen, bedeute gleichzeitig eine Lokalisierung anarchistischer Konzepte (z.B. affinity groups). Besonders wichtig waren ihr die Erfahrungen der Frauen von Greenham Common, weil sie zeigen, daß solches weibliches Rückbesinnen auf ihre Lebenszusammenhänge kein Rückzug in ›neue-alte Weiblichkeit‹ bedeuten muß; – wie von denen unterschoben wird, die deren gesellschaftliche Verächtlichmachung teilen. –



Die Französin *Arianne Gransac* betonte in ihrem Beitrag besonders den Aspekt weiblicher Verhaltensweisen als Ausdruck zunehmender sexueller und gesellschaftlicher Unterdrückung und will damit zu einer *Entmystifizierung weiblichen Verhaltens* beitragen. Sie greift dabei einerseits ein feministisches Selbstverständnis an, das Frauen vor allem als Opfer der Männer sieht und sich so immer wieder neu nur gemäß der eigenen Frustration definiert. Eine solche Haltung verhindere ein wirkliches Bewußtsein über eigene weibliche Möglichkeiten. Andererseits kritisiert sie, daß viele Frauen den Ausweg darin suchen, so zu werden wie die Männer.

Es gehe vielmehr darum, eigene Rollen, eigene Funktionen zu übernehmen. *Gransac* bezeichnete vor allem die Industrialisierung als den historischen Rahmen der weiblichen Verinnerlichung machistischer Strukturen. Seither sei die Frau im doppelten Sinne aus »ihren« gesellschaftlichen Bereichen verdrängt. Vor der Einbindung in den Produktionsprozeß sei Frauen wenigstens noch Haus und Familie als »ihr« gesellschaftlicher Tätigkeitsbereich geblieben, in dem sie schalten und walten konnten. Heute könnten sie keine der zugeschobenen Rollen mehr richtig ausfüllen und orientieren sich daher verstärkt an männlichen Machtstrukturen. *Gransac* warf auch die Frage des tatsächlichen Verhaltens der Anarchistinnen auf – ist ihr Anarchafeminismus nur verbal, auf den Rahmen der Organisation bezogen und reproduzieren sie damit die männliche Trennung von offiziellen und persönlich privatem Verhalten, oder bedeutet es ihnen tatsächlich eine ganzheitliche persönliche Haltung.

An dieser Stelle bietet sich der Übergang zum zweiten diskutierten Themenkomplex an – der Rolle und Lage der Frauen in den anarchistischen Bewegungen. Als erstes der gehaltenen Referate überhaupt wies bereits das Papier der Gruppe deutscher Frauen in diese Richtung, die anhand historischer Beispiele (Frauen in der Bewegung der Sozialrevolutionäre in Rußland, Emma Goldmann) auf die Widersprüche und Schwierigkeiten hinwiesen, die sich Frauen hier stellen, wenn sie ihre eigene Befreiung in den politischen Kampf zentral hineinstellen. Besonders ihr Angriff auf das Heroinnenbild von Emma Goldmann erntete heftigen Protest. Die Ängste, Opferung persönlicher Wünsche, um in ihrer Zeit politisch aktiv sein zu können, ihre daraus immer stärker werdende Einsamkeit mit zunehmendem Alter, wurde vor allem von älteren männlichen Zuhörern abgestritten. Die Frankfurterinnen hatten in ihrem Papier (siehe in dieser Nummer) auch die Frage des feministischen Separatismus zur Diskussion gestellt, was vor allem von den meisten der anwesenden Männern, aber auch von vielen Frauen aus den syndikalistischen Organisationen, dankbar aufgegriffen wurde. Gerade daran wurde deutlich, wie schwer es Frauen hier immer noch haben. Wenn zum Beispiel die Italienerin *Rosanna Ambrogetti* zu Beginn ihres Beitrages deutlichst darauf hinwies, daß sie nie Feministin im klassischen Sinne sondern immer vor allem Anarchistin gewesen sei, daß sie Frauen und Männer vereinigt in *einem* Kampf für die Anarchie sieht, daß die anarchistische Bewegung die Kämpfe der Frauen schon vom Anspruch her umfasse, so reduzierte sie damit das Problem auf die persönlichen Haltungen der Männer, die sich quasi von selbst in ihrer bevorteilten Position unwohl fühlen müßten. Mir erschien die Art und Weise, wie vor allem die südeuropäischen Frauen immer wieder jeglichen Separatismus von sich wiesen wie ein innerer Rechtfertigungszwang gegenüber ihren männlichen Genossen. Wenn wie von *Rosanna Ambrogetti* behauptet wurde, solche Probleme der Persönlichkeitsaufspaltung, wie bei den Frankfurterinnen am Beispiel Emma Goldmanns beschrieben (die Verdrängung und Ausklammerung der weiblichen Sexualität, des Lebens mit Kindern und gleichzeitig die Möglichkeit zu politischer Aktivität), stellten sich heute für Frauen nicht mehr, dann übersieht sie auch die Notwendigkeit, neue Modelle des Zusammenlebens außerhalb der Ehe zu entwickeln. Von solchen Erfahrungen berichtete *Laura Prieto*, ein Mitglied der Communidad in Schweden, einer Gruppe von Exil-Uruquayern, die dort seit annähernd 30 Jahren in

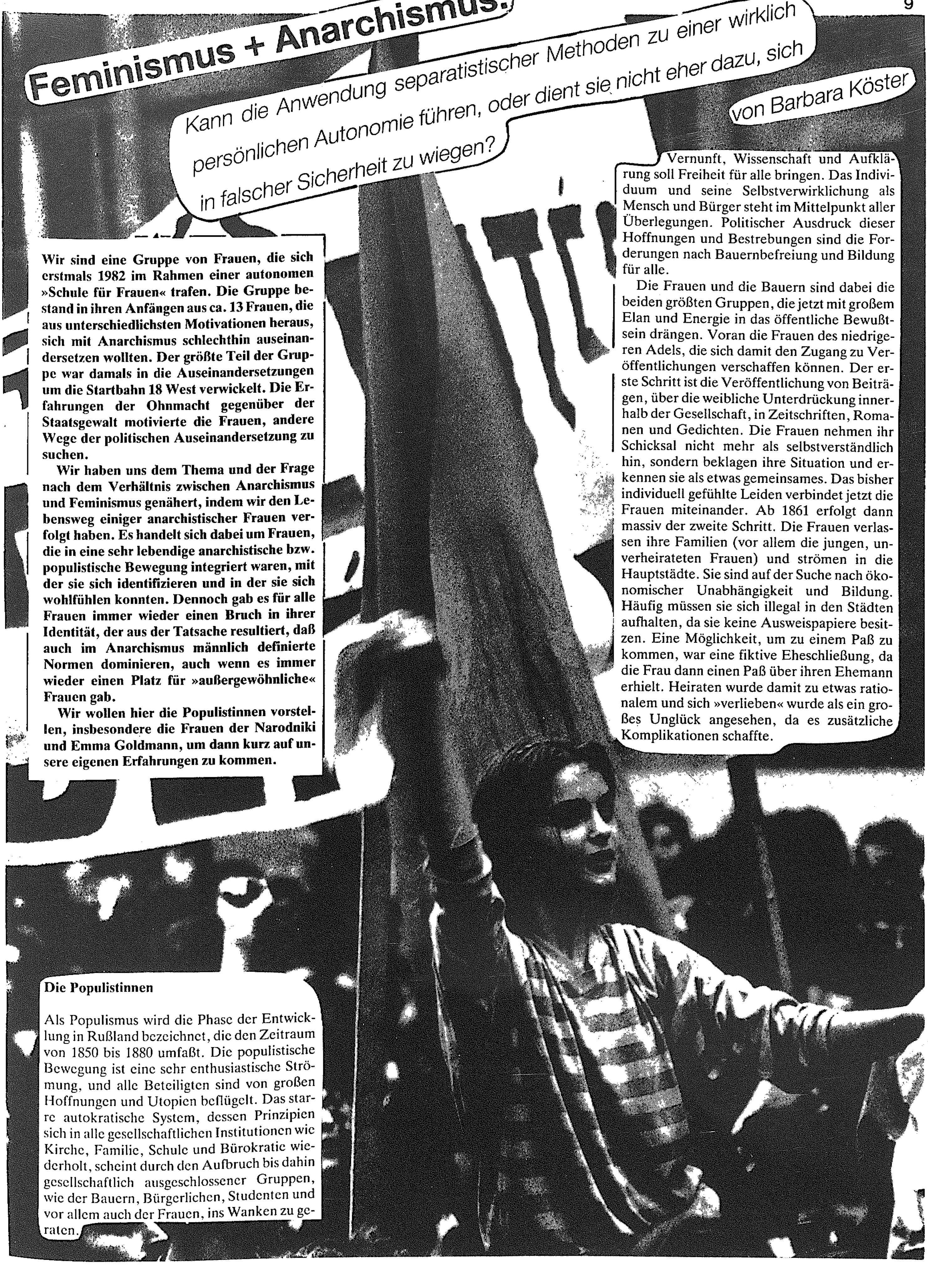


einer experimentellen Kommune zusammenleben und u.a. versuchen, viele Funktionen, die in traditionell patriarchalische Beziehungsformen an Frau und Mann unterschiedlich festgemacht werden, von der Gemeinschaft aufzufangen. Durch die Gemeinschaft z.B. ist die Mutter nicht ans Haus gebunden, durch die Gemeinschaft haben Kinder nicht den engen Bezugsrahmen einer Kleinfamilie und werden nicht zu den typischen Mädchen und Jungen erzogen. Laura betonte die Bedeutung einer veränderten sozialen Struktur und Kultur als Basis für gesellschaftliche Veränderung. – Gerade diese Anregung empfinde ich im Nachhinein als besonders wichtig. Der Anarchismus, wie er sich in Venedig dargestellt hat, krankt – nicht nur in Beziehung zum Feminismus – an einer aussgeprägten Praxisferne. Was fehlt, sind nicht Thesen oder Grundsätze – deren wurden mehr als genug formuliert – sondern experimentelle Erfahrungen, die Bereitschaft, soziale Experimente zu wagen; was fehlt, sind Autorinnen, die ihre Beiträge auf deren praktische Anwendung in der sozialen Revolutionierung des Alltags hin verfassen. Vom Feminismus muß sich der Anarchismus ständig neu befragen lassen, ob er die gesellschaftliche Realität von Frauen und die sexuelle Herrschaft nicht nur plakativ sondern auch praktisch einbezieht.

Feminismus + Anarchismus:

Kann die Anwendung separatistischer Methoden zu einer wirklich persönlichen Autonomie führen, oder dient sie nicht eher dazu, sich in falscher Sicherheit zu wiegen?

von Barbara Köster



Wir sind eine Gruppe von Frauen, die sich erstmals 1982 im Rahmen einer autonomen »Schule für Frauen« trafen. Die Gruppe bestand in ihren Anfängen aus ca. 13 Frauen, die aus unterschiedlichsten Motivationen heraus, sich mit Anarchismus schlechthin auseinandersetzen wollten. Der größte Teil der Gruppe war damals in die Auseinandersetzungen um die Startbahn 18 West verwickelt. Die Erfahrungen der Ohnmacht gegenüber der Staatsgewalt motivierte die Frauen, andere Wege der politischen Auseinandersetzung zu suchen.

Wir haben uns dem Thema und der Frage nach dem Verhältnis zwischen Anarchismus und Feminismus genähert, indem wir den Lebensweg einiger anarchistischer Frauen verfolgt haben. Es handelt sich dabei um Frauen, die in eine sehr lebendige anarchistische bzw. populistische Bewegung integriert waren, mit der sie sich identifizieren und in der sie sich wohlfühlen konnten. Dennoch gab es für alle Frauen immer wieder einen Bruch in ihrer Identität, der aus der Tatsache resultiert, daß auch im Anarchismus männlich definierte Normen dominieren, auch wenn es immer wieder einen Platz für »außergewöhnliche« Frauen gab.

Wir wollen hier die Populistinnen vorstellen, insbesondere die Frauen der Narodniki und Emma Goldmann, um dann kurz auf unsere eigenen Erfahrungen zu kommen.

Die Populistinnen

Als Populismus wird die Phase der Entwicklung in Rußland bezeichnet, die den Zeitraum von 1850 bis 1880 umfaßt. Die populistische Bewegung ist eine sehr enthusiastische Strömung, und alle Beteiligten sind von großen Hoffnungen und Utopien beflügelt. Das starre autokratische System, dessen Prinzipien sich in alle gesellschaftlichen Institutionen wie Kirche, Familie, Schule und Bürokratie wiederholt, scheint durch den Aufbruch bis dahin gesellschaftlich ausgeschlossener Gruppen, wie der Bauern, Bürgerlichen, Studenten und vor allem auch der Frauen, ins Wanken zu geraten.

Vernunft, Wissenschaft und Aufklärung soll Freiheit für alle bringen. Das Individuum und seine Selbstverwirklichung als Mensch und Bürger steht im Mittelpunkt aller Überlegungen. Politischer Ausdruck dieser Hoffnungen und Bestrebungen sind die Forderungen nach Bauernbefreiung und Bildung für alle.

Die Frauen und die Bauern sind dabei die beiden größten Gruppen, die jetzt mit großem Elan und Energie in das öffentliche Bewußtsein drängen. Voran die Frauen des niedrigeren Adels, die sich damit den Zugang zu Veröffentlichungen verschaffen können. Der erste Schritt ist die Veröffentlichung von Beiträgen, über die weibliche Unterdrückung innerhalb der Gesellschaft, in Zeitschriften, Romanen und Gedichten. Die Frauen nehmen ihr Schicksal nicht mehr als selbstverständlich hin, sondern beklagen ihre Situation und erkennen sie als etwas gemeinsames. Das bisher individuell gefühlte Leiden verbindet jetzt die Frauen miteinander. Ab 1861 erfolgt dann massiv der zweite Schritt. Die Frauen verlassen ihre Familien (vor allem die jungen, unverheirateten Frauen) und strömen in die Hauptstädte. Sie sind auf der Suche nach ökonomischer Unabhängigkeit und Bildung. Häufig müssen sie sich illegal in den Städten aufhalten, da sie keine Ausweispapiere besitzen. Eine Möglichkeit, um zu einem Paß zu kommen, war eine fiktive Eheschließung, da die Frau dann einen Paß über ihren Ehemann erhielt. Heiraten wurde damit zu etwas rationalem und sich »verlieben« wurde als ein großes Unglück angesehen, da es zusätzliche Komplikationen schaffte.

Die Bedeutung von Bildung für die Frauen

Da Wissen und Bildung als Mittel der Befreiung erscheinen, wollen die Frauen daran teilhaben. Sie wollen nicht länger unwissend sein, was gleichgesetzt wird mit Unmündigkeit. Die Frauen drängen auf Ausbildung und Schulbesuch. Als die Regierung ihnen den Zugang zu den Bildungsinstitutionen verweigert, organisieren sie ihre Ausbildung selbst. Die begüterten und priviligierten Frauen unter ihnen eröffnen Schulen für arme und unwissende Frauen. Das ist der Beginn der »Sonntagsschulen«. Hier werden von angesehenen Lehrern und Professoren, die den Idealismus dieser Bewegung teilen, unentgeltlich Kurse organisiert. Parallel zu den Sonntagsschulen für Frauen gibt es auch solche für die Bauern auf dem Land und für die Industriearbeiter in der Stadt.

Von Anfang an wirken hier Menschen aus ganz verschiedenen sozialen Herkommen zusammen: aufgeklärte Aristokratinnen, anerkannte Intellektuelle, davongelaufene junge Mädchen, radikale Studenten, Arbeiter und Bauern. Auch im Zusammenleben ergeben sich für diese Leute (vor allem für die jungen Mädchen, Studenten und Arbeiterinnen) neue experimentelle Formen. Man lebt in einer Wohnung zusammen, zunächst aus ökonomischen Gründen, später dann aber auch, um eine Kommune-ähnliches Leben zu versuchen. Es werden Handwerksbetriebe gegründet, die Arbeitsplätze für die in die Stadt strömenden Frauenm schaffen sollen.

Innerhalb der Bewegung fühlen sich die Frauen aufgehoben. Ihre Interessen sind die der gesamten Bewegung. Trotzdem bestehen viele Frauen darauf, auch schon in dieser Zeit, eigene Frauengruppen zu bilden, um nicht wieder in den Diskussionen von den Männern vereinnahmt zu werden. Die freie Sexualität ist zu diesem Zeitpunkt kein Diskussionsthema mehr. Die Frauen sehen ihre Freiheit nicht mehr in wechselnden Männerbeziehungen, wie es vorher noch als Weg zur Befreiung der Frau gesehen wurde. Sie wollen jetzt die Freiheit haben, selbständig zu leben.

An die Stelle von der »freien Sexualität« tritt das gleichberechtigte Zusammenleben, das asexuelle Verhältnis von Kameraden, die wichtige soziale Aufgaben zu erfüllen haben.

Die Frauen kleiden sich in dieser Zeit betont »unweiblich«. Der »Nihilisten-Look« wird modern. Das bedeutet: kurzgeschnittene Haare anstelle kunstvoller Frisuren, schwarze, ganz einfache Kleidung, blaue, große Brillen. Dazu gehört, daß die jungen Frauen rauchen, tintenbekleckste Finger haben und ohne Hut und Begleitung auf die Straße gehen. Diese Frauen leben im Umbruch und vollziehen so, oft unter großer physischer Belastung, radikale Brüche mit ihrer eigenen Vergangenheit. Auf all diese vielen Aktivitäten gibt es von der Obrigkeit nur eine Antwort: Repression.

Die Sonntagsschulen werden geschlossen, die Lehrer, die dort Kurse gegeben haben, aus dem staatlichen Schuldienst entlassen und sämtliche Petitionen, die um Zulassung der Frauen zu höheren Bildungsinstitutionen bitten, abgelehnt.

Auch die 1861 verkündete Bauernbefreiung erweist sich als äußerst halbherzige Maßnahme, die das Elend auf dem Land noch verschärft. In der noch relativ unstrukturierten Bewegung macht sich Hoffnungslosigkeit breit. Die kurze Zeit des russischen Liberalismus ist zu Ende.

Von nun an wird die angestrebte Bildung neu definiert. Sie soll nicht mehr nur der eigenen Selbstbefreiung dienen, die ja fiktiv bleibt, wenn sich nicht gleichzeitig die Möglichkeit bietet, ökonomisch unabhängig zu werden. Eine Tatsache, zu der die Frauen schmerzlich gezwungen werden, sie wahrzunehmen, da es keine Arbeitsplätze für Frauen gibt. In diesem verschärften Klima wachsen die späteren Narodniki-Frauen heran.

Die Narodniki-Frauen

Sie haben keine Hoffnung mehr auf eine Reform von oben, sondern suchen von Anfang an Kontakt zu den radikaleren Studentengruppen. Sie sehen ihre Ausbildung unter dem Aspekt der gesellschaftlichen Nützlichkeit. Sie wollen »ins Volk gehen«. Eine Parole, die von jetzt an die Leitidee der Jugend wird.

1869 gibt es Frauenkommunen, die eigenständig Leseprogramme aufstellen. Treibende Kraft ist dabei Sofia Perovskaya. Diese zum Teil noch sehr jungen Frauen wollen keine Autoritäten mehr akzeptieren und lesen deshalb alles im Original, um sich eine eigene Meinung zu bilden.

Um auch ihre äußere Freiheit zu vergrößern und um in der Öffentlichkeit nicht belästigt zu werden, ziehen sie Männerkleidung an (Stiefel, Hosen, Jackets), lernen Reiten und verbringen ihre Zeit allein auf dem Land. Sie verhalten sich also so, als ob es für sie wirklich keine Autoritäten mehr gäbe. Sie fühlen sich dabei wohl und für sie selbst scheint alles möglich zu sein. Viele, gerade auch Männer, bewundern sie.

Im Sommer leben sie auf dem Land, manchmal zusammen mit radikalen Studenten, treiben Gymnastik und leben spartanisch genügsam. Eine regelrechte Jugendsubkultur. Andere Frauen entschließen sich an Universitäten ins Ausland zu gehen, die Frauen zulassen. Die meisten von ihnen gehen nach Zürich. Dieses Exil setzt viele lange Kämpfe mit den Eltern voraus und wurde teilweise nur durch fiktive Eheschließungen möglich. Bestes Beispiel dafür ist Vera Figner. Zwar ist es nur eine verschwindend kleine Minderheit, die diesen Weg beschreitet, aber ihr Schicksal wird aufmerksam von vielen anderen Frauen verfolgt. So kommen zur Abfahrt zweier Frauen aus Odessa nach Europa mehrere hundert Leute an den Hafen, um sie zu verabschieden. Auch in Zürich bilden sich wieder Frauengemeinschaften, die zusammen studieren und sich gemeinsam politisieren. Sie leben in einem intensiven emotionalen Zusammenhang, aus dem Männer fast immer ausgeschlossen sind.

Ab 1871 gibt es in Rußland gemischte politische Organisationen, in denen die Frauen allerdings von Anfang an eine sehr große Rolle spielen. Die Frauen sind in der Lage, die Werte dieser Gruppen nachhaltig zu bestimmen. Sie bestehen darauf, daß das Kriterium für die Aufnahme eines neuen Mitglieds seine moralische Integrität sein muß und sie bestehen auf absolut demokratischen Strukturen und auf dem Prinzip der konsenshaften Entscheidungsfindung. Außerdem setzen sie das Verbot von Liebesbeziehungen innerhalb der Organisation durch, da sie der Meinung sind, daß solche Beziehungen das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit durchbrechen.

Mit der Gründung dieser Organisationen betrachten sich diese Gruppierungen als Anarchisten. Kropotkin schreibt ihnen ihr erstes Programm, in dem die Ideen von Lavrov und Bakunin und die Erfahrungen der Pariser Commune aufgenommen werden.

1873 ist der große Aufbruch der Studenten »ins Volk«. Tausende von Studenten, unter ihnen mindestens ein Drittel Frauen,ziehen zur Agitation auf's Land. Viele werden bei ihrer Tätigkeit verhaftet, deportiert und angeklagt. Manche warten bis zu drei Jahren in Isolationshaft auf die Eröffnung ihrer Prozesse. Viele werden im Knast verrückt, krank oder sterben.

1874, nach dem offiziellen Verbot der Regierung im Ausland zu studieren und einer Diffamierungskampagne gegen Frauen, die sich im Ausland aufhalten, kommen die radikalisierten Studentinnen zurück und schließen sich der »Land- und Freiheits-Partei« an. Unter dem Eindruck der beginnenenden Arbeiterbewegung in Europa, gehen viele Frauen in die Fabriken. Auch dabei kommt es wieder zu zahlreichen Verhaftungen und die ersten großen Prozesse beginnen. Die Verteidigungsreden der angeklagten Frauen machen auf die gesamte Öffentlichkeit einen großen Eindruck. Man spricht nur von den »Moskauer Amazonen«, die gleichzeitig eine Aura von »Heiligkeit« bekommen, da sie bereit sind, Herkunft, Bildung, Geld und Karriere für die Armen zu opfern.

1876 eröffnen zwei Frauen die Reihe der nun beginnenden Attentate. Vera Sassulitsch schießt auf den General-Gouverneur von Petersburg, um die eingekerkerten Kameraden zu rächen. Es ist sicherlich kein Zufall, daß gerade zwei Frauen das Attentat planen und ausführen. Schon vorher waren Frauen mit ihrer Rolle in der Organisation unzufrieden. Man hatte sie zum Drucken von Propagandamaterial und zu Gefängnisbesuchen abgestellt. Sie selbst aber sehen sich in einer wesentlich aktiveren Rolle und begehen autonom und ohne größere Absprachen mit der Gruppe die Tat. Dennoch wird der jetzt entscheidende Typus des »Terrorist« folgendermaßen beschrieben: *»Am Horizont tauchten die Umrisse einer dunklen Figur auf, erleuchtet von einer Art höllischer Flamme, eine Erscheinung mit stolzem hochgereckten Kinn, und einem Blick, der Provokation und Rache ausstrahlte. Durch verängstigte Massen schreitend, betritt der Revolutionär mit stolzem Schritt die Geschichtsarena. Er ist wundervoll. bewundernswert und unwiderstehlich, denn in ihm vereinigen sich die höchsten Formen der menschlichen Größe – der Märtyrer und der Held.«* (Kravchinsky; aus: »Fathers and Daughters«, von Cathy Porter).

1879 wird dann von der Partei »Land und Freiheit«, die bisher vor allem Agitation im Volk betrieb, der Beschluß gefaßt, den Zaren zu ermorden. Die Frauen werden bei der vorbereitenden Konferenz ausgeschlossen, da die Männer befürchten, daß sie sich diesem Beschluß widersetzen werden. Die Frauen sind zu diesem Zeitpunkt in der Mehrheit als Hebammen, Lehrerinnen, Schuhmacherinnen, Färberinnen oder Inhaberinnen von Teestuben auf dem Land tätig. Aufgrund dieser Arbeiten halten die Männer sie für naive Träumerinnen, die friedlich irgendwelchen Utopien nachhängen. Vera Sassulitsch scheint schon wieder vergessen zu sein. Es wird der persönliche Mut, mit dem sie die sozialen Tabus gebrochen haben, ihe Energie,

eine Ausbildung zu erwerben und als Frauen allein auf dem Land zu leben, übersehen oder unterschlagen. Die Frauen werden einfach majorisiert und überrollt. Auf der Strecke bleiben dabei auch die Organisationselemente, die sie in die Partei eingebracht haben: Dezentralisierung, Verpflichtung gegenüber den Gefangenen, Respekt vor dem Willen der einzelnen Mitglieder, Konsensentscheidungen und Rotation. Dafür wird alles nur noch auf ein Ziel ausgerichtet: den Zarenmord. Disziplin und totale Hingabe an die Partei sind jetzt die Rekrutierungsmerkmale.

Demgegenüber haben die Frauen eine andere Vorstellung vom Weg der Befreiung. Sie identifizieren sich stark mit dem Unglück der Bauern und vor allem mit dem der Bäuerinnen. Sie haben als Hebamme und Landärztinnen gearbeitet und dabei deren Elend miterlebt. Ebenso haben sie als Wirtinnen, die Trunksucht der Bauern mitansehen müssen. Sie sahen die schwere Arbeit, die fehlenden Mittel, den Aberglauben und das Leid der Frauen mit ihren ewig betrunkenen Männern. Die Bauern waren in ihrem Verhalten zu Frauen und Kindern nicht anders, als die autoritären Väter der Narodniki-Frauen. Auch ihre Väter tranken, hurten, schikanierten und schlugen ihre Frauen und Töchter und ließen ihnen keine Bildung zukommen. Die Nähe der Narodniki-Frauen zu den Bauern war dichter und emotionaler als das Verhalten, das die Männer aus der Organisation zu den Bauern hatten. Die Frauen fühlten sich auf dem Land wichtig, konnten dort, ganz auf sich gestellt, nützliche Arbeit leisten, die sie befriedigte. Sie bestimmten dabei den Ort des Handelns, Art und Inhalt der Tätigkeit und ihr Erfolg war unmittelbar fühlbar. Diese Art von Arbeit war konkret, sinnlich erfahrbar und schloß die unmittelbare Beziehung von Befreiern und »zu Befreienden« ein. Aus diesem Kontakt erwuchs den Frauen ein großer Teil ihrer Motivation – anders als den Männern, die vielmehr die männliche Herausforderung (Kampf mit der Waffe) des zaristischen Staates annahmen. Die weibliche Art des Engagements wird von Männern als naiv belächelt und als Überbleibsel des alten Populismus verspottet.

Aus einer Art Pflichtgefühl schließen sich die Frauen dennoch der neuen Linie an. Sie wollen auf jeden Fall eine Spaltung der Organisation vermeiden. Das Einschwenken der Frauen auf die neue Linie hat zur Folge, daß sie sich selbst entwerten. Sie haben keine Alternativen und können keine in sich geschlossene Konzeptionen vorlegen, wie man der zaristischen Repression anders begegnen könnte. Sie haben nur ihre alten Träume und die Erfahrungen auf dem Land, wo sich der Erfolg tatsächlich sehr langsam eingestellt hatte und immer wieder bedroht gewesen war. Dagegen scheint die aggressiv formulierte jakobinische Zentralismusvorstellung erstmals ein Mehr an Effektivität zu versprechen. Die Frauen haben noch nicht das Selbstbewußtsein auf ihre Vergangenheit zu bestehen und ihr Unbehagen zum Kriterium der Kritik zu machen. Zu sehr glauben sie selbst noch an die »Rationalität«. So beugen sie sich der männlichen Strategie, wenn auch zum Teil unter äußerster psychischer Belastung.

»Wir wurden gebeten am politischen Kampf teilzunehmen, wir wurden in die Stadt gerufen, aber wir glaubten, das Dorf braucht uns und ohne uns würde es dort noch dunkler werden. Die Vernunft sagte uns, daß wir den von unseren Kameraden gewählten Weg gehen müßten, als politische Terroristen, erfüllt vom Geist des Haders und angestachelt vom Erfolg. Aber unsere Herzen sprachen anders...und zog es in die Welt der Enteigneten«, schrieb sie (Vera Figner) und fuhr fort: *»Natürlich konnten wir damals noch nicht ermessen, daß folgerichtig diese Haltung als der Wunsch nach dem reinen Leben, nach einer Art von persönlichem Geborgensein definiert werden würde... Aber wir verdrängten unsere Gefühle und stellten uns mutig an die Seite unserer Kameraden, deren politische Instinkte die unseren bestimmen.«* (Cathy Porter: »Fathers and Daugthers«)

Und der Erfolg? Zwar wird der Zar 1881 getötet, aber anstelle der erwarteten Volkserhebung findet eine unerbittliche Jagd auf die Revolutionäre statt. Und anders als die früheren Gruppierungen ist die zentralistische Struktur wunderbar zu infiltrieren. Polizeispitzel zersetzen die Partei und damit ist die Bewegung endgültig zerschlagen.

Fazit:

Spannend am Weg der Narodniki-Frauen ist die Tatsache, daß es sich keineswegs um arme, unterdrückte Frauen gehandelt hat, sondern um sehr selbstbewußte Frauen, die anerkannt, bewundert und akzeptiert worden sind und vielen als Vorbild galten. Trotzdem gab es einen Punkt, an dem sie sich verloren und ihre eigenen Vorstellungen aufgaben, nämlich dann, als die Leitfigur der Bewegung nur noch männliche Züge trug.

Um dieses jetzt nicht auf das Problem von Frauen und Gewalt zu reduzieren, möchten wir noch einmal kurz nachvollziehen, wie es einer anderen großen Heroine des Anarchismus ergangen ist, nämlich

Emma Goldmann

Auch sie stammt aus Rußland, wo sie 1869 geboren wurde. In ihrer Kindheit hört sie von den »Nihilisten« und identifiziert sich mit ihnen, da diese gegen Willkür und Tyrannei kämpfen. Einen Kampf, den auch Emma gegen ihren autoritären Vater führt. Die ersten Kontakte mit radikalen Gedanken hat sie dann in Studentenzirkeln, die sie im Jahre 1882/83 in Petersburg mit ihrer Schwester frequentiert. Nach der Emigration in die USA schließt sie sich, unter dem Eindruck der Chicagoer Ereignisse, bald der anarchistischen Bewegung in New York an.

Emma Goldmann hat nicht die Chance, einen Kreis von Frauen zu finden, mit denen sie sich zusammen engagieren kann. Sie ist von Anfang an in eine männlich dominierte Organisation integriert, wo es nur eine Möglichkeit für sie gibt, nämlich den Unterschied zwischen den Geschlechtern zu verwischen, um dem allgemeingültigen Ideal nachzueifern. Ein anarchistischer Held zu werden, der bereit ist, alles für die »Sache« zu opfern. Dieser Held hat nur rein männliche Züge.

Emma ist sich dieses Konflikts in den ersten Jahren noch sehr bewußt (siehe ihre Biographie »Gelebtes Leben«). Deutlich wird es z.B. in ihrer Auseinandersetzung mit Most, der führenden Figur im anarchistischen New York. Er versucht zunächst in ihr »nur« die Frau, das »Weibchen« zu sehen, um diese Seite dann sofort wieder zu negieren, wenn sie als »Genossen« zusammenarbeiten. Zentral in ihrem Versuch mit diesem Widerspruch fertig zu werden ist dann ihre Entscheidung gegen das Kinderkriegen. Obwohl sie einen starken Kinderwunsch hat, entschließt sie sich kein Kind zu bekommen, da sie sich ganz der »Sa-



che« widmen will. Dieses Opfer ist für sie gleichzusetzen mit einer Feuerprobe. Nach diesem Entschluß fühlt sie sich Sascha Bergmann, den sie für das Modell des anarchistischen Kämpfers hält, ein wenig ebenbürtiger. Ebenso wie sie sich ein Kind wünschte, hat sie auch die Sehnsucht nach einer stabilen Beziehung und einem Heim. Alle diese Bedürfnisse werden von ihr immer wieder unterdrückt und dem Heldentum untergeordnet. Selbst in ihrer radikalen Forderung nach freier Sexualität fordert sie letztendlich für die Frauen nur die selben Freiheiten, wie für die Männer. Für sie schließt eine wirkliche Freiheit auch die Möglichkeit von Schwangerschaft und Geburt ein. Revolutionär an Emma ist, daß sie für sich tatsächlich dieselben Rechte wie die Männer in Anspruch nimmt.

Der nächste Schritt ist dann, daß sie nur noch das Unglück anderer Frauen wahrnimmt, aber nicht mehr ihre eigenen Probleme thematisiert. Sie setzt sich für unterprivilegierte Frauen ein, fordert für diese Abtreibungsmöglichkeiten und verteidigt die Prostitution. Bei diesem Punkt hat sie sich selbst wohl ganz vergessen. Sie deklariert, daß die Prostitution ehrlicher sei als die Ehe, vergißt aber ganz, daß sie zwar in der Lage war, sich zweimal zu verheiraten, daß es ihr aber unmöglich gewesen ist auf »den Strich« zu gehen, als sie es aus finanzieller Not heraus einmal versuchte. Im Kampf für andere Frauen entfernt sie sich stückweise von sich selbst und ihre Deklarationen sind ohne große Aussagefähigkeit. Ähnliche Fehler unterlaufen ihr auch in politischen Einschätzungen. So glaubt sie z.B. noch im Jahre 1921 daran, daß die russischen Massen vielleicht – nach den Enttäuschungen durch die Bolschewiki – einen neuen Aufstand machen würden, jedoch diesmal im Namen des Anarchosyndikalismus. Da sie sich weigert, ihre eigene physische und psychische Erschöpfung wahrzunehmen, kann sie auch nicht wahrnehmen, wie erschöpft die Menschen in Rußland sind, die zunächst nur noch ihr Überleben sichern, Ruhe brauchen, einen »normalen« Alltag wollen und nicht schon wieder kämpfen können.

Den letzten Schritt vollzieht sie in dem Augenblick, als der Widerspruch zwischen dem anarchistischen Ideal und ihren gegenläufigen Wünschen nicht mehr für sie fühlbar ist. Sie entscheidet sich dahingehend, indem sie zur Kämpferin für die Sache wird. Uns stellt sie sich von diesem Zeitpunkt nur noch als zänkisches Streitroß dar, was sich nicht zuletzt in ihrer Verachtung gegenüber der sehr weiblichen Geliebten von Alexander Bergmann ausdrückt. Sie bezahlt diese Auflösung des Widerspruchs mit einem sehr hohen Preis, nämlich dem Gefühl grenzenloser Einsamkeit. Solange sie in ihrer Rolle funktioniert, die Säle bei ihren Propagandareisen füllt, Broschüren verkauft und Geld sammelt, scheint für ihre Genossen alles in Ordnung zu sein. Wie es ihr persönlich geht, wie verbittert sie ist, wie sehr sie sich selbst im Laufe des Älterwerdens als Frau entwertet, interessiert niemanden. Es ist allen eher unverständlich und man versteht es als »Grillen« einer alternden Frau.

Wir finden, an diesem Punkt wird endgültig klar, daß feministische Politik nicht einfach bruchlos im Anarchismus aufgeht. Der anarchistische Mensch, das Individuum, ist ein Mann. Heldinnen sind Frauen nur dann, wenn sie sich so weit wie möglich daran annähern. Nach den »Kosten« wird dabei nicht gefragt. Dabei sind diese »Kosten« für Frauen unvergleichlich höher, als für die Männer, die eben häufig noch ein »Privatleben« (siehe z.B. Most) haben. Die Männer führen eine traditionelle Ehe und lassen ihre Reproduktionsarbeit von der Ehefrau leisten. Diese wurde natürlich »für die Sache« jederzeit verlassen. Reizend, wirklich!

Wobei sich auch hier wieder die Frage stellt, welchen Sinn dieser Opfermut eigentlich haben soll. Tendenziell ist es eine elitäre Vorstellung, denn nur wenige sind (Gott sei Dank) bereit, diese Ansprüche zu erfüllen. Bei denen, die sich diesem Zwang unterwerfen, stellt sich dann aufgrund ihrer eigenen verdrängten Wünsche , auf Dauer nur Verachtung denen gegenüber ein, die sich nicht so verhalten wie sie selbst. So wird Emma Goldmann anderen (weiblichen) Frauen gegenüber regelrecht frauenfeindlich. Außerdem steckt dahinter die Vorstellung, wenn man/frau sich nur genügend anstrengt, guten Willen zeigt und von der »Sache« überzeugt ist, dann sind auch Berge zu versetzen. Daß dies eine äußerst flache Konzeption ist, braucht wohl nicht weiter ausgeführt zu werden.

Unsere Erfahrungen und Einschätzungen

Ein wichtiges Merkmal der Frauenbewegung ist, daß sie nicht über die inneren Strukturen der Frauen, ihre Wünsche und Widerstände hinweg, appellativ das Ideal der »neuen Frau« aufrichtet, sondern die innere Realität der Frauen mit in Betracht zieht.

Wichtigstes Instrument dafür sind die CR-Gruppen, wo sich dann häufig herausstellt, daß es große strukturelle Gleichförmigkeit gibt, bei äußerlich sehr verschiedenen sozialen Realitäten. Es sind eben nicht nur die äußeren Zwänge oder die bewußte Bösartigkeit der Männer, mit denen frau zusammenlebt und arbeitet, die eine Frauenbefreiung verhindern, noch ist die Befreiung eine Frage des individuellen Durchsetzungsvermögens. Vielmehr kann das Aufbrechen von gesellschaftlichen bzw. alternativen Normen und das Finden eines eigenen Weges nur kollektiv geschehen.

Unsere Erfahrungen in gemischten libertären Gruppen hatten nicht die dramatischen Konsequenzen wie bei den Narodniki-Frauen, aber es war doch erstaunlich, auf welche vehemente Kritik die Bildung autonomer Zusammenhänge stieß. Einen Widerhall davon haben wir in den Fragen gefunden, die uns zu dem Thema Anarchismus/Feminismus zugeschickt wurden. Sobald sich reine Frauengruppierungen bilden und die Frauen sich in diesen weiblichen Zusammenhängen offensichtlich wohlfühlen, taucht prompt der Vorwurf auf, daß dieses Gefühl nur eine illusionäre Verbesserung des weiblichen Lebensgefühls sei, das nur durch den Ausstieg aus der Realität entstanden ist. Eine derartige Kritik kommt niemals, um die gesellschaftlichen Machtorganisationen zu kritisieren, wobei doch diese Institutionen fast immer reine Männerbünde sind. Ihnen Realitätsferne aufgrund ihrer geschlechtsspezifischen Zusammensetzung zu attestieren, ist außer den Feministinnen noch niemanden eingefallen. Weibliche Zusammenhänge haben zunächst einmal die Funktion, eine beschädigte Identität zu regenerieren. Hier konstituiert sich erstmals eine weibliche Identität, die nur als deformiert definiert und zugelassen wird.

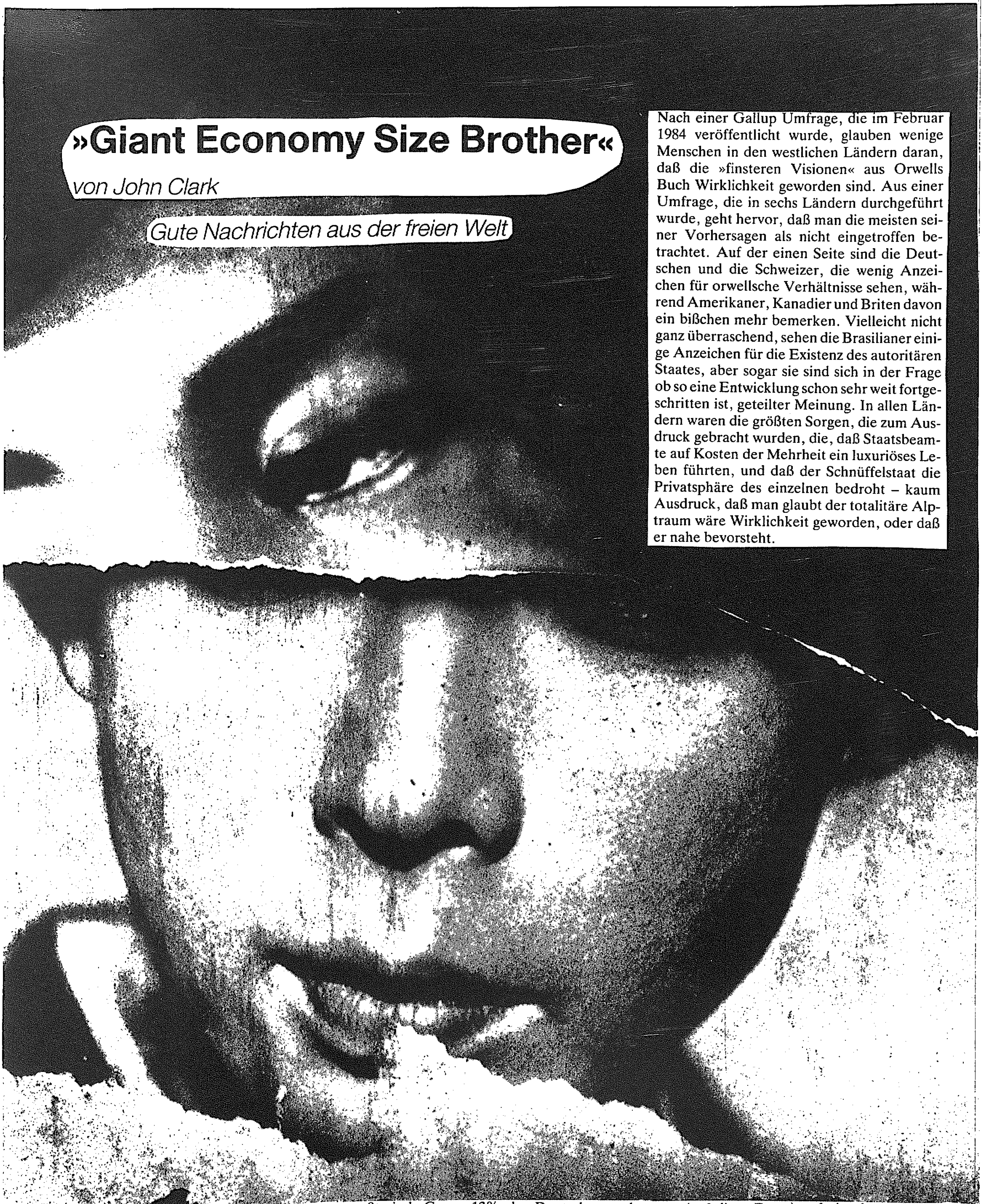
Tatsächlich hat die Frauenbewegung in den letzten 15 Jahren in der gesamten westlichen Welt ein neues Bild der Frau geschaffen. Das bis vor kurzem immer nur individuell gelebte Scheitern an der unsichtbaren Geschlechtergrenze wurde plötzlich als kollektives Schicksal begreifbar. Der ewige Selbstzweifel, die Vorstellung von der eigenen Mangelhaftigkeit ist heute, durch Wahrnehmung als strukturelles Problem, auflösbar geworden. Die Problemlösung erfordert politische Strategien und nicht individuelle Anpassung. Diese Einsicht hat bei den Frauen ein enormes Energiepotential freigesetzt. Es ist kein Zufall, daß zum ersten Mal in Deutschland die Mehrzahl der Frauen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren nicht verheiratet ist. Eine Frau ist jetzt auch ohne Mann und Kinder eine vollständige Person. Diese Veränderung der gesellschaftlichen Stereotypen wurde durch die Durchbrechung der Mauer des Schweigens erzeugt, hinter der die Frauen bisher ihre Gefühle und Hoffnungen und auch ihr Leid gelebt haben. Der Schlachtruf: »Das Private ist politisch«, sowohl von öffentlicher Bedeutung als auch im Privaten von der öffentlichen Meinung durchformt, brachte viele gesellschaftliche Bastionen ins Wanken. Verbunden mit diesen Aktionen war aber nicht nur die Euphorie der Erweiterung, sondern auch enorme psychische Anstrengungen und Angst. Die durchbrochenen Tabus waren ja nicht nur äußerliche, sondern auch verinnerlichte. Mit dem Erfolg kommt auch die Angst vor dem Erfolg. Mit dem Durchstoßen der Grenze, auch die Angst vor dem Raum hinter der Grenze. Im Augenblick sind wir damit beschäftigt, den Raum und die neu gewonnene Identität mit Realität zu füllen. Auch das Innehalten hat seinen Platz in einer feministischen Strategie und wir wollen uns das Langsamgehen gestatten.

Zudem hat sich gezeigt, daß die männlichen Bastionen nicht wirklich überrannt wurden, sondern nur ein wenig zurückgewichen sind. Der zähe Guerilla-Kampf zwischen den Geschlechtern ist also weiterhin in Gang!

»Giant Economy Size Brother«

von John Clark

Gute Nachrichten aus der freien Welt

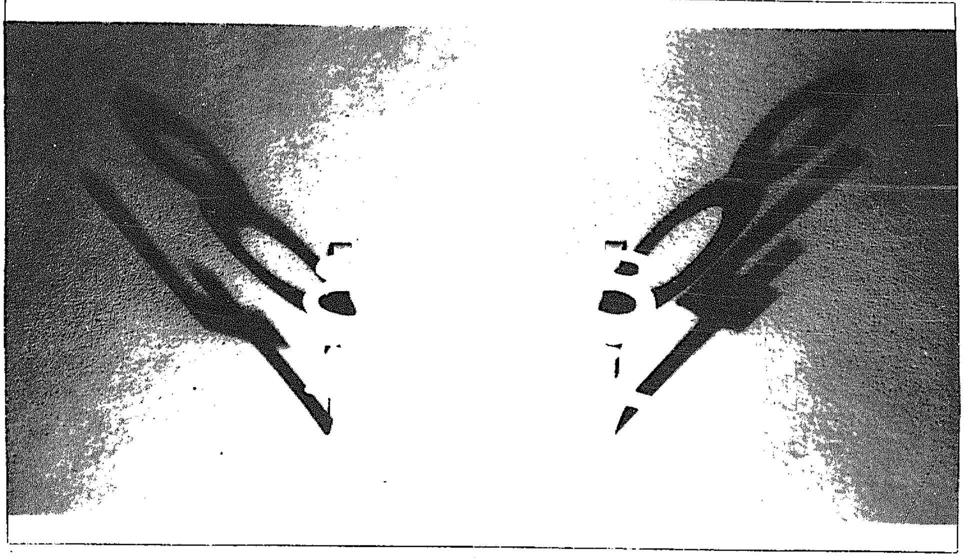


Nach einer Gallup Umfrage, die im Februar 1984 veröffentlicht wurde, glauben wenige Menschen in den westlichen Ländern daran, daß die »finsteren Visionen« aus Orwells Buch Wirklichkeit geworden sind. Aus einer Umfrage, die in sechs Ländern durchgeführt wurde, geht hervor, daß man die meisten seiner Vorhersagen als nicht eingetroffen betrachtet. Auf der einen Seite sind die Deutschen und die Schweizer, die wenig Anzeichen für orwellsche Verhältnisse sehen, während Amerikaner, Kanadier und Briten davon ein bißchen mehr bemerken. Vielleicht nicht ganz überraschend, sehen die Brasilianer einige Anzeichen für die Existenz des autoritären Staates, aber sogar sie sind sich in der Frage ob so eine Entwicklung schon sehr weit fortgeschritten ist, geteilter Meinung. In allen Ländern waren die größten Sorgen, die zum Ausdruck gebracht wurden, die, daß Staatsbeamte auf Kosten der Mehrheit ein luxuriöses Leben führten, und daß der Schnüffelstaat die Privatsphäre des einzelnen bedroht – kaum Ausdruck, daß man glaubt der totalitäre Alptraum wäre Wirklichkeit geworden, oder daß er nahe bevorsteht.

Die interessantesten Fragen, die in der Umfrage gestellt wurden, beziehen sich unzweideutig auf Verhältnisse, wie sie heute vorherrschen. Gefragt, ob die Regierung »Lügen und irreführende Statistiken benutzt um schlechte Nachrichten über Wirtschaft und Lebensqualität zu verschleiern«, drückten nur 40% der Amerikaner, 53% der Kanadier und 57% der Briten aus, daß sie sich dieser Praktiken bewußt sind. Ganze 12% der Deutschen und 13% der Schweizer halten diesen minimalen Bezug zur Realität aufrecht. Eine andere nachdrückliche Frage war, »ob die Regierung die Menschen dazu drängt, Freiheiten zugunsten größerer Sicherheit aufzugeben«. Setzt man voraus, daß jede Regierung Menschen braucht, die Freiheit gegen ihre Art von »Sicherheit« aufgeben, weist eine negative Antwort (auf diese Frage) auf eine bemerkenswerte ideologische Blindheit hin. Trotz der Ausnahme Brasiliens mit 35% (selbst das ist erschreckend niedrig), war der Prozentsatz der Menschen, die übereinstimmten sehr niedrig (6% in der Schweiz bis 12% in Kanada).

Trotz all der Diskussionen über »1984« und seine Gefahren, wird es offensichtlich, wenn

man sich die öffentliche Meinung anhört, daß es ein beträchtliches Maß an Selbstzufriedenheit gibt, angesichts des beträchtlichen Verlustes an Freiheiten der heutigen Welt. Oder, es scheint der Fall zu sein, wenn man sich die tatsächlichen Äußerungen der Menschen anschaut, daß vielleicht das Ausbleiben der richtigen, orwellschen Antworten darauf zurückzuführen, daß der größte Druck auf die Freiheiten nicht in klassisch orwellscher Art und Weise ausgeübt wird.



Ute Stüver

»**1984**« gegen 1984

Obwohl einige den jüngsten »Mißbrauch« von Orwells Roman im Dienste des Antikommunismus beklagen mögen, ist diese Kritik verfehlt. Die Inspiration für dieses Werk ist, vor allem, der Stalinismus, und es zeigt hervorragend den monströsen Charakter des totalitären »sozialistischen« Staates. Versuche, das orwellsche Modell auf die westlichen Gesellschaften zu beziehen, so daß im Grunde genommen alles in »orwellschen Farben« erscheint, sind albern. Natürlich muß der Westen etwas aus »1984« lernen – es ist ein großes literarisches Werk und es hilft wichtige Bereiche des menschlichen Daseins zu erhellen. Sein Autor versucht jedoch nicht, einen vom Weltschicksal bestimmten Entwicklungskurs für alle modernen Gesellschaften aufzuzeigen. Der große Bruder ist ein treffendes Symbol für autoritäre Herrschaft. Er sollte aber nicht als das Sinnbild für Unfreiheit in der modernen westlichen Welt betrachtet werden. Denn in Wirklichkeit hat diese Welt einen anderen Despoten der im Moment ein furchtbarerer Feind ist, bzw. den man mehr fürchten sollte. **In der Konsumgesellschaft – die vorherrschende Form der »fortschrittlichen« Gesellschaft – ist unser Bruder ein weit angenehmerer Kerl als es der Orwells war. Es ist die Ware**, die über alle anderen Tyrannen herrscht (*und es gibt* andere in unserer Oligarchie). »1984« konnten die Menschen durch die gelegentliche Raserei orgiastischer politischer Rituale dazu getrieben werden, den großen Bruder zu lieben. 1984 (dem Wirklichen), fällt es dem großen Bruder nicht schwer unsere Zuneigung zu gewinnen. Er ist immer bei uns, als das allgegenwärtige Objekt unserer Begierde.

Die heutige Bedeutung von »1984«

Die hauptsächliche Bedeutung von »1984« heute, kann in einem Wort zusammengefaßt werden: Geld. Jeder, mit ernsthaftem Interesse an den sozio-politischen Implikationen des Buches, hat sich schon einmal für einige Zeit mit solchen Fragen auseinandergesetzt. Man brauchte nicht auf die Ankunft dieses magischen Jahres zu warten um seine Tiefgründigkeit zu erforschen. 99% der Wissenschaftler, die jedes Gramm Schrecken aus dem Buch pressen, haben nie auch nur einer einzigen Fußnote aus Orwells politischem Klassiker »Hommage to Catalonia« (Mein Katalonien) Anerkennung gezollt. Jetzt aber wird das Wort »Orwell« in tausenden von Artikeln unsterblich gemacht.

In der realen Welt ist die Ausbeutung noch krasser. Nach John Hurt, dem Star der neuesten Filmversion von »1984«, *»nähern wir uns dem, was der Film beschreibt.«* Sein Anhaltspunkt für diese denkwürdige Überzeugung ist wenig überraschend. *»Sehen Sie sich«*, sagt er, *»das Gezänk zwischen Ost und West an.«* (– im Buch waren die Supermächte in einem andauernden Kriegszustand, so kann man vielleicht alles unter der allgemeinen Rubrik »Gezänk« subsumieren.) Es ist von wenig Belang, ob wir von dieser *Tour de Force* der historischen Analyse überwältigt sind oder nicht. Das Wichtigste ist, über Orwell, über »1984«, über den großen Bruder zu reden.

Wie Hurt scharfsinnig bemerkt: *»Orwell ist ein heißes Thema.«* Es erübrigt sich zu sagen, daß die Werbeindustrie es nicht versäumt hat, gebrauch vom Thema »1984« zu machen, um Produkte zu verkaufen und für die Ideologie der freien Auswahl zu werben (denn, wie uns schon 1970 von Toffler in »Future Shock« gesagt wurde, ist das Problem heute nicht ein *Mangel* an Auswahl, sondern das Dillemma des Überangebots in der Überflußgesellschaft).

Ein ausgezeichnetes Beispiel, wie man »1984« vermarktet, kommt von »United Technologies«, die uns sagen, daß Orwell in Bezug auf Technologie falsch lag. Technologie hat uns nicht versklavt. Sie hat uns befreit. Orwell überblickte den technologischen Fortschritt nicht – besonders die Tatsache, daß große, teure Computer, kleinen, leicht zugänglichen Maschinen Platz machen würden. Er wußte nichts vom Chip, der für die weite Verbreitung des Computers gesorgt hat, der die Ängste, die aus Orwells Glauben rühren, daß die Macht der Computer in den Händen einer kleinen Elite liegen könnte, verdrängt.

Leser des Buches werden bemerken, daß diese Aussage selbst ein »Glaube« ist, dessen sich der »Gläubige« nicht bewußt war. Denn in »1984« wurden Informationen nicht in Computern gespeichert, sondern in »weiten Lagerräumen, in denen umgeschriebene Dokumente aufbewahrt wurden«. Orwell jedoch muß bei seinem »Glauben« über den Computer bleiben, da der Sinn der Anzeige ist, zu zeigen, daß er Unrecht hatte. *»Der elektronische Chip hat jedem der den Horizont und die Klarheit seines Denkens erweitern will, die Möglichkeiten des Computers in die Hand gegeben.«* Was verschwiegen wird in diesem Loblied auf die Maschine, ist das hohe Ausmaß an Unfreiheit, das in diesem technologischen Fortschritt steckt: die Arbeiter, die sich dem Computer anpassen müssen, was immer auch ihre Forderungen und Wünsche sind, ganz gleich wie er ihre Arbeit zur Routine macht; die Studenten, die durch Anweisungen der Schulbehörde gezwungen werden zu lernen wie man ihn benutzt; die unbewußt gewählten Effekte der Technologie, die »den Horizont und die Klarheit des Denkens« einschränken. Diese Technologie bedroht die Autonomie villeicht vor allem dadurch, weil Menschen in dieses technologische System als Informationskonsumenten vereinnahmt werden (und sehr wenige sind Informationsproduzenten!). Wie Orwells Bildschirm kann auch der Computer kein effektives Kontrollmittel sein, wenn er nicht von wenigen monopolisiert wird. Das »Network« muß sein Netz natürlich so eng wie möglich knüpfen, um die Integration in das System zu maximieren.

»United Technologies« (Vereinigte Technologien), in der Tat!

Eine noch kraßere Ausbeutung des Themas »1984« ist die bekannte Anzeige von Apple Computers. In diesem kurzen aber beschwörenden Drama sitzen Massen von Zombies wie hypnotisiert vor einem gigantischen Bildschirm, gefesselt durch das dominierende Antlitz des großen Bruders.
Plötzlich stürmt eine Frau nach vorne, einen großen Hammer schwingend. Mit einer spektakulären Geste schleudert sie den Hammer durch den Saal und zertrümmert den Schirm. Die Botschaft: Wir sind nicht mehr in der Hand des großen Bruders...»Apple Computers«.

Aber warum »Apple Computers«? Eine Erklärung für die, die es genau wissen wollen: Die großen Namen wie »IBM« stehen für ›big power‹ (die große Macht), für Manipulation und Kontrolle. Der Apfel steht für den »kleinen Burschen«, für »small is beautiful«, für individuelle Freiheit. Das Image des großen Bruders und des rebellierenden Individuums ist deshalb angebracht. Es repräsentiert den kleinen und unabhängigen Unternehmer gegen den zusammengeschlossenen, riesigen Trust, und personalisierte Technologie gegen totalitäre Megamaschinen. Ob die Firma wirklich mehr David als Goliath ist, ob die Maschinen wirklich warm und sympathisch sind, ist ohne Bedeutung. Denn es werden uns zwei gute symbolhafte Gründe aufgezeigt einen Apple Computer zu kaufen.

Andere symbolische Zusammenhänge werden jedoch vermieden. Obwohl United Technologies argumentiert, der Computer würde uns in neue Gefilde der Erkenntnis führen, darf man vermutlich den Köder Apples nicht mit dem biblischen Sündenfall in Verbindung bringen, ein Ereignis, das in einem ähnlichen Versprechen seinen Anlaß hatte.

»Wer braucht die Gedankenpolizei?« oder »Was gibts heute Abend?«

Ozeanien, die Gesellschaft von »1984«, ist irgendwie das direkte Gegenstück der heutigen Konsumgesellschaft. Es ist eine Gesellschaft des materiellen Mangels, die diesen Zustand aufrecht erhält, nicht durch die unaufhörliche Expansion der Nachfrage und der Wünsche, sondern durch die geplante Einschränkung des Angebots. Die Bevölkerung, die um des Existenzminimums willen ein serviles Vertrauen in den Staat hat, wird entweder durch die beständige Aufrechterhaltung eines Terrorzustandes (im Falle der Outer Party), oder eines Zustandes der Unwissenheit und der Desorganisation (im Falle der Proles), in Abhängigkeit gehalten. Da die sozialen Bedingungen sehr grobschlächtiger Natur sind, ist es nicht verwunderlich, daß der Staat in Terror Zuflucht suchen muß, um die Ordnung unter den Parteimitgliedern aufrecht zu erhalten. Und in Anbetracht des abgrundtiefen Lebensstandards, den die zweitklassige Elite genießt, ist zu vermuten, daß nicht nur unser Held Winston, sondern auch die meisten seiner Arbeitskollegen sich danach sehnen, dem großen Bruder die Gurgel durchzuschneiden.

Die Unfähigkeit der Herrscher, wird durch ihren naiven Gebrauch des Bildschirms am besten illustriert. Er dient primär als Mittel zur Überwachung. Während die Menschen den Bildschirm betrachten, werden sie nicht so sehr durch ihre obsessive Anhänglichkeit, sondern durch die Angst, daß *er* sie dauernd beobachtet, kontrolliert. Der große Schlager jeder Saison ist »Der Haß«, ein sich wiederholendes Schauspiel, das die boshaften Gefühle in dieser Gesellschaft vorübergehend hervorruft. Der Staat scheint nie das Potential der elektronischen Medien zur Kontrolle, durch positive Einstellung und Abhängigkeit, entdeckt zu haben. Tatsächlich wird von den Proles, die den heutigen Massen am meisten gleichen, gar nicht verlangt einen Bildschirm zu besitzen. So daß Mr Charrington sagen kann: »Ich hatte nie einen von den Dingern, zu teuer.«

Großer Bruder, du hast alles kaputt gemacht! Die Proles haben bestimmt »1985« revoltiert. Kein Zweifel, sie hatten nach einem schlechten Fußballspiel genug, tobten durch die Straßen und massakrierten die gesamte Inner Party, damit sie Wein trinken konnten, nicht schlechten Siegesgin, für eine durchzechte Nacht.

1984 ist die Kontrolle viel effektiver. Die typische amerikanische Familie nutzt ihre Auswahlmöglichkeiten indem sie pro Tag über sieben Stunden Fernsehen schaut, wie sie das 1983 getan hat. Obwohl es 15 Jahre dauerte von 5 auf 6 Stunden zu kommen, brauchte man für die nächste Steigerung von einer Stunde nur 11 Jahre. Wenn diese Steigerungsrate beibehalten wird, werden, noch vor der Mitte des nächsten Jahrhunderts, 24 Stunden pro Tag in die Glotze geschaut. Was anderen Aktivitäten wie Arbeiten und Einkaufen, im Wege sein dürfte.

So nachhaltig sind Fernsehbilder in das allgemeine Bewußtsein eingedrungen, daß Personen eine übernatürliche, beispielhafte Qualität annehmen. Während Kinder früher nach Lieblingsheiligen, bewunderten historischen Persönlichkeiten, oder geliebten Verwandten benannt wurden, sind heute die Stars aus Seifenopern die bevorzugten Vorbilder. Die Namensgebung der Kinder war in jeder Kultur schon immer ein Ritual, das viel offenbart, das die innersten Werte und Sehnsüchte der Gesellschaft zeigt. Offensichtlich wünschen die heutigen Eltern, daß ihre Töchter an den wesentlichen Qualitäten von Heather und Monika aus ›General Hospital‹ und Tara aus ›All my children‹ teilhaben.

Fernsehvorbilder dehnen ihre Dominanz in jede Sphäre der Existenz aus, ebenso wie die Konsumkultur eine morbide Dialektik der Entmenschlichung hervorbringt. Einerseits entzieht sie Leben aus organischer Kultur und aus dem Menschen durch ihren Ersatz von vorfabrizierten Vorstellungen für sorgfältig durchdachte Formen des Lebens. Sie kreiert am Ende ihrer Manipulation eine geisterhafte Unperson, einen Untermenschen, ein Wesen, das durch Image und »life style« definiert wird. Andererseits macht es sich dieses Wesen, in seiner Pefektion, für seine Zwecke dienlich, und präsentiert es dem Konsumenten als idealistisiertes Abbild der Gegenwart.

Exemplare solcher Medienhelden gibt es reichlich – ihre Anzahl ist Legion. Das groteskeste Beispiel ist vielleicht der Rockstar Billy Idol. Wie sein Name schon andeutet ist er ein Halbgott; Mensch (der weltliche »Billy«) und Gottheit (Objekt der Verehrung – »Idol«), und erlaubt so die Identifikation mit einer Persönlichkeit und dazu erheischt er die geziemende Ehrfurcht für das Spektakuläre. Wie gewöhnlich, enthüllt die Vorstellung mehr als die Vernunft darstellt, denn jeder (vermutlich sogar Rockfans) weiß, daß ein Idol ein *falscher Gott* ist. So ist die augenscheinliche Absicht des Rituals beides, sich mit dem Unechten zu identifizieren, und es anzubeten. Noch offensichtlicher ist die Bedeutung von »Idol« als Image. Es gibt dann eine ironische Entwicklung vom Menschlichen (Billy) zu seiner Negation durch das reine Abbild (Idol). Der

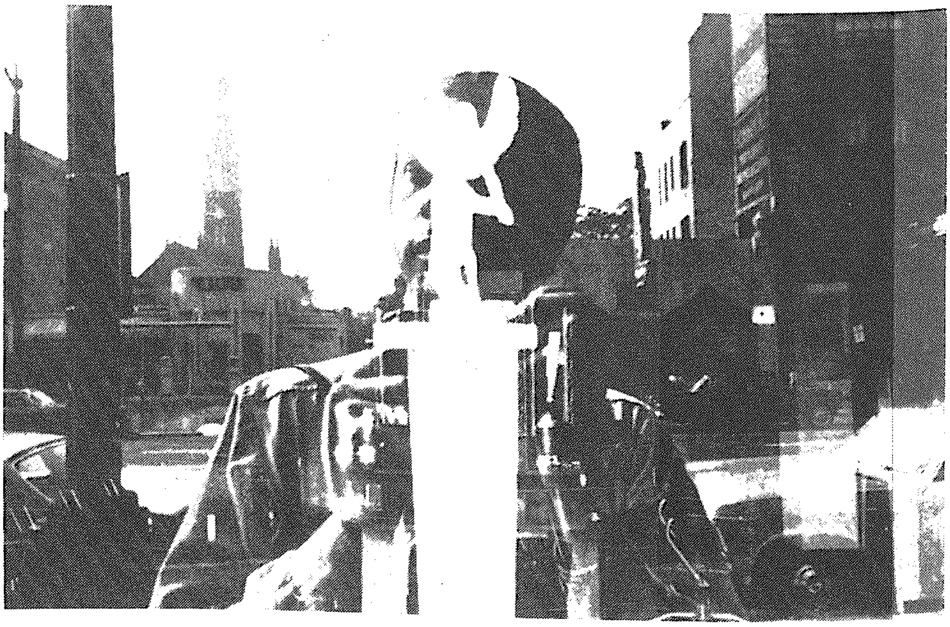


Inhalt des Image ist nicht weniger entlarvend, denn wir finden in Mr Idols Darbietungen eine Vision von Gewalt, Nekrophilie und totaler Entfremdung. In seinem Video »Dancing with myself«, ist unser Held in einer völlig eigenen Welt allein. Die einzigen halbmenschlichen Wesen die gezeigt werden, sind Horden zerfetzter, heruntergekommener Kreaturen, die versuchen seinen (vermutlich nachholocaustischen) Zufluchtsort zu stürmen, und die Silhouette (ein noch radikaler abgeschwächtes Abbild) einer nackten, angeketteten Frau. In dem Video »White Wedding« schiebt er brutal einen Ring auf den Finger seiner Braut, sodaß sie blutet. Es überrascht nicht, daß Mr Idol für seine erniedrigende Darstellung von Frauen, in seinem Trachten nach eindrucksvollen Bildern, angegriffen wurde. Seine Antwort auf Kritik ist, daß er einfach die Ausbeutung der Frauen darstellen will. Vermutlich müssen wir die bürgerlich-liberale Ansicht übernehmen, daß »Darstellungen« den Zuschauer nur erbauen und aufklären, und nicht korrumpieren und entmoralisieren sollen. Während die elektronischen Medien Kultur zur Ware machen, ist das Musikvideo villeicht ein Genre, welches diesen Prozeß am besten perfektioniert hat. Alle Werte, soziale, politische, moralische oder geistige, sind brauchbare Mittel für die Schaffung stilisierter Bilder und oberflächlicher Themen. Was früher mit der vielleicht größten Perfektion auf dem Gebiet der Modefotographie gemacht wurde, wird nun in hohem Maße, und breitem Einfluß auf das Bewußtsein, mit Videos gemacht.

Einige haben kürzlich das Thema »Revolution« aufgegriffen. China ist ein beliebtes Objekt, weil es das kraftvolle Image von wehenden roten Fahnen und exotischen Menschen bietet. Die stärkste Verzerrung, ist jedoch Duran-Duran's »New moon on Monday«, das in einem kommunistisch aussehenden mysteriösen Land spielt. Die Sänger treten als Revolutionäre gegen den autoritären Staat auf, verteilen Flugblätter, tragen Fackeln, und singen einen unverständlichen, aber ohne Zweifel, tiefgründigen symbolischen Text. Die Behörden rufen die Truppen, aber diese bedrohlichen Typen sind so eingeschüchtert, daß sie sich ohne Kampf zerstreuen. Ein Duran scheint verwirrter als der andere, durch die ganze Kette der Ereignisse. Aber was machts? Der Song ist ein Superhit und die Revolution braucht keine inneren Zusammenhänge um einen wirksamen choreographischen Hintergrund zu bilden.

Was ist »Wahrheit«?

Eine von Orwells klarsten Einsichten, ist seine Auffassung über den Zusammenbruch des Begriffs der objektiven Wahrheit. Es wäre ganz natürlich gewesen die Führer der »Inner Party« als ideologische Fanatiker zu präsentieren, die bedingungslos ihren Vorstellungen und ihren Vorurteilen verpflichtet sind. Dadurch, daß er dieser Möglichkeit nicht folgte, machte er es möglich sie als viel authentischere Repräsentanten des modernen Nihilismus darzustellen, (und, wie Nietzsche ausführte, ist der moderne Staat ein hervorragender Ausdruck des nihilistischen Willens zur Macht). Er zeigt die Zersetzung der Ideale wie Güte, Wahrheit und Gerechtigkeit in ihrer extremsten Form. Wie O'Brien feststellt »existiert die Realität im menschlichen Bewußtsein und sonst nirgends.« Danach »existiert nichts, außer durch das menschliche Bewußtsein«. Alle Barrieren zur triumphierenden Subjektivität sind niedergerissen. Das Ego kann sich deshalb ohne moralische oder metaphysische Grenzen durchsetzen.



Die Abschaffung der objektiven Wahrheit, im Sinne von objektivem *Wert*, ist nicht nur eine Voraussetzung für die autoritäre Gesellschaft in welcher Macht gleich Recht ist, sondern auch für die Konsumgesellschaft, in der das Image in Ordnung sein muß. Die einzig »objektive« Welt wird zur Welt der »Fakten«, zur Welt »der leblosen Materie«, der Produktionsprozesse und Materialtransformationen – das Reich der »Notwendigkeit«, wie es genannt wurde. Bedeutung und Wert leben in ganz verschiedenen Bereichen, dem Bereich des Relativen und dem Bereich des Subjektiven. Subjektivität wird so aus der Natur verbannt und die Objektivität aus dem menschlichen Geist.

Aber objektiver *Wert* verschwindet nicht wirklich. Sondern wird in einer total entfremdeten Form beibehalten. Denn der Produktonsbereich beinhaltet nicht nur rein materielle Dinge, sondern auch das Warenimage der Güter, das von intensiv erfahrendem Wert erfüllt ist. Soweit dieses Image die Illusion der objektiven Realität annimmt und Macht über das Subjekt erlangt, bleibt objektiver Wrt existent, aber in einer gänzlich undurchsichtigen, mystifizierenden Form. Der Warenfetischismus ermöglicht dadurch die gleichzeitige Auflösung authentischer objektiver Werte und die Herrschaft durch illusionäre objektive Werte.

Das Spamland (Das Büchsenfleischland)

Müßte man ein alles umfassendes Sinnbild für die Konsumgütergesellschaft suchen, würde die Wahl wohl auf Spam (= Spiced Ham amerikanisches Büchsenfleich) fallen. Spam gelingt es sofort die Produktionskraft der materiellen Transformation und die Vorstellungskraft des Konsumenten zu vereinigen. Es ist das treffendste Symbol der Transformation von natürlichen Substanzen und Qualitäten in Künstliches mit fabriziertem Image. So gründlich war diese Umwandlung, daß Konsumenten schon nicht mehr wissen was in der Dose ist. Niemand weiß was es wirklich ist. Es ist *das* »Lebensmittel«, und könnte leicht für die *materia prima* des gesamten Universums gehalten werden. Wie Thales (nicht zu verwechseln mit irgendeiner Computersprache Thales) sagen würde, »Alles ist Spam«.

Es ist jedoch in der Tat richtiges, tierisches Protoplasma, das in die Ware Spam umgewandelt wurde. Aber obwohl Spam aus der Zerstörung lebender Tiere resultiert, hat es sich selber wieder ein »nicht-lebendiges« Tier Image geschaffen, »das Spam-animal«. Das ist ein Image, das von der Hormel Company geschaffen wurde um von Konsumenten geliebt zu werden, die dann ihre Zuneigung auf das Produkt selbst übertragen können. Unglücklicherweise lauern jedoch Gefahren in diesem scheinbar harmlosen Konzept. Denn wie ein Angestellter der Company bemerkte. »wenn wir das Spam-animal zu sehr betonen. befürchten die Leute, daß wir es töten und dann eindosen.«

Interessanterweise wird nicht befürchtet. daß die Hormel Company richtige Tiere töten könnte um sie einzudosen. Weil sie keine vertrauten Verbrauchsgüter sind, haben diese Viecher keinen Platz in der Welt der Konsumenten. (Stadtkinder wachsen auf, ohne sich der Tatsache bewußt zu werden, daß Fleisch von Tieren kommt und nicht in Fabriken hergestellt wird, diese Tatsache dringt nie wirklich in ihr Bewußtsein).

Auf dem freien Markt der Ideen hört man kaum »Aussagen« wie: »Mami, kann ich noch ein Stück rekonstruiertes Schweinefleisch haben?!« – »Natürlich, Jason, Liebling und spül es mit einem Schluck Chemie-Cola hinunter!«

Nein, die einzig realistische Angst in so einer Welt ist, daß das in der Vorstellung existierende Spam-animal in das Produkt zurückverwandelt werden könnte, das es hervorgebracht hat (sozusagen wie ein Spam zum Schlachter geführt werden). Aber die Dialektik der Täuschung geht noch einen Schritt weiter. Unser Angestellter fragt: »Erinnern sie sich an Pet Rock?« Natürlich wir erinnern uns, aber wenn nicht, so können wir immer noch daran erinnert werden, denn in der Welt der Bilder wird niemals etwas verloren. In »1984« wurde die Vergangenheit ausgelöscht. 1984 geht alles in die memory banks, da alles potentielles Kapital ist.

Das Pet Rock war ein Haustier, das kein Haustier war. Seine Entwicklung ist lehrreich. Auf den ersten Blick: Ironie einer Sache dem alle Qualitäten fehlen, die sie ausmachen. Die

verborgene Bedeutung: die unorganische Qualität unserer Welt – ein erstarrtes Haustier für Plastikmenschen. Auf den zweiten Blick: Ein lustiger Einfall einen Stein wie ein Haustier zu behandeln. Die scharfen Kanten dieses Steins sind abgeschliffen, eine Absurdität domestiziert als ein Stück Vertrautheit. Drittens: der Herdeninstinkt, da der brave Konsument alles annimmt was er sieht oder worüber gesprochen wird. Ein neuer Beitrag zum üppigen nationalen Abfall.

Wie können einige Elemente dieser klassischen Schrulle zum Ruhme des Spam wiederverwendet werden? »Wir werden dem Spam-animal einen Käfig bauen!« schlägt unser kreativer Verkaufsmanager vor. Der Käfig wird natürlich leer sein. Die Logik ist unanfechtbar: Wenn das Spam-animal nicht im Käfig ist, kann auch nicht daran gedacht werden, daß es geschlachtet und eingedost wird. So kann man seine Treue zu Spam zeigen (Produkttreue) indem man in seiner Wohnung die Abwesenheit des imaginären Spam-animal sehen lassen kann.

Falls jemand das Fortbestehen des Geistes im Land der Bilder anzweifeln sollte, diese vierfache Negation (die die erbärmlichen doppelten Negationen der alten Dialektiker beschämt) ist eine, die von jedem Kind verstanden werden kann. Wohl stimmt es, daß einige Denkarten in der Konsumgesellschaft verkümmern, aber es trifft auch zu, daß andere ausgezeichnet gedeihen.

Keine orwellsche Welt, das! Dem Käfig für das Nicht-Tier gegenübergestellt wäre der orwellsche Neusprecher sprachlos, oder er würde bestenfalls äußern: »Wo ist das Tier?« Der heutige Neudenker erkennt sofort, daß der Käfig nicht für *Tiere* gedacht ist.

Sex in den Ruinen

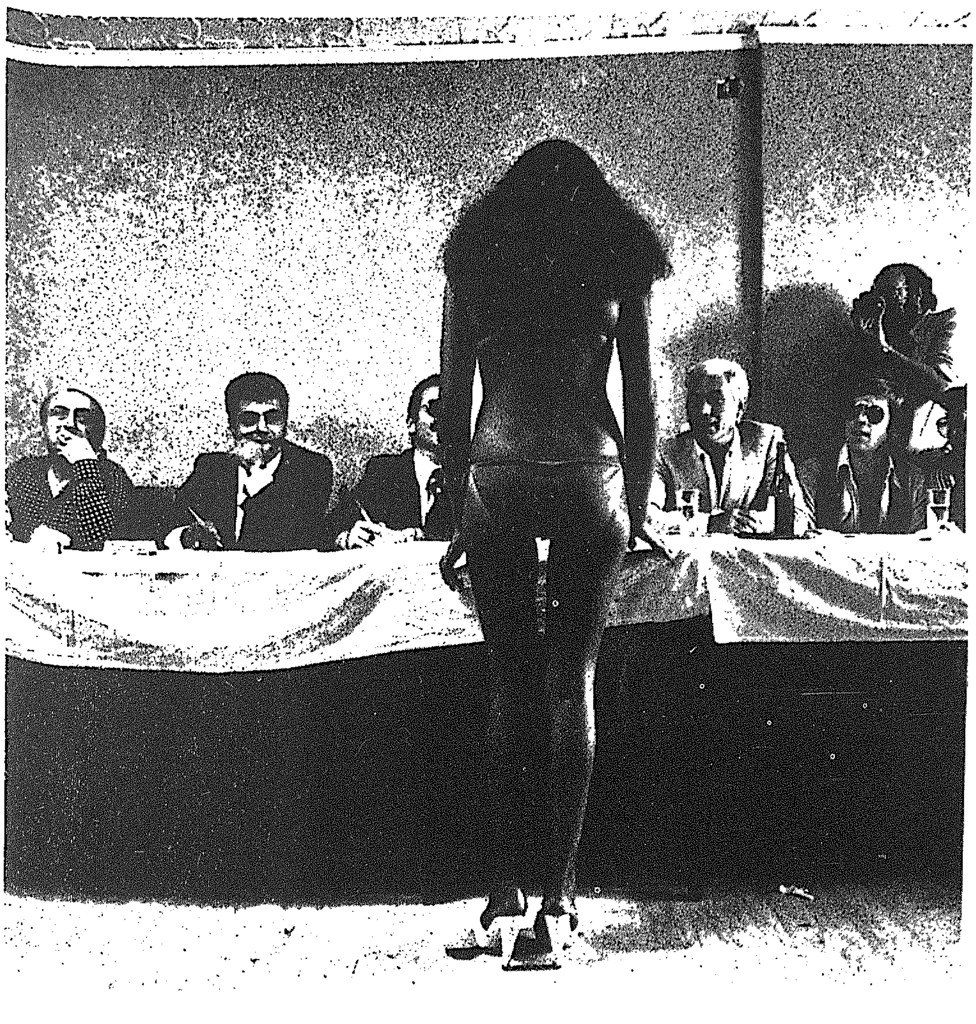
In Ozeanien herrscht eine traditionelle Ansicht über Sexualität und Fortpflanzung bei den Produzenten vor, wenigstens bei den Parteimitgliedern. Geschlechtsverkehr dient ausschließlich zur Zeugung von Nachwuchs, und ist in den Bereich der Pflichten gegenüber dem Staat aufgenommen. Lust und Freude werden von der Zucht und Ordnung auf der das System beruht als subversiv gebrandmarkt. Unterdrückung der Sexualität hat die wichtige Funktion Instinktenergie wegzuleiten, die dann in autoritäre politische Hysterie transformiert werden kann. Der Prozeß folgt ungefähr Reichs Analyse in »Die Massenpsychologie des Dritten Reiches«. In der Sicht der politischen Repression wird das Verlangen nach sexueller Betätigung zu einem Akt der Rebellion gegen den Staat.

Die Grenzen dieser Repressionstheorie und ihrer Negation wurden vor langer Zeit in Marcuses Analyse der repressiven Desublimierung dargestellt. Wenn sexueller Ausdruck auf die Erfordernisse des Warenkonsums umgeleitet werden kann, kann Sexualität als subversive Kraft wirkungsvoll neutralisiert werden. Das ist es was tatsächlich in unserer heutigen Gesellschaft passiert ist, jedoch in einem Ausmaß der in Marcuses Schrift noch unvorstellbar war.

Durch Orwell wird auf so eine Lösung hingewiesen, insoweit als die Proles teilweise durch die Zugänglichmachung von Pornographie, Prostitution etc. kontrolliert werden. Es ist jedoch nicht ganz klar wie diese Kontrolle funktioniert. Vermutlich üben sie eine gänzlich negative Funktion aus – indem Instinktenergie weggeleitet wird, die in ihrem Fall politisch nicht manipuliert wird. Aber die Möglichkeit die Instinkte zu nutzen um die Bevölkerung besser in das Machtsystem zu integrieren, wird nicht untersucht.

Andererseits wird in der Konsumgesellschaft keine Quelle ungenutzt gelassen um Kapital anzuhäufen. Geschäftsmänner können die Dienste von Prostituierten auf Kreditkarte in Anspruch nehmen, Kunden von eindeutigen Telefongesprächen werden automatisch abkassiert, Pornomagazine wenden sich an die untere republikanische Mittelklasse, und schlagen guten Gewinn daraus, Playboy, Penthouse und ähnliche Zeitschriften haben sich schon lange als respektables Big Business etabliert.

Auch auf der Ebene des Individuums gibt es ein starkes Gebot, das die Ausbeutung der Sexualtität fordert. »Sex Appeal« ist für die erfolgreiche Vermarktung einer Persönlichkeit, eines »Image« und eines »erfolgreichen Lebensstiles«, unbedingt erforderlich. In der Welt der Ware wird das »Selbst« zur Ware, und der Körper wird zum wertvollstens Kapital. Akkumulation von Sex Appeal erfordert Investitionen in Fitness Centers, Trainingsgerät, Jane-Fonda-Anleitungsbücher, Plastikchirugie, Kosmetik, und eine Anzahl von Sportarten und Diätärzten. In »1984« sah sich Winston in der Kantine des Wahrheitsministeriums um, und er war schockiert, daß alle Menschen so häßlich waren. Die Konsumgesellschaft des Jahres 1984 benötigt *schöne* Menschen. Um das richtige Image darzustellen, muß man das ric htige »Kapital« mitbringen – das sich in der Qualität der Waden, Bizeps, Schenkel, Taille etc. berechnen läßt. Wenn der Konsument diese Qualitäten entwickelt hat, kann er einige »designer band-aids« (3 für 99 Cent) kaufen. Diese originellen Waren sind nicht dazu da um Schnitte und Kratzer zu heilen, sondern sie sollen helfen, die Aufmerksamkeit auf die am besten entwickelten Teile des Körpers zu lenken. Die Körper-Politik mag krank sein, aber die Körper-Wirtschaft gedeiht!



In der autoritären Gesellschaft von »1984« ist die »Produktion« von Kindern eine Pflicht gegenüber dem Staat, und die Jugend ist einer strengen Disziplin und Kontrolle unterworfen (Zugehörigkeit zu den Spähern zum Beispiel). In der Konsumgesellschaft gerät die »Produktion« von Nachwuchs immer mehr in Konflikt mit »dem unabhängigen Lebenstil« (das heißt: Abhängigkeit von bis aufs äußerste gesteigertem Warenkonsum), der ein ideales Selbstimage ist. Das Ergebnis ist eine Abnahme der Geburtenrate, außer in den zurückgebliebensten und ungebildetsten Schichten, und die Tendenz die sehr Jungen und sehr Alten auf die kosteneffektivste und wirkungsvollste Art und Weise abzuschieben, woraus sich eine minimale Beeinträchtigung der Produktion und des Konsums ergibt.

Über die Langzeiteffekte der Unterbringung kleiner Kinder in Kinderhorten können nur Vermutungen angestellt werden. Vermutlich wird die Verlagerung des größten Teils der frühkindlichen Erfahrungen, weg von der Familie, hin zu einer mehr entpersönlichten Umgebung, eine weitreichende Bedeutung für die Entwicklung der Charakterstruktur haben. Der Verfall der engen Beziehungen innerhalb der Familie mag das Absterben der patriarchalischen, autoritären Zustaände, die von Reich vernichtend kritisiert wurden, si-

gnalisieren, es kann aber auch die Auflösung der entwickelten komplexen Persönlichkeit bedeuten, die ihre Blüte (wie verwelkt sie auch oft gewesen sein mag) in der bürgerlichen Epoche hatte.

Ein Zeichen für die Abgestumpftheit der Konsumgesellschaft ist das Ausmaß an Mißhandlungen – die von Gleichgültigkeit gegenüber Bedürfnissen zu Grausamkeiten und gemeinen Taten reichen, – die in Institutionen wie Kindertagesstätten vorkommen. Wie weit dieser Mißbrauch gehen kann, zeigt sich in dem jüngsten, vielpublizierten Fall in Südkalifornien (dieser Insel des Bizarren) wo über 100 Kinder von ihren Aufpassern über Jahre hinweg mißbraucht worden sind. Die Kinder wurden auf verschiedene Art und Weise mißbraucht, es wurde Sodomie mit ihnen getrieben und es wurden pornographische Filme mit ihnen gedreht. Nachdem vermutlich die Möglichkeiten der Ausbeutung der Kinder im Hort ausgeschöpft waren, boten die gerissenen »Unternehmer« Kinder an, die ihre Kunden aufsuchten, oder die Kinder wurden in Massagesalons gebracht, wo sie von den Kunden sexuell mißbraucht wurden. Die Eltern der betroffenen Kinder hatten keine AQhnung was mit ihren Kindern passierte, und wenige schienen über die Regelung beunrughigt ztu sein, daß sie den Hort tagsüber nicht besuchen durften.

Obwohl allseits verdammt, ist so eine »Unternehmung« ein Modell für den kapitalistischen Grundsatz von der größtmöglichen Ausbeutung der Resourcen, denn es erlaubt: 1) den Eltern auch weiterhin als Produzenten und Konsumenten zu funktionieren, ungestört von familiären Verpflichtungen; 2) es erlaubt Kindern ihr Leben als Konsumenten zu beginnen, indem sie die Dienste der Kindertagesstätte in Anspruch nehmen; und 3) daß Kinder als sexuelle Ware immer wieder benutzt werden können während sie konsumieren, und so dreifach zum Bruttosozialprodukt beigetragen wird.



Politik, Opium für die Massen oder: Hart for a Heartless World

In Ozeanien war Politik abgeschafft. **In der Konsumgesellschaft ist Politik als authentische Teilnahme im staatsbürgerlichen Leben im Grunde genommen nicht existent; das Politische wird jedoch als wichtiges Element des Legitimierungsprozesses beibehalten. Obwohl die Öffentlichkeit das Spiel seit langem durchschaut hat, und der Zynismus auch weiterhin alle bestehenden politischen Glaubensrichtungen erodiert, klammern sich die Menschen immer noch etwas an einige Überbleibsel der politischen Illusion.**

Obwohl die wahre Treue der Massen der Ware gilt und nicht dem politischen System, macht der amerikanische Staat – genauso wie seine Pendants anderswo – einen neuen Versuch seine zerstörte Legitimation zu flicken. Es erübrigt sich zu sagen, daß das Mittel eine neue Politikergeneration, – die als neue verbesserte Ware vermarktet werden –, ist. Das neueste Produkt in Handelsklasse A, das dem politischen Konsumenten angeboten wird, ist Gary Hart. Es ist gut bekannt, daß Senator Hart versucht hat, einige Aspekte des JFK (Kennedy) Image mit einigem Erfolg auf mystischer Ebene wiederzuverwerten. Was weniger bekannt ist, ist sein ausgezeichneter Stammbaum bestehend aus Generationen von Imagebewußtsein. Der Name des Senators leitet sich ursprünglich aus dem Namen Eberhard Penz her. Dieser fremde, deutsche Name wurde klugerweise amerikanisiert und in das akzeptable »Hartpence« verwandelt. Aber das war noch immer ein etwas ungewöhnlicher Name. Gary selber blieb es überlassen, den endgültigen dritten Schritt zu tun, und den Namen in Hart zu verkürzen, ein Name der beides, ein edles Tier und den Sitz aller Güte in einem Menschen, beschreibt.

Es paßt ins Bild, daß jemand der solche Originalitäten besitzt seinen Reiz auf seine Verpflichtung für neue Ideen aufbaut. Senator Hart versichert der Öffentlichkeit, daß er sie hat, und viele Anhänger Harts sagen tatsächlich, daß sie ihn deshalb unterstützen, weil er diese Ideen hat. Seine Gegenspieler, (besonders Mr Mondale, der «die traditionelle demokratische Koalition« repräsentiert, eine alte, verbrauchte aber noch immer nützliche Idee) haben nicht versäumt darauf hinzuweisen, daß er erst noch den genauen Inhalt dieser Ideen erläutern muß, oder erklären muß auf welche Art sie »neu« sind. Das zeigt jedoch nur ihre hilflose Verwirrung im Hinblick auf den Wahlverlauf (wenn ihre Analyse etwas anderes wäre als ein Computer-Image, was es ist). Senator Harts »neue Ideen« zeigen in keiner Weise, daß er besondere Konzepte im Kopf hat, die irgendwie »neu« wären. Sie zeigen eher, daß er das Image einer »Person die neue Ideen hat«, haben soll – die Frage nach ihrer Existenz ist bestenfalls irrelevant. Tatsächlich, könnten große Teile der Öffentlichkeit wirklich innovative Konzepte am Kandidaten entdecken, würde das zu einer Gefahr werden, denn es würde den Prozeß ihn als allgemein konsumierbares Produkt zu verkaufen verkomplizieren und behindern.

Ist das Image von Dauer?

Da politische Institutionen immer perfekter in das Spektakel des Warenkonsums absorbiert werden, ist auch das »Recht« dabei eine Medien-Ware zu werden... Obwohl das Drama im Gerichtssaal schon durch Perry Mason zur Medienware wurde, hat die Ausbeutung dieses Themas mit der Übertragung von echten Zeugenaussagen im Barroom-gang Vergewaltigungsprozeß in New Bedford, neue Ausmaße erreicht. Cable News Network, die stundenlang die detaillierten Aussagen, die sich mit der Vergewaltigung befaßten, übertrugen, verteidigten ihre Entscheidung die Sache zu übertragen formell damit, daß es wichtig sei die Öffentlichkeit über dieses wichtige Thema zu informieren. Mit anderen Worten, wird CNN *alles* bringen, egal wie grauenvoll und faszinierend, egal welchen Einfluß es auf die Zuschauerzahlen hat, solange es nur die Sache der Gutbürgerlichkeit fördert.

Diese Vergewaltigung des heiligen Rechtswesens blieb nicht unkritisiert, was jedoch sehr verworren gemacht wurde. Ein Professor der angesehenen Annenberg School of Communication bezeichnete solche Phänomene als Schaugerichtsverhandlungen und verglich sie mit den Praktiken im stalinistischen Rußland, in China und in Iran. Diese typisch orwellsche Anspielung ist jedoch fehl am Platze, denn die traditionell autoritäre Funktion der genannten Fälle wird durch die Konsumfunktion der Mediengerichtsverhandlungen heute, über den Haufen geworfen. Der Professor bringt die »Schaugerichtsverhandlung« von gestern mit der Gerichtsverhandlung heute, durcheinader.

Wenn uns TV-Gerichtsverhandlungen das Image der Gerechtigkeit nahe bringen, stehen



wir jetzt der noch eigeneartigeren Möglichkeit von »Gerechtigkeit für das Image« gegenüber. Denn das Image ist so wichtig für die heutige Gesellschaft geworden. Daß es von rechtswegen geschützt werden müßte. Das Image, das diese Frage aufwirft, finden wir auf der »Cadillac Ranch« in Texas, wo zehn Cadillacs aufrecht eingegraben sind und ihre Heckflossen in die Luft strecken. Die drei Schöpfer dieses wertvollen Werks haben das »Hard Rock Cafe« in Hollywood, Kalifornien, auf 1,5 Millionen Dollar verklagt, weil es einen 1959er-Cadillac auf dieselbe Weise auf dem Dach des Cafes angebracht hat. Dieses abscheuliche Verbrechen, das die Betreiber des Cafes begangen haben, ist »Imagediebstahl«, ein ernstes Vergehen in einer Gesellschaft, in der das Image zu den wertvollsten Dingen gehört.

Obgleich es kein Geheimnis ist, daß die Revolution in Rußland seit langem tot ist, deutet so ein Ereignis auf einen überraschenden Grad an ideologischer Desintegration hin, und läßt eine Bewegung weg von autoritären Werten hin zu Konsumwaren erahnen.

Die Volksrepublik China verhinderte da die Rückkehr der unterdrückten Ware schon erfolgreicher. Es ist kein Geheimnis, daß das Nach-Mao-Regime alle Anstrengungen unternimmt um allen Fortschritt der westlichen technologischen Gesellschaft in den Sozialismus einzubauen. Wenn die Wirtschaft das Sagen hat, wird es vermutlich rapide zu einer Vermarktung der Kultur kommen. Der Staat hat schon begonnen in der Nähe von Hongkong Luxuswohnblöcke zu bauen, damit reiche kapitalistische Manager zwischen der Volksrepublik und den Sweatshops, in denen sie die hart arbeitenden Massen ausbeuten, hin und her pendeln können. Obwohl diese offensichtliche Sünde gegen die sozialistische Moral mit der Notwendigkeit des sozialistischen Fortschritts erklärt werden kann, ist die wirkliche und tödliche Sünde die Vergiftung der Hirne der Arbeiter durch das Beispiel der »beautiful people«, die das süße Leben genießen.

Dekadenz im Arbeiterparadies

Während die geistigen Werte der Konsumwelt in westlichen Gesellschaften schon fest verankert sind, infizieren sie auch immer mehr den Ostblock, da die Produktion immer weiter steigt und der westliche Einfluß in einem langsamen aber stetigen Infiltrationsprozeß weiterwirkt. Symbolisch für diese historische Tendenz ist die Einführung von »high fashion modelling« in Moskau. Kürzlich saß die Elite des staatskapitalistischen Regimes beisammen und erfreute sich an Wodka-Cola, um derselben Parade von geisterhaften Gestalten, wie man es bei uns aus New York, Paris oder Mailand gewohnt ist, beizuwohnen. Obwohl die Mannequins genauso mechanisch posierten wie ihre westlichen Pendants, unterschieden sich die Modethemen etwas. Während man in New York teure Nachempfindungen der Bekleidung ekuadorischer Bauern, von Astronauten oder (Ironie der Ironie) der Bag Lady sehen kann, wurde den Moskowitern eine eigene Sorte Kulturvampirismus geboten. Der große Hit der Schau folgte einem sozialistischen Thema: Nicht proletarischer Realismus, sondern ziemlich elegante, in hohem Maße stilisierte Kleidung die ihre Anstöße aus der Zeit der Oktoberrevolution nahm.

Eine andere Kraft die China verändern wird, ist die Invasion durch westliche Touristen. Die Volksrepublik investiert gerade ganz groß und auf kluge Art und Weise in den Tourismus. Es werden den westlichen Besuchern zwei Unterkunftsmöglichkeiten angeboten. Eine Art dieser Hotels zeichnet sich durch eine Neubaukonstruktion aus, die man »Running Dog Hilton« nennen könnte. Ein im westlichen Stile hochgezogenes Hotelgebäude, in dessen hocheleganter Spitze sich ein drehendes Restaurant befindet. So tief beeindruckt sind die Chinesen von diesem Bauwerk, daß sie sich angeblich den ganzen Tag davor fotographieren.

Die andere Art von Touristenunterkünften ist ein Komplex den wir »Immiseration-Inn« nennen würden, eine umgebaute Kommune, mit gerade soviel Komfort um die Atmosphäre mehr exotisch als bedrückend sein zu lassen. Hier kann der Besucher Bauer spielen, heimelige Unterkünfte bewohnen, hie und da mit den Ochsen ausfahren, und sogar einen kurzen Abstecher in die Reisfelder machen.

Noch bedrohlicher für die Überbleibsel der sozialistischen Ideologie ist das wachsende Interesse der chinesischen Führung an Werbung. Wie zwei amerikanische Werbemanager erst kürzlich bestätigten: *»Sie wollen auf die Werbung setzen«*. Und in der Tat, das sollten sie auch tun, denn 25 Jahre nach der Revolution wäre es naiv zu glauben, man könnte eine Billion Menschen durch das Wiederholen verschiedener hohler Phrasen aus der Mao-Bibel unter Kontrolle halten. Die sozialistischen Führer verhielten sich gegenüber dem Grundgedanken der kapitalistischen Marketingtechniken reserviert, aber ihre Befürchtungen wurden schnell ausgeräumt. Die Manager berichteten: »Sie fragten uns ›Lügt die Werbung?‹ – Wir hatten gute Antworten, und die Chinesen akzeptierten sie!«

Vermutlich haben die Eliten in Ost und West eine gemeinsame Grundlage gefunden: Die Arbeit ist es, die wirksam ist. (The truth is that works).

Die kranke Gesellschaft

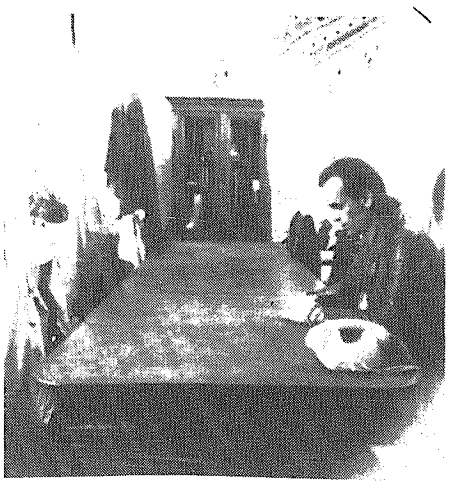
In Ozeanien gab es Angst, Haß und Schmerz, aber es gab keine emotionelle Wünsche, keine großen schwerwiegenden Sorgen. Heute stellen wir einen ähnlichen Verlust an Komplexität der Gefühle fest, aber einhergehend mit dem auch ein Verlust an Intensität der Gefühle, woran sogar in Orwells Dystopia festgehalten wurde. Anstatt auf Angst, Haß und Schmerz stoßen wir zunehmend auf Beklemmung, Ärger und Unbehagen. Das Leben wird als Last empfunden, aber nicht wegen der Tyrannei und Ungerechtigkeit unserer Existenz. Sondern weil die »Lebenshaltungskosten« zu hoch erscheinen. Der Aktienindex in den roten Zahlen ist.

Eigenartig, je mehr »Lebensstil« floriert, eine desto geringere Bedeutung hat »Leben«. Eine Selbstmordepidemie ist zum Beispiel unter den Teenagern der Avantgarde der Konsumgesellschaft, ausgebrochen. Die Selbstmordrate ist innerhalb nur einer Dekade, unter Jugendlichen umm 50% gestiegen. Vor allem in den Stadtrandbezirken, den fortgeschrittenen Sektoren der modernen Gesellschaft zeigen sich schockierende Ausbrüche. In einem einzigen Vorort von Dallas töteten sich sieben Teenager in einem Jahr. In einem Vorort in Nordkalifornien zwölf. In einem Fall ging ein Kind diesen Weg, weil es schwere Depressionen bekam, nachdem es erfahren hatte, daß es für einige Jahre eine Zahnspange tragen müsse. Nicht mehr zu existieren, war vermutlich wünschenswerter als nicht mehr dem richtigen Image zu entsprechen. Ob diese Meldung stimmt oder nicht, es gibt sicher eine tiefe Krise die aus dem Anwachsen narzistischer Persönlichkeitsstrukturen erwächst. Eine steigende Anzahl von Menschen ist unfähig, eine sinnvolle Zukunft, für die es wert ist sich einzusetzen, zu planen oder sie sich gar nur vorzustellen, und sie bleiben in einer immer gleichen Gegenwart passiven und unkreativen Konsums gefangen.

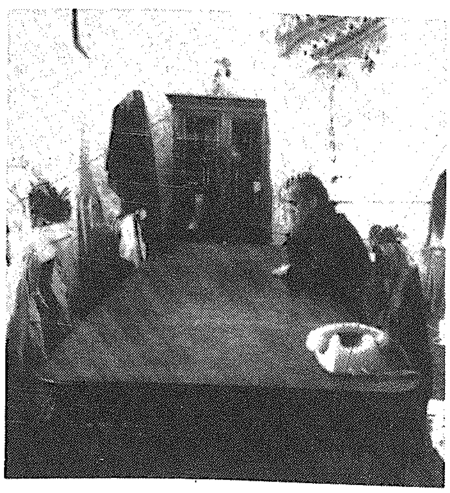
Ganz auf der Linie mit dem Anwachsen solcher Probleme liegt ein populäres Modell der modernen Welt, das man als »therapeutische Gesellschaft« beschreiben könnte. Dieses Konzept enthält eine Teilwahrheit, denn viele Insitutionen wurden schon mit Hilfe dieser therapeutischen Perspektive umgeformt. Infolgedessen machen Gefängnisse als Mittel vergeltender Gerechtigkeit oder sogar als pragmatisches Instrument um positiven Einfluß auf soziale Probleme zu gewinnen, mehr und mehr einer therapeutischen Behandlung Fehlgeleiteter platz. Das ist nur ein Aspekt eines generellen Trends. Da die Gesellschaft fortschreitend in eine Ansammlung atomisierter, egoistischer Konsumenten zerfällt, produziert jedes Element der entfremdeten Persönlichkeit Horden von therapeutischen Experten, die die Öffentlichkeit mit Handbüchern, Anleitungen, Tonbändern, Videos, Kursen, Gruppen, Sitzungen etc. überschwemmen.

Alles wird zur Technik. Ein »Schlafexperte« wurde kürzlich von einem Fernsehjournalisten gefragt: *»Sollten wir Schlaf als natürliche Funktion betrachten, oder als Fähigkeit, die erlernt werden kann?«* Man wundert sich in der Tat.

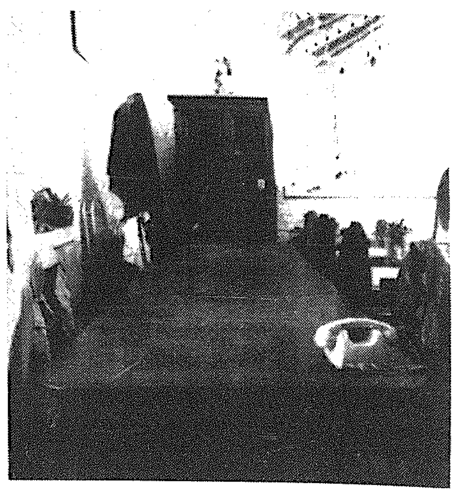
Jedoch, Therapie ist nicht alles, und das fragliche Modell ist fehlerhaft. Therapie ist nur ein, obgleich beherrschender Aspekt des Produzenten- und Konsumentensektors. Es



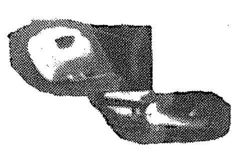
ist nur noch eine Ware, die darauf abzielt die immer größer werdenden Bedürfnisse und Wünsche zu befriedigen, die von der Konsum-



gesellschaft hervorgerufen werden. Genau wie jedes Organ, jedes Gewebe und sogar jede Zelle von der Heilmittelindustrie ausgebeutet



wird, so wird auch jede Depression der Psyche vom Therapiegewerbe ausgebeutet werden. Und in dem Maße wie wir entfremdete, aber zur gleichen Zeit narzistische und zügellose Konsumenten produzieren, schaffen wir den idealen Kunden für diese wachsende Industrie.

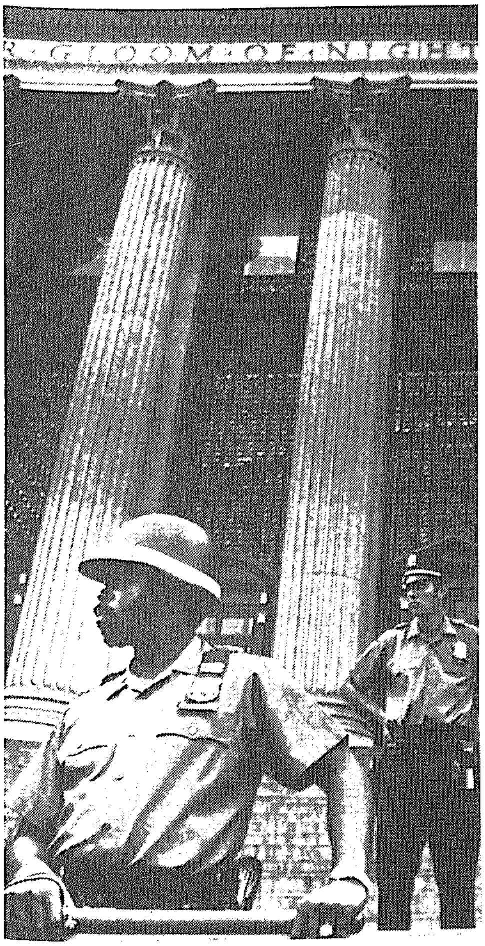


Das Ende der Geschichte

Die vielleicht auffallendste Parallele zwischen der Gesellschaft in »1984« und der Konsumgesellschaft besteht darin, daß beide danach streben Geschichte zu eliminieren. In »1984« hörte Geschichte auf zu existieren. Es gibt sonst nichts als eine endlose Gegenwart in welcher die Partei immer Recht hat. In 1984 kommt Geschichte tatsächlich zu einem Ende. Das ist auch das Schicksal, das der westlichen Gesellschaft droht und das mögliche Schicksal all jener die unter ihre Herrschaft geraten. Mit Beginn der jüdisch-christlichen, eschatologischen Vision wurde der Westen eine historische Zivilisation. Geschichtliche Zeitspannen waren schon immer der Rahmen in denen unendliches Schicksal sich selbst entwickeln konnte, ob man sich das Schicksal nun als Bekehrung aller Völker zum Christentum vorstellte, der Triumph der Zivilisation über Grausamkeit und Barbarei, oder die Errichtung des Weltkommunismus. Diese historische Bewegung wird zweifellos zu einem Ende kommen, da das Kapital an seine Grenzen angelangt ist. In der »entwickelten« Welt besteht Übereinstimmung darüber, daß Produktion und Warenkonsum das Maß aller Dinge für die Menschheit sind. Konsequenterweise gibt es in den »fortgeschrittenen« Gesellschaften keine außerordentlichen oder idealen Maßstäbe mit denen man historische Bewegungen oder sogar den Wert bestimmter Lebensformen beurteilen könnte. Wir müssen auf das Erwachen der Einsicht warten, daß sich unter der Maske des »Wirtschaftswachstums« eine immer wiederkehrende Sache versteckt. Wir stehen am Anfang einer neuen zyklischen Zeit der die mystischen Dimensionen von primitiver Zeitlichkeit fehlen. Wir befinden uns in einer »endlosen Gegenwart«, in der nicht die Partei, sondern die Ware immer Recht hat.

Das Ende der Menschheit

Vielleicht ist es nicht nur die Geschichte, sondern die Menschheit selber, die entbehrlich geworden ist. Vermutlich, da das Selbst immer schattenhafter wird in dieser Welt des Image, können wir schließlich vollkommen verschwinden. Die Technologie in jedem Fall, ist bereit in diese Bresche zu springen. Man kann sich schon eine Wohnung in nicht allzu ferner Zukunft vorstellen. Das beruhigende Geräusch des Fernsehgeräts im Raum zeigt an, daß die besten Sendungen zuverlässig aufgezeichnet werden. Der Computer-Terminal ist eingeschaltet und bringt die neuesten Nachrichten, aufgelockert durch Sonderangebote der führenden Kaufhäuser. Unser gebrauchsfreundlicher Computer ist so programmiert, daß er automatisch bestimmte Produkte zu eingespeicherten Preisen bestellt und Nachrichten von besonderem Interesse ausdruckt. Der Anrufbeantworter ist immer bereit seine witzige Phrase zu wiederholen, daß niemand daheim sei und nimmt alle auf Tonband gespeicherten Anrufe auf, mit denen er bombardiert wird. Alle Programme unserer Waschmaschine und unseres Trockners sind eingegeben, der Herd, oder noch besser unser Mikrowellenherd, bereitet mit vorbedachter Perfektion unsere abgepackten und denaturierten Lebensmittel zu. Es ist natürlich ein Herd, der sich selbst reinigt. Währenddessen pulsiert die Digitaluhr gesichtlos weiter.



Das Ende des Denkens

Die Neusprache in »1984« wurde geschaffen, um die Möglichkeiten des Denkens durch einen kontinuierlichen Prozeß der Vereinfachung und Eliminierung von Wortschatz, einzuengen. Heute werden die Möglichkeiten des Denkens nicht so sehr eingeengt, sondern umgeleitet. Der Wortschatz wird regelmäßig vergrößert, vor allem im technischen Bereich, mit Terminologie, die benötigt wird um mit dem Prozeß der Warenproduktion schritt zu halten. Auf der anderen Seite beginnen Denkarten und die Vielfalt des Ausdrucks zu verschwinden, da sie den Erfordernissen der technologischen Gesellschaft und Konsumgesellschaft nicht mehr entsprechen. Zum Beispiel arbeiten die Massenmedien und das Erziehungswesen daran, lokale und kulturelle Vielfalt zu zerstören, was zu Konflikten mit dominierenden Werten führt. Deshalb gab es einen Prozeß der Homogenisierung und Standardisierung des Denkens und der Sprache, obwohl innerhalb dieser Grenzen gleichzeitig eine Ausdehnung und Umgestaltung stattgefunden hat.

Die Psychologie des Glaubens hat sich dahingehend verändert. Orwells Zwiedenken erforderte ein gewisses Maß an geistiger Disziplin, da man zwei gegensätzliche Meinungen haben mußte, von denen man wußte, daß die eine das Gegenteil der anderen war. Diese Klarheit und Vorsätzlichkeit, die einem Tertullian zur Ehre gereicht hätte, gibt es heute nicht mehr. Obgleich von den Menschen erwartet wird, daß sie ideologische Prinzipien akzeptieren, sind sie sich selten irgendwelcher Konflikte zwischen den verschiedenen Glaubensätzen, oder zwischen diesem und jenem Erfahrungsgebiet, bewußt. Eine unbestimmte und verworrene Anhänglichkeit an amorphe Glaubensätze wird erwartet. Darüber hinaus ist die Chance irgendeines bestimmten Glaubens oder eines Glaubenskonglomerats zur Gefahr für die Ordnung der Dinge zu werden, immer geringer, da die »Informationsgesellschaft« den Geist mit einem endlosen Wust an unzusammenhängenden und unanalysierten Daten überflutet.

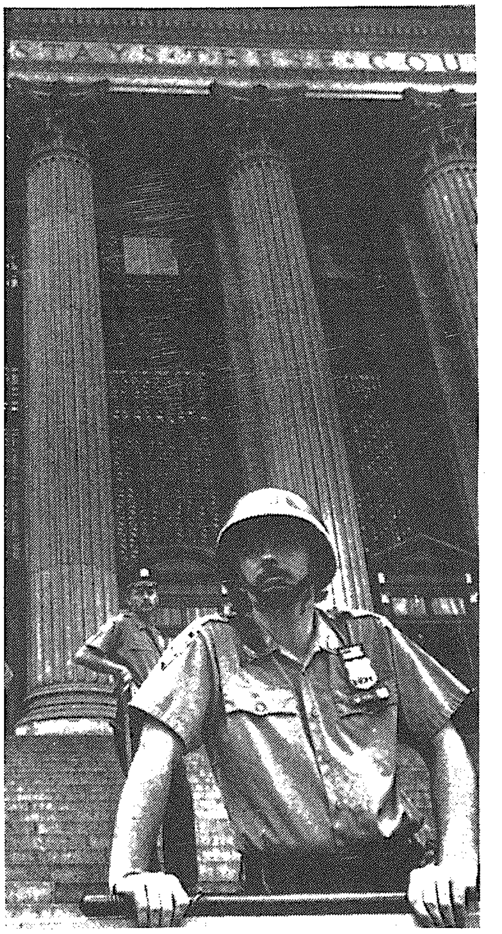
Die immerwährende Bedeutung von »1984«

Da ich bis jetzt viel gesprochen habe, wie sich Buch und heutige westliche Gesellschaft unterscheiden, fühle ich mich zum Abschluß verpflichtet, ein paar Worte über die Tiefgründigkeit und Bedeutung des Werkes zu sagen. Ich möchte deshalb auf den Abschnitt des Buches hinweisen, von dem ich glaube, daß er der beste ist. Fast am Ende des Buches sagt O'Brien, daß es jedermann völlig klar ist *wie* die Partei regiert. Die bedeutsamere und herausfordernde Frage ist jedoch: *warum.*

Er stellt folgende Frage an Winston: *»Warum sollten wir Macht wollen?«* Winston erwidert darauf: Ihr regiert zu unserem Wohlergehen... Ihr glaubt, daß Menschen nicht fähig sind sich selbst zu regieren, und deshalb – « an dieser Stelle bekommt er einen sehr starken, schmerzhaften Elektroschock, weil er eine so alberne Antwort gibt.

O'Brien erklärt, *»die Partei suche Macht nur um der Macht willen.«* Was erstrebt wird ist nicht Macht in irgendeiner Form, sondern die reine, bedingungslose, uneingeschränkte Macht. Das Individuum muß in seinem Streben nach Macht scheitern. Alle Menschen werden alt, sterben und verfallen. Der ganze Versuch ist deshalb zum Scheitern verurteilt. Aber wenn es jemand schafft, *»sich völlig zu unterwerfen, wenn es einer schafft seiner Identität zu entfliehen, wenn es ihm gelingt total in der Partei aufzugehen, so daß er selbst zur Partei wird, dann ist er allmächtig und unsterblich.«* Dann hat Macht wieder Sinn, besonders weil ihre reinste Form erreicht ist – nicht nur Macht über Dinge, sondern vor allem Macht über den Geist.

Orwell gibt uns so einen scharfsichtigen Einblick in die Psychologie des autoritären Denkens, aber was noch wichtiger ist, er berührt einige allumfassende Gesichtspunkte im Leben der modernen Menschheit. Tatsächlich weist er auf einige wesentliche Eigenschaften von Zivilisation selbst hin. Denn wenn in einer autoritären Gesellschaft die Elite von der Gier nach Macht getrieben wird, was sie aus ihren Grenzen und aus der Moral erhebt, so ist das identisch mit der Geschichte der Zivilisation. Das ist gleichzeitig auch die Wahrheit der Konsumgesellschaft. Die Ware, die zur Rechtfertigung der Person als Konsument wird, ist nicht nur Objekt, sondern auch Image. Der Konsument kauft nicht nur eine Ansammlung von Produkten, sondern er erwirbt dadurch auch ein bestimmtes Waren-Image, die eine bestimmte Sache repräsentieren. Während die Gesellschaft recht freimütig zugibt, daß man »sich selbst verkaufen« muß um erfolgreich zu sein, ist sie weniger eindeutig, wenn es darum geht, die Folgerung daraus zu ziehen: nämlich, daß man sich auch selbst kaufen muß. Jeder weiß doch, daß das wahr ist. In der Konsumgesellschaft dominiert man nicht im Stile einer autoritären Elite um sichtbare Macht auszuüben. Dafür kann man sich ein richtiges ›selfimage‹ aufbauen und es anderen erfolgreich verkaufen. Mit den vielen Abstufungen im Status innerhalb des technobürokratischen Systems und der extensiven und undurchsichtigen Warenhierarchie bestehen enorme Möglichkeiten relativ erfolgreich zu sein, oder das Image versagt. Die Gesellschaft verspricht jedoch dem, der erfolgreich ist in seinen Bemühungen, daß er sich über das normale irdische Dasein erhebt – über die »Alltäglichkeit« – und den Zustand eines idealisierten Wesens erreicht. So ist es möglich, der Sterblichkeit und den Grenzen des tatsächlich seienden Selbst, zu entfliehen. Der Schein trügt, aber er ist nicht trügerischer als die Identifikation mit dem autoritären Staat, oder der autoritären Partei, die Orwell beschreibt. In beiden Fällen wird Realität geleugnet um Anerkennung vor sich selbst und anderen zu finden, im Streben nach Macht über den Geist.



Das Ende der Zivilisation

Unser Thema war die dominante Stellung des Konsumismus in der modernen, fortgeschrittenen, kapitalistischen Gesellschaft. Obwohl Big Brother in Reserve steht, immer bereit die Elektroden anzuschließen, steht unser Giant Economy Size Brother – die Ware – im Mittelpunkt des heutigen Machtspektakels. Die Gefahr besteht, daß man daraus folgern könnte, wir hätten heute weniger Möglichkeiten unserem Bruder als dem Orwells zu entfliehen, weil die ideologische Kontrolle so stark ist. Das ist nicht unbedingt der Fall.

Erstens müssen wir erkennen, daß der Konsumismus tatsächlich die traditionellen, autoritären Strukturen in der Gesellschaft in Frage

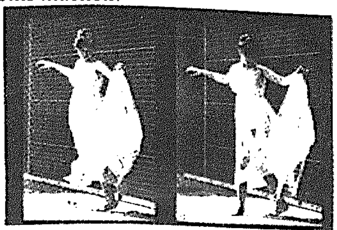
gestellt hat. Bis zu dem Ausmaß, daß die Produktionsgesellschaft die in ihrer klassischen Periode unter dem Joch des Leistungsprinzips war, durch den Verfall desselben einen gewissen Grad an Freiheit erreicht hat. Bis jetzt sind die Konsequenzen dieser Freiheit sehr besorgniserregend (wie ich in dieser Diskussion betont habe), verbunden mit der Auflösung des organischen Gefüges der Gesellschaft. Wie Janis Joplin so treffend sagt: *»Freiheit ist nur ein anderer Ausdruck für nichts mehr zu verlieren zu haben!«*

Jedoch gibt es zwei Dinge von Bedeutung in der Entwicklung der modernen Kultur, und die Verwirklichung beider ist eine reale historische Möglichkeit. Auf der einen Seite gibt es den obsessiven Konsum, der hier beschrieben wurde, ein endloses Streben nach trügerischer Erfüllung, die fortschreitende Zerstörung aller bestehenden Werte im Namen eines undefinierbaren Traumes. Aber diese Suche ist zum Scheitern verurteilt. Sie kann nur zu einer geistigen Verelendung führen, die schwerer zu tragen ist als die materielle Verelendung des frühen Industriezeitalters. Die wahre Krise des Kapitalismus (in seiner korporativen und statischen Form) ist eine Krise des Geistes.

Die Sackgasse in der sich der Konsum befindet, nährt die Hoffnung, daß der Weg sich öffnen wird für die Entfaltung eines anderen wichtigen Aspekts der Konsumgesellschaft – des unterdrückten utopischen Moments –, dessen Schicksal in der Hand der radikalen Vorstellung liegt.

Da die Vorstellung sich selbst von ihrer Unterwürfigkeit der Ware gegenüber befreit hat, hat sie eine Vision von Ganzheit, Glück, Erfüllung, Selbstverwirklichung und Versöhnung geweckt. Mit der Zerstörung der autoritären Struktur der Produktionsgesellschaft, kann die zivilisierte Menschheit zum ersten Mal von Ganzheit träumen – oder um es genauer zu sagen, dem Traum seinen Weg ins Bewußtsein möglich machen.

Das Schicksal dieser Vision hängt von unserem Erfolg, die Vorstellung mit der theoretischen und praktischen Vernunft zu versöhnen ab, das heißt mit einem neuen Verständnis für Mensch und Natur, und einer neuen Praxis der befreienden, sozialen Umgestaltung, vertraut zu machen. Wenn das erreicht werden kann, dann..., wenn die Dialektik der Zivilisation endlich ausgespielt hat, könnte die enterbte Menschheit schließlich sich des Abgrundes bewußt werden, in den sie gefallen ist. Und, angesichts der Leere, könnte sie sich ernsthaft auf die Suche nach der Fülle des Daseins machen.



Anmerkungen

Die Identifikation der modernen Gesellschaft als Konsumgesellschaft weist auf ihre hervorstechendste Eigenschaft und die Richtung in der sie sich bewegt hin. Das ist eine starke Vereinfachung eines komplexen Systems. Auf allgemeiner Ebene betont es die zentrale Stellung der technologischen und politischen Bereiche zu wenig, die zur Ware werden, was aber nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Darüberhinaus ist Konsum abhängig vom Bereich der Produktion, so daß das »Ökonomische« (sogar in seiner weitesten Bedeutung, so wie es hier gemeint ist) voneinander abhängige, sich dialektisch beeinflußende Produktions- und Konsumbereiche, mit entsprechenden Produktions- und Konsumideologien enthält.

Einer der augenscheinlichsten Fakten über die moderne Gesellschaft ist, obwohl diese beiden Bereiche voneinander abhängig sind, daß sich ein immer größer werdender Widerspruch zwischen ihnen entwickelt, besonders deswegen, weil der Konsum die weitaus kraftvollere Ideologie ist und ihre Werte sogar in klassische Produktionsbereiche eindringen. Deshalb die berühmte »Revolte gegen die Arbeit«! Jedoch sollte man nicht überstürzt daraus schließen, daß man schwerwiegende Widersprüche im System entdeckt hätte, besonders wenn diese zum großen Teil auf unbewußter und instinktiver Aktivität beruhen. Der Wunsch des Konsumenten nach Genuß führt nicht notwendigerweise zu einer *Ablehnung* entfremdeter Arbeit, nur zu Unzufriedenheit damit. Die Mehrzahl der braven Konsumenten erkennen, daß sie sich harter Arbeit unterwerfen müssen, wenn sie in einem befriedigenden Maß konsumieren wollen (glauben sie). Was vielleicht am meisten vom Konsumismus untergraben wird, ist nicht die Fähigkeit zu sinnloser Arbeit, sondern eher die Fähigkeit zu *sinnvoller* Arbeit. Wenn einmal der gute Kern aus der Produktion entfernt ist, ist nur noch Zwangsarbeit möglich. Der Konsument oder die Konsumentin unterwirft sich mehr oder weniger streng organisierter Arbeit, weil er es für das »Überleben« für notwendig erachtet (mehr Überleben als Warenkonsument, denn als Existenz in irgend einer anderen Art des Daseins). Über das hinaus ist nur die Passivität des Konsums denkbar. Wenn von einem mehr kreative Aktivität verlangt wird, (freiwilliger Zusammenschluß, politsche Aktivitäten) ist das Alibi, daß die ganze »Energie« die man besitzt, verbraucht wird um zu »überleben«, aber in Wirklichkeit ist nur die Phantasie erschöpft. (Zur eingehenderen Beschäftigung mit Produktion, Konsumismus und ihrer möglichen Widersprüche, siehe »The Labyrinth of Power and the Hall of Mirrors«, in ›The Anarchist Moment‹ (Montreal: Black Rose Books 1984).

Wie im hinteren Teil dieser Arbeit ausgeführt wird, hängt die Möglichkeit einer freiheitlichen sozialen Umgestaltung im Endeffekt vom Anwachsen des kritischen Bewußtseins über die Tatsache ab, wie beides, Produktion und Konsum ganz brutal die Möglichkeiten von Mensch und Natur, zu einer nichtbeherrschenden Selbstverwirklichung zu kommen, zerschneidet. Dieses Bewußtsein hängt wiederum ab vom Verständnis für die Bedeutung der Ware in Beziehung zur menschlichen Natur und zum Kosmos. (Ich behandle diese Frage in »On Taoism and Politics«, im ›Journal of Chinese Philosophy‹, Vol. 10, Nr. 1, Wiederveröffentlicht in »The Anarchist Moment«).

(Aus dem Englischen von Bernhard Arracher)



von Hans-Jürgen Degen

ZUR WENDE · ZUR WENDE · ZUR WENDE · ZUR WE



I

Simpel ist die politische Strategie, die eine parlamentarisch-demokratische Regierung »demokratisch« aushebeln kann. F.J.Strauß in seiner berüchtigten Sonthofener Katastrophenrede von 1974 (SPIEGEL, Nr. 11/ 10.3.1975): *»Lieber eine weitere Inflationierung, weitere Steigerung der Arbeitslosigkiet, weitere Zerrüttung der Staatsfinanzen in Kauf nehmen... Es* (die wirtschaftlich-politischen Verhältnisse, HJD) *muß wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben mit unseren Vorstellungen, Warnungen, Vorschlägen gehört zu werden. Es muß also eine Art Offenbarungseid und ein Schock im öffentlichen Bewußtsein erfolgen.«*

Offen und kaschiert wurde danach gehandelt: Die CDU/CSU-Opposition verweigerte der sozial-liberalen Koalition Schmidt/Genscher »konstruktive Mitarbeit«. Sie verwarf all das, was sie teilweise nach ihrer Regierungsübernahme (1982) fortführte. Sie handelte die weltweite Krise des kapitalistischen Systems als »hausgemachte Krise«. Rhetorisch bugsierte das die BRD in die Krise. Die Katastrophenpolitiker bliesen zum Sturm: Angstwellen türmten sich. Die Angst artikulierte sich »politisch«; sie gab einer Scheinpolitisierung in der Bevölkerung Vorschub. Dies produzierte Scheinalternativen. Nach F.J. Strauß hieß die konstruierte, die irreale Alternative: *»Wir kämpfen für die Freiheit, gegen den Sozialismus, für die Person und das Individuum, gegen das Kollektiv, für ein geeinigtes Westeuropa, gegen eine sowjetische Hegemonie über ganz Europa.«*(Sonthofer Rede)

II

Autoritäre Charaktere haben immer den Trend des zurücks in die »heile Welt«. Stets verklären sie die Vergangenheit. Die Gegenwart ist nur akzeptabel, wenn sie von ihnen bestimmt wird. Zukunft ist nichts als Bedrohung. Mit überholten Instrumentarien wird versucht, sie in den Griff zu bekommen. Die autoritären Charaktere sind dazu unfähig. Sie reagieren, sie handeln in der Endkonsequenz immer chaotisch. Ihre Beharrung auf Überkommenem ist Ausdruck ihrer Angst vor dem Ungewissen. Sie sind unfähig, für sich im Ungewissen, im Unwägbaren eine kreative Chance zu sehen. Deshalb blockieren sie alle echten Fortschrittsimpulse. In einer sich permanent wandelnden Welt beharren sie permanent auf Gesellschaftsordnungen, die sich am Überleben sind. So müssen ihnen Experimente gerade auf gesellschaftspolitischer Ebene (z.B. Rückgewinnung der relativen kommunalen Selbstverwaltung, Abkoppelung von der EG) zuwider sein. Ihre Beschwörung der Wiederherstellung, der Erhaltung der »heilen Welt« bedeutet in die Praxis umgesetzt, die rigorose Handhabung der Staatsmacht gegen Veränderungen. Wie sonst sollte dieses Ziel erreicht, dieser Zustand aufrechterhalten werden?

Die autoritären Charaktere, ein überständiger Konservativismus bilden in parlamentarisch-demokratischen Gesellschaften quasi ein »Kartell«. Dieses hat seine Exponenten quer durch alle politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Gesellschaftsgruppierungen. Die Fraktionierung innerhalb des Kartells bildet den Spielraum, in dem unterschiedliche Auffassungen ausgetragen werden. Machtkämpfe innerhalb des Kartells gehören zur Normalität. Sie drücken einen gewissen Pluralismus aus. Der gesellschaftliche Gesamtkonsens geht dabei nicht abhanden.

Das politische Bewußtsein der autoritären Charaktere ist meist Konjunkturbewußtsein: es orientiert sich an »Erfolgen«. Wer »Macht« mit Erfolg verwaltet; wer »Macht« als logisch definieren kann; wer »Macht« nicht abgleiten läßt in schnöden Populismus – der ist ihrer sicher. Wer gleichzeitig noch die materiellen

Bedürfnisse der abhängig gehaltenen Bevölkerung bestimmt, indem er sie manipuliert, d.h. Wertvorstellungen vermittelt, die akzeptiert werden – der braucht sich kaum der Macht zu versichern.

Das politische Bewußtsein in den »Wohlfahrtssaaten« ist gemeinhin geprägt durch simple wirtschaftliche Perspektiven. Das kapitalistische System ist –, solange es seine Ideologie glaubhaft umsetzen kann in materielle Gesichertheit der Volks»massen«, – stabil. Politisches Bewußtsein, das sich an solchen einfältigen wirtschaftlichen Erscheinungen orientiert, ist undifferenziert. Ökonomische Veränderungen können somit entscheidenden Einfluß auf politische Einstellungen der Bürger haben. Historische Erfahrungen zeigen allerdings, daß ökonomisch bedingte Veränderungen nicht identisch sind mit revolutionärem Bewußtsein und Umwälzungen. Keine Rolle spielt es dabei, ob ökonomische Veränderungen real oder nur als »Wahrnehmung« bei den Bürgern existieren.

III

In der relativ langen Periode des ökonomischen Aufschwungs der BRD konnten die sozialen Bedürfnisse befriedigt werden. Das Bewußtsein der Lohnabhängigen als Lohnabhängige wurde gerade durch diese Prosperität korrumpiert. Das verfestigte logischerweise das kapitalistische System der sogenannten »Sozialen Marktwirtschaft«. Der Beginn der sozial-liberalen Regierungszeit (1969) bedeutet hier keinen Bruch. Offenkundig signalisierte er nur das Ende der Aufbauphase der BRD-Wirtschaft: Das System war in sich festgefahren. Seine immanenten Widersprüche (z.B. Beginn sozialer Umverteilungspolitik, überkommene Moralvorstellungen) kehrten sich nach außen. Dringend bedurfte es notwendiger Reformen. Denn nur so konnte es stabil bleiben. Es bedurfte einfach Reformen, um seines ungestörten Fortbestands willen. Unter den Bedingungen der Konjunktur, des ökonomischen Wachstums waren relativ umfangreiche »sozialstaatliche Leistungen« selbstverständlich. Hieraus leitete sich logischerweise ein »Anspruchsdenken« (Helmut Kohl) ab. Das weiterhin zu erfüllen, dazu war Ende der 60er Jahre der herrschende Block weder fähig noch – aus ideologischen Gründen – willens. Die Differenzen innerhalb des autoritären Kartells ermöglichten den Regierungswechsel zugunsten der Fraktion, die die Fortsetzung des »Sozialstaats« am glaubhaftesten vertreten konnte. Durch parlamentarische Mehrheitsverhältnisse wurde diese Politik dann sanktioniert: vom CDU/CSU-Staatsmodell zum sozialdemokratischen.

Instinktiv hatte die Bevölkerungsmehrheit gespürt, daß die anvisierte sozialdemokratische Politik eine Reform zum besseren innerhalb des Systems versprach. Mit einer Massenpolitisierung hatte dieser Vorgang allerdings nichts zu tun. Es war die Angst vor Verlust, die den »Mut« hervorbrachte, daß geringste sich bietende Risiko einzugehen. Darüberhinaus drückte sich aber auch bei diesem Regierungswechsel ein Unbehagen über die – teilweise bedingt durch die autoritäre Innenpolitik – sterile Außenpolitik aus. Auf dieser psychologischen Welle konnte die »neue Ostpolitik« der sozial-liberalen Koalition zum Tragen kommen. Und es war die »nach Osten« orientierte BRD-Kapitalfraktion, die diese Politik stützte und forcierte. Denn bisher schwer zugängliche Absatzmärkte wurden erschlossen. Dadurch konnte die Krise teils abgefangen werden. Zumindest konnte sie (vorübergehend) vom Galopp zum Traben gebracht werden.

Schon Mitte der 70er Jahre hatte sich in der BRD das reformistische sozialdemokratische Modell sozialpartnerschaftlicher Kompromißpolitik festgefahren. Die verheißene, die notwendige, die teils realisierte Reformpolitik war an ihre Grenzen gestoßen. Die weltweite Wirtschaftskrise konnte auch in der BRD nicht mit hochzentralisierter Interessenausgleichspolitik eingedämmt werden. Die Krise des Kapitalismus läßt sich eben nicht mit kapitalistischen Instrumentarien wirkungsvoll angehen bzw. beseitigen. Auch der durch den Interessenverbund von Gewerkschaften und sozialdemokratischem Staat (mit)verhinderte Klassenkampf konnte die wieder auf Hochtouren kommende Krise nicht mildern.

In der Krise sind Vollbeschäftigung und auch logischerweise Massenkonsum nicht gewährleistet. Also ist die Krise des Sozialsystems unabwendbar. Aber ohne das Fundament des »Sozialstaates«, der wirtschaftlichen Stabilität, ist dieses System nicht glaubhaft. Deklarierte Reformpolitik und sichtbare Rücknahmen sozialstaatlicher Leistungen sind unvereinbar. Die Mitte der 70er Jahre an die Substanz des Systems gehende Krise





konnte der SPD-Staat – gleichfalls programmiert auf ökonomisches Wachstum – die ebenfalls auf diese Prämisse programmierte breite Mehrheit des Volkes, nicht glaubhaft vermitteln. Der unpolitischen Bevölkerung verlangte es nach wie vor nach perfekter »Sicherheit«. Auf diesem Hintergrund gewann das Modell des CDU-Staates rapide wieder an Attraktivität.

Gerade auch die Legende von der (allein) hausgemachten Krise, vom alles fressenden Kollektivismus, vom Sozialismus, der Unfreiheit, der Verarmung mit sich bringe, von der schleichenden Enteignung der »Besitzstände« der Bevölkerung – das mußte in der offensichtlichen Krise zum Vehikel der Neuauflage des CDU-Staates werden. Die Destabilisierungspolitik eines F.J. Strauß war am Ziel: Die geschürte Angst wurde zur realen Angst. Das ebenfalls auf Unmündigkeit breiter Bevölkerungsschichten fußende etatistisch ausgerichtete sozialdemokratische Regierungsmodell demonstrierte hier seine negative Wirkung: Die Glaubwürdigkeit des SPD-Staatsmodells stützt sich letzthin auf die gleichen ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Prämissen wie das der CDU/CSU und ihrer Hilfstruppen. Allerdings sind die Prämissen der Sozialdemokratie erheblich nuancenreicher innerhalb des bürgerlichen Lagers. Das jedoch ändert nichts an dem Grundkonsens aller dieses System der umfassenden Mittelmäßigkeit Tragenden. Alles bewegt sich hier systemkonform. Nichts ist/kann in diesem Systemgetriebe auf wirkliche Veränderung aus sein: Es ist wie die Monotonie des Uhrpendels: einmal »rechts«, einmal »links«...

Seit der Wiederinstallierung des CDU-Staates (1982) profiliert sich das sozialdemokratische Lager in (systemkonformen) Alternativen: Die herrschende Fraktion des bürgerlichen Lagers ist immer kritisierbar, ja denunzierbar, »links« überholbar durch die gerade nicht herrschende!

IV

Die Diagnose, daß das kapitalistische System ein Dauerkrisensystem ist, das ist schon eine Binsenweisheit. Daß es sein permanenter Versuch ist, ökonomisches Wachstum zu garantieren und größtmögliche Profite zu erwirtschaften, ebenfalls. Dabei aber darf die soziale Kluft zwischen der herrschenden ökonomischen Schicht und den Lohnabhängigen nicht zu tief sein. Hier wird ein ständiger Balanceakt aufgeführt. Mißlingt dieser, könnte das soziale Unruhen produzieren. Uneins sind sich allerdings die Kapitalfraktionen darüber, wie tief die soziale Kluft werden darf/kann – was für die Lohnabhängigen noch tragbar ist.

Die sozialstaatliche Fraktion des demokratisch-kapitalistischen Kartells ist immer unterlegen in größeren Krisen des Systems: Sie ist – eben bedingt durch die umfassende Krise – unfähig, ihre sozialpolitischen Zusagen einzuhalten...

Die objektiv-spürbare Krise, die das sozialdemokratische Staatsmodell verwaltete, zeigte nur die eine Seite des Krisenbewußtseins. Die Taktik, daß durch simple wirtschaftliche Gesichtspunkte bestimmte Bewußtsein zugunsten einer »geistig-moralischen Wende« (H. Kohl) zu instrumentalisieren, ist die andere: Die latenten Ängste potenzierten sich zur Existenzangst; die »Seelenerweichung«, die Manipulation – das konnte nichts anderes als Verwirrung in den BRD-Köpfen stiften. Zu dieser Verwirrtaktik trug F.J.Strauß erhebliches bei: *»Da muß man die anderen* (die sozial-liberale Koalition, HJD) *immer identifizieren damit, daß sie den Sozialismus und die Unfreiheit repräsentieren und daß ihre Politik auf die Hegemonie der Sowjetunion über Westeuropa hinausläuft.«* (Sonthofer Rede)

Destabilisierung des parlamentarisch-demokratischen Systems durch Katastrophenpolitik um eine legale Machtverschiebung innerhalb des herrschenden Blocks zu erreichen – das als erklärtes/normales Ziel. Den »Rechtsstaat« dabei kontinuierlich zu garantieren, ist erklärter Konsens. Ihn sehen seine rechten Apologeten immer in Gefahr. Um ihn aufrecht zu erhalten, zu zementieren, ist auch die Brachialgewalt des Staates legitim. An diesem Punkt tut sich der Dissens auf zwischen den rechten und den »liberalen« Rechtsstaatlern: Die Spielraumbegrenzungen werden unterschiedlich weit gezogen. Ohne Zweifel läßt im allgemeinen das sozialdemokratische Modell des »Rechtsstaates« einen größeren Spielraum. Diesen erheblich einzuschränken, ihn damit präzise zu definieren, das ist ein formaler Ausdruck der »geistig-moralischen Wende«. Der BRD-Bürger weiß eben wieder, wo es lang geht!

Die Ideologie der Wende, die CDU-Staat-Propagandisten operieren vornehmlich mit Legenden und Diffamierungen. In dem von ihnen besetzten Angstklima sind ihre »Argumente« bestechend. Und das trotz ihrer offensichtlichen Nichtsaussagen, trotz letztlich forcierter Gängelung und Verarmung von immer größeren Teilen der Lohnabhängigen.

V

In Zeiten relativer Sicherheit sind Staatsbürger bescheidenen Reformen zugetan. Bei den ersten Anzeichen einer Krise sind dieselben flugs wieder völlig im Lager konservativer Krisenbewältiger. Von Wirklichkeitssinn ist eine solche Entscheidung nicht bestimmt. Hier fällt die Flucht in den Mythos leicht: Die »sozialistische Mißwirtschaft« (CDU-Fraktionsführer Dregger) wird nicht analysiert; sie wird verklärt: Die These vom Zusammenbruch sozialer Utopien, die die Zuwachsraten der »sozialen Marktwirtschaft« verhinderten, kommt hier auf. Und dem kann nur die *»geistig-moralische Erneuerung« gegensteuern. Ohne sie »können auf die Dauer... die Antriebskräfte der Wirtschaft nicht belebt und der Wille zur Leistung nicht geweckt werden«* – so der Sozialphilosoph/Wendeideologe Günter Rohrmoser. (Günter Rohrmoser u.a.: Wende wohin? Die Deutschen und der neue Weg, Köln 1983) Das bedeutet natürlich nichts anderes als der (radikale) Abschied von einem Politikverständnis, *»nach welchem der Staat die Verantwortung für kontinuierliches Wachstum und die Garantie für sozialen Schutz gegen jedes denkbare Lebensrisiko zu übernehmen hat«.* (Rohrmoser) Konkret: Die Wendeideologen und -praktiker entlassen die politisch und sozial Unmündigen in noch größere (und nochmehr programmierte) Unmündigkeit: Das Konzept der radikalen kapitalistischen »Sozialen Marktwirtschaft« setzt alle Kräfte des hemmungslosen Konkurrenzkampfes – unter den Einflußlosen – frei; hier gilt das Gesetz – in der Maskerade der »gleichen Chance für jeden« – des Stärkeren.

Wer hier auf der Strecke bleibt, versteht sich von selbst: es sind die, die die Arroganz der »Macher« schon immer zum Abhub der Gesellschaft stempelte: die sozial Unterprivilegierten.

Auch die Freisetzung der Unmündigkeit hängt selbstverständlich nicht im luftleeren Raum. Die Orientierungslosen brauchen neue geistig-moralische Führung! Mit den Mythen von »Gemeinsinn«, »Verantwortung«, »Privatisierung«, »Entbürokratisierung« etc. etc., die teils fasziniert aufgegriffen wurden, ist es allein nicht getan. Den Wählern muß Rechtfertigung für den stetigen Sozialabbau verabreicht werden. Schließlich ist die Umverteilung von unten nach oben auf Massenloyalität angewiesen. Der Masochismus, den die Lohnabhängigen mit der Duldung des Sozialabbaus und der Unmündigkeit demonstrieren, hat natürlich auch ihren Preis. Das Suggerieren von der »selbstverantwortlichen Persönlichkeit« (CDU-Generalsekretär und Familienminister Heiner Geissler) ohne ma-

terielle Gegenleistungen reicht auf Dauer nicht aus. Das ist auf kurz oder lang das Dilemma, dem sich die Wendepolitik stellen muß. Das sehen auch die Ideologen der Wende. Rohrmoser: *»Wie will man den Menschen ohne geistige Führung klarmachen, daß ohne tiefergehende Eingriffe in zum Teil ungerechtfertigte (sic! HJD) Besitzstände soziale Sicherheit für die Zukunft nicht möglich ist?« (Wende wohin?...)*

Auf Dauer aber reichen auch diese oder ähnliche Sprechblasen nicht hin, die Politik des Sozialabbaus, d.h. der Reproletarisierung, der Verarmung breiter Schichten diesen plausibel zu machen.

Letztlich kann diese Politik an diesen in sich widersprüchlichen Prämissen nur scheitern. Was von ihr übrigbleibt, ist ein sozialer und psychischer Scherbenhaufen. Aber für die Herrschenden fällt das kaum ins Gewicht. Denn der Effekt ist erreicht: Die Peudoentstaatlichung zu Lasten der »kleinen Leute« festigt die Herrschaft der Herrschenden: Abhänigkeit und Unmündigkeit wird forciert und vertieft. Auch belebt sie wieder die alte, die bewährte Frontstellung des Kalten Krieges: Die »Sündenbockphilosophie« hat schon aus so mancher Kalamität herausgeholfen; der »Gegener«, der »Feind« wird ins Visier genommen. Der reaktionär-besetzte Antikommunismus, die Ideologie des Adenauer-Regimes, eignet sich auch heute noch (und wieder) vorzüglich, alle Mißliebigen fertigzumachen. In einem solchen, Hysterie produzierenden, vom Verfolgungswahn geschwängerten Klima konnten/können soziale Bewegungen nicht aufkommen. Das soziale und politische Leben ist hier die Öde des Friedhofs. Die Mystifikation von »Werten« ist Kompensation: Die »freiheitliche Gesellschaft«, die »Freie Welt«...sind Postulate, die, unhinterfragt, als Gegenpart zu »Demokratisierung«, zum »Sozialstaat« gesetzt werden.

VI

Eine wirkliche »Wende« hat mit der Reinstallierung des CDU-Staates nicht stattgefunden. Der Versuch, an die 1969 unterbrochene CDU-Politik 1982 wieder anzuknüpfen, zeigt eben nur reaktionäre Kontinuität. Dabei ist die Politik des CDU-Staates jedoch so beweglich, daß sie auf vielen Gebieten keinen Bruch mit der Politik der sozial-liberalen Koalition herbeiführte – trotz gegenteiliger Versprechungen. Dieser – für die BRD-Bürger allerdings vorteilhafte – Opportunismus ist typischer Ausdruck selbstverständlicher, »normaler« Charakterhaltung von politischen Herrschaftsvermittlern: *»Es sind Herrschaftsträger, die sich arrangieren, nichts wagen und für nichts geradestehen, die befördert werden wollen, sich vorsichtig nach oben schieben. Sie suchen ihren Vorteil und Macht, ohne durch neue Gedanken, streitbare Haltungen oder so altmodische und unbequeme Eigenheiten wie Charakter und Anstand anzuecken.«* (Jürgen Leinemann im SPIEGEL, Nr.44/1984)

Wer vorgibt mit den Mitteln der fünfziger Jahre (Arbeitsminister Blüm:*»Wir müssen nur die Ärmel aufkrempeln und zupacken.«*) die achtziger in den Griff zu bekommen, der wird scheitern. Daß dieses Scheitern Opfer kosten wird, versteht sich von selbst. Aber es ist/war nie der Daseinszweck der BRD, den Lohnabhängigen, den Unterprivilegierten auf die Beine zu helfen. Günter Gillessen, einer der Wende-Ideologen, im Zentralorgan der



Wende *FAZ* (31.5.1980):*»Die Bundesrepublik war nicht gegründet worden zu dem Zwekke, ihren Bürgern Wohlstand und bequemes Leben zu verschaffen. Sie war gedacht als Schutzbau für einen Teil der Nation, dem es erlaubt war, sich diesen Schutz zu schaffen.«*

Das »Modell Deutschland« von Anbeginn in erster Linie nichts anderes als eine eminente Konstruktion des Kalten Krieges: der Anti-Kommunismus als Staatsräson; die ausschließliche Ablenkung von den ureigensten Problemen zu einem als Phantom stilisierten Generalfeind. Praktisch bedeutet das nichts anderes als permanente tödliche Bedrohung zwischen und von den Supermächten vernichtet zu werden. In zweiter Linie ist die Legitimationsreligion Anti-Kommunismus ein Hemmschuh für die BRD-Demokratie: Jegliches »mehr Demokratie wagen« (Willy Brandt) wird hier verunmöglicht. Von einer grundsätzlichen Umgestaltung der BRD-Gesellschaftsordnung, wie es tatsächlich das BRD-Grundgesetz zuläßt (!), ganz zu schweigen.

Auf dem Hintergrund dieser überständigen Ideologie sind die hochtrabenden Termini der Wende nur reaktionäre Makulatur. Die deklamierte »größere Freiheit«, »mehr Flexibilität«, »Privatisierung statt Verstaatlichung« etc. sind im vollentwickelten Kapitalismus nur Augenwischerei. Denn gerade in der Krise ist der Kapitalismus nur mit gezielter Staatsintervention – statt »Entstaatlichung«! – über die Runden zu bringen. Das Schlagwort von der Entstaatlichung verschleiert den Tatbestand, daß »Privatisierung« der Umverteilung von unten nach oben entspricht, daß somit dem Staat Entlastung zuteil wird. Als Staatshilfe wird sie zur »Stütze« des kapitalistischen Systems. Die USA und Großbritannien, die dieses Spiel der »Freisetzung der Marktkräfte« vorexerziert haben, legen nach einigen Jahren Praxis das Chaos in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat offen: die Verelendung zieht immer größere Kreise; die »politische Kultur« ist nun wirklich nichts mehr als nur ein billiges Schlagwort; der Staat – und das ist das einzig positive dieser Politik – entlarvt sich endgültig als Agentur des Kapitalismus, der Multis.

Die ökonomische Verelendung ist im Zeitalter des Massenstaates, der Superbürokratisierung, des Informationsmonopols extrem weniger Meinungsmacher gekoppelt mit geistiger Verarmung. Ebenso mit der Ausbreitung von kollektivem Masochismus. Das ist eines der gravierendsten Zeichen dieser Epoche. Wie anders ist es sonst zu verstehen, daß die rundum Beleidigten und Ausgebeuteten Massenloyalität (s. z.B. die neuerliche Wahl Reagans, des Extremisten dieser Politik, zum US-Präsidenten) gegenüber ihren Beherrschern üben?

VII

Die autoritären Charaktere dominieren nach wie vor. Ihre Fantasielosigkeit, ihr Utopiemangel, ihr gebrochener Wille sind Fundamente ihrer, der Unbeweglichkeit unserer Zeit. Dieser Zustand ermöglicht den Zynismus, die Arroganz, die Verachtung, die Brutalität der Herrschenden gegenüber ihren Untertanen.

Dabei sind die Herrschenden ebenfalls nur psychische Bruchstücke dieser Gesellschaft; sie spiegeln sie nur exzellent wieder. Die verschiedensten Umstände sind es, die sie aus der manipulierten trägen Bevölkerung haben aufsteigen lassen. Nun zeigen sie, daß sie die Lektionen dieser Gesellschaft verinnerlicht, daß sie sie auch gleichzeitig massiv erteilen können. Sie werden zu Vollstreckern; vollstreckt wird das, was erwartet wird. Vom vorgezeichneten Weg wird dabei kein Quentchen abgewichen. Die Starrheit drückt sich u.a. aus im herrschenden Konsens, der die bürgerliche Gesellschaft zusammenhält. Dieser ist unantastbar. Regelverletzer sind schnell ins Abseits geschoben. Sind sie nicht zur Räson zu bringen, tut totschweigen ihr übriges.

Aber es gibt auch »Regelverletzer« die letztlich vom herrschenden System akzeptiert werden. Sie werden von den Herrschenden frühzeitig als integrationsfähig geortet. Sie haben Alibifunktion, die sich das System optisch-psychologisch gelegentlich verordnet, um sein Image gegenüber der Bevölkerung aufzupolieren. Die Scheingefechte, die die



»Regelverletzer« mit den Herrschenden ausführen, dienen der Legitimation des Systems: Was kann den Konsensfanatikern, den Integrateuren genehmer sein als eine – subjektiv sicherlich integre – Opposition wie z.B. die GRÜNEN, die die Spielregeln des Systems, den Parlamentarismus, emsig exerzieren? Ist es nicht für den herrschenden Block von Nutzen, wenn sich eine einst außerparlamentarische Opposition parlamentarisiert, dadurch staatstragend wird? Was ist das für ein Geschenk für die Herrschenden, wenn die vielfachen unterschiedlich motivierten politischen, sozialen, kulturellen Interessen, die einst außerhalb, teils gegen das Parteien-, gegen das Staatssystem gerichtet waren, auf einmal nun gebündelt als zentralistische Stellvertreterpolitik feilgeboten werden!? *»Statt Wasser abzuleiten von den Mühlen des Systems, sind sie (die GRÜNEN, HJD) dabei, neues draufzuleiten.«* (Rudolf Bahro, einer der GRÜNEN-Theoretiker in: HIEBE. Magazin für Sein und Beknackstsein, Nr.11/84)

Autoritäre Charaktere sind unfähig, der Wende eine wirkliche politische Wende entgegenzusetzen. Gefangen in diesem System ist die nächste Wende, die bestimmt kommt, selbstverständlich eine systemkonforme. Denn keine konstruktive, systemkonträre Oppositionskraft ist sichtbar, hier eine Wende durchzuführen. Die Wende im Kopf aber wäre heute notwendiger denn je. Technokratischer Denkmüll (seid konstruktiv!) verkleistert Neues; auf eingefahrenen Denkbahnen soll weiterhin manövriert werden. Die Lust am Denken und Formulieren, am Entwerfen von konstruktiv-alternativen Konzepten kommt hier erst gar nicht hoch. Denn das wäre der Schritt von der puren Fantasie zur (konkreten) Utopie. Zum Beginnen ist es dann nicht mehr weit.

Realistisch kann es doch z.Zt. nur darum gehen: die Gesellschaft von unten her zu demokratisieren, indem dem Staat Initiativen entgegengesetzt werden, die einer weiteren Verstaatlichung von Lebensbereichen Widerstand leistet. Die Initiativen müssen die Staatsherrschaft, die Gängelung des einzelnen transparent machen. Dann wird deutlich, daß viele Funktionen, die heute vom Staat besetzt ohne weiteres von denen ausgeführt werden können, die sie betreffen. Es müssen einfach immer mehr Funktionen vom Staat zurückgewonnen werden, um ihn damit zurückzudrängen. Es geht aber nicht darum, ihn lediglich mit neuen Funktionen zu ersetzen.

Die Entstaatlichung von unten beginnt mit der Bewußtwerdung immer größerer Bevölkerungskreise um die Überflüssigkeit, die Ersetzbarkeit der Staatsfunktionen durch deren Ausfüllung mit neuen, nicht autoritär besetzten Inhalten.

Der wirklichen »Wende« stehen wir nur selbst im Weg.

»Der IWF hat schon mehr Regierungen gestürzt als die Militärs«

von Wolfgang Haug

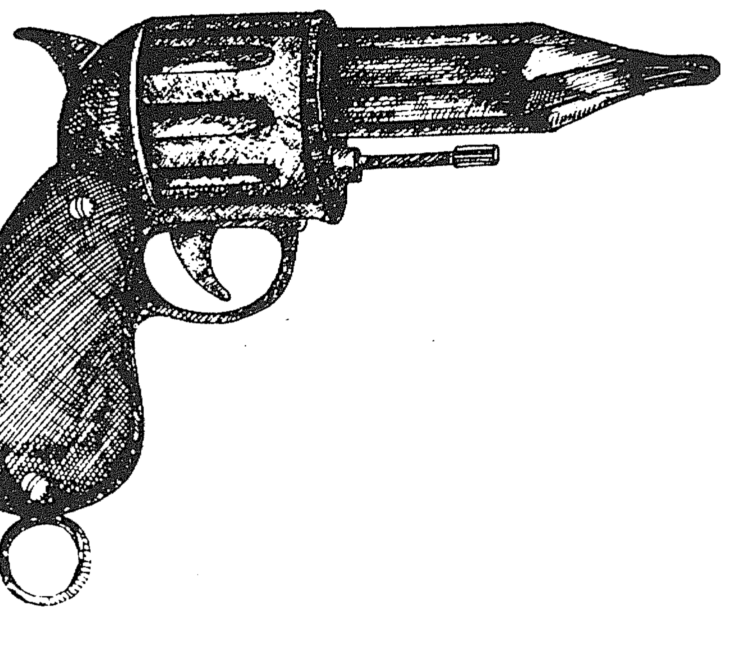
Über die freiwillige und unfreiwillige Zusammenarbeit von Regierungen mit dem Internationalen Weltwährungsfonds (IWF) und der Weltbank

Über die Nachrichten von hoher Verschuldung, von Zahlungsunfähigkeit etc. rückte der IWF (Sitz in Washington) und seine Praktiken ins öffentliche Bewußtsein. Er ist eines der wichtigsten Herrschaftsinstrumente der westlichen Industrieländer über die 3.Welt und steuert – von seinem Selbstverständnis her völlig apolitisch – durch seine Kreditbewilligung die politische Entwicklung ganz im Sinne der US-Außenpolitik. Wirtschaftlich liegt ihm die neoliberalistische oder auch monetaristische Konzeption der Reagan/Thatcher-Linie zugrunde, was ihn gleichsam zum – auf Weltmaßstab – verlängerten Arm dieser »Politik des freien Spiels der Kräfte« macht, bei dem man recht »stark« sein muß um »mitspielen« zu können und bei dem notwendig die Ärmsten als erste auf der Strecke bleiben.

Noch während des 2.Weltkriegs wurde im Juli 1944 im US-amerikanischen Bretton Woods die Struktur des neuen Weltwährungssystems mit den Instrumenten IWF und Weltbank geschaffen. Dabei sollte der IWF kurzfristige Zahlungsbilanzdefizite mit Krediten überbrücken helfen, die Weltbank durch langfristige Kredite Entwicklungsvorhaben in der 3.Welt absichern. Als Grundprinzipien fungierten der freie Welthandel und feste Wechselkurse. Nach dem Plan des US-Amerikaners White blieb es zudem allein den Defizitländern vorbehalten, Maßnahmen zu ergreifen um ihre Zahlungsbilanz auszugleichen. Überschußländer – wie die USA – blieben ohne entsprechende Auflagen. Da 1944 die europäischen Industriestaaten geschwächt waren, die Sowjetunion diesem Bund zur Verhinderung von Weltwirtschaftskrisen, also einer kapitalistischen Schwachstelle nicht beitrat, und auch die Staaten der 3.Welt noch kaum vertreten waren, konnten die USA ihre Vorstellungen fest verankern und sie bis heute gegen alle Kritik behaupten. Über die »Quoten« der Einzahlung in den Fonds aus dem die Überbrückungskredite bezahlt werden, sicherten sich 19 Industriestaaten 60,7% der Stimmrechte: darunter halten die USA 19,8%, Großbritannien und Frankreich als ehemalige Kolonialmächte 6,8% bzw. 5% und die wirtschaftlich wiedererstarkten BRD und Japan 6% bzw. 4,7%. Lediglich die OPEC-Staaten und an ihrer Spitze Saudi-Arabien (3,5%) konnten sich einen gewissen Anteil an der Macht im IWF erkaufen.

Über die Macht des IWF

Ursprüngliche Aufgabe des IWF ist es die Lücken in der Zahlungsbilanz eines Staates durch Überbrückungshilfen zu schließen, damit diese Länder sich trotz ihrer Probleme nicht aus dem offenen Welthandel zurückziehen. Die benötigten Kredite werden in Etappen erteilt, die an sich steigernde Bedingungen geknüpft sind und vom IWF genau kontrollert werden. Als Rechnungseinheit wurden künstliche SZR (Sonderziehungsrechte) geschaffen, bestehend aus einem Währungskorb von US-Dollars, DM, franz. Franc, Pfund Sterling und japanischem Yen. (Die traditionellen Währungsreserven Gold und Dollar deckten die Bedürfnisse nicht mehr genügend ab.) Genehmigt der IWF einen Kredit so gewinnt er auf zweierlei Weise Einfluß. Einmal muß die entsprechende Regierung das monetaristische Konsolidierungsprogramm des IWF verwirklichen, zum anderen bewirkt ein IWF-Kredit neues »Vertrauen« der international arbeitenden Banken in diesen Staat und zieht eine große Zahl der für die Länder so wichtigen Privatkredite nach sich. Eine Einigung mit dem IWF ist zudem Vorbedingung für die langfristigen Entwicklungskredite der Weltbank. D.h. ein IWF-Abkommen öffnet dem jeweiligen Staat die Finanzmärkte, ein gescheitertes Abkommen zwingt es in eine Kapital-Isolation, der nicht selten eine innenpolitische Krise und der Sturz der Regierung folgen. Gemäß der Wirtschaftspolitik der USA entfaltet sich z.B. in Gesamt-Lateinamerika auf der politischen Ebene ein Mechanismus, der diese Staaten tatsächlich zum indirekten »Hinterhof« degradiert.



Theoriebeispiel etwa nach dem Motto: »Nur ein Sozialist, dem keiner mehr glaubt, ist ein guter Sozialist.«

Eine sozialreformerische Regierung (z.B. Allende in Chile) kommt an die Macht und versucht den Ansprüchen der eigenen Basis gerecht zu werden. D.h. sie subventioniert Nahrungsmittel, Transportmittel, schafft Ausbildungsstätten, erhöht die Reallöhne und verstärkt die sozialen Auffangmechanismen eines Staates. Um diese Ausgaben zu finanzieren greift sie zunehmend auf ausländische Kredite zurück und gerät so ins Defizit bei der Handelsbilanz. Hinzu kommen »äußere Faktoren« wie z.B. Kapitalflucht; oder wie vor einigen Jahren steigende Ölpreise und heute die US-Hochzinspolitik, – und eine damit einhergehende »importierte Inflation«. Die nach und nach überbewertete Währung verursacht einen Importsog, da die ausländischen Waren billiger werden. Die Handelsbilanz neigt sich noch stärker zum Defizit, die Devisenreserven werden zunehmend aufgebraucht, die einheimische Industrie kann die



Konkurrenzfähigkeit nicht aufrechterhalten und das Land verliert an Kreditwürdigkeit. Die Regierung sieht sich gezwungen, Verhandlungen mit dem IWF aufzunehmen. Der IWF fordert ein Bündel an Maßnahmen, von denen er seine mehrstufige Kreditvergabe abhängig macht und die als Ziel einen Ausgleich der Zahlungsbilanz anstreben.
Die Abwertung der Landeswährung soll die Exportchancen steigern, den Import verteuern, der Staatshaushalt soll gekürzt werden, d.h. z.B. Entlassungen aus dem Staatsdienst, Subventionsabbau, Reallohnsenkung. Die Konzentration auf den Export bewirkt ein Austrocknen des Binnenmarkts, der Subventionsabbau erzeugt soziale Härten, Entlassungen und Lohnkürzungen vergrößern die Marginalisierung (Verarmung, bzw. Reduzierung auf eine perspektivlose Randgruppenexistenz) größerer Bevölkerungsteile und vermindern die Nachfrage auf dem Binnenmarkt weiter. Konkurse mittlerer Betriebe sind die Folge.

Die sozialreformerische Regierung trifft zunehmend auf den innenpolitischen Widerstand ihrer eigenen Basis. Möglicherweise versucht sie durch neue Kompromisse diesen Widerstand zu »dämpfen«; wenn diese Kompromisse jedoch der »Stabilisierung« im IWF-Sinne zuwiderlaufen, wird der Fonds die zweite Kreditrate verweigern, die Privatbanken etc. werden sich erneut daran orientieren. Versucht die Regierung dem IWF-Abkommen zu entsprechen, so setzt sie ein Programm, das Arbeitslosigkeit, Verelendung und binnenwirtschaftliche Rezession bedeutet in die Tat um. Den zu erwartenden Widerstand muß sie »ordnungspolitisch« brechen, d.h. diese Regierung verläßt zunehmend ihre eigenen Programme und Zielsetzungen und entwickelt sich zu einer neoliberalistisch-autoritären Regierung – als Illustration mag man sich die Entwicklung Portugals von der Nelkenrevolution bis heute vor Augen führen. Weigert sich ein sozialreformerische Regierung diesen Weg der Anpassung an die US-(Wirtschafts-)Politik zu gehen, d.h. versucht sie die soziale Polarisierung und die damit einhergehende Repression zu verhindern um ihre Legitimationsbasis zu erhalten, wird ihr vom IWF die Kreditwürdigkeit aberkannt; – kaum ein ausländischer Exporteur wäre jetzt noch bereit Geschäfte mit dieser Regierung abzuschließen. Eine solche Entwicklung bringt dem entsprechenden Land steigende Wirtschafts- und Rückzahlungsprobleme; der Preis ist deshalb für die meisten Regierungen zu hoch, ein kollektives Verweigern mehrerer betroffener Länder findet noch nicht statt und wird vom IWF durch Sondervereinbarungen (zuletzt mit Mexiko) hintertrieben. An diesem Punkt scheitern die sozialreformerischen Regierungen in der Regel und die Militärs ergreifen die Gelegenheit zum Putsch, um den »Staat zu retten«. Eine rechte Militärregierung war dann in der Vergangenheit recht schnell in der Lage sich mit dem IWF zu einigen (Chile, Argentinien) und die sozialen Widerstände mit Repression zu brechen. Kann sich eine sozialreformerische Regierung an der Macht halten, also den Einfluß des Militärs abblocken, so übersteht sie aufgrund ihrer repressiven Politik die darauffolgenden Wahlen nicht mehr und macht einer rechtskonservativen »Demokratie« Platz.

Wir können den Kreislauf nun – nehmen wir den Fall der Militärregierung – fortsetzen: die Militärs versuchen ihrerseits für ihre Klientel zu arbeiten. D.h. sie festigen die Situation der Großgrundbesitzer, der Militärs, der exportorientierten Bourgeoisie etc. D.h. Zwang zum Nahrungsmittel- und Bedarfsgüterimport und Erhöhung des Militärhaushalts. Sie verstärkt das Netz der polizeilichen und militärischen Überwachungsmaßnahmen und stolziert in Prestigeobjekte; – auch diese Entwicklung zwingt nach einer kurzen Zeit die neuen Machthaber zu Kreditverhandlungen mit dem IWF, der erneut seine Bedingungen stellt.

Als konkrete Beispiele für diese herausgegriffene Entwicklung seien aus der jüngsten Vergangenheit genannt: Argentinien (1962 und 1976), Ghana (1972), Brasilien (1964), Chile (1973), Uruquay (1973), Türkei (1960, 1971 und 1980). Andere Beispiele von ausgesprochen problemloser Zusammenarbeit von IWF und Staatsregierungen sind Südkorea und Südafrika. Beispiele von erzwungener »Anpassung« einer sozialreformerischen Politik an den »kapitalistischen Alltag«, sprich Weltmarkt, sind Portugal, Frankreich, Jamaika, Costa Rica etc. Der politische »Nebeneffekt« ist die Desillusionierung einer Bevölkerungsschicht über die politischen Neuanfänge in ihrem Land, sind erneute Apathie, Resignation etc. und ein psychologischer Umschlag in reaktionäre Denkmuster. Da der IWF diesen Kreislauf von Demokratie zum Militär und zurück (jüngstes und gefeiertes Beispiel ist Uruquay), bei gleichbleibender Verschuldung und Wirtschaftskrise seit Jahren nicht durchbrechen hilft, dürfte klar sein, daß es ihm auch gar nicht darum geht, die Zustände grundlegend ins Gleichgewicht zu bringen.

IWF – keine wirtschaftliche und politische Lösung

Der Kreislauf vieler Länder von einem IWF-Abkommen zum anderen bei zunehmender Verelendung der jeweiligen Bevölkerung, steigender Rezession der Binnenwirtschaft und wiederkehrenden Defiziten der Leistungsbilanz sowie wenig veränderter Inflation verdeutlicht, daß die IWF-Konzepte noch nicht einmal wirtschaftlich greifen. Die IWF-Ökonomen setzen auf das »freie Spiel der Kräfte« in Ländern, in denen zu wenig Unternehmer, zu wenig Fachkräfte, unterentwickelte wirtschaftliche Kreisläufe, kaum leistungsfähige Banken etc. existieren. D.h. ihre »Stabilisierungspolitik« geht ins Leere. Sie fragt nicht, wie eine Volkswirtschaft einer gestiegenen Nachfrage Rechnung tragen kann, wie sie bedarfsorientiert umgestellt werden kann, wie eine Zahlungsbilanz ausgeglichen werden kann ohne die Ansätze zu sozialen Netzen zu zerstören, wie ein Land zu einer Nahrungsmittel-autarken Entwicklung gelangen kann etc. Im Gegenteil, jegliche Wirtschaftspolitik des IWF läuft auf eine Verlängerung der vom Kolonialismus erzeugten Abhängigkeiten von Monokulturen, ein oder zwei Rohstoffen etc. hinaus. Autoritäre Regierungen werden provoziert oder als genehme Partner akzeptiert. Diese wiederum hinterfragen die Herrschaftspolitik der Industrieländer, speziell der USA, am wenigsten, weil sie genügend Eigeninteressen damit verbinden können.

Schöne Aussichten

„Nach den Statistiken entwickeln sich die USA schon im kommenden Jahr zu einem Nettoschuldner (was sie zuletzt am Vorabend des Ersten Weltkrieges waren)."

Walter Seipp, Vorstandsvorsitzender der Commerzbank, über die finanzielle Situation des reichsten Landes der Erde.

Eine Demokratisierung bei den Stimmrechten innerhalb des IWF, wie sie von 3.Welt-Ländern angestrebt wird, brächte keine Verbesserungen, solange das monetaristische Ökonomiemodell nicht offensiv bekämpft wird. Unter den Forderungen der 3.Welt-Länder befindet sich auch eine Änderung des Konzepts vom Anpassungszwang an eine ausgeglichene Zahlungsbilanz dahingehend, daß auch die »Überschußländer« diese Anpassung vollziehen müssen und ihre Gelder ohne Bedingungen in die 3.Welt-Länder zurückfließen lassen. Auch diese Forderung brächte der inneren Entwicklung dieser Länder kaum Fortschritte, solange nur die Zahlungsbilanz der Maßstab bleibt. Wichtiger wären Stufenpläne, nach der die Binnenwirtschaft entwickelt, die sozialen Netze geschaffen und mit dem Defizit gelebt werden kann, bis sich eine Basis für eine Volkswirtschaft überhaupt entwickeln konnte, die zudem nicht zwangsläufig kapitalistisch strukturiert bzw. an der Politik der Industrieländer ausgerichtet sein muß. Eine Anpassung der »Überschußländer« übersieht auch, daß selten die einzelnen Staaten, aber immer die international arbeitenden Banken die »Überschüße« absahnen.

Der Weg ohne Kredite führt – wie das Beispiel Albanien zeigt – in eine weltpolitische Isolation und ist kaum nachahmenswert. Der Weg mit der jetzigen IWF-Politik führt in die beschriebenen Sackgassen, wovon im Moment nur die Banken (durch immer höhere Zinsen) verdienen, die aber dennoch – bei Zahlungsunfäigkeit großer Schuldner (wie Mexico oder Brasilien) – mit einem internationalen Bankenkrach und Wirtschaftskrisen zusammenklappen würden. Ein Land allein kann diesen Kreislauf nur schwer durchbrechen, dabei soll jetzt nicht der Eindruck entstehen, daß es *nur* am überstaatlichen IWF liegt, wenn Staaten repressive Politik treiben. Viele benutzen den IWF auch als »Sündenbock« ihrer Bevölkerung gegenüber, um unpopuläre Maßnahmen durchzuführen und diese dennoch nicht verantworten zu müssen. Es bleiben zudem jedem Staat Handlungsspielräume (wenn auch oft geringe) wie buchstabengetreu er die Verordnungen des IWF erfüllt bzw. von welcher Bevölkerungsgruppe er die Verschuldung primär bezahlen läßt. Bezieht man die Militärausgaben in die Kritik mit ein, vergrößern sich diese Handlungsspielräume immens.

Dennoch bleibt der IWF der beste Zuarbeiter für US-Interessen und ersetzt so manche Grenada-Invasion »am grünen Tisch«. Zwei Belege für diesen Beitrag zum Schluß:

a) Nicaragua bekam den letzten IWF-Kredit 1979 noch unter Somoza; seit 1956 hatte es jährliche Kredite empfangen! Nicaragua liegt in der Banken-Bewertungsliste der Kreditwürdigkeit von allen lateinamerikanischen Ländern an letzter Stelle (5,5 Punkte von möglichen 100; vgl. Chile 32,8 von 100, das höchstverschuldete Brasilien 37,6...)

b) Im »Brasiliengeschäft« stecken ca. 700 Banken aus aller Welt. Ein Staatsbankrott hätte deshalb eine Wirkung nach dem Schneeballprinzip. Die Umschuldungsoperationen (je größer das Riskio, desto höher die Zinsen) brachten von Ende 1981 bis Ende 1983 z.B. der

Commerzbank 228,6%
Dresdener Bank 104%
Deutschen Bank 35,4%

Zuwachs an Gewinnen. Eine eindeutige Antwort auf die Frage, wohin das gesamte Geld eigentlich geht, wenn alle Staaten mehr oder weniger katastrophal verschuldet sind. Das soll nun nicht den Blick dafür trüben, daß die Industriestaaten natürlich an »ihren« Banken beteiligt sind.

Wer die beschriebenen Entwicklungen an den Fallbeispielen Brasilien, Portugal, Sudan, Zaire, Jamaika und Ghana genauer studieren will, dem/der sei ein Buch des **Junius-Verlags**, Von-Hutten-Straße 18, 2000 Hamburg-50 bestens empfohlen: **»Im Teufelskreis der Verschuldung – Der Internationale Währungsfonds und die Dritte Welt«**, hrsg. von Peter Körner, Gero Maß, Thomas Siebold und Rainer Tetzlaff; Hamburg 1984. Aus diesem Buch entstammen u.a. auch das Schaubild und die Zahlenangaben dieses Beitrags. In der Argumentation folgt es bisweilen zu sehr der »inneren Logik« des finanzpolitschen Problems und deutet »Alternativen« wie »Verbesserung der Steuererfassung in der 3.Welt« an, die für uns keine sein können.

Selbstverwaltung heute – die Katios!



Es ist in libertären Zeitschriften in den letzten beiden Jahren üblich geworden, das Problem indianischer Selbstverwaltung am Beispiel Nicaraguas zu thematisieren. Dasselbe gilt auch für das Problem von Gewalt gegen Oppositionelle. Wir, von der SF-Redaktion, sind nun keineswegs der Meinung, daß es falsch wäre, sich um die Einschränkung der Freiheit, – egal unter welcher Herrschaft auch immer – , zu kümmern. Wir haben allerdings das Gefühl, daß die Anarchisten nach der Nicaragua-Kritik, der Kuba-Kritik, der Auseinandersetzung um Arrabal (ob der so wichtig ist, wie er sich nimmt?), von Vielen als etwas einseitig – und mit der offiziellen Presse konformgehend – betrachtet werden und wollen deshalb in aller Unschuld für etwas Informationsausgleich sorgen. Wir denken auch, daß in Sachen Kuba, Nicaragua etc. noch nicht das letzte Worte von anarchistischer Seite gesprochen worden ist, behalten diese Frage jedoch späteren Nummern vor. Nur soviel: Kuba ist nicht die Sowjetunion, dazu ist Kuba nach wie vor zu wenig europäisch. Nicaragua ist nicht die UDSSR, sonst würde es sicherlich keine Gespräche mit der Indianeropposition geben... Doch zurück zu unserer Ausgangsabsicht, das Problem indianischer Selbstverwaltung in einem lateinamerikanischen Herrschaftssystem westlich-kapitalistischer Prägung näher zu beleuchten. Wir suchen uns dabei noch nicht einmal Chile heraus, auch nicht Brasilien etc. obwohl sie's allesamt verdient hätten. Wir nehmen uns einen Staat, der von sich reden macht, weil er mit Guerilla-Gruppen verhandelt, der eine Demokratie ansteuert und doch im militärischen Ausnahmezustand verharrt, der vom Kokainexport lebt und dafür linke Gruppierungen verantwortlich macht, der zu den 20 (!) lateinamerikanischen Ländern gehört, in denen es aufgrund der Entwicklungen notgedrungen eine **Organisation von Familienangehörigen von Verhaftet-Verschwundenen** gibt: Kolumbien

»Donde estan?« – Wo sind sie?
Die Verhaftet-Verschwundenen in Kolumbien

In fast allen lateinamerikanischen Ländern hat sich in den letzten 15 Jahren eine besondere Form des Umgangs mit Oppositionellen breitgemacht: etwa 100000 Menschen verschwanden spurlos, nachdem sie vorher festgenommen oder gewaltsam entführt worden sind. Seit Beginn der achziger Jahre beobachtet man dieses Phänomen zunehmend auch in Kolumbien; erstmals wurden 1982 alarmierende Zahlen von Verschwundenen bekannt. Was geschieht ist fast immer das gleiche: Studenten, Journalisten, Arbeiter werden in der Nähe ihrer Wohnung in einen Wagen gezerrt und weggefahren. Verantwortlich für diese ›Festnahmen‹ zeichnen Abteilungen der Polizei und des Militärs (F-2, B-2, usw.), Brigaden der Militärinstitute oder spezielle Kommandos »gegen Erpressung und Entführung«. Anfragen der Angehörigen nach dem Verbleib der Verhafteten an die Staatsanwaltschaft bleiben meist ohne Antwort.

Auf dem Land werden zunehmend weite Gebiete militarisiert, angeblich dem Terrorismus von Rechts und Links vorzubeugen. Neben der Folterung, Entführung und Ermordung von Campesinos (Kleinbauern, Tagelöhner) wurden in der letzten Zeit auch eine Reihe von Dörfern bombardiert. Die Überlebenden fliehen in panischem Schrecken in die Städte.

Mit dem Amtsantritt von Belisario Betancur 1982 wurde formal der Ausnahmezustand aufgehoben und einige Monate später eine allgemeine Amnestie für politische Gefangene erlassen. Diese Schritte führten jedoch nicht zu einem Nachlassen des Terrors im Land. Es mehrten sich die Berichte von ›Exekutionen‹, d.h. Ermordungen der kurz zuvor Freigelassenen durch rechte Todesschwadronen. Offiziell konnte zwar eine Abnahme der Verhaftungen und Hausdurchsuchungen von 1982 gegenüber 1983 beobachtet werden. Das undurchsichtige Neben- und Miteinander von staatlichen Sicherheitsorganen und paramilitärischen Gruppierungen hat jedoch dazu geführt, daß sich die Zahl der aus politischen Motiven Ermordeten, der Verschwundenen, Gefolterten und Verletzten von 1982 auf 1983 fast verdoppelt hat und weiterhin im Steigen ist.

Die »Entführungsanweisungen« führen perfekt ausgestattete Sondereinheiten aus Kriminellen, verarmten Bauern und Arbeitslosen aus. Diesen Organisationen ist äußerst schwer beizukommen, da sie von einflußreichen Stellen gedeckt werden und sogar hohe Militärs und Regierungsbeamte in ihren Reihen zu finden sind.

Deutlich wurde diese Verflechtung bei der Anklageerhebung des Generalstaatsanwaltes gegen die in die Aktivitäten des MAS (Vereinigung von 16 Todesschwadronen) verwikkelten Personen, unter denen sich mehrere hohe Militärs befanden. Die hohen Befehlshaber protestierten augenblicklich gegen diese Anklage und nach einer Phase der Verunsicherung in der Regierung beruhigte sich die Situation wieder und die Untersuchung der angezeigten Verbrechen wurde nicht weiter verfolgt.

Die Regierungs-Verhandlungen mit der Guerilla waren den Militärs ein Dorn im Auge. Nach der Entdeckung von Kokainlagern



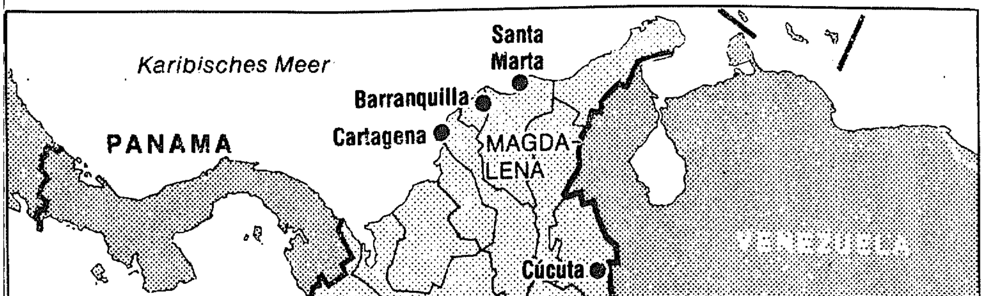
bekundete nun der Verteidigungsminister überraschend, Beweise dafür gefunden zu haben, daß diese Lager von der FARC (größte Guerilla-Organisation in Kolumbien) bewacht wurden. Durch diesen Schachzug wurde nun zweierlei bewirkt: Erstens wurde Betancur in der Öffentlichkeit in ein schlechtes Licht gestellt, da er Verhandlungen mit »Verbündeten der Mafia« führte.
Zweitens wurde das Ansehen der Guerilla bei der Bevölkerung in bedeutendem Maße verletzt und die politische Bewegung kriminalisiert.

Der Verteidigungsminister und die Militärs prägten den Begriff von der »Narcoguerilla«. Auf diese Art und Weise ist es nun einfach, jegliche unbequeme Opposition durch die Verbindung zur Mafia zu kriminalisieren, bei Hausdurchsuchungen selbst mitgebrachtes Kokain zu »entdecken« und der Bewegung ihre politischen Ziele abzusprechen. Dazu kommt, daß die Militärgerichtsbarkeit mit der Aburteilung der Vergehen des Drogenhandels beauftragt worden ist.
Ein überaus geschickter Weg, sich der politischen Opposition zu entledigen.

Indianische Selbstverwaltungskonzepte heute

Wie trotz dieser politischen Bedingungen dennoch in Kolumbien der Kampf um indianische Selbstverwaltung ausgesehen hat und weiterhin aussieht, soll nun das Beispiel der Katios veranschaulichen, das von der *Tübinger Kolumbiengruppe* zusammengestellt wurde und dessen Veröffentlichung uns vielleicht sogar neue Aspekte zeitgenössischer Kollektive entdecken und unterstützen läßt. Man sollte noch wissen, daß in Kolumbien die Indianerbevölkerung so radikal dezimiert wurde, daß sie heute nur noch 2 % der Bevölkerung stellen.

Erwachendes Selbstbewußtsein
Es war im Jahr 1958 nach zehnjährigem Bürgerkrieg. 300000 Menschen waren in diesem Krieg, »«Violencia« genannt, getötet worden und unzählige Campesinos und Indianer waren von ihrem Land in die Städte vertrieben worden. Im März des Jahres 1958 schickten die Katios eine Botschaft an die neue Na-





tionalregierung, in der sie die Probleme der Gemeinschaft darlegten und die Rückgabe des durch die Großgrundbesitzer besetzten Reservatlandes sowie die Ausweitung des Reservates forderten. Anstatt des Landes erhielten sie billige Vertröstungen: alte Kleidung, Mehl, Spielsachen und sonstige wertlose Dinge. Eine kleine Kampagne gegen Tuberkulose wurde durchgeführt, die aber nichts bewirkte, weil der Hunger andauerte und sie kein Land erhielten.

Alianza para el Progreso
Weitere Brosamen gab es in den sechziger Jahren im Rahmen der »Allianz für den Fortschritt«. Nach der kubanischen Revolution sollten in den lateinamerikanischen Ländern mit amerikanischer Kredithilfe Agrarreformen durchgeführt werden, um den ständigen Unruhen auf dem Land zu begegnen. 1961 wurde in Kolumbien ein Agrarreformgesetz verabschiedet. Staatliches Land und ungenutztes Privatland sollte an Kleinbauern und landlose Campesinos verteilt werden. Zur Durchführung dieses Programmes wurde die Agrarreformbehörde INCORA gegründet, deren Aufgabe es war, ungenutztes Land – gegen Entschädigung – zu enteignen und zu verteilen, was aber bald am Widerstand der Großgrundbesitzer scheiterte.

Umsiedlung
Im Juli 1968 erhielten die Katios endlich Antwort auf ihre Fragen, die sie zehn Jahre zuvor gestellt hatten: Die Landreform war gescheitert. Nun machte die Regierung den Vorschlag, die ganze Gemeinde in ein größeres, aber unwirtliches Gebiet umzusiedeln. Die Katios lehnten es ab und bestanden weiterhin auf ihren rechtmäßigen Forderungen. Im Nobvember desselben Jahres kam ein Gruppe von Experten der INCORA, die eine sehr ausführliche Studie über die Geschichte und die soziale und wirtschaftliche Situation der Gemeinschaft anfertigten. Die Expertengruppe bestätigte die Rechtmäßigkeit der Forderungen der Katios und empfahl der Regierung als einzig mögliches Mittel, um das Überleben der Comunidad zu sichern, die schnellstmögliche Wiederherstellung des Reservats in seiner früheren Größe. Durch die Studie der INCORA bekamen die Eingaben der Indios eine solide Grundlage, die die Regierung nicht so leicht vom Tisch wischen konnte. Eine Abordnung der Katios begab sich nach Bogotá und erhielt dort zur Antwort, daß die Probleme sehr bald gelöst werden würden. *Letzten Endes haben wir das geglaubt und sind zufrieden darüber zurückgekehrt.* Aber es geschah nichts und *die Jahre vergingen, und wir waren ohne wirksame Struktur ...*

Reorganisation
Die Katios erkannten die Notwendigkeit, sich in der Weise ihrer Vorfahren zu organisieren, ihre eigene Kultur wiederzubeleben und in einer Gemeinschaft zu leben, die eine wirksame Struktur gegen die Macht der Großgrundbesitzer sein konnte. Ab 1970 entstanden Kontakte zu Campesinos aus anderen Comunidades, die um ihr Land kämpften und ein Austausch, der den Katios wichtige Anregungen für ihren Kampf und die Reorganisation gab. Nach zahlreichen Versammlungen wurde 1976 ein Cabildo (Gemeindevorstand) gewählt. In gemeinsamer Arbeit mit den Mitgliedern der Comunidad sollte er die Organisation der Gemeinschaft verbessern und den Kampf um das besetzte Land anführen.

Seit 1976 wählen die Katios jedes Jahr im Januar einen neuen Cabildo aus ihrer Mitte. 4 Jahre lang hatten die Katios unzählige Streitigkeiten mit dem Bürgermeister von Ándes, mit der Polizei und den Polizeiinspektoren, bis der Cabildo als einzige Autorität im Indiogebiet anerkannt wurde, die Regierung ihre Inspektoren zurückzog und die Selbstverwaltung der Katios akzeptierte.

Aktivitäten
In den Jahren 1977 und 1978 verstärkten die Katios ihre Bemühungen und traten immer wieder an die INCORA heran. Mehrere Male fuhren Vertreter der Gemeinschaft nach Bogota und nach Medellin zum Regionalbüro der INCORA. Es wurden Telegramme und Bittschriften abgesandt und über Presse und Radio versucht, das Problem öffentlicxh zu machen, um der Forderung nach Rückgabe des Landes Nachdruck zu verleihen. Die Antwort, die die Katios von den verschiedensten Vertretern der Regierung und der INCORA gegeben wurde, war immer wieder diesselbe: »Wir sind zuversichtlich, daß die Probleme sehr bald gelöst werden.«

Heraus kam dabei nichts außer Worte über Worte und Versprechungen über Versprechungen. Mit ihren Erklärungen haben sie uns Kleidung, einige Drogen und Bälle gebracht, ein Basketballfeld gebaut und uns jedesmal vertröstet. Mit anderen Worten, sie haben uns wie Kinder behandelt, denen man Bonbons gibt, damit sie still bleiben.

Die Aktivitäten der Katios und einiger Schwestergemeinden und der Druck, der von ihnen ausging, veranlaßte schließlich die INCORA im Februar 1978 einen Beschluß zu fassen, daß 32 Ländereien, die sich Großgrundbesitzer angeeignet hatten, ihren rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben werden sollten. Diese Verordnung betraf auch das Land der Katios. So wurde in der Verordnung 0056 festgestellt, daß das bewußte Land von Libardo

Escobar illegal in Besitz genommen worden war. Doch die Zeit verging ohne daß der Beschluß der INCORA vollstreckt und das Land an seine rechtmäßigen Besitzer – die Indios – zurückgegeben wurde.

Die Escobares

Ein Grund dafür, daß trotz des Beschlußes der staatlichen Behörde INCORA und der klaren Rechtslage, auf die sich die Katios berufen konnten, ihnen immer noch keine Gerechtigkeit widerfuhr, war offensichtlich die Macht und der Einfluß des Großgrundbesitzers Libardo Escobar.

Die Escobares hatten alle Trümpfe gegen uns in der Hand: Der Landwirtschaftsminister zu jener Zeit war German Bula Hoyos, verheiratet mit einer Cousine der Escobars. Der Vizepräsident der INCORA, Dr. Garner, war verheiratet mit einer Nichte der Escobars, der Bürgermeister von Andes zu jener Zeit Fernando Escobar, Bruder von Libardo Escobar, der Vorsitzende des Gemeinderats von Andes war Mario Uribe Escobar, Neffe des Terrateniente Escobar, der Vizepräsident des Gemeinderates und Chef der Konservativen Partei von Andes, Jhon Lemus Velasquez, ist verheiratet mit einer Nichte von Escobar. Der Stellvertreter beim Senat der Republik ist Ricardo Escobar Gonzales, ein Cousin Escobars. Und nicht genug mit diesen Verwandtschaftsbeziehungen, diese Familie verfügt über uneingeschränkten Rückhalt bei den Großgrundbesitzern und einflußreichen Persönlichkeiten der Region. In diesem Sumpf sind unsere gerechten Forderungen untergegangen. Aber unser Kampf ging weiter. Trotz der mächtigen Verbindungen der Escobares.

Die ersten Landbesetzungen

Nach zwei-jährigem Hin und Her nahm die INCORA ihren Entschluß wegen dem Druck der Großgrundbesitzer wieder zurück. Die Katios setzten nun keine Hoffnung mehr in die INCORA. Diese Enttäuschung ließ sie nicht resignieren. Für sie begann in der Mitte des Jahres 1980 ein neuer Abschnitt im Kampf um ihr Land.

Die Gemeindeversammlung hatte einmütig beschlossen, im Juli desselben Jahres mit der direkten Rückgewinnung des Landes zu beginnen. Wir waren außerdem übereingekommen, daß wir sehr gut vorbereitet sein müssen, wegen der mächtigen Verbindungen der Escobares. Wir hatten diese Entscheidung nicht getroffen, um Konflikte zuzuspitzen, sondern als Antwort auf das Verhalten von Regierung und Großgrundbesitzern zu unseren Forderungen. Wir wußten, daß uns dieser neue Abschnitt des Kampfes viele Probleme bringen würde und daß man alle Mittel der Unterdrückung anwenden würde, um die Rückgewinnung zum Scheitern zu bringen. Aber es blieb uns kein anderer Weg, als damit zu beginnen das Land zu bebauen, das sich die Terratenientes (Großgrundbesitzer) unrechtmäßig angeeignet hatten. Die Regierung trug die Schuld an dem, was von jetzt an passierte. Von 1958 bis 1980 hatte sie genug Zeit, um das Problem zu lösen, d.h. 22 Jahre Lügen und Versprechungen, 22 Jahre, in denen wir gehofft hatten und in denen nichts passierte. Wir waren sehr geduldig gewesen. Wir forderten ja nicht Land, das uns nicht gehörte, sondern nur, daß das Gesetz über die Reservate eingehalten würde, das die Regierung 1890 erließ, ebenso wie der Erlaß 1977, der uns als legitime Eigentümer der Hazienda von Libardo Escobar und angrenzender Grundstücke ausweist. Unser Kampf hatte sich innerhalb der juristischen und staatlichen Schranken bewegt. Warum haben wir nichts erreicht? Warum hat keine Autorität und auch keine Regierungsinstitution unsere Großväter verteidigt, die das Land im Einklang mit dem Gesetz besaßen, als man uns das Land raubte und es zum Verkauf an Dritte gab. Diese unsere Fragen haben nur eine Antwort: Das Gesetz ist für die armen Leute und nicht für die Mächtigen, die »Senores«. Sie können es verletzen und mit Füßen treten wie es ihnen gefällt.

Heute ist der Tag gekommen ...

Alle Leute der Gemeinschaft vereinten sich am 9. Juli in dem Ruf: »Heute ist der Tag gekommen«. Frauen, Kinder und Männer hatten es sehnlichst erwartet, auf dem Land ihrer Urgroßmutter, Micaela Tocama, zu arbeiten. Es war um 8 Uhr abends des 9. Juli. Die Nacht war sehr dunkel, als wir einer nach dem anderen das Land betraten. Ab etwa 9 Uhr abends waren wir 320 Campesinos, Männer, Frauen und Kinder, die die ganze Nacht hindurch hart arbeiteten. Um 5 Uhr morgens des 10. Juli sind wir durch eine Gruppe von 40 Campesinos abgelöst worden, die den ganzen Tag hindurch arbeiten sollte. Ungefähr um 10 Uhr kam die Polizei und sagte uns: »Hören Sie auf zu arbeiten! Diese Erde gehört ihnen nicht. Außerdem wird die INCORA sehr bald das Problem lösen. Später ging der Kommandant zur Hazienda von Libardo Escobar und traf sich dort mit dem Bürgermeister von Andes, Fernando Escobar. Sie schickten 80 Polizisten, bewaffnet bis an die Zähne, zu unserem Weiler. Wir dachten, daß sie in den Krieg zögen. Dieser Krieg war gegen uns arbeitende Indianer von Escobar ausgerufen. Die Polizei kam um 17.30 Uhr zum besetzten Land und begann sofort mit der Zerstörungsaktion. Sie warfen die Hütten um, schütteten das Essen weg, das wir gekocht hatten, beschlagnahmten die Arbeitsgeräte, beschimpften uns und schlugen uns mit Gewehrkolben. 40 Campesinos wurden verhaftet. Unsere Schule haben sie zu einem Gefängnis gemacht, nicht, um die guten und ehrbaren Bürger zu schützen, sondern um die Interessen der Terratenientes offen zu unterstützen. Später wurden verschiedenene Verhaftete freigelassen; einige mußten länger bleiben.

Trotz Repressalien wurde die Kultivierungsaktion fortgesetzt

Am 17. Juli begannen wir erneut in großer Zahl auf dem betreffenden Land zu arbeiten. Die Antwort der Polizei unter Oberst Cruz und dem Bürgermeister von Jardin, Jose Saens Ospina, ließ nicht lange auf sich warten. 87 Polizisten kamen und zerstörten die Hütten, die wir gebaut hatten. 38 Campesinos wurden verhaftet und wiederum in das Gefängnis der Gemeinde Jardin gebracht. Der Bürgermeister





und die Polizei hatten sehr gute Beziehungen zu Libardo Escobar geknüpft. Sie sperrten die Verhafteten in zwei kleine Zellen, daß einige fast erstickt wären, völlig grundlos ließ man nicht zu, daß ihnen Essen gebracht wurde. Noch schlimmer war, daß sie zu Fuß nach Jardin überführt wurden, während die Polizei ritt, Schläge austeilte, und Peitschenhiebe mit einer Stachelpeitsche. Auf der Straße haben sie uns mit dem Kopf gegen die Steine geschlagen, die Schuhe abgenommen, und uns mit Peitschenhieben gezwungen, barfuß zu laufen. Sie nahmen uns die Hemden ab und schlugen uns auf die nackte Haut. Sie beleidigten uns mit rassistischen Gemeinheiten, die wir nicht erwähnen wollen. Die grausamen Demütigungen sind zweifelsohne ein genaues Abbild dessen, was während der Conquista (spanische Eroberung) passierte.

Nachdem der Bürgermeister in Jardin jedes Gespräch mit einer Abordnung der Katios verweigert hatte, brachen am 18. Juli 1980 die Kinder und Mütter der Gefangenen auf, um die Freilassung ihrer Väter zu fordern. Die Entschlossenheit der Mütter und Kinder veranlaßte den Bürgermeister und die Polizei schließlich nachzugeben und die Gefangenen freizulassen.

Weitere Landbesetzungen

Von August 1980 bis Februar 1981 veränderte sich unsere Vorgehensweise etwas. Wir gingen nicht mehr den ganzen Tag arbeiten, sondern sporadisch, um uns der Verfolgung durch die Polizei zu entziehen, und um das Land allmählich zu bebauen. Auf diese Weise pflanzten wir auf ca. 20 ha Land Mais, Yuca und Kochbananen. Als die Saat zu wachsen begann, riß die Polizei sie aus oder trieb das Vieh darauf um sie zu zerstören. Anschließend kamen sie in unsere Gemeinde und warnten uns davor, nochmals etwas anzupflanzen. Wir waren dadurch noch entschlossener und pflanzten je nach den Bedingungen tagsüber oder nachts weiter, mit einem Wort: Wir kamen und gingen, und warteten nicht darauf, daß die Polizei komme und uns bei der Arbeit antreffe. Dieses Vorgehen brachte bei den Terratenientes und der Polizei das Faß zum Überlaufen. Sie fielen wahllos über alle Mitglieder unserer Gemeinde her: viele Campesinos wurden verhaftet und mißhandelt, mit dem Ziel Verräter zu finden, die uns ausspionieren und um uns einzuschüchtern. Sie folterten auch unseren Gobernador Isaias Tamanis, ebenso Arnulfo Yagari, Felipe Gonzalez, Apolinar Yagari und andere. Am 30. Oktober hat dann die Polizei endgültig ihren Posten in unserer Gemeinde errichtet. Niemand konnte ohne polizeiliche Erlaubnis in unsere Gemeinde kommen. Sie hatten unsere Comunidad in ein Konzentrationslager verwandelt.

Während dieser öffentlichen und offiziellen Repression wurde eine Kampagne zur Verleumdung des Kampfes der Katios in Gang gesetzt, Kleinbauern und Arbeiter der Gegend aufgehetzt und bezahlte Schläger, die sich als Todesschwadron »Esopetores de Jardin« (Büchsenmacher von Jardin) bezeichneten, gegen die Comunidad eingesetzt. Mündlich wie schriftlich wurde mit Mord gedroht, einige Mordanschläge wurden ausgeführt. Im März 1981 wurde Mario Gonzales – ein Mitglied der Comunidad – in einer Kneipe in Andes von den Söhnen des Gutsverwalters Escobars erschossen.

Der Mord an Anibal Tascon

Am 10. April wurde der Rechtsanwalt Anibal Tascon umgebracht. *Der Mord an Anibal war der Höhepunkt der Unterdrückung. Man hatte den einzigen Anwalt indianischer Abstammung, den es je in Antioqueia gegeben hatte, ermordet. Nicht nur uns erschien dieser Mord schändlich, sondern auch der Mehrheit der Bevölkerung von Andes, Jardin und des ganzen Südwestens von Antioqueia, die Anibal als Verteidiger der indianischen Interessen kannten. Die Empörung war landesweit. Wir hielten Totenwache für unseren Genossen in Andes. Wir können der Trauer und dem Schmerz, den uns der Anblick unseres ermordeten Bruders bereitete, keinen Ausdruck verleihen.*

Die Beerdigung Anibal Tascons wurde zu einem Ausdruck der Betroffenheit und Solidarität vieler Menschen und Gruppen in Kolumbien. Etwa 8000 Menschen nahmen an der Beerdigung teil und Vertreter vieler bekannter Organisationen sprachen. Trotzdem geschah nichts zur Aufklärung des Verbrechens.

Am 13. April haben wir das Land in großer Zahl betreten, Hütten gebaut, mit größter Anstrengung Tag und Nacht gearbeitet, Abordnungen nach Medellin gesandt, um Solidarität bei Kirchen, Verbänden und Bürgern zu finden, und die Arbeit zu unterstützen. Je mehr wir um das Land kämpften, umso mehr bestanden wir auf der Untersuchung des Verbrechens. Es kam ein Richter, Laureano Contreras, der sein Interesse Gerechtigkeit zu schaffen, gezeigt hat. Er hörte sich einige Erklärungen der Konfliktparteien an, und hielt es dann für richtig, gegen Libardo Escobar das Verfahren zu eröffnen und ordnete seine Festnahme an. Er wurde inhaftiert, wegen Anstiftung zum Mord an unserem Genossen. Aber es lief wie immer: Der Richter wurde entlassen, der Oberste Gerichtshof in Medellin sprach Libardo frei, und niemand brauchte für den Mord an Anibal zu büßen, weil niemand den Fall untersuchte.

Noch mehr Leiden ... und Solidarität

Wir haben den ganzen Mai ruhig gearbeitet, und 40 ha kultiviert – als plötzlich ein Oberst namens Cordoba mit der Polizei von Andes kam. Es war in den ersten Junitagen, als wir uns , Frauen und Männer, Kinder und Alte, friedlich zur Arbeit versammelt hatten, als uns Cordoba mit seiner arroganten Stimme sagte: »Mißratene Indios, ihr habt kein Recht das zu tun!« Wir haben die Beleidigungen nicht beachtet, weil wir verstanden hatten, an wen sie sich richteten. Diese jähzornige Marionette befahl angesichts unserer Ruhe, die Hütten zu zerstören, und die Leute zu verprügeln. Die Frauen wurden mit Fußtritten aus den Hütten gejagt, die Töpfe mit Schüssen durchlöchert und die Pflanzen abgehackt. Die Schande war so groß, daß sich unsere Frauen auf die Erde warfen und sagten: »Ihr könnt uns töten, wir werden nicht weichen, nur auf den Friedhof.« Die Polizei zählte 50 Mann, aber sie konnten uns nicht vertreiben, auch wenn sie alles zerstörten. Am 16. Juli waren 60 Genossen mit der Spitzhacke bei der Arbeit auf dem Feld, als Cordoba und seine Polizei kamen, 18 Genossen mit dem Gewehrkolben schlugen und Meraldo Yagari mit Schüssen verletzten. Sie nahmen die Genossen, fesselten sie, und peitschten und schlugen sie ohne Erbarmen. Sie haben sie zu Escobars Hazienda gebracht, und gefoltert, bis sie vor Schmerzen und Wut weinten. Der Gutsverwalter Escobars stellte sich an die Spitze um das grausame Schauspiel, das der Oberst veranstaltete, zu genießen. Unsere Genossin Estefania Gonzalez und die Compañera Idalia Yagari wurden geprügelt, bis sie durch die Schläge zusammenbrachen. Hernan Yagari haben sie mehrere Rippen gebrochen und so geschlagen, daß er Blut erbrochen hat. Die Comunidad hat sich versammelt und ist nach Jardin marschiert, wo sie die Freilassung der Genossen forderte und dem Bürgermeister sagte, daß er verantwortlich wäre, wenn einer durch die von der Polizei angeordneten Foltern sterben würde. Am Nachmittag haben wir mehrere



Journalisten hergebeten, und ihnen mitgeteilt, was in der Hazienda Escobars geschehen war. Wir haben es durch Presse und Radio öffentlich gemacht. Die Comunidad ist am Sonntag, dem Markttag, hinunter nach Andes gegangen und hat dort eine Protestkundgebung durchgeführt. Die Bevölkerung von Andes hat in ihrer Mehrheit unsere Problematik verstanden. Viele Menschen haben sich an unserer Kundgebung beteiligt.

Auf diese Vorgänge kam endlich eine Reaktion der Regierung. Es wurde zu einem Treffen eingeladen, das Ende Juli 1981 stattfand und an dem eine Reihe hoher Beamter und der Gemeindevorstand der Katios teilnahmen. *Die Regierung, vertreten durch ihre Institutionen, zeigte sich bei diesem Treffen aufgeschreckt, weil die gesamte Bürgerschaft, die Art, wie sie die Großgrundbesitzer unterstützte, zurückwies.*

Bei diesem Treffen hat unsere Abordnung in aller Ausführlichkeit die Ereignisse in unserer Gemeinde geschildert. Wir beharrten darauf, daß es die Regierung durch ihr unentschlossenes Verhalten war, die unsere Comunidad in diesen Konflikt gebracht hat, und, daß er, wie es scheint, so kein Ende findet. Wir machten einen konkreten Vorschlag, der folgende Punkte enthielt:

1) sofortiger Rückzug von Armee und Polizei aus dem Reservat;
2) Übergabe der durch Escobar besetzten Landgüter Villa Ines und Sorrento an uns
3) Verfolgung und Bestrafung der an Anibal und Mario begangenen Verbrechen.
4) Freilassung aller seit 16 Tagen im Nationalgefängnis von Andes inhaftierten Frauen und Männer unserer Comunidad.

Nach langer Diskussion stimmte die Regierung diesen Vorschlägen zu und verpflichtete sich schriftlich binnen 6 Monaten die Landgüter aufzukaufen und den Katios zu übergeben. Bis dahin sollte die Comunidad die Arbeit auf dem bereits kultivierten Land fortsetzen können ohne jedoch neues hinzuzugewinnen. Nach der Unterzeichnung des Abkommens wurden die gefangenen Katios freigelassen und das Militär zog ab. Der einzige Punkt, der nicht eingehalten wurde, war die Untersuchung des Mordes an Anibal Tascon.

Schließlich kam der Tag, an dem wir das Land betreten konnten. Am 9. März 1982 vollzog der Gouverneur der Provinz Antioqueia die Übergabe des Landes und übergab uns die berichtigten Besitzurkunden unseres Reservats. Uns erschien es wie ein Traum, daß wir nach 22 Jahren Warten und Hoffen, in denen wir soviel Leid und Demütigung erfahren hatten, auf einen Teil unseres Landes zurückkehren konnten.

Der Aufbau des Landes

Die Rückgewinnung des geraubten Landes war noch nicht die Lösung der akuten Probleme der Katios und das Ende ihrer Leiden. Nach wie vor litten die Angehörigen der Gemeinschaft an Hunger und Krankheiten, da das wiedergewonnene Land erst kultiviert werden mußte und deshalb zunächst noch keine Erträge brachte. Der Anbau auf dem verwahrlosten Land konnte nur unter großen Schwierigkeiten beginnen: Es fehlten Saatgut und Werkzeuge und außerdem war das verfügbare Land größtenteils Weideland, das die erschöpften Genossen erst für den Anbau nutzbar machen mußten. Zu all dem war kein Geld vorhanden. Die Regierung weigerte sich, einen Kredit zu geben und die Großgrundbesitzer der Umgebung hatten sich abgesprochen, die Katio-Gemeindemitglieder nicht mehr zu beschäftigen, sodaß auch diese Möglichkeit, ein bißchen Geld hinzuzuverdienen, verschlossen war. »Die Absprache der Reichen ist, die Gemeinschaft klein zu kriegen und allen zu demonstrieren, daß sich der Kampf um Land nicht lohnt«, schrieb uns die Gemeinde im August 1982.



Mit dem wenigen, was sie hatten, und der geringen finanziellen Unterstützung, die sie von Solidaritätsgruppen erhielten, fingen die Katios an, auf dem neuen Land zu arbeiten. Um die notwendigen Arbeiten besser zu bewältigen, gründeten sie eine Kooperative, der 126 der insgesamt 156 Familien angehören. Innerhalb der Kooperative gibt es verschiedene Kommissionen, nämlich für Viehzucht, Zuckerrohr, Kaffee und Grundnahrungsmittel.

Die Situation in den einzelnen Bereichen sieht folgendermaßen aus: Viehzucht:

Auf den Weiden der Comunidad wurde bisher das Vieh anderer Leute geweidet, was aber ein schlechtes Geschäft für die Katios war, da es wenig einbrachte und sehr arbeitsintensiv war. Daher will die Gemeinschaft nun versuchen, eine Finanzierungsquelle zu finden, um eigenes Vieh anzuschaffen.

Kaffee:

Die ausgedehnten Kaffeepflanzungen der Gemeinschaft waren über die Jahre vernachlässigt worden; es gab keine Mittel um Dünger zu kaufen, ohne den diese Kaffeesorte keinen Ertrag bringt. Nun sollen 30 ha mit relativ jungen Pflanzen ›restauriert‹ werden. Und zwar durch freiwillige und halb bezahlte Arbeit, d.h. die ›Kaffeearbeiter‹ arbeiten drei Tage in der Woche mit Bezahlung und drei Tage ohne. Nach zwei Jahren, so erhofft sich die Gemeinschaft, wir der Kaffeanbau soviel Ertrag bringen, daß er nicht nur Unkosten macht, sondern auch einen Überschuß bringt, der für die Gemeinschaft verwendet wird. Vorläufig wird diese Arbeit aber nur Kosten verursachen, die aber ab 1.1.1984 von der schweizer Organisation SWISSAID getragen werden.

Zuckerrohr:

Ist ein wichtiges Grundnahrungsmittel und wird gemeinschaftlich angebaut. Das Endprodukt, die Pannela wird unter denjenigen verteilt, die bei der Produktion mitgewirkt haben – zum Verkauf oder zur Unterstützung anderer, die nicht mitarbeiten können (Alte), ist es zu wenig. Der Zuckerrohranbau soll ausgeweitet werden. Bisher waren es 6 Hektar, deren Ertrag aber nicht einmal ausreicht, um den Pannelabedarf derer zu decken, die im Zuckerrohr arbeiten.

Nahrungsmittelporduktion:

Mais, Yuca, Bohnen etc. also die Nahrungsmittel, werden auf dreierlei Weise angebaut: in Gruppen von 10–20 Personen, in Gemeinschaftsarbeit von allen Mitgliedern der Kooperative, und individuell auf einem kleinen Stück Land, das jeder Familie zur Verfügung steht. Von diesen Produkten wird nichts verkauft, sondern sie werden unter denen verteilt, die sie produzieren, da es bislang noch keinen Überschuß gibt, sondern eher Mangel.

Der gewählte Vorstand der Kooperative koordiniert die Arbeit der einzelnen Kommissionen. Um die sozialen und kulturellen Aufgaben der Gemeinschaft wahrzunehmen, wurden auf Gemeindeebene Kommissionen für die Bereiche Gesundheit, Schule, Kinder-



garten und Kultur eingerichtet. Außerdem gibt es schon seit einigen Jahren ein Frauenkommitee, das im Kampf um die Rückgewinnung des Landes eine wichtige Rolle gespielt hat. Die Arbeit der verschiedenen Kommissionen wird in monatlichen Versammlungen besprochen und ausgewertet. Die Katios sind aber nicht nur mit ihren eigenen Schwierigkeiten und Erfolgen beschäftigt, sondern sie versuchen auch, ihre Erfahrungen weiterzugeben.

Momentan besteht für uns ein großes Problem, welches nicht minder groß ist, wie das Problem der wirtschaftlichen Weiterentwicklung unseres Gemeinschaftsbetriebes und mit der Organisationsarbeit der anderen Gemeinschaften zusammenhängt. In unserem Department hat unsere Gemeinschaft eine wichtige Aufgabe, die wir so gut wie möglich erfüllen wollen: andere indianische Comunidades zu organisieren und uns an den gemeinsamen Aufgaben der Volksbewegung zu beteiligen. Doch wegen der nur beschränkten Mittel, die wir vom Betrieb abzweigen können, können wir auch durch freiwillige Beiträge die vielen Aufgaben nicht erfüllen. Der Erlös unseres Verkaufs reicht gerade zum Essen und zur Bildung der organisatorischen Kommissionen. Doch wenn wir nicht jetzt die Situation zur Organisation nutzen, wen sollen wir dann später organisieren? Wir sehen doch, wie schnell und erfolgreich die Angriffe von Großgrundbesitzern und Neusiedlern gegen die Gemeinschaften ablaufen, in einigen Zonen gar unter dem Schutz des Militärs. jedenfalls müssen wir mit der Organisation unserer Freunde fortfahren, selbst wenn wir weiter Not leiden. Wir haben die Landbesetzungen in San Andres organisiert, Kurse im Chocó in Dabeiba und Frontino gegeben, und wir haben uns aktiv beim Aufbau der nationalen Indianerorganisation ONIC beteiligt, die uns viel bedeutet und die wir mit dem Ertrag unseres Landes unterstützen.

Dies als Vorstellung von aktuellen Kämpfen der Indianer um ihr Leben und ihre Rechte, in einer Situation der Repression und Einschüchterung, wie sie für die Mehrzahl lateinamerikanischer Länder verallgemeinerbar ist. Wer sie finanziell unterstützen kann, wende sich an die SF-Redaktion, wir werden das Geld dann an die Katios weiterleiten. Wer an dem Problem am Beispiel von aus El Salvador nach Honduras geflüchteter Campesinos selbst weiterarbeiten möchte, dem sei an dieser Stelle nocheinmal der Video-Film »EXILIO« der Freiburger Medienwerkstatt empfohlen (bei:FM, Konradstr.20, 78 Freiburg).

Atommüll: Herrschaftsbasis der Zukunft?

von Wolfgang Haug



▪ oder: wie sich die US-Regierung die Herrschaftssicherung in den nächsten 10 000 (!) Jahren vorstellt...

Jahrelang wurde der amerikanische Atommüll im Pazifik versenkt; aufbewahrt in Kanistern, die unter dem ungeheuren Wasserdruck aufplatzten. Dieses Verfahren wurde inzwischen selbst von der US-Regierung als ungeeignet empfunden, so daß auf eine Lagerung in Salzstöcken umdisponiert wurde. Seitdem herrscht die Angst in den Planungsstäben. – Nicht etwa vor der Gefährlichkeit der eingelagerten Substanzen, sondern vor dem unrechtmäßigen Eindringen von Menschen in die Lagerstätten.

Der *Bechtel-Konzern* (ehemaliger Leiter war der heutige Außenminister George Shultz) übernahm es, eine Arbeitsgruppe »Human Interference Task Force« zu gründen, die für die Regierung Methoden erarbeiten sollte, wie Menschen 10.000 Jahre lang von einem Eindringen in die Salzstöcke abgehalten werden können. 10.000 Jahre deshalb, weil die Halbwertszeit des militärisch anfallenden radioaktiven Mülls 10.000 Jahre beträgt (bis zum endgültigen Zerfall also ca. 1 Million Jahre...).

10.000 Jahre in die Vergangenheit projiziert bedeuten einen Zeitraum, der nahezu die gesamte bekannnte europäische Geschichte umfaßt: d.h. von den südfranzösischen und nordspanischen Höhlenmalereien bis zur Gegenwart. Wenn man so will, der Zeitraum der europäischen Kultur – an deren Ende sich nun ein Müll ansammelt, der als das langlebigste Kulturprodukt bezeichnet werden kann, das die Menschheit bislang hervorgebracht hat.

In die ominöse Arbeitsgruppe berief der Bechtel-Konzern Soziologen, Rechtsanwälte, Kernphysiker, Ingenieure, Archäologen, Verhaltenspsychologen, Anthropologen, Semiotiker und – nicht zu vergessen – einen Geschäftsmann für Atommüll – alles in allem 13 Personen. Diese auserwählte Gruppe erarbeitete tatsächlich einen Plan, der auf sie, – wie auf die US-Regierung als Auftraggeber –, ein bezeichnendes Licht wirft. Gezögert, einen solch absurden Auftrag anzunehmen, hat offensichtlich keiner dieser *Wissenschaftler*.

Blickt man in die Geschichte, so veränderte sich die menschliche Sprache im Durchschnitt alle 3-400 Jahre; eine Überlieferung müßte also ohne sprachliche Mittel auskommen oder in der Lage sein, diese immer wieder neuanzupassen. Aufgrund dieses Gedankengangs wurde eine zweigleisige Strategie entworfen: eine Elitegruppe soll – als »Atompriesterschaft« – die Informationen von Generation zu Generation weitergeben: zu diesem Zweck werden Mikrocomputer-Archive aufgebaut, deren Inhalte von jeder ›Generation der Müllpriester‹ auf den neuesten sprachlichen Stand gebracht werden sollen. Für die große Masse soll das Prinzip der Abschreckung gelten; gearbeitet wird dabei mit Tabuzonen, Gerüchten und Mythen. D.h. es wird diejenigen geben, denen Angst gemacht wird und diejenigen, die das Wissen besitzen; – eine solche Regelung sagt natürlich mehr über den Bewußtseinsstand und das Denken der heutigen Machthaber aus, als über irgendwelche Entwicklungen in der fernen Zukunft. Oder anders ausgedrückt: als ideale Herrschaftsform erkennen die heutigen Regierenden und ihre diensteifrigen Wissenschaftler die Strukturen des frühen Altertums: wissende Priesterschaften dirigieren ein abergläubisches Volk; ihr Gott wäre der Müll. Ihre Tagträume sind unsere Albträume, gemildert allerdings durch Kopfschütteln und höhnisches Grinsen.

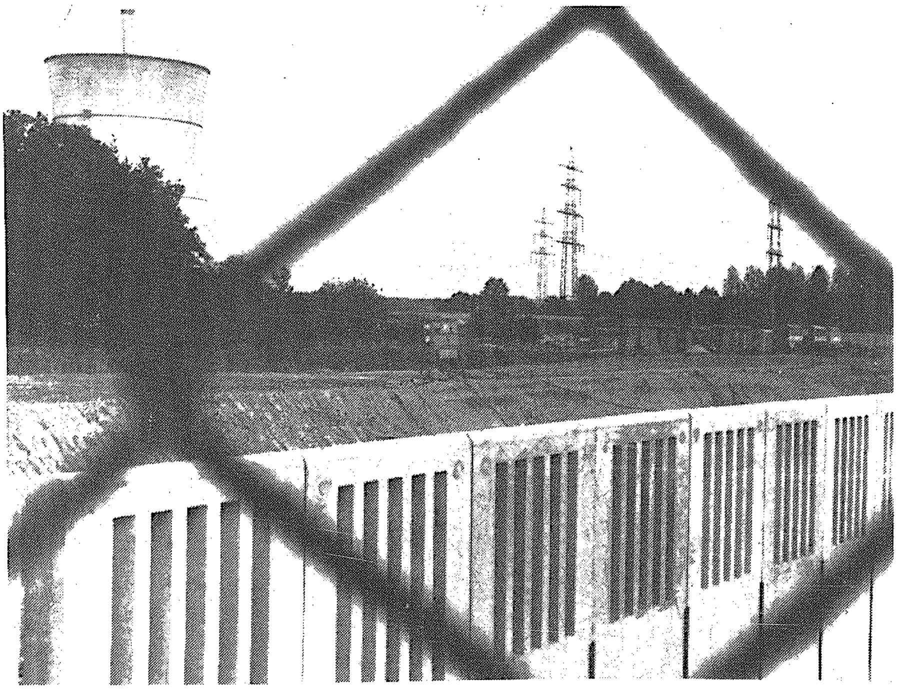
Seit seinem Amtsbeginn unterscheidet Reagan die Welt in Gut und Böse. Was heute die Sowjetunion etc. bedeutet, ist übermorgen die breite Masse. D.h. die US-Politik steuert bewußtseinsmäßig – trotz oder mit der scheinbaren Modernisierung in der Technik – geradewegs in einen frühgeschichtlichen Zustand, in dem das magische Bewußtsein dominieren soll. Die Macher des Bechtel-Konzerns entwerfen eine Priestergesellschaft der Zukunft, die ihrem eigenen Bewußtseinszustand heute entspricht.

Universitätsprofessoren wie der Archäologe Givens oder der Semiotiker [Semiotik=Lehre von den 'Zeichen', wobei Zeichen nicht nur auf Sprache beschränkt verstanden wird, sondern auch Mimik, Handlungen, Umfeld usw. erfaßt] Sebeok entwickelten Ende 1981 das Modell für die Abschreckung der Masse:

Über dem Salzstock müßte ein Plateau aufgeworfen werden, das von Erdwällen umgeben und durch 7 m hohe Obelisken gekennzeichnet wird. Innerhalb der Anlage sollen sich Stahlkammern befinden, in denen Dokumente und Zeichen, bzw. auch die Microcomputer, aufbewahrt werden. Auf den Obelisken sollen sich Zeichnungen von sterbenden Menschen, das internationale Emblem für Radioaktivität und Texte in den offiziellen UNO-Sprachen befinden. Diese Texte sollen Angaben darüber enthalten, wieviel Tonnen Atommüll wann an dieser Stelle vergraben wurden. Da Sprache sich wie erwähnt verändert, sollen ein künstlicher Mythos und einige geplant eingesetzte Rituale um den Ort geschaffen werden. Diese Rituale würden von einer »Priesterschaft« eingeführt und müßten bewirken, daß die Masse der Menschen eine Höllenangst vor dem Platz bekommt. Ein anderer Arbeitsbereich der Priester bestünde darin, fortlaufend »Gerüchte« in Umlauf zu bringen, die – egal wie – suggerieren, daß »etwas Fürchterliches passiert, wenn man diesem Platz näher kommt«.

Soviel zur künftigen Klasse der Beherrschten; die »Wissenden«, die Herrscher, sollen an Zusatzinformationen (z.B. über Maßnahmen gegen Verstrahlung, Art der gelagerten Stoffe, medizinische Kenntnisse...) herankommen können. Dazu soll irgendwo ein Archiv aufgebaut werden, dessen Daten über einen Microcomputer in Form einer Armbanduhr für jedes Mitglied der neuen Kaste abrufbar werden. Ein Aufgabenbereich der Priesterschaft soll darin bestehen, dieses »bewahrte Material« jeweils zu »rekodieren«, also der ihnen eigenen Zeit, Sprache und Realität fortwährend anzupassen, – und wohl auch bestimmte Fähigkeiten, z.B. medizinische, weiterzugeben. All das jedoch nur innerhalb des eingeweihten Kreises, über dessen Größe nichts festgelegt zu sein scheint.

Insgesamt geradezu ein Lehrstück dafür, wie Macht entsteht und erhalten werden soll. Ausgedacht auf der Basis einer primitiven Vorstellungskraft, die am liebsten klare Verhältnisse schafft: schwarz-weiß, gut-böse, wissende Elite-dummgehaltene Masse; – ausgedehnt von einer heutigen Elite auf eine vorgestellte Zukunft, die den heutigen Wissensstand natürlich nicht mehr überschreiten kann; ausgedacht von einer Elite, die in ihrer Mehrheit Lehraufträge an amerikanischen



Universitäten besitzt. Sie sehen sich vermutlich bereits als »Gründungsväter« der neuen Herrscherclique der Zukunft: paritätisch besetzt aus Regierung und Wissenschaft.

Es wurden keine Zweifel laut an der Vertrauenswürdigkeit der heutigen Regierung, an den militärischen Konzepten, die diesen Müll produzieren, an der Machbarkeit dieses Auftrags.

Doch dies ist nur die eine Seite; entlarvender erscheint, welches Bild von der Zukunft entworfen wird. Es zeigt ausnahmslos frühgeschichtliche Züge – mit einem Touch Science Fiction. D.h. in der Vorstellungswelt der Regierung und der Arbeitsgruppe gab es keinen Platz für eine menschliche Fortentwicklung. Es wurde kein Gedanke an immerhin mögliche Atommüllbeseitigungsverfahren verwendet; keine Überlegung angestellt, an eine Weiterentwicklung der Menschheit zu glauben, die eventuell Verfahren entwickelt, die auch Atommüll wiederverwendbar oder gefahrlos machen könnten usw....

Der heutige Entwicklungsstand ist das Maß aller Dinge, er soll bewahrt und weitergegeben werden; die heutigen Methoden, die dem Problem Radioaktivität hilflos gegenüber stehen, wären es wert in Archiven aufgespeichert zu werden? Dem Menschen der Zukunft wird jede innovative Kraft abgesprochen...die angenommene »Wirklichkeit« sieht nomadisierende unwissende Menschenmassen voraus, die »eindringen« könnten. Wie kommt es dahin? Soll die aktuelle Politik der Verarmung, Vereinzelung, Kontrolle systematisch auf diesen Zustand der Menschen hinarbeiten? Wird ein Krieg – ein Atomkrieg – vorausgesetzt, der die eventuell Überlebenden als herumtrifftende Masse übrigläßt, die nach Reichtümern sucht und gutbewachten Müll dafür halten könnte? – Während eine Regierung, sich einbildet, in unterirdischen Bunkern zu überleben, um am »Tag danach« damit zu beginnen, das Zeitalter der Atommüll-Herrschaft zu begründen?

Literatur:
Marshall Blonsky: The Immense Message – Semiotics in Agony; Baltimore 1984
William M. Hewitt u.a.: Reducing the Risk from Future Activities that Could Affect the Performance of High-Level Waste Isolation Systems. (Licensing Topical Report for Submittal to the U.S. Nuclear Regulatory Commission.) Washington D.C., US-Department of Energy. 1981

Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung

von Horst Blume



Zum Ziel gesetzt hatten sich die fast 800 Teilnehmer an der Bundeskonferenz eine Bestandsaufnahme des Atomprogramms und des Widerstandes dagegen. Vom 23. bis 25. November ging es in den 18 Arbeitsgruppen und im Plenum aber auch um die Frage, wie die unabhängige Anti-Akw-Bewegung wieder attraktiver werden kann. Immerhin hat sie in den 10 Jahren ihres Bestehens einiges erreicht: Das Atomprogramm mußte zurückgeschraubt werden, weil ein Bewußtseinswandel in breiten Teilen der Bevölkerung die gesellschaftliche Situation verändert hat. Die direkten Aktionen der Anti-AKW-Bewegung haben für diese Entwicklung zum großen Teil den Boden bereitet. Nachdem Friedensbewegung und GRÜNE der Anti-AKW-Bewegung in den letzten Jahren den Wind aus den Segeln genommen haben, ist es um die »friedliche Nutzung der Kernenergie« stiller geworden. Obwohl von ihrer personellen Besetzung her geschrumpft, zeigte der lebendige Ablauf der BUKO, daß zu einer Vielzahl von Spezialthemen und an jedem Standort unverdrossen Arbeitsgruppen und Basisinitiativen den Widerstand aufrecht erhalten. Wer über die Arbeitsergebnisse dieser Gruppen auf dem neuesten Informationsstand sein will, dem sei der umfangreiche und gelungene Kongreßreader (15.-) empfohlen.

Weltweit – aber besonders in den USA – befindet sich die Atomindustrie in einem unaufhaltsamen Niedergang und auch in der BRD setzen die wirtschaftlichen Probleme den Betreibern enge Grenzen. Allerdings droht die Diskussion um die Atomenergie allmählich zu einer Randerscheinung zu werden, da andere Umweltprobleme wie z.B. das Waldsterben von den Medien und den etablierten Parteien – sicher nicht ohne Grund – in den Blickwinkel der Öffentlichkeit gestellt werden. In einem Grundsatzreferat für die BUKO hat Prof. Jens Scheer darauf hingewiesen, daß Radioaktivität kein Umweltgift unter vielen ist, sondern ein unvergleichbar hohes Bedrohungspotential darstellt. Die verschiedenen Umweltgifte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, aber die ganz besondere Gefährdung durch AKW's erfordert auch besondere Kampfmaßnahmen – darüber herrschte Konsens auf der BUKO. Während an den Standorten die Bürgerinitiativen weiterhin schwerpunktmäßig zur AKW-Problematik arbeiten, wandelte sich das Aufgabenfeld der anderen, mehr städtischen Initiativen, gründlich. Pseudo-Krupp-Initiativen, Robin Wood, Greenpeace, Waldsterben-Gruppen sind entstanden. Die Aktions- und Informationsarbeit zum Thema Atomkraftwerke hat dadurch längst nicht mehr die Breite und Wirkung früherer Jahre. Die verschiedenen überregionalen Foren der unabhängigen Anti-AKW-Bewegung (Atommüllkonferenz, diverse Lan-

deskonferenzen, Brokdorf-und Gorlebenkonferenz) sind von ihrer personellen Basis ausgedünnt und müssen in Zukunft näher zusammenrücken. Der Zusammenschluß von »Atomexpress« und »Atommüllzeitung« zeigt, daß sich sowas auch positiv auf die Qualität der Arbeit auswirken kann. Zu kurz gekommen ist auf der BUKO die Vernetzung und Zusammenarbeit mit den zahlreichen neu entstandenen Waldsterben- und Pseudo-Krupp-Gruppen. Wenn hier nichts passiert, werden sie gänzlich zur fetten Beute des BBU's und des BUND's. Mit der innerverbandlichen Demokratie dieser um Seriosität bemühten Vereine ist es nicht weit her. Erst kürzlich hat sich der sozialdemokratisch dominierte BBU-Vorstand durch den Versuch der Liquidierung des kritischen »Umweltmagazins« hervorgetan. Auch die deutschlandpolitische Reisediplomatie von Leinen und Schatzmeister Kall hat zwar den BBU für die Herrschenden beachtenswerter gemacht, mit den Inhalten der Bürgerinitiativbewegung hat das nichts mehr zu tun.

Nachdem die Friedensbewegung an ihre Grenzen gestoßen ist, erhält die Anti-AKW-Bewegung wieder neue Anziehungskraft. Ihr libertärer Anspruch, ihre Kreativität und Spontaneität und die Kritik am Expertentum werden sich jedoch nicht voll entfalten können, wenn die Hegemonie der auf Reputation ausgerichteten Vereine innerhalb der Umweltschutzbewegung anhält. Vieles hängt davon ab, ob die im Reader erarbeiteten Anregungen auch an den Standorten mit bereits laufenden Atomanlagen umgesetzt werden. Auch wenn jetzt der Widerstand in Gorleben für die Umweltbewegung zu einer wichtigen Motivation der bundesdeutschen Anti-AKW-Initiativen geworden ist – der langfristige Erfolg wird von dem Vorhandensein einer lebendigen Infrastruktur der Bürgerinitiativen im ganzen Land abhängen.

»Wir können diese Partei zwar nutzen, uns aber nicht auf sie verlassen«

Diese Einstellung zu dem heißdiskutierten Thema »Grüne Partei und Anti-AKW-Bewegung« war gemessen am Grundtenor des Kongresses noch eine der positivsten. Ein anwesender Grüner stellte fast schon beleidigt eine gewisse Aggressivität der Konferenzteilnehmer gegenüber den anwesenden Mitgliedern seiner Partei fest. Gereiztheit kam nicht ohne Grund auf, denn die von den GRÜNEN in der Vergangenheit in Aussicht gestellten zahlreichen Offensiven gegen Atomanlagen fanden so gut wie nicht statt. Bei der grünen Bundestagsfraktion reichte es noch nicht einmal zum Selbstverständlichen. Diese selbsternannten parlamentarischen Vertreter der Anti-AKW-Bewegung benötigten mehr als eineinhalb Jahre, bis endlich das Atomsperrgesetz eingebracht wurde, indem die entschädigungslose Abschaltung aller AKW's in der BRD gefordert wurde. Und dies geschah nur auf Drängen der Bürgerinitiativen. Nun hat das eingebrachte Gesetz, das auch noch in eine 2. Lesung gehen wird, in der Öffentlichkeit für erheblichen Wirbel gesorgt. Hieran sollte in der zukünftigen Arbeit von den Bürgerinitiativen angeknüpft werden. Und zwar nicht im Sinne einer Untermalung grüner Bundestagsaktivitäten, sondern im Sinne einer eigenständig handelnden Bürgerinitiativbewegung, die nur unterstützt, was den selbstgesteckten Zielen nützt. Chancen für einen weiteren erneuten Anlauf der Bewegung bieten die Hanauer Atomanlagen Nukem und Alkem wegen der (vorläufig) geplatzten Tolerierung der SPD-Regierung durch die GRÜNEN. Es kommt in den nächsten Monaten darauf an, daß die Bürgerinitiativen die Initiative wieder zurückgewinnen und klarmachen, daß langfristig sichere Zugeständnisse nicht erhandelt, sondern durch eine kontinuierliche Widerstandsbewegung erkämpft werden. Ein solches Vorgehen würden auch diejenigen Kräfte innerhalb der GRÜNEN unterstützen, die ihre politische Herkunft aus den Anti-AKW-Initiativen noch nicht vergessen haben und sie zu einem rigorosen Vorgehen gegen innerparteiliche Anpassungstendenzen ermutigen.

Gemessen an dem, was die GRÜNEN versprochen und an Erwartungen geschürt haben, stehen sie vor einem Scherbenhaufen. Nach jeder Wahl und den dann folgenden Tolerierungsverhandlungen plagt sie ihr schlechtes Gewissen: *»Selbstkritisch müssen wir dabei als niedersächsische Grüne feststellen, daß es uns weder innerhalb noch außerhalb des Landtags gelungen ist, der Albrechtschen Atompolitik wirkungsvoll etwas entgegenzusetzen.... viele meinten, wir würden das Kind schon schaukeln... Es ist sicherlich eine Illusion zu glauben, die GRÜNEN könnten die Anti-AKW-Bewegung ersetzen.«* (Stellungnahme der GRÜNEN zur BUKO). Von der Anti-AKW-Bewegung haben dies nur wenige geglaubt, wohl aber ein großer Teil der GRÜNEN selber. Die Teilnehmer in der gut besuchten AG »Verhältnis GRÜNE/Anti-AKW-Bewegung« haben in der Mehrzahl immer weider betont, daß es wichtig ist, die GRÜNEN mit unseren Forderungen direkt anzusprechen und zu konfrontieren. Die BUKO verabschiedete dementsprechend am Sonntag mit großer Mehrheit folgende Resolution:

Verhältnis von Anti-AKW-Bewegung zu den GRÜNEN

Auch wenn die Medien in den vergangenen Monaten oft einen anderen Eindruck erweckt haben: Wir verstehen uns nicht als Wasserträger irgendeiner Partei, auch nicht der GRÜNEN. Und wir wissen, daß der Kampf gegen die Atommafia in erster Linie außerhalb der Parlamente geführt werden muß. Wir widersprechen also jenen, für die Politik erst innerhalb der Mauern und Rathäuser beginnt.

Die Partei der GRÜNEN werden wir daran messen, ob und wie entschieden sie die Ziele in ihrem Teilbereich der Politik vertritt. Dabei wissen wir, daß die Gefahr groß ist, daß sie sich aus einem Arm der außerparlamentarischen Bewegungen (von denen wir eine sind) in deren Stellvertreter und schließlich in eine Kraft verwandelt, die den Herrschenden statt den Unterdrückten dient.

Die Bundeskonferenz fordert die GRÜNEN auf, als Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen mit der SPD in Bund oder Ländern über eine eventuelle Tolerierung oder Regierungsbeteiligung die Verpflichtung zur sofortigen Stillegung sämtlicher Atomanlagen zu verlangen.

So sehr diese Resolution auch zu begrüßen ist, am Sonntag hatte ich über mehrere Stunden hinweg den Eindruck, daß etliche Initiativen ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich darauf konzentrierten, bestimmte Resolutionen durchzubringen. Sie kamen auf diese Weise der für grüne Delegiertenversammlungen typischen Politikform schon bedenklich nahe.

Wendische Perspektiven

Zu einer intensiven und fruchtbaren Diskussion kam es am Sonntag im Plenum über die Perspektiven des Widerstands im Wendland nach dem Tag X. Es herrschte Übereinstimmung, daß es gelingen muß, den politischen Preis für die Betreiber der Atomanlagen und die verantwortlichen Politiker so hoch zu schrauben, daß die Zwischenlager in Gorleben für diese Leute an Attraktivität verlieren. Die direkten Verhinderungsversuche haben in letzter Zeit zugenommen und erhalten vermehrt Zuspruch von örtlichen Bürgerinitiativen. Die früher üblichen Distanzierungen sind angesichts der drohenden Gefahr von 300 schwerbewaffneten Atommülltransporten seltener geworden. Dafür geraten die aktiven Umweltschützer immer mehr durch Kriminalisierungsversuche unter Druck. Im Landkreis Lüchow-Dannenberg haben in den letzten drei Monaten 17 Razzien der Polizei stattgefunden. Es laufen Ermittlungs- und Gerichtsverfahren wegen Nötigung, schweren Eingriffs in Schienen- und Straßenverkehr, öffentlicher Aufforderung zu Straftaten bis hin zur Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung.

Um den Widerstand zu verbreitern, wurden von der Gorleben-Arbeitsgruppe **Aktionstage am 25. und 26. Januar im Wendland** vorgeschlagen. Durch den »Besuch« von Betreiberfirmen und Politikern am Freitag und durch Aktionen entlang der Castor-Transportstrekke am Samstag soll die Verbundenheit zwischen direktem und legalen Widerstand gezeigt werden. Im Plenum führte der in der Resolution vorgeschlagene Begriff »massenhafter ziviler Ungehorsam« zu einer Kontroverse (die der TAZ-Korrespondent u.a. offensichtlich nicht mitbekommen haben). Mehrere Redner griffen die dadurch vorgenommene einseitige Festlegung auf gewaltfreien Widerstand an und legten ihn als Distanzierung vom direkten Widerstand aus. Jens Scheer betonte, daß »ziviler Ungehorsam« von seinem ursprünglichen Bedeutungsinhalt eine radikale Kampfansage an den Staat bedeutet, dieser Begriff allerdings in der wendischen Perspektivdiskussion anders besetzt sei und die Ausgrenzung von direkten Verhinderungsversuchen zur Folge hat. Diese Ansicht setzte sich durch, und es wird nun zum massenhaften »Protest und Widerstand im Sinne der Wendlandblockaden« aufgerufen.

Bei zukünftigen Atommülltransporten werden die bundesweiten Alarmketten nur ausgelöst, wenn die Erfolgsaussichten hoch eingeschätzt werden. Alle anreisenden Gruppen sollen schon vorher wissen, an welchen Punkten sie welche Aktionen durchführen und deswegen frühzeitig Kontakt zu Gruppen aus dem Landkreis aufnehmen.

Wir stürmen den Weltwirtschaftsgipfel

Die BUKO hat sich nicht nur selbstgenügsam mit Energiefragen befaßt, sondern zog Sozialabbau, Ausbeutung von Menschen, Kriegsvorbereitung und Wirtschaftspolitik in ihre politischen Überlegungen mit ein. Auf Initiative des ›Göttinger Arbeitskreises Gegen Atomenergie‹ wurde von dem Plenum beschlossen, dem mit großem Aufwand insze-

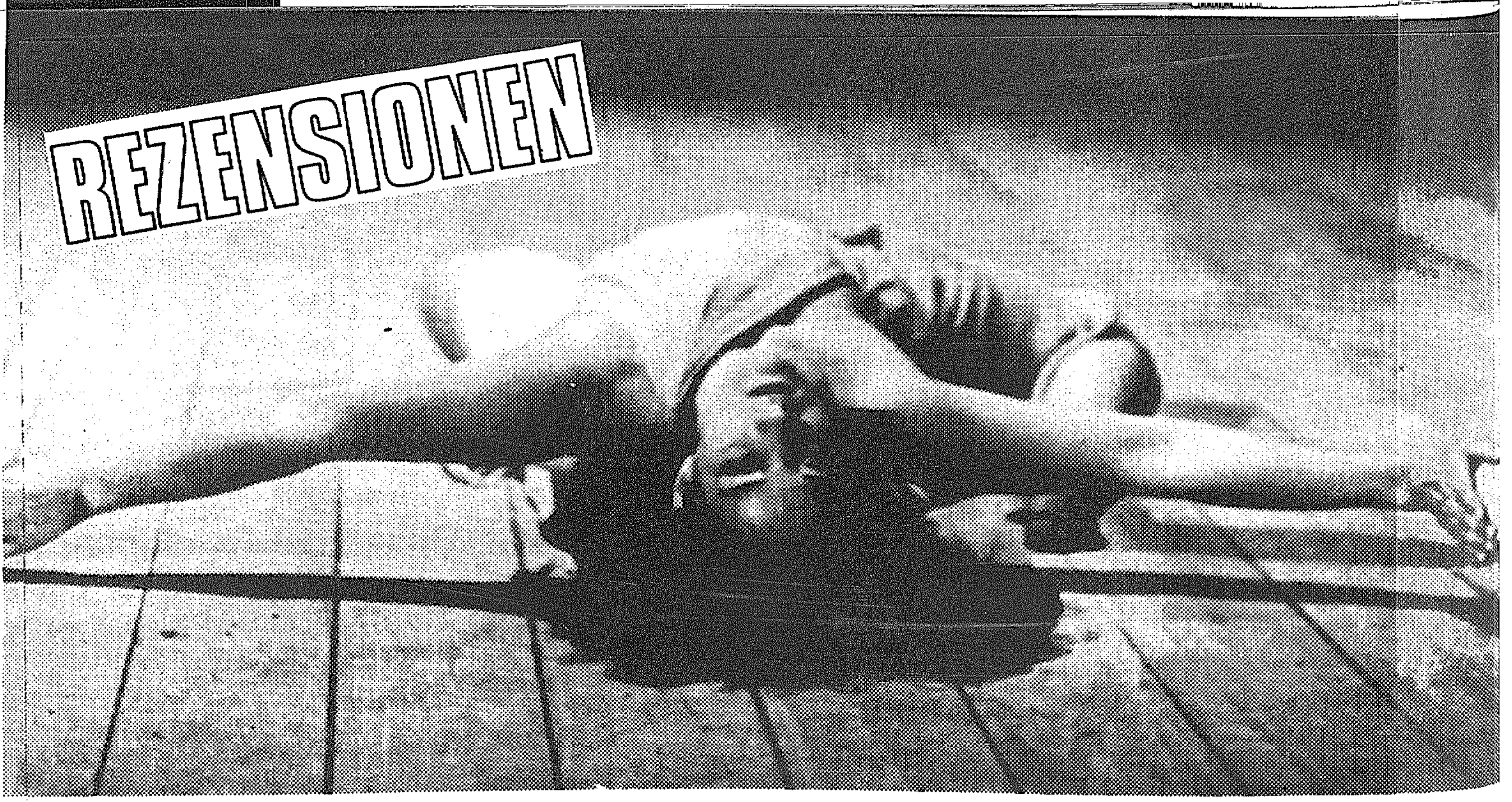
nierten Gipfeltreffen der westlichen Industrienationen am **2. bis 5. Mai 1985 in Bonn Aktivitäten aller sozialen Bewegungen** entgegenzusetzen. Zu diesem Zweck wird eine bundesweite Konferenz am 9. Februar in Göttingen stattfinden. Es wird vorgeschlagen, in der Woche des Weltwirtschaftsgipfels lokale und regionale Veranstaltungen zu Wirtschaftfragen durchzuführen. Für den Vorabend der zentralen Widerstandsaktion findet eine große Veranstaltung (ev. Tribunal) statt, auf der die von imperialistischer Politik betroffenen (Bergarbeiter, Nicaragua) zu Wort kommen sollen. Als Höhepunkt wird eine kämpferische Großdemo in Bonn am 4. Mai vorgeschlagen.

RWE-Tribunal

Aus der Einsicht heraus, daß Fehlentwicklungen wie der Bau von Atomanlagen auch darauf beruhen, daß die zentralistische Struktur der Energieversorgungsunternehmen eine Kontrolle und Mitwirkung der Bürger unterbinden, wird das RWE-Tribunal am **23. und 24. Februar 1985 in Essen** stattfinden. Ziel des Tribunals ist es, die verheerende Umweltpolitik des größten Stromerzeugers der BRD in die öffentliche Diskussion zu bringen, die militärischen Verflechtungen aufzudecken und Widerstandsstrategien gegen die RWE-Politik zu entwickeln. An der Vorbereitung des Tribunals sind zahlreiche Initiativen aus der Anti-AKW-Bewegung, Waldsterben-Gruppen und Pseudo-Krupp-Inis beteiligt. Auf der BUKO wurde darauf hingewiesen, daß von sozialdemokratischer Seite – ohne Erfolg – versucht worden ist, das Tribunal um ein Jahr zu verschieben. Offensichtlich befürchtet die SPD vor den NRW-Landtagswahlen mitgetragene verfehlte Energiepolitik im Revier. Durch den Einzug der GRÜNEN in zahlreiche Rathäuser besteht in Zukunft außerdem noch die Möglichkeit, den RWE-Riesen über die an ihm beteiligten Kommunen unter Druck zu setzen. Wie dieses Vorgehen innerhalb bestehender Strukturen verknüpft werden kann mit einem direkten, praktischen Widerstand (z.B. verstärkte Giroblau-bzw. Stormzahlungsverweigerungsaktivitäten) – auch das sollte meiner Meinung nach bei einem solchen Tribunal nicht zu kurz kommen.

Adressen: BUKO-Reader: Peter Dickel, Sophienstraße 14, 3300 Braunschweig
Hanauer Bürgerinitiative: Elmar Diez, Friedrich-Ebert-Anlage 9, 6450 Hanau
RWE-Tribunal: Frank Möller, Palmstraße 17, 5000 Köln
Weltwirtschaftsgipfel: Atomexpress, PF 1945, 3400 Göttingen
Wendland: Atommüllzeitung, Sültenweg 57, 2120 Lüneburg.





Eine Bhagwan-Kritik, die auf dem Bauch landet
Ein Verriß

Das Buch »Diktatur der Freundlichkeit« (Ca Ira-Verlag, Freiburg) ist – um die Wertung vorneweg zu geben – genauso verquer (und »schädlich« – betrachtet man es von dem Standpunkt, daß es die »als schädlich eingestuften« Therapie-Bewegungen bekämpfen will) wie diese Bewegungen selbst. Bösartig formuliert, scheint es von Ex-Leninisten geschrieben worden zu sein, die nun die früher bekämpfte »spontaneistische Abweichung« dadurch fertigzumachen versuchen, daß sie zum notwendigen Vorläufer des »Psychobooms« erklärt wird, dieser wiederum wird ganz im Sinne von Ulrich Linses »Inflationsheiligen« wiederum zum Wegbereiter des Faschismus.

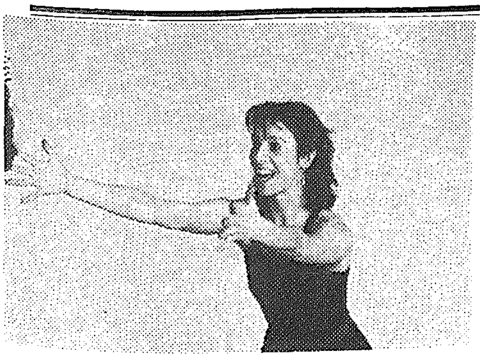
Mit diesem »Zu-Kurz-Denken« sind die Mehrzahl der Beiträge charakterisiert und einfache Nachdrucke in der taz (Ende November) verbessern die Qualität der Auseinandersetzung in der Scene nicht. Die Aufsatzautoren nehmen eine Erscheinung, die ihnen nicht paßt und bringen sie mit einer anderen in möglichst enge Beziehung, von der sie wissen, daß ein Großteil ihrer Leser diese zweite ganz bestimmt ablehnt. »Faschismus« führt die Hitliste dieser Totschlagvergleiche mit großem Vorsprung an. Mit dieser Art zu »stigmatisieren« erzeugen die Autoren entweder Verwirrtheit [denn sie werfen alles in einen Topf: die GRÜNEN mit Heidegger, Baldur Springmann mit Rudolf Bahro, Bhagwan mit Jean Amery, Manon Maren-Griesebach mit Psychoknasttheoretiker Edgar Schein usw. usf.] oder sie erzeugen ein völlig verkehrtes »Schuldbewußtsein«, etwa nach dem Motto »Oh, wenn ich z.B. auch für Dezentralisierung eintrete, dann bin ich ebenfalls von dem kritisierten Denken infiziert, denke also falsch«. Eine Auseinandersetzung mit dem Gegenstand, also mit den guten Gründen für Dezentralisierung gerade gegen eine »Diktatur«, findet nicht wirklich statt; das Anliegen der kritisierten Mode (z.B. Bhagwan) wird nicht verstanden, deren Anziehungskraft nur zum Teil. Stattdessen hört man etwas von der Sinnkrise des Mittelstands – ganz wie 1967/68. Die angeführten »Argumente« sind ein Sammelsurium von Wahrheiten, Halbwahrheiten, richtigen Ansätzen, Zynismen, Kurzschlüssen, Unwahrheiten, oberflächlichster Kritik, Ideologien... Diese im einzelnen darzustellen und zu widerlegen, würde die Seiten dieser Zeitschrift füllen. Sie konstruieren jeweils mehr, als daß sie argumentieren oder wie sie es vorgeben »analysieren«. Da werden zwar Marx und Adorno, die »Vernunft« und der Vorrang der »Sozialen Revolution« gegenüber der bloßen »Geistrevolution« beschworen. Da wird die »Friedensbewegung als großangelegte Selbst-Therapie« entlarvt. Doch es erwarte sich kein Leser konkrete Anstöße, Fingerzeige, wie er mit dem Phänomen »Psychoboom«, »uneingelöste Wünsche«, »Ohnmachtsgefühle in dieser Gesellschaft« etc. umgehen lernen könnte, wie er die Wunsch-Realität »Soziale Revolution« in seinem eigenen Alltag umsetzen kann etc. Es wird alles lediglich denunziert.

In einer Phase, in der die gesamte Linke sich ihrer Ohnmacht zu schnellen Veränderungen bewußt ist, jedoch trotzdem konstruktive oppositionelle Arbeit en masse leisten kann und muß, ist nichts einfacher als sich durch großkotzige Kritik über alle bescheidenen/begrenzten Versuche zu Handeln zu erheben. Darunter fallen bei diesen wie bei ähnlichen Autoren so widersprüchliche Handlungen wie der »Aktionismus der Autonomen oder der (ehemaligen) Hausbesetzer« genauso wie die »Fastenaktionen gegen die Rüstungsspirale« einiger christlich-sendungsbewußten Moralisten. Um nicht falsch verstanden zu werden, – es gibt genügend Gründe eine »Fastenaktion« politisch zu kritisieren, ebenso das Macho-Kämpfertum auf der Straße, das nur zu häufig als Inbegriff politischen Handelns gesehen wurde. Dennoch geht es nicht an, Menschen, die sich dafür entscheiden, weil es ihre Art von Widerstand (momentan) ausdrückt zu denunzieren, ihnen ihre Moral (und damit Stärke) abzusprechen und sie gar zu Vorbereitern neuer Herrschaftsformen zu erklären; – und zwar nur, weil sie ihre Politik nicht von ihrem Leben getrennt halten wollen und dadurch *ihr* Leben Einfluß auf *ihre* Politik gewinnt.

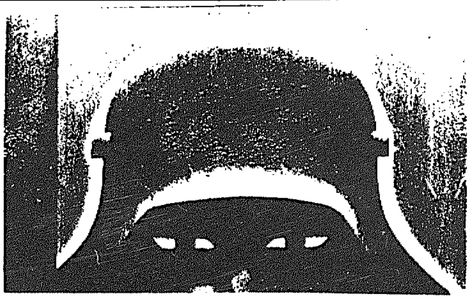
Diese Kritik entspringt dem uralten Mythos, man wisse über die ›richtige Aktionsform‹ Bescheid. Ein Mythos, der lediglich andere bevormunden will und verkennt, daß die Stärke einer Opposition in der Unberechenbarkeit, weil Vielfalt liegt. Eigentlich erfährt der Leser aus dem Aufsatzband nur, daß es naiv ist, den Begriff »Psychoboom« zu benutzen, weil dieser Begriff eine neue Herrschaftsform verharmlose; daß die Forderung das »Private« mit dem »Politischen« zu verbinden, der direkte Weg zur Gartenzwergidylle sei, die wiederum so langweilig würde, daß wir – wie die Jugend 1914 – vor lauter Ohnmachtsgefühlen im Alltag auch einem Krieg zujubeln würden, weil der schließlich für Abwechslung sorgt. Man könnte nun mit Entgegenungen anfangen, daß unter Psychoboom durchaus das Führertum z.B. der Sekten, die Ansätze zu freiwilliger Gehirnwäsche des Einzelnen erfaßt sind; daß die Verbindung von Politik mit dem Alltag sowohl die abgehobene Politikebene verhindert wie das Abgleiten in einen bürgerlichen Alltag, daß Ohnmachtsgefühle Wut und Bewußtheit gegen diesen Staat erzeugen können und keinen Jubel und und und...

Abgekürzt, weil jede zweite Behauptung so oder ausführlicher zurückgewiesen werden könnte und müßte: es gibt keinen Grund dieses Buch ernsthaft zu besprechen, es dort zu zitieren, wo es wirklich informiert oder wo es richtige Kritik leistet. Diese Passagen prägen kaum einen Artikel vollständig, sie enden auf der folgenden Seite mit einem haarsträubenden Vergleich, zweimal um den Nebensatz ergänzt, ›es soll aber bei weitem nicht oberflächlich verglichen werden, sondern nur...‹

Alles in allem: es gibt einen alternativen, sozialistischen Kleinverlag mehr (was wir begrüßen), der sich in seinen zwei ersten Publikationen (über die Friedens-und Bhagwanbewegung) jenem wortspielerischen Zynismus a



ZEITGESCHICHTE



la Wolfgang Pohrt verschreibt, dem der SF auch in Zukunft mit einem – im Moment scheinbar völlig verschrienen, antiquierten – Moralismus entgegenwirken wird. [Der Widerspruch selbst zynisch zu schreiben, Wolfgang Pohrt als Titelgeber zu nehmen und gleichzeitig einem Peter Sloterdijk vorzuwerfen, daß er Sannyasin geworden sei, ist eine der wundersamen Überraschungen dieses Buches].

Pohrts Erfolg beruht auf dem eigentlich durchsichtigen Konzept *Wort-Effekte* zu erzielen und einen Gegenstand von einer unerwarteten Seite unter ungewöhnlichem Blickwinkel zu zeigen. Er hat damit die Überraschung des Lesers auf seiner Seite, da der/die ja den Gegenstand *so* noch nie sah. Dieser Aha-Effekt erhöht beim Leser folgerichtig die Bereitschaft den Kurzschlüssen und Totschlag-Vergleichen Pohrts und Co. recht zu geben, – dies umso mehr, wenn der Aha-Effekt durch gekonnte Wortwahl verlängert wird. Die Begeisterung über die Worte hilft beim Hinunterwürgen des Behaupteten.

Man könnte jetzt weiterfragen, warum gerade das neue, alte KONKRET und die alternativ-diffuse TAZ sich als Forum anbieten. Man käme auf einen frustrierten aber immer noch aufrecht-sich-dünkenden marxistischen Herausgeber, dem alles Spontaneistische, Anarchistische, Alternative, Grünökologische im tiefsten Innern sehr fremd (und zuwider) geblieben ist und dem es in den Kram paßt, das alte Politikverständnis zu retten, indem man das Neue durch braune Vergleiche abzuwürgen versucht. Man käme im zweiten Fall auf eine linke und eine links-spiritualistische Leserschaft die beide bei der Stange gehalten werden müssen. Pohrt trägt – in den Augen so manches Redakteurs – also vermutlich zur Ausgewogenheit bei, wenn die Anzeigeseite schon das ihrige tut.

Wer sich selbst ärgern will, teuer ist es nicht: »Diktatur der Freundlichkeit«, 9.80DM, hrsg. vom Sozialistischen Forum Freiburg, 1984. Vertrieb: Regenbogen-Vertrieb Berlin.

Wolfgang Haug

Suckut, Siegfried: Die **Betriebsrätebewegung in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands (1945-1948)**. Zur Entwicklung und Bedeutung von Arbeiterinitiative, betrieblicher Mitbestimmung und Selbstbestimmung bis zur Revision des programmatischen Konzeptes der KPD/SED vom »besonderen deutschen Weg zum Sozialismus«, Haag + Herchen Verlag, Frankfurt 1982; 764 S. 88.-DM

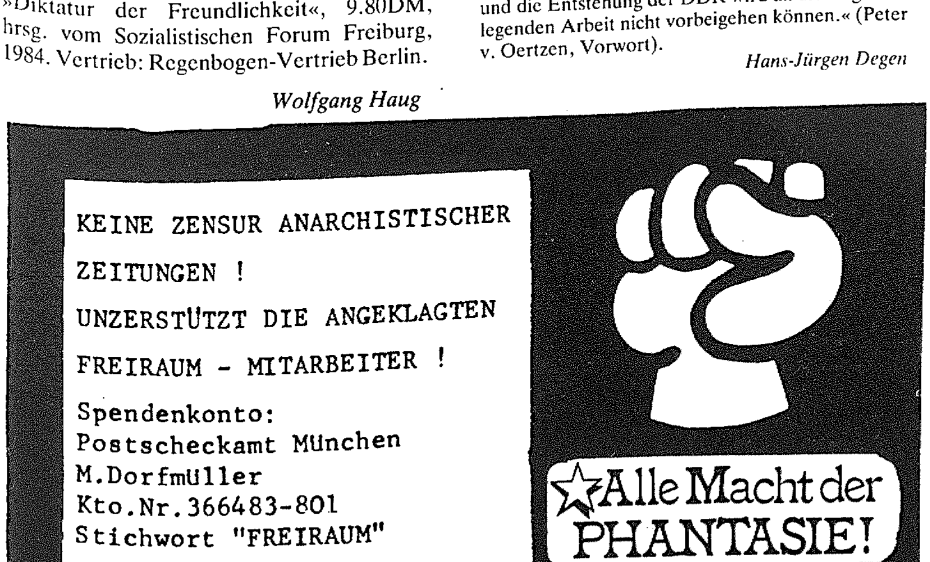
Die vorliegende Untersuchung ist in jeder Beziehung ungewöhnlich: Die Aufarbeitung einer unwahrscheinlichen Materialfülle, die Erschließung wohl aller möglichen Quellen zum Thema lassen das Urteil zu: Die Betriebsrätebewegung in der SBZ von 1945 bis 1948 kann als erforscht und abgeschlossen betrachtet werden.

Die Untersuchung der Arbeiterinitiativen für betriebliche Mit- und Selbstbestimmung in der SBZ ist – hauptsächlich gestützt auf bisher nicht erschlossenes und zugängliches Quellenmaterial der DDR – »methodisch ... ein reines Beispiel klassischer historischer Forschung« (Peter v. Oertzen, Vorwort); sie ist ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den ersten Nachkriegsjahren und bringt damit zugleich auch neue Erkenntnisse zur Aufbauphase des zweiten deutschen Staates.

Trotz seiner strikten Begrenzung auf das Thema arbeitet der Verfasser die politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Ausgangsbedingungen heraus, die das NS-Regime durch seine totale Kapitulation hinterlassen hatte. Enstehung, Verlauf, Zielsetzungen und Ergebnisse der Betriebsrätebewegung werden exakt nachgezeichnet. Erklärbar ist diese Bewegung nur auf dem Hintergrund der unentschlossenen sowjetischen Besatzungsmacht und der von ihr installierten und weisungsabhängigen Behörden, den Wiederaufbau des Landes unverzüglich und planmäßig anzugehen. Diese Lücke füllte die Betriebsrätebewegung auf betrieblicher Ebene aus. Sie setzte weitgehende Mitbestimmungsrechte durch und zeigte ansatzweise eine breite Tendenz zur Arbeiterselbstverwaltung. Diese widerum konnte sich nur wegen der Unentschiedenheit und erstaunlich widersprüchlichen Politik der Besatzungsmacht, der KPD/SED und des FDGB gegenüber basisdemokratischen Arbeiterinitiativen entwickeln. Diesen Nachweis hat der Verfasser überzeugend demonstriert. Darüberhinaus ist es dem Verfasser gelungen – ohne seine zentrale Fragestellung nach den Betriebsräten als die Träger von Selbstbestimmungstendenzen von Teilen der Arbeiterschaft in der SBZ, ihrer Bestimmungsgründe und Entwicklungen, aus dem Auge zu verlieren –, eine bedeutende Phase der Gewerkschaftsgeschichte der SBZ/DDR aufzuhellen.

Die Betriebsrätebewegung hat weder in der DDR-Geschichtschreibung noch in der des Westens ihren angemessenen Platz gefunden. So hat die Dissertation von Ernst Suckut Maßstäbe für die weitere zeitgeschichtliche DDR-Forschung gesetzt: »Die zukünftige historische und politikwissenschaftliche Forschung über die Nachkriegsgeschichte der SBZ und die Entstehung der DDR wird an dieser grundlegenden Arbeit nicht vorbeigehen können.« (Peter v. Oertzen, Vorwort).

Hans-Jürgen Degen



★**Die Zivildienst-Überwachung** Ein Beitrag zur Verweigerungskampagne der Selbstorganisation der ZDL: Die vorliegende Broschüre von Berthold Kirkskothen und Wolfgang Urban (PF 1122, 3551 Lahntal) ist ein Beitrag zur Kampagne: ›Verweigert den Kriegsdienst – Widersetzt Euch der Zivildienstüberwachung, die die SOdZDL vor fast genau zwei Jahren ins Leben rief. Ziel der Kampagne ist es, die §§23 und 79 ZDG abzuschaffen, die die Einplanung der Kriegsdientverweigerer im sogenannten Verteidigungsfall – und nicht nur dann – ermöglichen. In der Broschüre werden genügend Indizien angeführt, die auf konkrete Kriegspläne mit Kriegsdienstverweigerern schließen lassen, auch wenn offizielle Stellen immer wieder das Gegenteil behaupten. Dementiert wurde auch ständig die Existenz einer **Wehrstrafjustiz**, bis eines Tages solche Pläne auf Umwegen aus Bonner Schubladen auftauchten.

Die Zivildienstüberwachung allein ist jedoch nicht die Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren der Einberufungen von ehemaligen Zivildienstleistenden im Krieg. Sie ist letztlich ein Teil eines riesigen Überwachungsapparates, der sich, ›ziviles Meldewesen‹ nennt und den Militärs für ihre Zwekke zu nutzen wußten. Zivildienstüberwachung und Meldewesen geben dem BAZ ständig Aufschluß über den Aufenthalt eines Kriegsdienstverweigerers. Deshalb und weil der nächste VOBO vor der Tür steht, sollte man sich diesen Bereich staatlicher Überwachung genauer ansehen.

★ **NEUERSCHEINUNGEN**, die dem SF zugesandt wurden bzw. auf der Buchmesse auffielen. Eine ausführlichere Rezension behalten wir uns teilweise vor

* Ulrich Klemm: Anarchistische Pädagogik; Winddruck Verlag 1984, 112 S., 12.80DM
* Zo d'Axa: Leben ohne zu warten; Edition Nautilus, 1984, 142 S.
* Michail Bakunin: Die Reaktion in Deutschland; Edition Nautilus 1984
* Augustin Souchy: Reisen durch die Kibbuzim; Trotzdem-Verlag, 1984, 68 S., 6.-DM
* Wolfgang Haug: Erich Mühsam - Schriftsteller der Revolution, Trotzdem-Verlag, ²1984, 205 S., 12.-DM
* Nicolas Walter: Btr. Anarchismus (mit kommentierter Liste emfehlenswerter Literatur zum Anarchismus!); Libertad-Verlag, ²1984, 158 S., 8.80DM
* Marockh Lautenschlag: Wenn der Schnee in meinem Land fällt; Medea-Frauenverlag 1984, 120 S., 16.80DM
* Als die Surrealisten noch recht hatten (Texte und Dokumente). (Hg. Günter Metken); Verlag Die Wolke, ²1983, 432 S., 36.-DM
* Richard Huelsenbeck: Doktor Billig am Ende: NW v. Karl Riha, Verlag Die Wolke 1984, 180 S., 14.80DM
* Im Teufelskreis der Verschuldung. Der Internationale Währungsfonds und die Dritte Welt (Hg. v. Körner, Maaß, u.a.) Junius-Verlag, 1984, 261 S., ca.20.-DM
* Victor Hadwiger: Il Pantegan u.a.; Edition Text + Kritik, 1984 (Hg. Hartmut Geerken u. Klaus Ramm) 305 S., 42.-DM
* Paul Scheerbart: Revolutionäre Theater-Bibliothek, 2 Bde., ²1983, Edition Text + Kritik, 250 S., je 32.-DM
* Inga Buhmann: 1971:Makedonischer Grenzfall, 64 S., 10.-

Ankündigung:
Etwas abseits für anarchistische Leser liegt der Beltz-Verlag (Weinheim/Bergstrasse). Deshalb sei schon jetzt darauf hingewiesen, daß dort Murray Bookchins Buch »The Ecology of Freedom« in deutscher Übersetzung erscheinen wird. Vermutlich im Herbst 1985)



Oskar Maria Graf – Ein Anarchist in Lederhosen

von Berhard Arracher

Der bayrische Volksschriftsteller Oskar Maria Graf wäre am 22. Juli dieses Jahres 90 Jahre alt geworden. Erst vor 10 Jahren ist Graf von einem breiteren Publikum neuentdeckt worden. Auch außerhalb Bayerns. Dank der Wiederveröffentlichung seiner Bücher im Süddeutschen Verlag, gab es eine Grafrenaissance, die heuer in Funk- und Fernsehsendungen und in einem dreitägigen Oskar Maria Graf-Symposium in München ihren Ausdruck fand. Literaturkritik und Literaturwissenschaft tun sich noch immer schwer Graf als das zu akzeptieren was er war, und als was er sich selbst Zeit seines Lebens betrachtet hat: als bayrischen Provinzschriftsteller.

Die gescheiten Worte und die abgehobene Sprache dieser Beiträge und feiern paßten so gar nicht zu ihm. Er, der von sich sagte, daß er ja nicht für Kritiker, Dichterkollegen und Intellektuelle schreibe, sondern für das Volk, wurde von der »Creme der Grafologen« mit Worten gefeiert, dioe von denen, für die er seine Bücher geschrieben hat, nicht ohne weiteres verstanden worden wären. Die Möglichkeit ihn seinem Zielpublikum, dem Volk, wieder nahezubringen, wurde vertan. Man blieb unter sich.

Graf war Bayer! Er hat das Bayernklischee gehaßt, das seiner Meinung nach von den Bayern erfunden wurde. Dasselbe Klischee, das jenen Leuten heute noch im Kopf steckt, die ihm ein steriles Weltbürgertum umhängen wollen. Die alles, was auch nur entfernt mit »Bayern« zu tun hat, in die rechte Ecke stellen. Für diese Leute, mit ihren Berührungsängsten und Vorurteilen, ist Grafs Festhalten an der bayerischen Sprache, am »boarischen Gwand«, seine Vorliebe für bayerische Wirtshäuser selbst im fernen New York, nur Spiegelfechterei, Schauspielerei, Jux.

In seinen besten Werken beschreibt Graf seine Heimat. Kein Autor vor und nach ihm hat bayerisches Leben und bayerische Menschen so realistisch, so wirklichkeitsgetreu, und vor allem so kritisch beschrieben wie er. Er hat seine Heimat nie überhöht oder verklärt dargestellt. Graf hat auch nicht zu dem unseligen Bayernklischee beigetragen an dem seine Vorgänger Ganghofer und Thoma nicht wenig gestrickt haben. Grafs Romane sind hart und unerbittlich in ihrer Sittenschilderung und Sozialkritik. Er zieht eine scharfe Grenze zwischen Herrschern und Beherrschten und stellt sich bedingungslos auf die seite der letzteren.

Oskar Maria Graf wurde am 22. Juli 1894 als neuntes Kind des Bäckermeisters Max Graf und der Bauerntochter Theres Heimrath, in Berg am Starnberger See, geboren. Schon als kleiner Bub muß er in der Bäckerei mithelfen. Zusammen mit seiner Schwester Nanndl liefert er Brot uns Semmeln an die Hotels, Gastwirtschaften und an die sich damals gerade ansiedelnde städtische Bourgeoisie aus. Sein Lehrer Karl Männer begeistert ihn und seine Schwester in jenen Jahren für die Literatur. Die Kinder nutzen ihre langen Brotgänge um Gelesenes zu diskutieren und selbst Geschichten zu erfinden. Der junge Graf liest alles was ihm in die Hände fällt: Heine, Goethe, Stifter, Uhland, besonders aber beeindruckt ihn Leo Tolstoi, den er zeitlebens als sein Vorbild betrachten wird, dessen Ethik zur Maxime seines handelns wird.

Aus der Volksschule entlassen, beginnt für Oskar die besonders harte Lehrzeit im Familienbetrieb der Grafs. 1906 schon war sein Va-

ter gestorben und sein älterer Bruder Max, ein despotischer, vom wilhelminischen Militarismus geprägter Mensch, den die ganze Familie haßte, hatte die Bäckerei übernommen. Von einem »roten« Bäckergesellen, der in der grafschen Bachstube tätig war, hört Oskar das erste Mal etwas über den Sozialismus. Die Ideen des Gesellen mögen wohl in jener Zeit ein Lichtblick für ihn gewesen sein, als er und mit ihm die ganze Familie, vor den grausamen Gemeinheiten des Bruders zitterte. Graf sagte später einmal, er müsse sich nicht erst von marxistischen Schriftgelehrten sagen lassen, was Sozialismus ist, der Sozialismus sei ihm von Kindheit an auf den Rücken geprügelt worden. Als ihn sein Bruder wieder einmal schwer mißhandelt, weil er dahinterkommt, daß Oskar sich in einem Schrank in der Gesellenkammer eine geheime Bibliothek angelegt hat, flieht er, 17jährig nach München. Eine Karriere als Dichter schwebt ihm vor.

In München angekommen läßt er sich als erstes Visitenkarten drucken. Oskar Graf, Schriftsteller. Von seiner Schriftstellerei kann Graf nicht leben. Er schlägt sich als Liftjunge, Bäckergehilfe, Müllereiarbeiter und Anstreicher durch. Über einen Buchbinder, der Tür an Tür mit Graf in Untermiete wohnt, kommt er mit der Gruppe ›Tat‹ in Verbindung. Er hat diese kontaktaufnahme in seinem Buch ›Wir sind Gefangene‹ beschrieben:

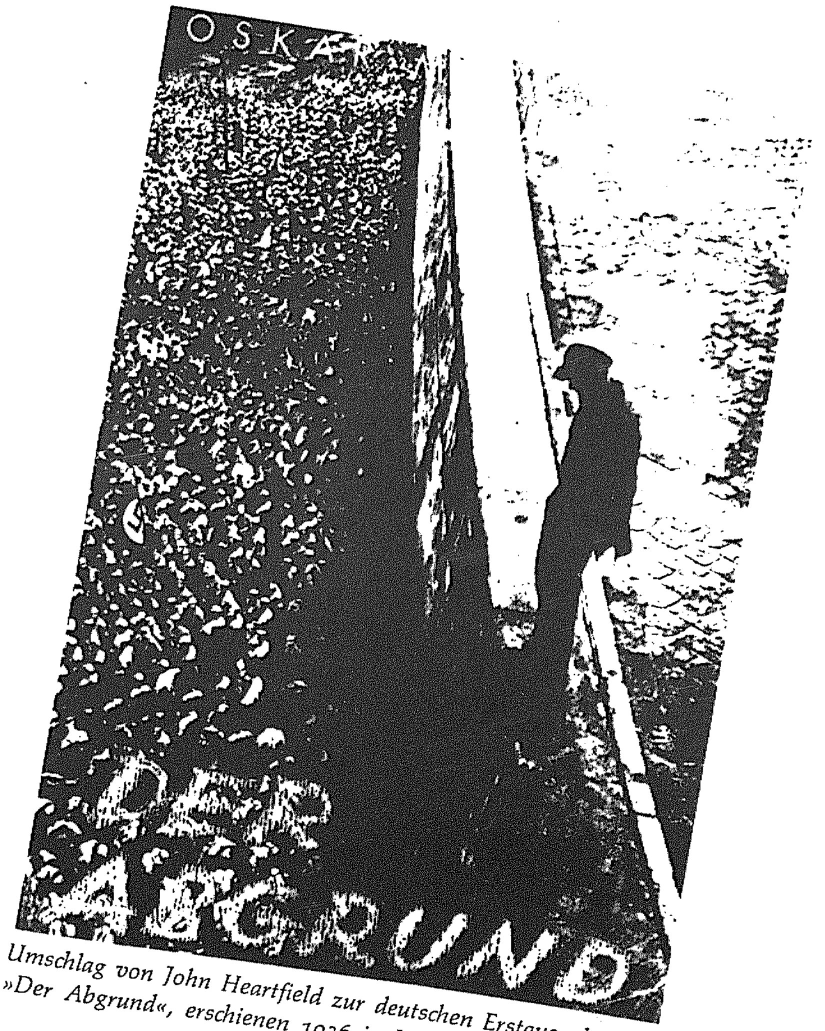
»Der Buchbinder griff nach einer Broschüre, die auf seinem Tisch lag, und hielt sie mir hin. Es war Tolstois ›Sklaverei unserer Zeit‹. . . ›Ja‹, sagte ich einmal leichter: ›Wer glaubt denn an Tolstoi heute? Ein paar Leute, und die können nichts machen gegen eine ganze Welt.‹ Der Buchbinder sah mich vielsagend an und meinte eindringlich: ›Es müssen aber mehr werden, und wenn nur erst einmal ein paar Menschen anfangen und vertreten diese Grundsätze und bringen es den anderen bei, was da drinnen steht, dann werden es viele, und wir haben die Änderung der Welt!‹

Das verstand ich nicht. Dumm stand ich da und fragte verlegen: ›Gibt es denn hier solche Menschen?‹ Auf das schien mein Nachbar nur gewartetzu haben. ›Jawohl‹, sagte er jetzt gedämpft gewichtig, ›wir sind schon ziemlich viele hier. Auch die Syndikalisten sind bei uns. Wollen Sie mal mitkommen? Es wird Sie sicher interessieren.‹

Ich warvollkommen dumm.

›Wie heißt denn dieser Verein?‹ fragte ich nach einem Augenblick.

Der Buchbinder lächelte: ›Das ist kein Verein. Das sind Anarchisten. Wir kommen alle Freitage zusammen, im Restaurant »Glokkenbach«. Es ist ein Dikussionsabend. Bald wird wieder eine größere Versammlung sein. Wir wollen mit den Sozialdemokraten abrechnen. Das sind nur Bremser und Bürokraten, die die ganzen Arbeiter verdummen.‹ Als er sah, daß ich staunend und blöd dastand, ging er wieder an den Tisch und nahm aus der Schublade eine zweite Broschüre, die er mir reichte. ›Da ist eigentlich alles drinnen, was wir wollen. Lesen Sie doch die Sache mal durch, und wenn Sie Lust haben, dann kommen Sie am Freitagabend mit‹, sagte er und verabschiedete sich von mir. Ich ging in mein Zimmer zurück und las Landauers ›Aufruf zum Sozialismus‹. Das war die zweite Broschüre, die mir mein Nachbar gegeben hatte. Auf den letzten Seiten standen die ›Zwölf Artikel des Sozialistischen Bundes‹, und darunter war ein blauer Stempel: ›Gruppe Tat, München‹. . . .



Umschlag von John Heartfield zur deutschen Erstausgabe von »Der Abgrund«, erschienen 1936 in London (heute »Die gezählten Jahre«)

Sehr früh am anderen Tag stand ich auf, ging auf die Straße und suchte das Restaurant ›Glockenbach‹. Während des Dahingehens erstanden schaurige Bilder in meiner Phantasie: Bombenkeller, verwegene Gestalten, Geheimtüren... Verflucht, wo war denn dieser verfemte ›Glockenbach‹?. . . Ein Schutzmann kam gemächlich des Weges. Ich ging auf ihn zu, nahm schüchtern meinen Hut ab und fragte harmlos: ›Biitschön, können Sie mir sagen, wo hier die Anarchisten zusammenkommen?‹

›Wie‹, sagte der, ›die Artisten‹?

›Nein, die Anarchisten‹, sagte ich.

Das Gesicht des Schutzmannes verwichtigte sich, wurde steinern amtsmäßig. Er maß mich einige Sekunden scharf und sagte auf einmal schroff: ›Kommen Sie mal mit!‹. . .«

Die Polizei ließ Graf nach einem kurzen Verhör wieder laufen. Der Buchbinder nahm ihn bei der nächsten Gelegenheit mit zu einer Versammlung der Gruppe Tat, die im Gambrinus in der Sendlinger Straße stattfand. Graf wurde mit der Aufgabe betraut Flugblätter, Broschüren und den »Sozialist« zu verkaufen. Er hielt sich in seiner Naivität unentbehrlich für die Bewegung und er der immer in großen finanziellen Schwierigkeiten steckte, malte sich schon aus wie er den Verkauf der Broschüren zu einem einträglichen Geschäft machen könnte. Als er anderntags seine Schwester Theres, die auch in München arbeitete, vom Geschäft abholte, erzählte er ihr gleich, daß er jetzt Sekretär bei den Anarchisten sei.

Als ihn seine fassungslose Schwester nach dem Gehalt fragte, mußte er passen. Das hatten die Anarchisten vergessen ihm zu sagen. Bei der nächsten Versammlung erkundigte sich Graf schüchtern bei Erich Mühsam: »Verzeihung, Herr Mühsam, meine Schwester läßt fragen, was ich da Gehalt bekomme und wie das mit der Anstellung ist?« Die ganze Versammlung brach in schallendes Gelächter aus.

Neben Erich Mühsam und Franz Jung lernt Graf in der Gruppe Tat auch einen Konditor Georg Schrimpf kennen. Mit ihm sollte ihn bald eine herzliche Freundschaft verbinden. In den Jahren 1912 und 13 vagabundieren Graf und Schrimpf gemeinsam durchs Tessin, wo sie Kropotkin und Carlo und Gusto Gräser begegnen.

In München zurück, arbeitet Graf wieder als Bäcker. Seine schriftstellerischen Versuche bleiben weiterhin erfolglos. 1914, nach kurzem Aufenthalt in Berlin, veröffentlicht Pfemferts »Aktion« ein erstes Gedicht von ihm. Obwohl auch Graf vom allgemeinen Kriegstaumel mitgerissen wird, wie aus einem Brief an Richard Dehmel hervorgeht, (›In der

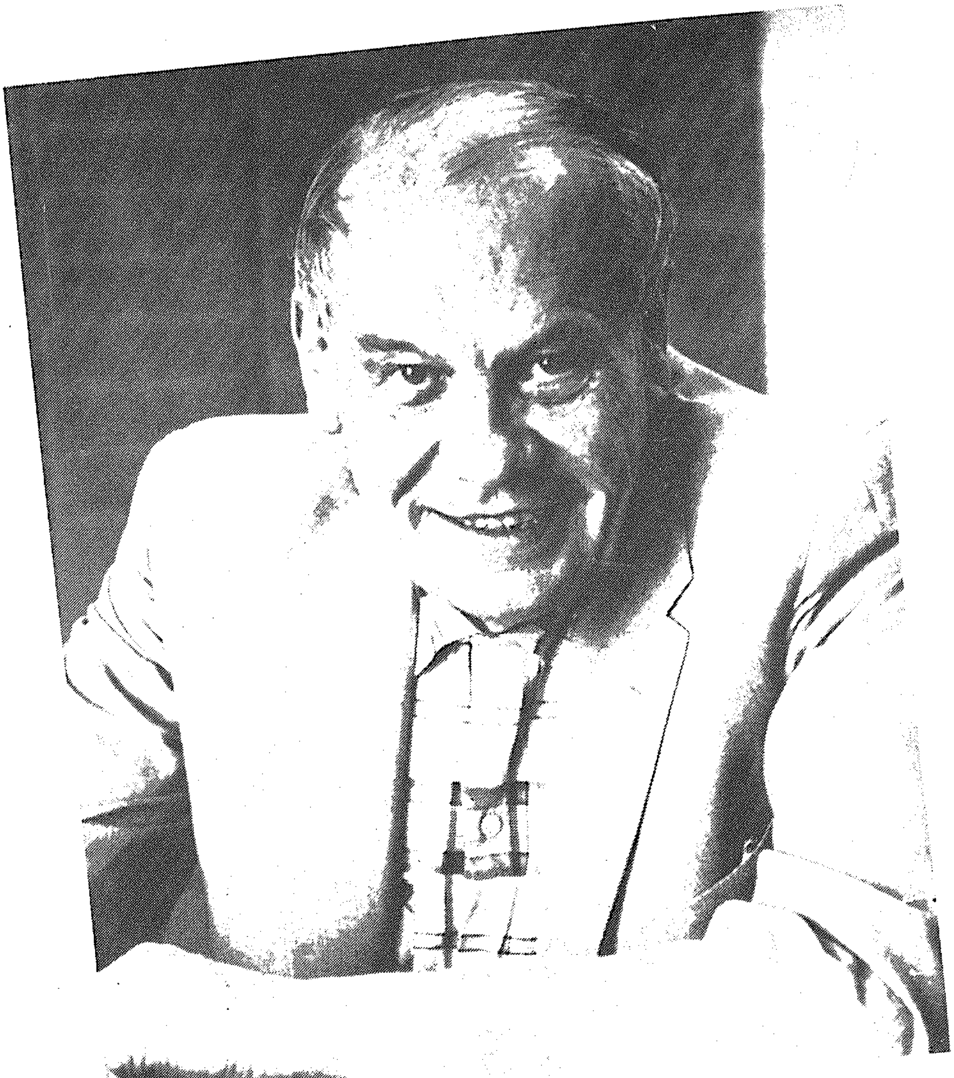
Hoffnung, daß auch mich die gerechte Sache bald ins Feuer bringt...) ist der Kriegsdienst Graf bald so zuwider, daß er eine Geisteskrankheit vortäuscht. Nachdem er auch noch in Hungerstreik tritt und die Sprache verweigert, wird er für Monate in die psychiatrische Klinik Haar gesteckt.

Graf arbeitet nach seiner Entlassung aus der Psychiatrie wieder in einer Brotfabrik. Im »Simpilicissimus« und der »Jugend« erscheinen Kurzgeschichten und Schnurren aus seiner Feder. Als Kurt Eisner am 7. November 1918 auf der Theresienwiese in München die Republik ausruft, ist Graf unter den Menschenmassen die in revolutionärem Taumel durch München ziehen.

Mit Hilfe einer reichen Gönnerin gründen Graf und ein paar Freunde den anarchistischen »Bund freier Menschen«. Er schreibt Flugblätter und läßt sie zu zehntausenden vertreiben. Ein riesiges Plakat ruft zu einer Versammlung im Mathäser, einer von Münchens großen Bierhallen, auf. Graf der Tolstoianer ist entsetzt über das neuerliche Blutvergießen in Deutschland. Er wendet sich in seinen Aufrufen an »Menschen aller Stände«, jegliche Gewalt solle vermieden werden. Am Versammlungstag drängen sich die Menschen im Mathäsersaal, viele können keinen Einlaß mehr finden. Graf wird es unheimlich zumute, die Sache wächst ihm über den Kopf. Völlig unvorbereitet tritt er vor die Versammelten. Schon nach ein paar Sätzen beginnen Zwischenrufer die Versammlung zu stören und ein Krawall bricht aus. Joseph Sontheimer (Münchner Syndikalist, wird beim Einmarsch der Freikorps 1919 umgebracht) reißt die Versammlung an sich und schreit in den Saal: »Den kennen wir schon. Er ist ein Tolstoianer und sehr verworren.« Doch auch sein Versuch zu sprechen geht im Radau unter.

Nachdem die Versammlung so kläglich gescheitert war, konzentriert sich der »Bund freier Menschen« auf den Erwerb von Grund und Boden um Siedlungsaktionen im Sinne Gustav Landauers durchzuführen. Die reiche Gönnerin Grafs sammelt Geld, so daß der Bund einen Bauernhof in Blankenburg erwerben kann (vgl. SF-Nr.10 – Erinnerungen von Hans Koch). Die Siedler, zu denen Graf schon nicht mehr gehört, sind alles Leute, die von der Landwirtschaft keine Ahnung haben. Auch dieses Experiment scheitert. Ein Gutes hat die Sache doch: nach dem Sieg der Reaktion bietet der Hof Unterschlupf für verfolgte Revolutionäre. Graf hat diese Siedlungsepisode in einer seiner Kalendergeschichten (Die Siedler) beschrieben.

Ähnlich wie Ret Marut, der spätere B. Traven, ist er zeitweise als Zensor für die bürgerliche Presse tätig. Nach der Niederschlagung der Räterepublik wird er verhaftet, aber nach Fürsprache von Rainer Maria Rilke wieder aus der Haft entlassen. Aus Graf, der bisher einfach Oskar Graf geheißen hatte, wird Oskar Maria Graf.



In den zwanziger Jahren etabliert Graf sich als linker Schriftsteller. Vor allem sein großes Bekenntnisbuch »Wir sind Gefangene«, von dem Gorki sagte, daß es das einzige Werk sei, das den revolutionären Geist der unterdrückten deutschen Massen zum Ausdruck bringe, verschafft ihm die lang ersehnte Anerkennung. Sein größter Erfolg in diesen Jahren aber ist eine Sammlung erotischer Bauerngeschichten und Schnurren die unter dem Titel »Das bayerische Dekameron« erschienen sind. Dieses Büchlein mit den derb-erotischen Geschichten aus der bayerischen Provinz ist auch heute noch das meistgelesene und meistverkaufte Buch Grafs.

Am 17. Februar 1933 fährt Graf zu einer Vortragsreise nach Österreich. Sein Exil beginnt. Als man Grafs Bücher, außer seinem Bekenntnisroam »Wir sind Gefangene«, auf die sogenannte »Weiße Liste« setzt, ist Graf außer sich. Von Wien aus schreibt er seinen berühmt gewordenen Aufruf »Verbrennt mich«:»...Vergebens frage ich mich, womit ich diese Schmach verdient habe. ...Diese Unehre habe ich nicht verdient!
Nach meinem Leben und nach meinen Streben habe ich das Recht, zu verlangen, daß meine Bücher der reinen Flamme des Scheiterhaufens überantwortet werden und nicht in die Hände und die verdorbenen Hirne der braunen Mordbanden gelangen!«
Seine Bücher werden daraufhin in einer Sonderveranstaltung der Universität München nachträglich auf den Scheiterhaufen geworfen, der Schriftsteller »aus dem deutschen Reiche ausgebürgert«.
Graf meinte dazu: »Da die Regierungen aller Länder der Welt diese Hitlerausbürgerungen anerkannten, war ich also vollgültiger Staatenloser. Was ich mit wünschte bin ich tatsächlich geworden...«

Nach seiner Teilnahme am Februaraufstand der österreichischen Arbeiter im Jahre 1934, gegen den Dollfußschen Klerikalfaschismus, übersiedeln Graf und seine Lebensgefährtin Mirjam Sachs nach Brünn in die Tschechoslowakei. Im selben Jahr wird er zum Unionskongreß des sowjetischen Schriftstellerverbandes nach Moskau eingeladen. Graf verwirrt seine deutschen Kollegen total als er dort in bayerischer Tracht aufkreuzt. Während Gorki die Sache amüsant findet schämt sich die deutsche Kolonie für ihren Landsmann. Scharen von Kindern laufen dem Lederhosenträger hinterher, wenn er sich auf der Straße blicken läßt, und versuchen ihn mit Nadeln in den Hintern zu stechen. In seinem Buch »Reise nach Sowjetrußland 1934« beschreibt er auch die sich anschließende Studienfahrt in den Süden der UdSSR, die er gemeinsam mit anderen deutschen Autoren unternimmt.

Am 2. Juli 1938 flieht Graf erneut vor den herannahenden Nazis. Er fliegt von Brünn nach Holland und schifft sich dort gemeinsam mit Mirjam Sachs nach New York ein, wo er am 26. Juli des gleichen Jahres ankommt.
Diese Millionenstadt sollte dem bayerischen Provinzschriftsteller zur zweiten Heimat werden. Graf schreibt auch in New York weiter Bücher. Obwohl er sein sprachliches und so-

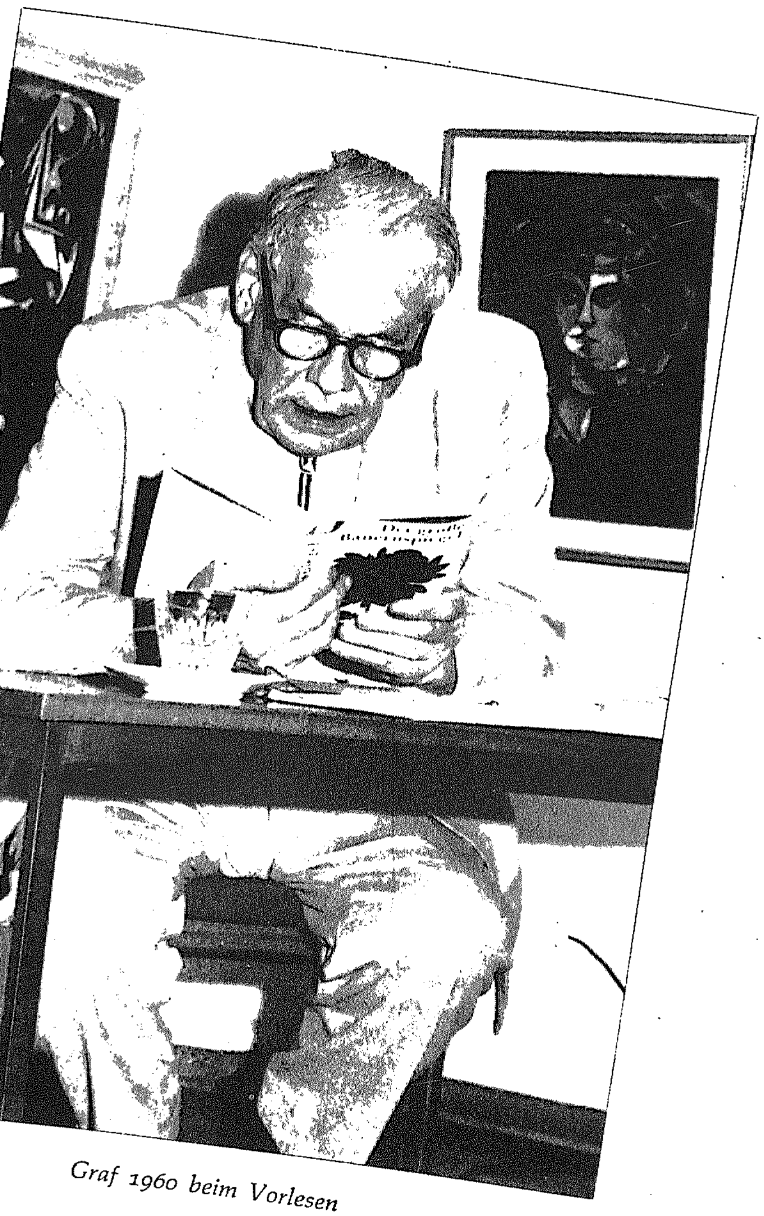
ziales Umfeld verliert, schreibt er weiterhin in seinem unverwechselbaren ins Hochdeutsch gesetzten Bairisch. Graf weigert sich Englisch zu lernen. Er hält hartnäckig an seiner Lederhose fest, betätigt sich auf bayerischen Festen als Brezenbäcker und Gstanzlsänger. nach fast 30jährigem Exil spricht Graf gerade soviel Englisch, daß er damit in einem Selbstbedienungsladen zurechtkommt. Auch seine Leserschaft verliert er. Trotzdem schreibt er weiter. Er hofft auf das Ende des Faschismus. »Natürlich«, sagt Graf später, »habe ich sehr viel für die Schublade geschrieben in all den Jahren, denn man will ja nicht aus der Übung kommen, und mein Vater selig hat immer gesagt: Sachen die nicht verderben, setzen sich früher oder später alle ab. Gut ist's, wenn man bei solchen Gelegenheiten genug davon hat.«

Er vertreibt seine Bücher im Selbstverlag, doch leben kann er davon nicht. Für den Lebensunterhalt sorgt seine Frau Mirjam, die er nach der Scheidung von seiner ersten Frau, 1944 endlich heiraten kann. Sie arbeitet bei der deutschen Literaturzeitschrift »Aufbau« als Sekretärin, für die auch Graf hie und da einen Artikel schreibt. Wußte er damals schon, in jenen finsteren Kriegsjahren, daß er nie mehr nach Deutschland zurückkehren würde? Wer weiß es. Graf bleibt auch nach Kriegsende in seinem Exil in der Hillside Avenue im oberen Manhattan. Niemand ruft ihn, niemand wendet sich an ihn. Er der sich so für seine Heimat eingesetzt hatte, er der während des Krieges in den USA dem Bild vom barbarischen Deutschen entgegenzuwirken versuchte, (was ihm den Vorwurf des Faschismus einbrachte) er fühlt sich von seiner Heimat verlassen. Am 24. August 1950 schreibt Graf an Wilhelm Högner, den bayerischen Sozialdemokraten und ehemaligen Ministerpräsidenten: »Wirft es nicht eine großen Schatten auf die so hoch gerühmte bayerische Kulturförderung, wenn man den, ich brauche keinesfalls bescheiden zu sein, stärksten Dichter dieses Landes, derart behandelt? Ich lege ihnen hier ein englisch gedrucktes Blatt bei, aus dem Sie ersehen, daß die größten Geister der Welt meine Bedeutung erkannt haben. Und ich möchte wissen, welches zutiefst bayerische Buch, wie mein Hauptwerk, »Das Leben meiner Mutter, bayerisches Leben, bayerische Art und bayerisches Volk so bekannt gemacht hat wie dieses? Viele meiner Bücher sind englisch, französisch, spanisch, russisch, finnisch und tschechisch erschienen. Nur die Heimat schert sich nichts um mich.

Graf, der trotz seines robusten Äußeren und trotz seines kracherten und selbstbewußten Auftretens sehr sensibel war, wollte nicht in seine Heimat zurück, die sich ihm gegenüber gleichgültig, ja manchmal sogar ablehnend verhielt. Es mögen auch politische Gründe, die vor allem heute immer für sein Ausbleiben angeführt werden, mit eine Rolle gespielt haben. Graf der in Westdeutschland den neu aufkeimenden Antisemitismus und ein »protziges Prassertum« heftig kritisierte, hatte auch für den anderen deutschen Staat nicht soviel übrig, daß er hätte zurückkommen wollen. Mehrfach jedoch schon hatte er einen Flug nach Deutschland gebucht, verzichtete aber dann immer wieder auf eine Ausreise aus den USA, weil er befürchtete als Staatenloser nicht mehr hineingelassen zu werden. Seine Bücher die während der Nazidiktatur nicht mehr in Deutschland erscheinen konnten, werden nun in beiden deutschen Teilstaaten wieder aufgelegt. Dem Werk, »Das Leben meiner Mutter«, ist der größte Erfolg beschieden. Graf selbst hielt es für das Buch, das alle seine anderen Bücher überdauern würde. Thomas Mann hat dieses Buch, das die Familie Grafs mit der zentralen Figur der Mutter beschreibt, ein wahres Monument der Pietät und Liebe, und in seiner Art klassisches Buch genannt. Es ist darüberhinaus eine äußerst wirklichkeitsnahe und detailgetreue Schilderung bayerischen Lebens am Ausgang des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Graf zu lesen ist sehr kurzweilig und vergnüglich, auch für Nichtbayern. Gerade aber für Bayern eine Art soziokulturelle Gegengeschichtsschreibung. Was Graf über Ludwig Thoma sagt, gilt in sehr viel größerem Maße noch für ihn selber: »...wer es unternimmt, dem Wesen dieses Dichters auf den Grund zu kommen, der darf nicht mit abgewelkten, Begriff gewordenen und vieldeutigen Worten hantieren. Er muß konkret bleiben und jedes Ding, von dem er spricht, aus genau derselben stammeseigentümlichen, bayerisch-bäuerlichen Anschauung heraus in die Greifbarkeit rücken, mit einem Wort, er muß dem gleichen Boden entwachsen sein. Sonst gleitet er zu leicht ab ins literarisch-spekulative, unlebendige Betrachten.«

Der Roman »Die Erben des Untergangs«, der schon im Januar 1943 als Manuskript vorlag, 1946/47 überarbeitet wurde und 1949 bei Kurt Desch unter dem Titel »Die Eroberung der Welt« erschien, kann als politisches Testament Grafs betrachtet werden. Obwohl der Roman zu Grafs künstlerisch eher weniger bedeutenden Werken gehört, ist er gerade heute, im Lichte der Abrüstungsproblematik, wieder höchst aktuell. Graf entwirft in ihm, wohl auch unter dem Eindruck des 2. Weltkrieges, eine Gesellschaftsordnung, die von einer Mischung aus Tolstoianertum und Landauerscher Siedlungspolitik geprägt ist. Die Welt wird durch einen atomaren Holocaust fast entvölkert. Die Überlebenden ziehen als Nomaden über die Kontinente. Nur langsam organisiert sich die verschont gebliebene Bevölkerung. Die Menschen streben ei-



Graf 1960 beim Vorlesen

ne dezentralisierte Ordnung an. Der Provinzschriftsteller bekennt sich noch einmal zur Provinz: »Je kleiner die Gebiete, umso besser. Sie blasen dem Nationalismus das Lebenslicht aus, vor allem vermindern sie Unrecht und Unmenschlichkeit... So was sieht man in so einer kleinen Provinz schnell und wehrt sich dagegen. Provinziell muß die Welt werden, dann wird sie menschlich!«

Das Fundament der Weltföderation, die Graf vorschwebt, bilden die »verwaltungs- und gerichtsautonomen Agrogemeinden, in welchen Bauern, Arbeiter und Intellektuelle gleicherweise Besitzer und Nutznießer von Grund und Boden und aller Produktionsmittel sind.« Die Verfassung, die sich die Welt gibt entspricht teilweise wörtlich Landauers »Zwölf Artikeln des Sozialistischen Bundes«. Der Roman von dem sich Graf bleibenden literarischen Rang versprochen hatte, blieb ohne Resonanz. Auch bei seiner Wiederveröffentlichung im Jahre 1959.

Im Jahre 1958 wird Graf Bürger der Vereinigten Staaten. Erst als auf Fürsprache prominenter deutscher Emigranten, wie Albert Einstein und Thomas Mann, der Passus »Landesverteidigung mit der Waffe in der Hand« für Graf aus der Einbürgerungsformel gestrichen wird, leistet er den Eid. Als er beim Schwören die Hand heben soll, und nichts dergleichen tut, hebt ihm ein Freund von hinten den Arm hoch. Noch im selben Jahr macht Graf sich in die alte Heimat auf.

Zur 800 Jahr-Feier der Stadt München liest Graf im Cuvilliestheater. Die Lesung gerät zum Eklat. Als er in kurzer Lederhose und Trachtenjanker zur Lesung antritt, bleiben die Honoratiorenplätze leer. Erich Kästner, der die einführenden Worte sprechen soll, weigert sich. Er hält Grafs »Aufzug« nicht für gebührlich genug und attackiert ihn hart in der münchner Presse. Daß Graf die ganze Angelegenheit völlig natürlich sah, und er nicht, wie ihm heute gern unterstellt wird, provozieren wollte, geht aus Äußerungen seiner Verwandtschaft hervor. Er hatte sich mit seiner Familie beraten und als auch die es für ganz natürlich hielt, die Lesung in der Tracht zu halten, ging er in der Lederhose. Auch der damalige OB Vogel fand es nicht ungebührlich, daß ein bayerischer Schriftsteller in der Ledernen aus seinen Werken liest. Als er auf dem Weg zur Lesung an einigen Polizisten vorübergeht, klopft er dem nächstbesten auf die Schulter, und meint: »Könnts ruhig heimgehen. Die Revolution is scho lang vorbei.«

Mitten in der Lesung hört Graf auf und sagt: »Jetz hab i a soichan Durscht, ja was mach ma denn jetza da?« Ein Mann der Bühnenfeuerwehr holt ihm eine frische Maß, und nachdem er getrunken hat, liest er weiter.

Dreimal noch kehrt Graf in seine Heimat zurück. Als er sich entschließt, endlich ganz heimzukehren, und an Vogel schreibt: »Auf die Frage, ob ich nicht in meine urspüngliche Heimat zurückkommen will, kann ich ihnen heute nach langen sehr eingehenden Überlegungen mein Jawort geben«, läßt ihm der Tod keine Zeit mehr. Am 28. Juni 1967 stirbt er in New York. Ein Jahr später wird seine Urne auf dem Bogenhauser Friedhof in München beigesetzt.

Ludwig Marcuse schrieb in einem Brief an Graf aus dem Jahre 1954: »...Was ich an Dir vor allem schätze, daß Du nie vergessen hast, was ein Anarchist ist... und Dich danach benommen hast.«

In einem Text aus dem Nachlaß bekennt sich Graf noch einmal in aller Deutlichkeit zum Anarchismus: »Wie ich zum Beispiel neulich,

nach fast 50 Jahren wieder im Tessin, in Locarno, Ascona und Umgebung gewesen bin, da hab ich mich an verschiedene Erlebnisse erinnert. In die dortige Gegend bin ich als junger Anarchist, mit meinem unvergeßlichen, verstorbenen Freund, Georg Schrimpf, gekommen. Der selbiges Mal noch Konditor und erst später Kunstmaler geworden ist. Der Schrimpf hat mich auf den Anarchismus gebracht, und hat mich sozusagen darin unterrichtet. Unsere hauptsächlichsten Lehrer waren der Franzose Proudhon, der russische Fürst Peter Kropotkin, sein französischer Freund Elisee Reclus, die italienischen Syndikalisten und die deutschen Schriftsteller Gustav Landauer, Erich Mühsam und Rudolf Rocker. Und unser Evangelium war das Buch von Max Stirner, »Der Einzige und sein Eigentum«.

Für mich als Bayern, der alles bloß so versteht, wie er es verstehen will, war und ist der Anarchismus eine ganz großartige Überzeugung und Weltanschauung. Ich meine nicht so etwas Grobschlächtiges bei dem die Leute gleich denken, es handelt sich um Königsmorde, Attentate auf Staatspräsidenten und Bombenwerfereien verwilderter Terroristen. Nein, nein, ich meine ihn als Weltanschauung. Nochmal gesagt, also der Anarchismus ist mir sofort eingegangen. **Es ist genau das, wofür ich seit jeher gewesen bin!**«

Profit-Gangster Heidemann

von Rolf Recknagel

Der schlimmste Profit-Gangster in Traven-Geschäften war der STERN-Rechercheur *Gerd Heidemann*. Über seine Gier nach Ruhm und Geld mit den gefälschten Hitler-Tagebüchern schrieb bereits Erich Kuby (Konkret-Verlag, Hamburg bzw. Volk und Welt, Berlin 1983). Heidemann hatte in der Zeit vom Januar 1981 bis Mai 1983 mit diesen Fälschungen 1,7 Millionen Mark erhalten. Bei der »Tagebücher«-Affäre spielte auch Heidemanns Frau Barbara eine Rolle. Meine Absicht ist es, wegen der Gaunereien von Barbara und Gerd Heidemann in die Vergangenheit zu schauen:

Im Hamburger STERN Nr.34 vom 25. August 1963 kam Heidemanns erste Publikation über B. Traven: es sei August Bibeljé. Da aber Heidemann durch meine Publikationen erfahren hatte, daß es mit August Bibeljé nichts auf sich hatte, versuchte er, mit mir in Verbindung zu kommen. Wir trafen uns sogar einmal in Berlin im Monat Juni 1963, so daß ich Heidemann die Fehler nachweisen konnte, ihn auf den »falschen Traven« gemäß der BT-Mitteilungen, Nr. 31 vom November 1958 hinwies und ihm etliche Unterlagen über Ret Marut gab.

Heidemanns späteres Buch »Postlagernd Tampico. Die abenteuerliche Suche nach B. Traven«, Blanvalet Verlag München 1977, begann er bereits mit einer Lüge: »Der STERN-Chefredakteur Henri Nannen habe ihn gebeten zur ehemaligen Frau des B. Traven mit dem Namen Hedwig Meier zu kommen und mit ihr in Iserbrook zu sprechen. Sie sagte dem STERN-Rechercheur Heidemann, daß Traven der damalige »August Bibeljé« gewesen sei. Über diese Fehlinterpretation war bereits in den BT-Mitteilungen vom November 1958 eine Richtigstellung erfolgt.

Der Profit-Gangster Heidemann hatte wohl durch meine Publikationen in der Hamburger »Die Andere Zeitung« (12.7.63) und in »B. Traven. Beiträge zur Biographie« (Reclam-Verlag, Leipzig 1966) erkannt, daß er sich mit Ret Marut näher beschäftigen mußte. Zur Leipziger Buchmesse 1967 kam plötzlich Gerd Heidemann mit seiner Freundin Barbara zu mir, und als sie kein Geld und keine Gelegenheit für ein Hotel hatten, wohnten sie eine Woche bei uns in der Waldstraße.

Meine Frau Ellen befand sich in dieser Zeit gerade in einer Leipziger Klinik. Mir sagte Heidemann, er wäre beim STERN vor allem als Photograph tätig, deshalb besaß er einen Fotoapparat. Ich mußte jeden Tag als Fachschuldozent zur Bibliothekarschule in Leipzig-Leutzsch. Außerdem mußte ich für den Alltag meiner fünf Kinder sorgen. Barbara und Gerd Heidemann wohnten in unserem Schlafzimmer, und wenn sie zum Essen oder in die Stadt gehen wollten, mußten sie vorher durch mein Arbeitszimmer.

Ich habe erst bei den STERN und KONKRET-Publikationen »Ich fand B. Traven«, »Er ist ein Sohn des Kaisers« festgestellt, daß Heidemann meine Dokumente, Unterlagen und Bilder von Ret Marut alias B. Traven heimlich fotographiert hatte. Niemals sagte oder schrieb Heidemann etwas über meine Forschungen, die er in Leipzig gestohlen hatte. Ferner log Heidemann mit seiner »Entdekkung«, daß die Witwe von B.Traven, Rosa Elena Luján-Traven ihm gesagt habe, Traven sei »ein Sohn des Kaisers Wilhelm II.«. Rosa Elena schrieb mir am 26. Juni 1967: **»Ich möchte Sie auch wissen lassen, daß ich niemals Mr. Heidemann erzählt habe, mein Mann sei der Sohn von Wilhelm II., obwohl er (Heidemann) mich diesbezüglich immer wieder fragte.«**

Einige der genannten Ereignisse kann man ausführlich nachlesen in »B.Traven. Beiträge zur Biographie« (Reclam-Verlag Leipzig 1971/1982.) Die zusätzlichen Fakten über Marut alias Traven durch den mexikanischen Nachlaß von B. Traven, die ich bei meinem Besuch im Juni/Juli 1981 feststellte, sind aber nicht eingearbeitet.

Deshalb sei noch zu dem Profit-Gangster Heidemann erläutert: als B. Traven den STERN-Artikel »Er ist ein Sohn des Kaisers« las, war er am darauffolgenden Tag äußerst ärgerlich und wütend. Rosa Elena erzählte mir, daß es in ihrem Haus in der Calle Mississippi 61 in der Nacht furchtbar rauchte . . . Rosa eilte nach unten und erlebte in der Küche ihren »Skipper«, der eine Menge Dokumente im Ofen verbrannte.

Da ich sowohl im Jahre 1976 und 1981 für längere Zeit in der Calle Mississippi 61 wohnte, kenne ich den umfangreichen Nachlaß von B. Traven ganz genau. Seine Unruhe im April 1967 hatte nichts mit einem »unehelichen Sohn von Wilhelm II.« zu tun. Sowohl Rosa Elena und ich wissen um die Herkunft von B. Traven. Aber wir sind der Meinung (Travens), daß die Entwicklungsstadien des Schriftstellers wichtiger sind.



BAKUNIN



HÜTTE

Die Bakunin-Hütte. Eine Rückschau von Fritz Scherer, Berlin.

Am 16. Oktober 1930 kam ich als Handwerksbursche nach Suhl im Thüringer Wald. Unter anderem erzählte mir Genosse Roth, ein Volksschullehrer, daß die FAUD (Anarcho-Syndikalisten), Ortsgruppe Meiningen, eine Hütte gebaut hätte, die den Namen »Bakunin-Hütte« führt. Die Meininger Genossen freuten sich immer, wenn ein auswärtiger Genosse vorbeikam und dort auf der Hütte einkehrte. Eigentlich war meine Reiseroute über Hinternah, Sonneberg und Kronach vorgesehen. Aber die Nachricht über diese Hütte unserer Genossen in Meiningen faszinierte mich so ungemein, daß ich mir sagte, viele Wege führen nach Rom. Also komme ich auch auf einem anderen Weg nach Bayern. Ich war begeistert und wäre am liebsten sofort losmarschiert. Es war schon spät am Abend, doch ich mußte mich bis zum nächsten Tag gedulden.

Am 17. Oktober marschierte ich in aller Frühe los. Zuerst nach Heinrichs bei Suhl. Hier suchte ich alte, bekannte Genossen, die Familie Jäger, auf. Sie wollten mich durchaus noch festhalten und redeten mir zu, noch eine Woche bei ihnen zu bleiben. Ja, wenn ich noch nichts von der »Bakunin-Hütte« gehört gehabt hätte, dann wäre diese Einladung für mich willkommen gewesen, aber so? Bei Regen zog ich nach dem Mittagessen weiter. Über Dillstädt erreichte ich noch am selben Tag, aber erst sehr spät am Abend die Stadt Meiningen. Am nächsten Morgen suchte ich den Vorsitzenden der FAUD-Ortsgruppe, Otto Walz, auf. Zufällig war auch der Kassierer Franz Dressel anwesend. Jetzt brachte ich mein Anliegen vor, die »Bakunin-Hütte« von der ich in Suhl gehört hatte, kennenzulernen. Auf mein Drängen hin, führte mich Genosse Franz noch am selbigen Vormittag auf die Hütte. Am Flugplatz vorbei, durch dichten Wald und immer bergauf erreichten wir nach 45 Minuten, die von mir so sehr ersehnte Hütte. Sie begeisterte mich restlos. Zurück zur Stadt ging es durch das Hasental. Dieser Weg war noch schöner, aber auch schwieriger zu finden. Am Abend sollte ich bei Genossen in der Stadt schlafen, was ich aber ablehnte. Lieber wollte ich den Weg noch einmal gehen und auf der Hütte schlafen.

Man gab mir die Schlüssel und ich zog los. Als ich am darauffolgenden Morgen wieder bei Familie Walz erschien, war die erste Frage, wie hat es dir gefallen? Großartig erwiderte ich. Da gab man mir den Rat, hier in Meiningen und auf der Hütte als Hüttenwart zu bleiben. Aber auf dem Arbeitsamt lehnte man mich mit der Begründung ab, mein Wanderschein wäre noch nicht abgelaufen, und da derselbe noch 6 Wochen Gültigkeit hatte, müßte diese Zeit erst abgewandert werden, bevor ich mich irgendwo festsetzen könnte. Die Genossen redeten mir zu, ich solle doch bleiben, auch ohne Stempelgeld. Da ein großer Teil der Meininger Genossen arbeitslos war, lehnte ich dieses Anerbieten ab. So hielt ich mich nur noch 4 Tage hier auf und tippelte weiter nach München. Nach 6 Wochen, am 26. November, kehrte ich, wie verabredet, pünktlich nach Meiningen zurück. Hier trat ich sofort mein Amt als Hüttenwart auf der »Bakunin-Hütte« an. Und so erfuhr ich die Entstehung und den Werdegang dieser Hütte.

Der erste Weltkrieg (1914-1918) war vorbei und die Not der Bevölkerung sehr groß. Da haben sich mehrere politisch links orientierte Freunde zusammen gefunden und ein Stück Land gepachtet, um darauf Kartoffeln zu pflanzen. Hier war die treibende Kraft der Seemann Ferdinand Rüttinger. Bald darauf fand sich die Gelegenheit, Land auf der Ellinghäuser Flur käuflich zu erwerben. Die meisten Genossen hatten natürlich kein Geld, aber Hermann Staedtler aus Dreißigacker hatte durch eine Erbschaft seiner Frau, 11000 R.M. zur Verfügung stellen können. Otto Heller stellte 4000 R.M. zur Verfügung. Jetzt fehlten nur noch 6000 R.M. Ein Bauer aus Seeba, ein Verwandter von Fritz Baewart, lieh dieses noch fehlende Geld. Genosse Staedtler hat auf die Rückzahlung seines Anteils verzichtet, so blieb nur noch eine Schuldenlast von 10000 R.M. Jetzt wurde das Pachtland wieder abgegeben, denn die kleine Gruppe hatte ja ihr eigenes Grundstück. Im Jahre 1922 war die Schuldenlast dann gänzlich abgetragen. Vom Jahre 1920 bis 1925 wurde nun auf diesem als eigen erworbenen Grundstück Kartoffeln und Getreide angebaut. Die Anfuhr von Dünger und das Pflügen der immerhin 1/2 ha. großen Fläche kostete sehr viel Geld. Auch kamen mittlerweile wieder mehr Lebensmittel auf den Markt. So ließen sie das Feld einfach brach liegen. Aber immer wenn sie konnten, stiegen sie bei schönem Wetter mit Frau, Kind und Kegel auf ihren bis dahin so lieb gewonnenen Platz. Er war auch herrlich gelegen, auf einem 500 Meter hohen Berg. Hier gab es einen wunderbaren Weitblick über den Thüringer Wald und über die Rhön.

Ganz in der Nähe sah man den Dolmar liegen, was der Ski- und Hausberg der Meininger war. Eines Sonntags wurden sie alle, die auf dem Berg befindlichen Freunde, von einem Gewitter überrascht. Durchnäßt zogen sie heimwärts. Zu Hause kam Franz Dressel der Gedanke, dort oben eine Hütte zu bauen. Am folgenden Sonntag nahm Franz Hacke und Schaufel mit, um ein Loch auszuheben. Diese Idee fand großen Beifall, hauptsächlich bei den Frauen. Jetzt wurde von allen Genossen gemeinsam ein großes Loch ausgehoben. Die Frauen und Kinder suchten Steine und Moos. In ganz kurzer Zeit hatten sie ein Dach überm Kopf, wo sie bei einem unerwarteten Gewitter schnell unterschlüpfen konnten. Innen an den Seiten befanden sich Bänke, welche mit Moos und Reisig gepolstert waren. Bei dem nächsten Regen waren alle begeistert und da entstand der Name – Schutzhütte!

Jetzt hatte die Gruppe schon allerhand Werkzeug und auch einen zweirädrigen Wagen hier oben bei dieser neuerbauten Hütte. Dieses wurde immer im Walde versteckt. Jetzt kam der Gedanke auf, einen verschließbaren Raum zu bauen. Beim Abriß einer Scheune bekamen sie ganz billig Bretter, Bauholz und Dachziegel zu kaufen. Sand und Zement wurde im Rucksack aus der Stadt heraufgeschleppt. Frauen und Kinder schleppten wieder Steine herbei, die Männer holten Wasser, machten Mörtel und mauerten. Man muß wissen, um zwei Eimer Wasser vom Weberbrunnen zu holen, brauchte man gut 50 Minuten, dabei durfte man sich noch nicht einmal ausruhen.

Jetzt wurden auch andere Menschen auf diese Gruppe aufmerksam. Viele griffen mit zu beim Steine fahren und so entstand das erste feste Gebäude. Man konnte sich jetzt endlich anderer Arbeit widmen. Es wurden Anlagen geschaffen, Blumen, Büsche und Bäume gepflanzt. Langsam bekam das ganze Äußere schon ein Ansehen. Auch die Kinder wurden nicht vergessen. Unter den Händen des Schlossers Franz Dressel entstand eine Schaukel und ein Kettenkarussel. Es kamen die Spenden wie gebrauchte Herde, Öfen, Feldbetten usw. Der Zustrom der Bevölkerung wurde immer größer und ein jeder konnte sich auf einem der Herde kochen, was er wollte. Holz gab es genug, denn fast das ganze Grundstück war von dichtem Tannenwald umgeben. Von den Besuchern wurde der Wunsch geäußert, Bier, Limonade oder sonst etwas zu trinken. Nun sah sich die Gruppe gezwungen, den Zufahrtsweg noch mehr zu befestigen. Bei Anfuhr von Getränken brachte die Brauerei Gartenstühle und Tische mit. Es wurde eine Sammelbüchse aufgestellt. Am Abend wurde diese Büchse entleert und der Erlös von den Getränken half gut mit, den schon angefangenen Neubau zu finanzieren. Wir wunderten uns des öfteren, wieviel Geld beim Öffnen der Sammelbüchse vorgefunden wurde. Woher kam dieses?

Hier kamen sehr viel Familien mit ihren Kindern zu uns auf den Berg. Die Kinder konnten sich hier oben austoben, denn das Gelände war ja groß genug. Vor allen Dingen konnten sie hier schaukeln und Karussel fahren, was nichts kostete. Allerdings mußte von uns immer einer das Karussel drehen. Es war daran eine große Kurbel mit einer wunderbaren Übersetzung angebracht. Jetzt gründete man einen eingetragenen Verein mit dem Namen »Siedlungsverein für gegenseitige Hilfe«. Dort waren nicht nur FAUD-Genossen, sondern auch Sympathisierende aus der Bevölkerung Mitglied, welche dieser Hütte bis zu ihrem Ende treu zur Seite standen.

So wie bisher geschildert, fand ich diese Hütte bei meinem Antritt als Hüttenwart vor. Mann hatte versucht einen Brunnen zu bohren. Hierbei stieß man nur auf Felsen und Steine. Es wurde mit Ablösung gebohrt, damit gar keine Stockung eintrat. Wenn man den ganzen Tag fleißig bohrte, so kam man ungefähr nur 10-12cm tiefer. Und dieses auf einem 500 Meter hohen Berg. Nach ungefähr 12 Meter Tiefe brach der Bohrer ab und trotz aller Versuche, auch von Fachleuten, gelang es leider nicht, denselben wieder herauszubekommen. Folglich wurde das Bohren wieder eingestellt, und wir waren gezwungen, das Wasser, das wir brauchten, weiterhin aus dem Weberbrunnen zu holen.

Die Stadtverwaltung von Meiningen hatte ja den Bau abgelehnt mit der Begründung: »Wir können diesen Bau nicht genehmigen, weil es dort oben kein Wasser gibt.« Ferdinand Rüttinger, welcher in dieser Sitzung als Zuhörer anwesend war, rief dazwischen: »Man verbietet diesen Bau nicht, weil es dort oben kein Wasser gibt, sondern weil wir Proletarier sind. Wenn ein Reicher dort oben bauen würde, so fragt kein Mensch danach, ob es dort Wasser gibt. Wir bauen doch!« Die Genossen setzten sich durch und die Hütte wurde gebaut.

Jetzt bekam dieser Bau den Namen »Bakunin-Hütte«. Auch wurde ein großer Gedenkstein mit dem Namen unseres Vorkämpfers »Michael Bakunin 30.5.1814 – 1.7.1876« ausgemeißelt und aufgestellt. An der Stirnwand dieser neuen Hütte wurde eine Marmortafel in der Größe von 55 × 70 Zentimeter eingelassen mit dem Spruch

Freies Land und freie Hütte,
Freier Geist und freies Wort,
Freie Menschen, freie Sitte,
Zieht mich stets an diesen Ort.

Dieser Vers stammte von dem Meininger Genossen Max Baewert, welcher als Ingenieur in Italien arbeitete. Da er einen guten Verdienst hatte, hat er auch stets unsere Hütte mit Geld unterstützt. Die Tafel war weiß mit schwarzer Äderung und die Schrift in schwarz eingelassen. Im oberen Teil der Tafel war der Fünfstern mit Hammer und Sichel eingemeißelt und getreu unserer Weltanschauung schwarz mit goldenem Rand. Diese Arbeiten wurden von Otto Walz und seinem Sohn Heini, welcher als Steinbildhauer gerade in der Lehre war, ausgeführt. Genau wie in der FAUD-Ortsgruppe Meiningen, wurden hier in dieser Vereinigung Otto Walz als Vorsitzender und Franz Dressel als Kassierer gewählt.

Nun will ich noch die Erbauer dieser Hütte nennen: Alfred Anschütz, – Fritz Baewert, – Franz Dressel, – Otto Eck, – August Filler, – Fritz Landgraf, – Emil Liebeskind, – Ferdinand Rüttinger, – Hermann Staedtler, – Alfred Thomas, – Edwin Walz und Otto Walz. Vielfach kamen die Genossen schon am Sonnabend zur Hütte rauf, um mit mir gemeinsam Holz zu holen, denn hier wurde fast nur Holz gebrannt, zum Heizen und zum Kochen. Wenn die Genossen erschienen, hatte ich schon Wasser geholt. Dazu hatte ich ein hölzernes Tragejoch. Daran wurden zwei Eimer angehangen. Damit nicht allzuviel Wasser auf diesem holprigen Waldweg verschwappte, hatte Franz Dressel zwei Deckel angefertigt, welche fest auf einen jeden Eimer raufgeklemmt wurden. Vor allen Dingen, damit auch kein Schmutz hineinfiel, denn der ganze Weg war ja sehr eng und man streifte sehr leicht an den Bäumen entlang.

An den Sonntagen war hier oben bei einigermaßen gutem Wetter immer allerhand Betrieb. Dann mußte des öfteren Wasser geholt werden. Bier, Brause und Limonade mußte dann auch immer ausgeschenkt werden. Das Geld, welches ich in der Woche vereinnahmte – denn in der Woche ließen sich auch Besucher hier oben sehen – wurde am Sonntag mit dem Kassierer abgerechnet. Im Winter kamen des öfteren Skiläufer hier vorbei. Sie waren glücklich, wenn sie sich hier drinnen aufwärmen konnten. Einmal kamen zwei junge Skiläufer, welchen ich auch Tee zum Aufwärmen gab. Sie wollten zuerst nichts nehmen, weil sie kein Geld bei sich hatten. Trotzdem gab ich ihnen den Tee. Dieses zahlte sich dann gut aus. Die Eltern des einen Skiläufers hatten ein Geschäft, wo ich immer mein Petroleum kaufte. Ja, hier oben gab es noch kein elektrisches Licht. Als ich zur Stadt kam und mir mein Petroleum holen wollte, fragte mich die Geschäftsfrau, ob ich der Hüttenwart wäre. Als ich es bejahte, bekam ich von dieser Stunde an mein Petroleum immer umsonst. Auch kamen verschiedentlich Sonntagsjäger mich besuchen, wenn sie von ihrer Schnepfenjagd zurückkamen. Sie leisteten mir so manche Stunde Gesellschaft. Hier blieben sie häufig stundenlang sitzen um sich aufzuwärmen. Einer dieser Jäger war ein Malermeister aus Meiningen. Aus Dankbarkeit spendierte er für die Holzverkleidung an der Hütte, genügend Farbe, damit alles zum Frühjahr wieder gestrichen werden konnte. Dieses waren vereinzelte Vorteile, wenn die Hütte immer für jedermann offen stand. Auch kam dadurch so manche Mark in die Kasse und half uns mit, weiter für unsere Idee und an der Hütte zu arbeiten.

Zu Weihnachten 1930 war in Erfurt der Reichskongreß der »syndikalistischen-anarchistischen Jugend«. Anschließend kamen alle Jugendgenossen der Ortsgruppen Offenbach und Frankfurt am Main zur Hütte, um hier ihren Weihnachtsurlaub zu verleben. (Von diesem Aufenthalt stammen die beiden Photos, aufgenommen und dem SF überlassen von Carl Gültig, Offenbach. Anm. der SF-Red.) Dieses war der hauptsächliche Zweck dieser Bakunin-Hütte, allen Genossen und Genossinnen ein Heim zu bieten, wo man sich frei fühlen, bewegen und sich entspannen konnte. Nicht nur den Meininger Genossen, sondern allen freiheitlich eingestellten Menschen. Hier verlebte ich nun den Winter bis zum 7. Mai 1931. Dann zog ich wieder mit zwei Freunden in die weite Welt, mit einem Berliner Jugendfreund und einem Meininger Junggenossen. Unsere Meininger Freunde arbeiteten weiter am Aufbau dieser Hütte bis zum März 1933. Bis dahin kam ich noch des öfteren nach hier und half wo es irgend ging.

Dann kam das unheilvolle »Dritte Reich«. Sofort wurde diese Hütte enteignet und der »SS« übergeben. Nach mehreren Jahren trat man von der NSDAP an Otto Walz heran und wollte ihm für unsere Meininger Freunde diese Hütte wieder zurückgeben. Aber Otto lehnte mit der Bemerkung ab, nach der Enteignung im Jahre 1933 habe sich unsere Siedlungsgemeinschaft aufgelöst. Dieses war auf jeden Fall richtig. Man konnte ja nie wissen, ob die Nazis nicht erfahren wollten, ob diese links orientierte Gruppe noch existierte, um dann zuzufassen und alle hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Auch die Nazi-Diktatur ging vorüber, allerdings erst im Jahre 1945 nach einem grauenvollen Krieg. (Ich kam damals als Gefangener der Russen nach Meiningen.) Unsere Bewegung war unter der Herrschaft der Nazis gänzlich zerschlagen. Otto Walz trat nun – um politisch tätig zu sein – der kommunistischen Partei bei. Dort wurde er als altbekannter Revolutionär sogar Vorstands-Mitglied. Als er erfuhr, daß ich als Gefangener bei den Russen war, befreite er mich aus deren Händen. Ich blieb noch einige Tage in Meiningen. Fast ein jedes Gespräch zwischen uns drehte sich um unsere alte »Bakunin-Hütte«. Otto machte mir den Vorschlag, wieder als Hüttenwart dort oben zu fungieren, was ich aber ablehnte. Erstens hatte ich meine Familie in Berlin und zweitens würde ich nie und nimmer in die Partei, am allerwenigsten in die KPD eintreten. Otto redete mir zu, ich könnte ja meine Familie nach hier holen und er würde dafür sorgen, daß ich nie in die Partei einzutreten brauchte, was ich aber in Abrede stellte. Im Jahre 1925-26 hatte ich in Jena in Thüringen in einer kommunistischen Genossenschaft gearbeitet und weil ich damals ablehnte in die Partei einzutreten, wurde ich, der am Aufbau dieser Genossenschaft stark beteiligt war, entlassen. Wieviel schlimmer möge es jetzt aussehen, wo Meiningen von den Russen besetzt ist? Auch Franz Dressel gab mir mit der Ablehnung recht, trotzdem er es gerne gesehen hätte, wenn ich in Meiningen geblieben wäre.

Im November 1946 verstarb unser Freund Otto Walz an Krebs. Die letzten 14 Tage war täglich ein Mitglied der Kreispartei der KPD bei ihm am Krankenbett und da liegt die Vermutung nahe, daß Otto im Unterbewußtsein die Hütte mit Grund und Boden durch Unterschrift der Partei übergeben hat. Unsere übrig gebliebenen Genossen, die dem einstigen »Siedlungsverein für gegenseitige Hilfe« angehörten, versuchten nun ihre alte von ihnen erbaute Hütte wieder zurückzubekommen. Da wurde nach langem Hin und Her und langem Verhandeln mit den Russen gedroht. Was bei einer Diktatur dabei herauskommt, ist wohl jedem Menschen klar. Auch ohne Unterschrift von Otto hätten die sogenannten Kommunisten dieses Land mit Hütte beschlagnahmt. So ging das einstige, mit viel Mühe, Arbeit und Opfer, erbaute Grundstück der Arbeiterschaft wieder verloren.



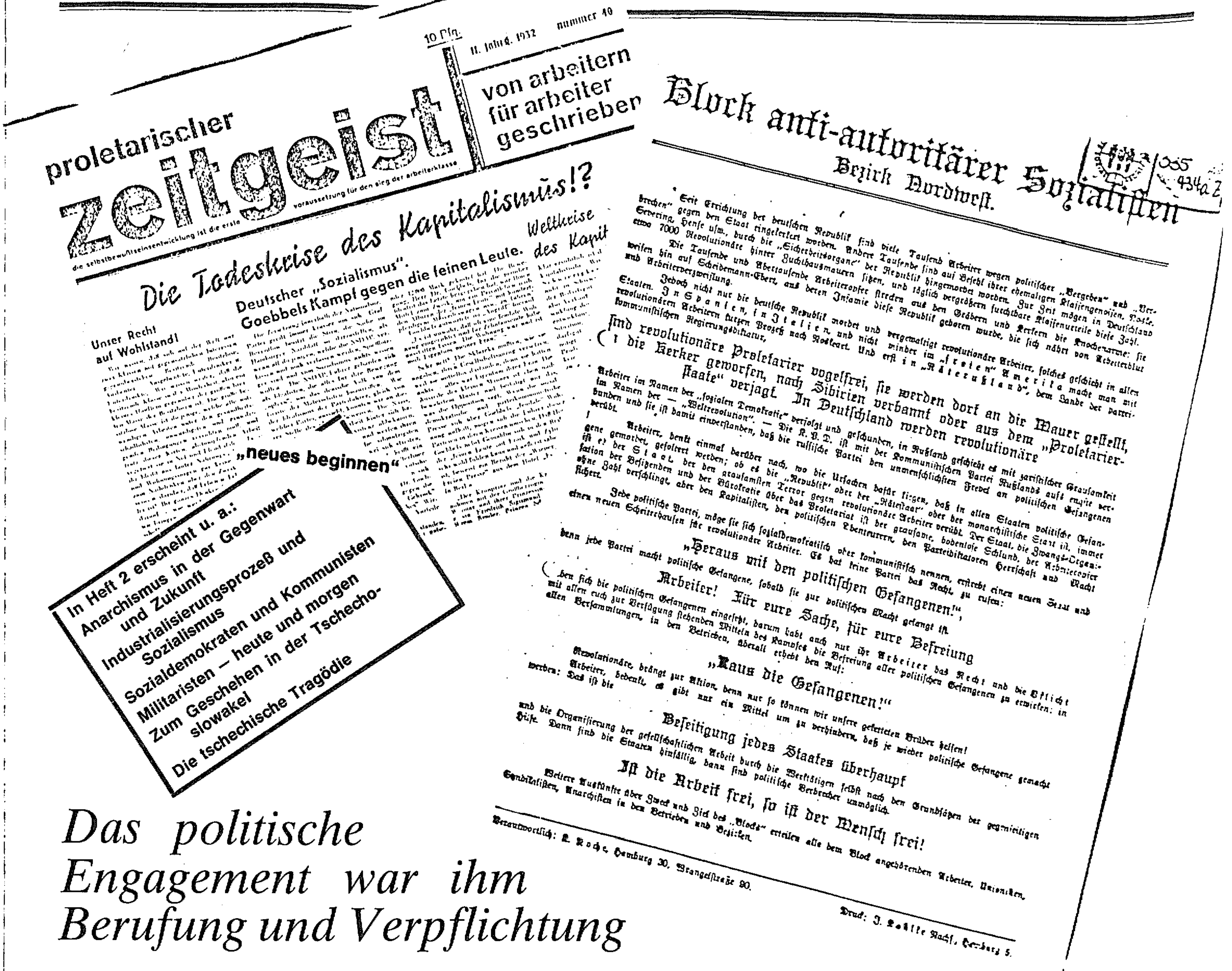
Vorabdruck aus »DIE LANGE HOFFNUNG«, dem Begleitbuch zum gleichnamigen Videofilm der Freiburger Medienwerkstatt, Trotzdem-Verlag, PF 581, 7410 Reutlingen; 170 S., 17.-DM. Das Buch erscheint zum 1. Januar 85, dem 1. Todestag Augustin Souchys; es enthält Interviews, Briefe von 1936, die Reisebeschreibung, eine Kritik Walter Moßmanns, eine Literaturliste und Filmographie zu den Filmen über den Spanischen Bürgerkrieg. Das Gespräch, aus dem wir den folgenden Ausschnitt abdrucken, fand Ende April 1983 in Barcelona statt.

»*Clara (Thalmann)*: Wie lange warst du im Gefängnis?
Diego (mit Schriftstellernamen: Abel Paz): Ich war nicht so lange drin – leider – die schlimmste Strafe war für mich, die Francozeit zu überleben und zu sehen, was Franco aus Spanien machte.
Luis (Edo, CNT-AIT): Ich möchte noch auf die Jahre, die Anzahl der Jahre im Gefängnis zurückkommen. Du warst 11 Jahre im Gefängnis, das wäre in anderen Ländern ein Unding. Italien, Portugal…, in Spanien war das ganz normal. Da waren 20 Jahre und mehr ganz normal. In Frankreich war Blanqui der längste politische Gefangene. Noch ein anderer Anarchist in Frankreich, ein Kriegsdienstverweigerer, war so lange drin. Aber das sind Ausnahmen. In Spanien waren 10 Jahre so gut wie nichts.
Clara: Wart ihr im Knast über den Kriegsverlauf informiert?
Diego: Wir hatten eine Gefangenenzeitung, wo nichts drin stand. Aber wir hatten unsere eigenen Informationsmedien, illegale Infos von außen, heimlich. Heute kommt ja jede Zeitung in den Knast. Damals gab's noch nicht mal die ABC (konservative Zeitung),›Ya‹ auch nicht und auch nicht die Falangistenzeitungen. Aber es gab immer einen Weg für die Infos, durch 'nen Pfarrer oder 'ne Nonne usw., oder einen Wächter… und so kam die franquistische Presse rein, und wenn man die Zeitung dann andersherum las, wußte man, was läuft: immer das Gegenteil war richtig. Wir hofften, da Franco mit Hitler zusammengearbeitet hatte, daß Franco von den Alliierten verurteilt würde. Wir dachten, daß wir alle freikämen. Das war die allgemeine Meinung im Knast. Wir glaubten auch, daß die Republik wieder eingeführt würde. Im ›Penal de Burgos‹ (Knast) habe ich mit alten Militanten gesprochen und meinte, die Engländer oder Amis interessiert nicht, was in Spanien passiert. Sie wollen Franco nicht stürzen, das ist nicht in deren Interesse. Denn wenn sie es interessiert hätte, dann hätten sie schon '36 helfen können, und das war eben nicht geschehen. Was sie wollten, war, daß in Spanien nichts passiert, und daß Franco an der Macht bleibt. Die Alten fragten mich, wie alt ich sei. Ich sagte, daß ich während des Bürgerkriegs noch ein Kind war, darauf hat einer mich geohrfeigt. Das war 1944. 1950 trafen wir uns in einem anderen Knast. Da habe ich dann gesagt: »Ich kann dir jetzt zwei Ohrfeigen zurückgeben.« Er entschuldigte sich und meinte, daß ich rechtbehalten hätte, und daß die Engländer und Amis tatsächlich kein Interesse hatten. Er hat sechs Jahre dazu gebraucht, um das zu kapieren. Nur mit der Hoffnung, daß sich was ändert, konnten wir bestehen und durchhalten. Denn zehn Jahre sind nicht lang, wenn man 22 Jahre alt ist und dann bis 32 drin ist, von 30 bis 40 Jahren genauso. Von 50–60 ist es auch hart, aber in der Jugend ist es am härtesten. Wir dachten, daß wir im Dezember rauskämen. Obwohl das spanische Volk antiklerikal – nicht antikatholisch – ist, dachten wir, daß wir Weihnachten rauskämen. Und wir warteten von Weihnachten zu Weihnachten – elf Weihnachten lang und nichts passierte!

'53 kam ich dann frei. Aber es war eine falsche Freiheit. Ich ging auf die Straße raus, suchte Arbeit, aber das war unmöglich. Alle 15 Tage mußte ich mich bei den Bullen melden. Es war eine überwachte Freiheit!
Luis: In der Zeit, von der Diego erzählte, bildeten sich bewaffnete Gruppen (Bewegungen) bei den Kommunisten und der freiheitlichen Bewegung, Guerrillakämpfer etc.…Die letzten, die diese Linie verlassen haben, war die freiheitliche Bewegung. Die Kommunisten haben bereits '45/'46 den bewaffneten Kampf aufgegeben. Wir machten bis '50/'51 weiter. 1949 ist wichtig als Datum für den Untergang des Anarchismus (Oktober '49). In drei Tagen wurden 300 Leute inhaftiert. Es wurden Personalakten angelegt. Der Bruder von »El Quico«, Jose Sabaté, wurde auf der Straße erschossen, der jüngste Bruder wurde gefangen (Miguel Garcia) und auch andere. Bei dieser Razziaaktion gab's sieben bis acht Tote. Mit der Gefangennahme wurden die Untersuchungen über die Leute erst eingeleitet. Man legte Akten über die Organisation an. In Spanien verschwand dann jede Art von Widerstandskampf. Es gab neue Phänomene, die lange brauchten, um sich herauszukristallisieren. Von den Leuten her – keine Organisation – eher spontane Bewegungen: Streik der Straßenbahner, Aktionen, die Ortega y Gasset an den Uni's durchführte, Opposition zu der Falange. Das kristallisierte sich mit der neuen Linken in den sechziger Jahren heraus.
Diego: Die Sache sieht etwas anders aus: die CNT hat schon immer mehr auf der Militanz bestanden. Das war die falsche Einstellung. Obwohl man sah, daß die frontale Attacke keinen Erfolg hatte, wurden keinerlei Lehren daraus gezogen. Die Opposition war bis 1947 aktiv. Trotz der Organisation kam es zu einem Rückschlag, weil die Leute die Hoffnung verloren. Es gab keine Lösung, die Knäste waren voll. Es waren 14 nationale Komitees im Knast, zusätzlich die regionalen. Die Leute, die sich dem bewaffneten Kampf anschlossen, waren Militante der 5., 6. oder 7. Generation (…)

Die Frage ist: wie und warum verlor die CNT den Anschluß, und wie fand sie wieder dazu? Die CNT hat, glaube ich, sehr wenig gemacht, und muß jetzt die Konsequenzen tragen. Die KP hatte keine Schwierigkeiten: sie hatte vier oder fünf Linien, wo's immer einen Anschluß gab. Die Sozialisten auch nicht, weil die Kinder der Bürgerlichen zu ihnen kamen. Die Partei baute sich wieder auf, – mit den neu dazugekommenen Kräften, und nahm eine sozialdemokratische Richtung an, – in Übereinstimmung mit der ökonomischen Situation, die bedingt war durch die Emigration, die 1953 mit dem Öffnen der Grenzen begann.…





Das politische Engagement war ihm Berufung und Verpflichtung

Nachruf auf Otto Reimers

Unter dieser Überschrift gratulierte 1977 die *Badische Zeitung* unserem in Laufenburg an der Schweizer Grenze lebenden Genossen Otto Reimers zum 75. Geburtstag. Am 22.10.84 ist Otto Reimers 82-jährig gestorben; am 4.12. wurde er auf dem Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg beigesetzt.

Seine Lebensenergie hatte nach dem Tod von Margret Reimers zum Jahreswechsel 83/84 merklich nachgelassen. Unsere Redaktion stand schon vor der dem Erscheinen der ersten Nummer des SF mit Otto in Verbindung und erhielt so manchen Hinweis, zahlreiche Zeitungsausschnitte und anderes Material. Zuletzt kamen auch Buchpakete; Otto verteilte seinen Nachlaß an Genossen, ans adz in Wetzlar und an das Amsterdamer Institut (dort liegt jetzt z.B. seine umfangreiche Korrespondenz) zu Lebzeiten.

Geboren wurde er am 17.9.1902 in Grambek bei Mölln in Schleswig Holstein, dort wuchs er zusammen mit fünf Geschwistern auf. Sein Vater fiel bereits 1914. So daß er sich als Ältester nach der Schule sofort bei Bauern und als Waldarbeiter verdingte um die Kriegerwitwenrente aufzubessern. 1919/20 ergab sich die Möglichkeit beim Bau unterzukommen, er blieb dabei und arbeitete später in einer Hoch-und Tiefbaufirma in Hamburg. Seit 1920 war Otto aktiv in der antiautoritären Arbeiterbewegung geworden. Es begann, als er 1919 auf einer Baustelle einen Arbeiter kennenlernte, der dafür agitierte, daß alle Arbeiter und Intellektuelle in *einer* Organisation zusammengeschlossen sein sollten, die Partei- und Gewerkschaftsaufgaben nicht trennt und den Betrieb als Basis zur Organisierung betrachtet. Dieser Arbeiter warb für die rätekommunistische AAU (Allgemeine Arbeiter Union) und Otto begann die wöchentlichen Zusammenkünfte der Ortsgruppe Gölzow zu besuchen. Er berichtete von Diskussionen in der Ifflandstraße, die in der Regel bis 2 oder 3 Uhr nachts andauerten und in denen alle linksradikalen Zeitungen, Bücher von Ferrer und Ramus oder auch »Der Justizmord von Chicago« durchgesprochen wurden. In der Auseinandersetzung um die Notwendigkeit einer Partei (KAPD) und deren Politik (u.a. die Frage nach der Mitgliedschaft in der Komintern), spaltete sich die Unionsbewegung 1921. Otto Reimers stimmte wie die gesamte Hamburger Union dem Konzept Otto Rühles und Franz Pfemferts für eine Einheitsorganisation (AAU-E) zu, die eine Parteiorganisation und den Anschluß an die KI ablehnten. Die AAU-E näherte sich in den Jahren 1923-4 der anarchosyndikalistischen FAUD und delegierte Franz Pfemfert zu den Kongreßen der IAA. Auf Ortsebene kam es zur Bildung von sogenannten antiautoritären Blocks. »Unter dem Namen ›Block Antiautoritärer Revolutionäre‹ kamen Freitags im Lokal Planeth alle Gruppen zusammen. Redner waren neben Hamburger Genossen, Rudolf Rocker, Karl Roche, Ramus, Ernst Friedrich, Bertold Kahn, Franz Pfemfert, Winkler und andere. Eine Besucherzahl von 300-400 war oft keine Seltenheit. Mit Rocker hatte man einen Vortragszyklus von sechs Abenden organisiert. Thema: ›Nationalismus und Kultur‹. Dieser war von Abend zu Abend stärker besucht, so daß wir von dem obigen Saal in den größeren nach unten gehen mußten.« (Niederschrift v. O.R. v. 28.3.72; SF-Archiv) In diesen Jahren übernahm Otto Reimers zusammen mit seinem Freund Paul Schöß den Vertrieb der Zwickauer AAU-E-Zeitung ›Proletarischer Zeitgeist‹. Eine Zeitung, die von 1922 bis März 1933 erschien und sich von den Positionen Otto Rühles zu mehr anarchistischen entwickelte, so daß sie beim Auflösungsprozeß der AAU-E als selbständige Gruppe mit eher anarchistischer Ausprägung weiterbestand. »Nach der Machtübernahme der Nazis war die weitere Herausgabe des ›Proletarischen Zeitgeist‹ unmöglich, da kein Drucker sich bereit fand zu drucken. Rechtzeitig hatten wir uns in Hamburg einen Vervielfältigungsapparat gekauft und stellten nun illegal, fast monatlich eine 12-seitige Schrift ›Mahnruf‹ in kleinem Format her, die an alle Proletarische Zeitgeist Gruppen versandt wurde. Für eine

Deckadresse hatte jede Gruppe schon im Dezember 1932 vorgesorgt. Mitte 1934 stellten wir jedoch die Herstellung ein. Der Versand wurde etwas riskanter, aber vor allem war unser Grund, daß für den Inhalt kein Verständnis bei den Arbeitern bestand, ja – fast eine abweisende Haltung, denn, wenn es auch heißt ›man habe nichts von den Zuständen in den KZ's gewußt‹, so bangte doch jeder davor, ins KZ zu kommen.« (Notiz v. O.R., März 1946; SF-Archiv)

In den 2. Weltkrieg brauchte Otto Reimers nicht, da die Baufirma ihn immer freistellen konnte, erst recht, als die Bombenangriffe auf Hamburg begannen und die U-und Hochbahn immer wieder aufgebaut werden mußten. Während des 3.Reiches verfaßte er »Nachdenkenswertes« über die Zustände, sammelte Material wie Zeitungsausschnitte über das 3.Reich, aber auch z.B. von den Engländern abgeworfene Flugschriften, u.a. mit einer Rede Thomas Manns.

Am 5. Mai 1945 verteilte Otto das erste vervielfältigte Nachkriegsflugblatt. *»Was Tausende in Hamburg längst wußten und aussprachen – mancher dabei im KZ landete – wurde nun von Naziseite endlich als Tatsache anerkannt und damit das Leben tausender Kinder und Frauen, sowie anständiger Männer erhalten. Der Reichsstatthalter Karl Kaufmann erklärt (am 3.5.45 um 13 Uhr) in einem Aufruf den Hamburgern: ›Das Schicksal des Krieges kann nicht mehr gewendet werden; der Kampf aber in der Stadt bedeutet ihre sinnlose, restlose Vernichtung ... Tod und Zerstörung der letzten Existenzmöglichkeiten!‹*
Dieses wußten wir schon seit Stalingrad, auch die Nazibanden wußten es aber diese Schurken machten erbarmungslos jene nieder, die das behaupteten, was heute Kaufmann, zur Kapitulation selber zugibt. Sie alle, (...), die heute in Feldgrau getarnt oder flüchteten, andere nun plötzlich mit der Armbinde des Roten Kreuz einherstolzieren, oder als Hilfspolizei abends mit ihrem Gewehr nach Hause kommen. Wir kennen sie (...) Tausende Insassen der Hamburger KZ-Läger werden reden, für tausende Erschossene, Vergaste und Gerichtete, werden wir anderen unsere Stimmen erheben....« (Flugblatt v. 4.5.45; SF'Archiv)
Ottos Freunde und Genossen aus der ›P-Z-Gruppe‹ Ernst Fiering, Paul Zinke und Karl Kaminski hatten die Nazis im KZ Neuengamme einen Tag vor dem Einmarsch der Engländer mit in die Zelle geworfenen Handgranaten umgebracht. Paul Zinkes Frau war in einem Kieler Gefängnis erhängt worden.

Noch 1945 versuchten sich die überlebenden Hamburger neu zu organisieren. Am 20.5.45 publizierten sie erneut eine erste Nummer des »Mahnruf«; ab September 45 wurde die politische Betätigung im britischen Sektor legal. Nun begannen die Hamburger Anarchisten intensiv aber erfolglos sich mit anderen linken Gruppierungen über ein gemeinsames Vorgehen auseinanderzusetzen. 1946 kam es zur Gründung von »Vereinten Bünden für Demokratischen Aufbau e.V.«, die Hamburger Anarchisten beteiligen sich und Otto Reimers wurde »Zirkelleiter«, später stellvertretender Vorstand und versuchte die Bünde zusammen mit seinen Genossen auf den freiheitlichen Sozialismus festzulegen. In einer Flugschrift vom 15.10.46 warnt er vor den Wahlen, vor der »Werbung um die kleinen P.G.'s« (Parteigenossen). Otto Reimers blieb dieser Linie treu, er mitbegründete anarchistische Zeitschriften wie »INFORMATION, NEUES BEGINNEN und ZEITGEIST«, oder beteiligte sich maßgeblich am Zustandekommen des Anarchistenkongresses in Neviges im August 1959, auf dem der »Bund Freier Sozialisten und Anarchisten« gegründet wurde. Sein Name fehlte auch nicht in den Spendenlisten für die Nachfolgeorganisation der FAUD in der BRD, der FÖDERATION FREIHEITLICHER SOZIALISTEN (Darmstadt) und schließlich nicht in der 1983 gegründeten Verteilerliste des FLI.



Links *Reimers*, rechts *Souchy* in dessen Münchner Wohnung

Die neueren Aktivitäten kommen in diesem Nachruf etwas zu kurz; sie sind jedoch auch manchem Leser eher geläufig. Zum Abschluß wollen wir deshalb nocheinmal ins Jahr 1946 zurückschauen, als Otto zum Ende des Nürnberger Prozesses hellsichtig schrieb: *»...noch ein Wort zum Schlußakt Nürnberg! – Ich glaube nicht, daß dies der Schlußakt ist, sondern wollen wir als Volk gesunden und unsere Achtung als Menschen wiedergewinnen, muß dies der Anfang der Säuberung in unserem Volkskörper sein. Ich habe zuviel von Menschen aus den KZ's bestätigt erhalten, zuviel Grauen erlebt, zuviel vielleicht auch in letzter Zeit über die KZ gelesen, als daß ich von mir sagen könnte, ich urteile über die Nazis vorurteilslos. Gewiß verstehe ich, wenn das Gericht erklärte: ›Das Gesetz biete keine Handhabe sie zu verurteilen‹, doch kommt es denn wirklich auf den starren Paragraphen an? Wenn ein Fritsche nicht verurteilt werden kann in dem Nürnberger Prozeß, wenn sie eine SA-Organisation freisprechen, so zeigt es, daß dem deutschen freien Geist noch eine harte und schwere Aufgabe harrt. Und wir fühlen schon die Frechheit und Arroganz eines Fritsches, der, kaum freigesprochen, schon erklärte, er werde sich einem Entnazifizierungsausschuß stellen.«* (4-seitiges Flugblatt ›Demokratie-Denazifizierung-Nürnberg‹ v.O.R.; SF-Archiv)

Nürnberg ist wahrlich nicht der Schlußakt, wie Otto Reimers feststellte, denn nicht zufällig gibt sich der Neonazi Kühnen neuerdings in seinem Prozeß als Anhänger der SA aus; schließlich geht es ihm um eine legale Nazitruppe in der BRD der 80er Jahre und die SA, tja, die wurde schließlich sogar von den Alliierten freigesprochen. Man darf – auch als Anarchist – gespannt sein, ob es der deutschen Justiz 1984/85 gelingt, die SA als das zu erklären, was sie war: eine verbrecherische faschistische Organisation für Straßenterror u.ä. – ob für oder gegen das Großkapital kann nur eine Nuance sein, die aufgrund der historischen Geschehnisse geschmacklos ist.

von Wolfgang Haug



„Oberstleutnant Klaus Breidsprecher hat den Anarchistenchef Horst Stowasser bei der Staatsanwaltschaft angezeigt"

Es geht um die Bezeichnung „berufsmäßig ausgebildeter Mörder ... dessen Handwerk das Töten ist"

Minister Wörner contra Antimilitaristische Sprache:

ANARCHIST VERURTEILT

Jede radikale Kritik künftig „Beleidigung"? / Wetzlarer Amtsgericht reaktionärer als die Weimarer Justiz / Scheinheilige Gewaltdiskussion

Anarchisten haben schon von jeher kein Blatt vor den Mund genommen und die Dinge beim Namen genannt – das gilt besonders für die Kritik am Militarismus. Ob Ernst Friedrich oder Luis Lecoin, Tolstoi oder Bertrand Russell: Immer war Mord für sie Mord und ein Krieg eine verabscheuenswürdige Schlächterei. Das soll jetzt anders werden. Vom Wetzlarer Amtsgericht wurde am 30. April 1984 der Anarchist Horst Stowasser (33) wegen Beleidigung verurteilt – dabei hatte er vergleichsweise Harmloses geschrieben: Eine Armee sei „organisierte Gewalt" und das „Handwerk des Soldaten besteht im Töten anderer Menschen" – solche sachlichen Beschreibungen stehen fortan unter Strafe!

Auch Horst Stowasser, der in Wetzlar das „Anarchistische Dokumentationszentrum", ein Archiv mit Bibliothek zur Geschichte und Gegenwart des Anarchismus unterhält und als Verleger libertärer Zeitschriften und Autor einiger Bücher an die Öffentlichkeit trat, konnte seinen Mund nicht halten. Im August letzten Jahres schrieb er in dem damals von ihm verlegten Wetzlarer Alternativ-Blatt „Lahn Dill Bote" einen Kommentar. Titel: „Die scheinheilige Gewaltdiskussion". Anlaß: Die absurde Mode ausgerechnet aus dem Mund von Militärs und Militaristen, von der Friedensbewegung ständig kategorische Bekenntnisse zur Gewaltfreiheit zu fordern. Er erinnerte daran, daß ja gerade Armeen „organisierte Gewalt" seien und das „Handwerk des Soldaten im Töten von Menschen" bestehe. Derjenige, der dies in Mittelhessen quasi berufsmäßig immer wieder in Zeitungen und Kommentaren, auf Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen fordert, war für Horst Stowasser kein Unbekannter mehr: Oberstleutnant Klaus Breidsprecher, seines Zeichens

- Wehrbereichskommandeur in Gießen
- Stadtverordneter der CDU in Wetzlar
- Funktionär im Bundeswehrverband
- Wehrpolitischer Sprecher der Wetzlarer CDU und
- stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Bundeswehr der hessischen CDU.

Der markig-martialische Offizier hatte nämlich wenige Tage bevor er in der Wetzlarer Neuen Zeitung im Zusammenhang mit der Friedensbewegung von „Gehirnwäsche" sprach und von allen Antimilitaristen absolute Gewaltfreiheit forderte, Horst Stowasser – zusammen mit anderen hohen Offizieren aus mittelhessens Provinz – ein Interview gegeben. Anläßlich des Hiroshima-Tages wurde nur eine einzige Frage gestellt: „Würden Sie, wenn Sie den Befehl dazu bekämen, wie die amerikanische Bomberbesatzung 1945 handeln und eine Atomwaffe auslösen?" Das Ergebnis des Interviews stand in der August-Ausgabe des Lahn Dill Boten unter der Überschrift, die Bände spricht: „Keiner sagte Nein!"

Tage später zeigt Klaus Breidsprecher mit massiver Unterstützung seiner diversen Organisationen und der Lokalpresse Horst Stowasser an – wegen Beleidigung. Aufhänger waren die schon genannten Zitate von der „organisierten Gewalt" und dem „Soldatenhandwerk", das im Töten anderer Menschen bestehe. Hinzu kam noch ein drittes Zitat, das bereits Geschichte hat: „Jeder Soldat ist ein berufsmäßig trainierter Mörder".

Diesen Satz hatte Stowasser schon 1980 in einem Leitartikel des Lahn Dill Boten geschrieben. Er wurde im Bundestagswahlkampf von Strauß, der Bild-Zeitung und der Bundeswehr in der bekannten Art und Weise verbraten – und auch damals kam es zum Prozeß. Verteidigungsminister Apel und Klaus Breidsprecher, damals noch Major, stellten Strafantrag gegen Stowasser und zwei Mitangeklagte. In erster Instanz gab es in der Garnisonsstadt Wetzlar erwartungsgemäß hohe Strafen (90 Tagessätze), die aber in der zweiten Instanz vom Landgericht aufgehoben und in glatte Freisprüche verwandelt wurden – letztendlich vom Oberlandesgericht höchstrichterlich bestätigt.

Obwohl er damals freigesprochen wurde und obwohl er – vorsichtig geworden – nunmehr diesen Satz nur in Gänsefüßchen als Zitat mit dem Hinweis brachte, daß er dies vor 3 Jahren ungestraft sagen durfte, wurde Horst Stowasser nun zu einer Geldstrafe von 875 DM, ersatzweise 35 Tage Haft verurteilt – wegen Beleidigung.

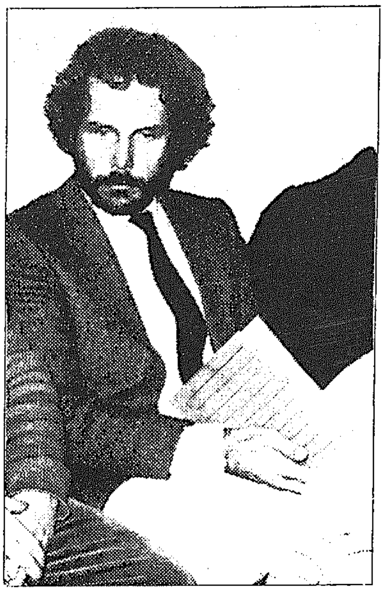
Juristisch war das ganze trickreich angerichtet: Obwohl es inhaltlich natürlich gar nicht um einen bestimmten Offizier ging sondern um eine generelle, scharfe Kritik am Militarismus und an der Absurdität der „Friedensdiskussion", konstruierte die Anklage hieraus eine ganz gezielte, persönliche Beleidigung eines ganz bestimmten Offiziers. Zum Beweis wurde angeführt, daß in dem Kommentar der Oberstleutnant Breidsprecher namentlich angesprochen und gemeint war – eine Tatsache, die niemand bestritten hatte. Allerdings: er diente nur als konkreter Anlaß für die Betrachtungen über Soldaten und Armeen und das auch nur insofern, als er sich selber in der Öffentlichkeit in diese Rolle drängt und sich in ihr profiliert. Stowasser stellte vor Gericht klar: „Die ganze Frage einer Beleidigung ist absurd – wenn ich beleidigen wollte, dann hätte ich das auch getan. Die Ehre eines Offiziers ist mir egal. Mir geht es um die drohende Vernichtung von uns allen." In den langen Erklärungen des Angeklagten und der Verteidigung wurde dann auch klar herausgearbeitet, daß die ganze angebliche persönliche Beleidigung eine notwendige Hilfskonstruktion ist, die als juristische Voraussetzung für eine Verurteilung nötig sei. „In der DDR werden Dissidenten wegen 'Devisenvergehen' verurteilt und nicht, weil sie Dissidenten sind – in der BRD werden kritische Journalisten wegen angeblicher persönlicher Beleidigung verurteilt, nicht wegen ihrer Meinung."

Der springende Punkt aber war und bleibt die Frage, wieso denn solche Gemeinplätze, wie Stowasser sie geschrieben hat, überhaupt beleidigenden Inhalt haben? Stowasser machte die Zielrichtung des Prozesses an einem Beispiel klar: „Man kann den Beruf eines Metzgers auf zwei Arten beschreiben: 'Das Handwerk des Metzgers besteht in der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Wurstwaren', mag der Metzger sagen. Ich als Nicht-Metzger mag sagen 'Das Handwerk des Metzgers besteht im Töten und Verarbeiten von Tieren' Beides ist richtig." Es geht also in diesem Prozeß gar nicht um eine Beleidigung des Ehrgefühls, sondern um eine Disziplinierung der Sprache. Ebenso wie man einen Minister, der für den Krieg zuständig ist, nicht Kriegsminister nennen darf sondern Verteidigungsminister nennen muß, so soll durch dieses Urteil erreicht werden, daß Kritik an Militär, Staat und Gesellschaft künftig nicht mehr in einer scharfen Sprache,

mit entlarvender und entwaffnender Direktheit und Offenheit formuliert werden darf. Die Bundeswehr will erreichen, daß der allgemeine Sprachgebrauch moderat und zahm wird und sie bedient sich hierzu der Justiz als Büttel. Nicht umsonst wies Horst Stowasser darauf hin, daß er hier als staatsverneinender Anarchist von einem Menschen verurteilt werden soll wegen der Beleidigung eines anderen Menschen, die beide den selben Arbeitgeber haben – den Staat.

In der Tat laufen zur Zeit im ganzen Bundesgebiet mehrere parallele Prozesse wegen „Mörder"- und ähnlicher Zitate. Ziel der Militaristen: endlich einmal ein juristisch hieb- und stichfestes Urteil erreichen, das kritische Sprache strafbar macht. Ziel dürfte das sein, was Orwell in seiner Neusprache in dem Satz gipfeln läßt: „Krieg ist Frieden". Klaus Breidsprecher macht in dieser Strategie für die Armee nur den Versuchsballon. Seine angebliche Ehrkränkung ist ein unglaubwürdiger Vorwand – unglaubwürdig zum einen, weil auch Minister Wörner mitklagt (der nicht erwähnt wurde) und zum anderen, weil der schneidige Offizier selber auch nicht gerade zimperlich ist im Umgang mit seinen politischen Gegnern. So bedauerte er zum allgemeinen Erstaunen am Vorabend des Prozesses auf einer Podiumsdiskussion, daß wir „nicht mehr in der Steinzeit leben". Darüber, und daß er und seinesgleichen von unserer freiheitlichen Verfassung geschützt würden, könne Stowasser froh sein. Denn damals wurden solche Auseinandersetzungen noch „Mann gegen Mann" ausgetragen. Breidsprecher ist alles andere als das mimosenhafte Sensibelchen, aber aus juristischen Gründen mußte er diese Rolle vor Gericht halt spielen.

Besonders mit Ruhm bekleckert indes hat sich der „erkennende Richter" Wagner am Wetzlarer Amtsgericht. Er verhalf dem Tribunal der verschlafenen Provinzstadt zu unverhofftem Ruhm, denn wenn dieser Urteilsspruch rechtskräftig wird, wäre dies der erste Schuldspruch in einem solchen „Soldaten-Mörder-Prozeß". Man braucht nur in der deutschen Literatur nachzulesen – von Simplizissimus bis Tucholski, von Büchern ehemaliger Soldaten bis hin zum allseits belobhudelten Martin Niemöller – immer wieder wurden Soldaten als Mörder, ihr Tun als Mord bezeichnet. Und natürlich hat es immer wieder Versuche gegeben, diese ungeschminkte Wahrheit, die Bestandteil unserer (zum Glück noch!) lebendigen Umgangssprache ist, durch Gerichtsurteile unterdrükken zu lassen. Noch nie hat es bisher dabei einen Schuldspruch gegeben. So-



gar 1932, am Vorabend des deutschen Faschismus sprach die (als parteiisch berüchtigte) Justiz der Weimarer Republik Carl von Ossietzki frei, der, weil er Ähnliches geschrieben hatte, von dem damaligen Reichswehrminister Gröner verklagt worden war.

Vollends kabarettreif wird dann die schriftliche und mündliche Urteilsbegründung von Richter Wagner. Wortreich versichert er, daß es keinesfalls ein politischer Prozeß sei, versteigt sich dann aber sogleich in rein politische Argumentationen. Da ist die Rede davon, daß ein Soldat „seine Waffe beherrschen" soll und nicht „esoterischen Gefühlen nachzuhängen habe". Da wird die „überwiegende Mehrheit der Bevölkerung" zitiert, die sicher anderer Meinung sei als der Angeklagte. Da wird die Funktion der Abschreckung der Bundeswehr lobend erwähnt und rührselig darauf hingewiesen, daß der Offizier Breidsprecher ja auch tapfer sein eigenes Leben mit aufs Spiel setze. Sehr interessant – nur, was hat das mit der Beleidigung zu tun? Seit wann muß ein Journalist sich der Meinung der Mehrheit anschließen? Was hat es einen Zivilisten zu interessieren, wenn auch ein Offizier sein Leben mit Millionen anderer Menschen verlieren wird? Das ist sein Bier, und wenn er seine Tapferkeit unter Beweis stellen will, dann kann er gerne mit Soldaten anderer Armeen „Mann gegen Mann" kämpfen – aber bitte: Sind das nicht alles rein politische Argumentationen?

Mit entwaffnender Offenheit erklärt der Richter schließlich, daß das Gericht „selbstverständlich" mit der Verteidigung einer Meinung sei, daß eine Armee eine „Sammlung persönlicher und sächlicher Mittel" zur Anwendung von Gewalt sei. „Das stimmt und daran sollte man nicht vorbeireden." Dennoch darf man das nicht sagen, denn wenn man es auf eine bestimmte Person beziehe, sei es eben doch eine „Verbalinjurie". Nur – w a r u m eine vom Gericht geteilte Wahrheit eine Beleidigung ist, die Antwort blieb Richter Wagner schuldig...

Auch das Argument, daß die drohende Vernichtung der Menschheit ein relativ wichtigeres Gut im Vergleich zur persönlichen Ehrverletzung eines einzelnen sei, ließ der strenge Richter nicht gelten. Weltverbesserer neigen nämlich dazu, ihre eigenen Anliegen als „subjektiv hyperwichtig" anzusehen. Kommentar überflüssig...

Kein Wunder, daß der Prozeß, der eine erstaunliche regionale Beachtung fand, von dem Verteidiger, Günter Becker, dann auch kurz und treffend als „Gesinnungsprozeß" eingestuft wurde. Bekker, Vorsitzender des Republikanischen Anwaltsvereins Mittelhessen und SPD-Stadtverordneter in Gießen, erklärte: „Der Staat und sein Militär unternehmen den untauglichen Versuch, die verlorengegangene Legitimität im Bereich der Friedenssicherung durch Strafprozesse wiederherzustellen." Wenn das nicht treffend ist – noch dazu aus dem Munde eines (aufrechten!) Sozialdemokraten.

Der nunmehr verurteilte Anarchist und Dickkopf Horst Stowasser ist indes nicht bereit aufzugeben: „Ich werde natürlich für die beleidigte Ehre eines Offiziers keinen Pfennig bezahlen. Das, was Soldaten aller Zeiten und aller Länder immer wieder taten und tun werden, ist die größte Beleidigung die denkbar ist: sie nehmen uns das Leben. Und das werde ich immer wieder als das bezeichnen, was es in meinen Augen ist: schlicht Mord. Und wenn das strafbar ist, dann werde ich ins Gefängnis gehen und das als einen ehrenwerten Platz in dieser Gesellschaft ansehen."

Für die bevorstehende zweite Instanz sind der Angeklagte und die Verteidigung dringend auf Geldmittel angewiesen. Horst Stowasser führt diesen Prozeß nicht zum Spaß, sondern um ein Stück Meinungsfreiheit zu verteidigen – für uns alle. Laßt ihn nicht hängen, unterstützt ihn moralisch, durch Öffentlichkeit und Spenden:
SPENDENFONDS „Hilfe für die bedrohte Sprache", Rechtsanwälte Egler/Becker/Borchers, Wetzlar, Bank für Gemeinwirtschaft (BLZ 515 101 11) Kto-Nr. 10 799 05

Otto Rammstedt

Anschrift:
Horst Stowasser
Postfach 2602
633 Wetzlar-Lahn



Kleinanzeigen (pro Zeile 1.-DM) und Kurzmeldungen

★ Jetzt erst recht! **Arbeitsbrigaden** für das befreite Nicaragua – Unterstützung des Befreiungskampfes in El Salvador.

Die US-Army dirigiert bereits die Bombardements gegen die Zivilbevölkerung in El Salvador. US-Söldner fliegen bereits die Einsätze der Contras in Nicaragua … Jetzt erst recht: Bauen wir wieder auf, was die Contra zerstört hat; Wollen wir in Nicaragua das verteidigen, wofür die Befreiungsbewegung in El Salvador kämpft. Deshalb suchen wir weiterhin Zimmerleute, Maurer, Schreiner, Sprachkundige und Menschen mit handwerklichem Geschick für einen zweimonatigen Arbeitseinsatz im Häuserbau und besonders auch finanzielle Unterstützer für die Kampagne. Sonderkonto: Stadtsparkasse Wuppertal Nr. 963611; Informationsbüro Nicaragua. Vorbereitungsgruppen: Ch. Greiner, Michaelisbrükke 1, 2 Hamburg-11; K. Hess, Jägerhofstr. 42, 56 Wuppertal; A. Stietz, Moldenhauerweg 37, 61 Darmstadt.

Schallplatten Da zunehmend auch Schallplatten an die Redaktion gesandt werden, haben wir eine Musikredaktion neu geschaffen, unsere Musikredakteurin Mara von Soest wird also in Zukunft eingegangene schwarze Scheiben vorstellen

★* »Jyl« – Jyl ist eine US-Amerikanerin, die bereits in Musicals wie Westside Story oder Hair mitwirkte und jetzt eine erste Solo-LP vorlegt.
* »Richard Wahnfried: Meagtone« – Eine LP Klaus Schulzes.
* »The Best« – eine Zappa-Parodie.
* »Klaus Schulze: Angst« – alle Platten aus dem Musikverlag Klaus D. Müller Berlin. Vertrieb: Inteam, An der Lake 2, 3100 Celle-Scheuen.

★Zur Vorfinanzierung der beiden Sondernummern »Kultur« und »Nostalgie« benötigen wir ca. 12.000 DM. Der **SF** sucht zinslose **Direktkredite** für mindestens 12 Monate, rückzahlbar in Monatsraten vom vereinbarten Zeitpunkt an. Wer uns also die Zeit bis zum Verkauf der Nummern überbrücken helfen kann, wende sich an unsere Redaktionsanschrift oder rufe an: Tel. 07121/370494.

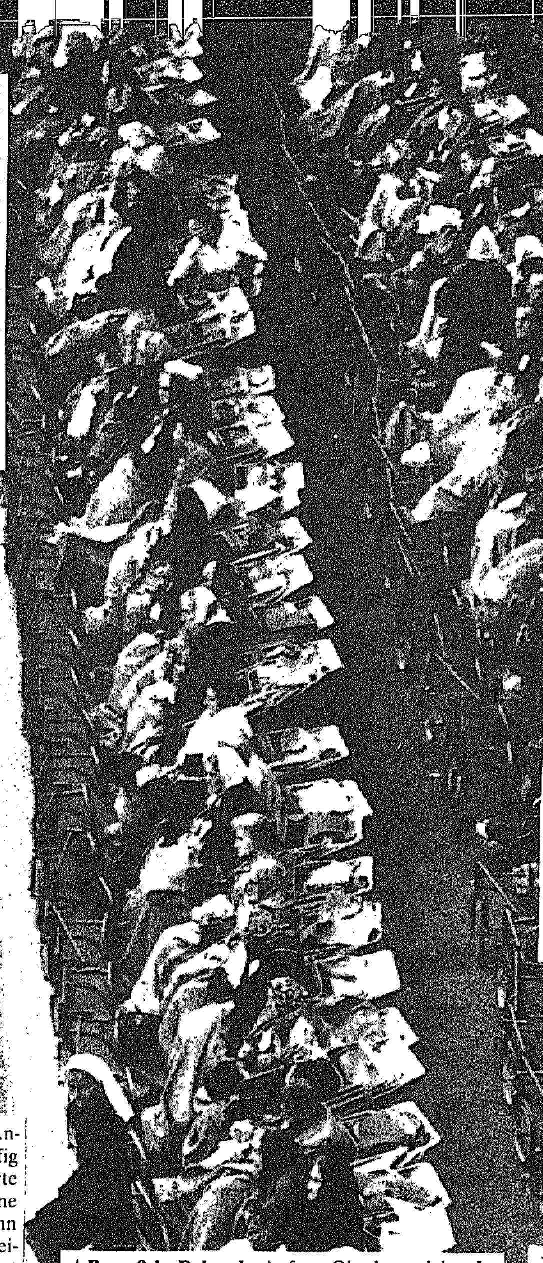
*★ Die persische Anarcho-Zeitung **»Ensane Azad«** hat eine *neue Adresse*: c/o Postfach 11 04 15, 4300 Essen-11!!!

★Verkaufe **»s'Blättle«**. Stuttgarter Stadtzeitung, zur Zeit »Flächendeckende Publikation für Menschenvernetzung und Anarchie«. Nr.13, 24, 30-31, 35-95, d.h. ca.60 Nummern zu 60.-DM. Alexander, c/o SF. Vorauskasse an SF-Konto, Lieferung durch den SF.

★Für die Überweisung von 8.-DM gibt es auch beim SF den **Schwarz-Roten-Kain-Kalenda** für 1985. Hrsg. von Ralf Landmesser beim Guhl-Verlag in Berlin.

★Proteste der Innut-Indianer gegen Tiefflüge. Seit 1980 wird das Gebiet der kanadischen Innut-Indianer durch die **Luftwaffe der BRD**, Großbritaniens, Canadas und der USA überflogen und ein Teil ihres Territoriums als Bombenabwurfgebiet benutzt. Die tieffliegenden Düsenflugzeuge erschrecken die Rentiere, vertreiben das Wild und bedrohen so die Existenzgrundlage der 9000 Innut. Die psychischen Auswirkungen des ohrenbetäubenden Lärms reichen von der Verängstigung der Kinder bis zu zahlreichen Selbstmorden. Die deutsche Luftwaffe tut so, als gäbe es keinerlei Beschwerden von Seiten der Innut. Das Gegenteil ist der Fall, sie werden allerdings an das kanadische Verteidigungsministerium weitergeleitet und nicht beachtet.
Kontakt: Informationszentrale für nordamerikanische Indianer, c/o Richard S. Kelly, Martin Buber-Str. 1, 1000 Berlin-37.





★ **Organisatorisches**: Besonders neugegründete Anarchogruppen waren in der Vergangenheit häufig daran interessiert über Veranstaltungen Interessierte zu versammeln. Als Aufhänger bieten sich Filme oder Videos an. Im Wetzlarer **adz** (Turmstr.2) kann man Filme über anarchistische Geschichte ausleihen. Da Horst Stowasser oft arbeitsmäßig überlastet ist, sei zusätzlich auf die Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, 78 Freiburg verwiesen. Dort sind u.a. folgende Videos zu beziehen: Solidarnosc, Machbar (gewaltfreie Blockade), Lucas Aerospace (Umstellung von Rüstungsproduktion), No more future, KOMM-Nürnberg, Züri Brännt, Randale und Liebe, ZDF-Hearing zu den Jugendkrawallen, Malfunktion (Zur Volkszählung), Unter Deutschlands Erde – Ex-KZ-Stollen wird zum Atomschutzkeller, Die lange Hoffnung (weitere Filme über den Spanienkrieg im Archiv, z.B. Enzensbergers Durruti-Film!), No pasaran (Nicaragua), Arbeiterselbstverwaltung – 4 frz. Betriebe, Septemberweizen, Freie Radios, Startbahn West, 2 Tage im Mai (Neonazis), Sicherheit für die 80er Jahre (Polizeiarbeit) uva.

★ Liebe Freunde, das **anarchistische Forum Wiesbaden** hat eine Bitte: Die in libertären Kreisen schon vor Jahren geäußerten Befürchtungen in Bezug auf Funktion und gesellschaftliche Auswirkungen einer grünen Partei bestätigen sich in vielerlei Hinsicht (vgl. »Wozu noch in die Parlamente?« usw.) Die Bedeutung von Spaltung und Reintegration Außerparlamentarischer Opposition (im weitesten Sinne) in die normalen, sich besser steuern lassenden, Bahnen des Parlamentarismus ist nur einer von vielen Aspekten, die es notwendigmachen eine Zwischenbilanz zu ziehen. Konkrete Erfahrungen über die üble Rolle der GRÜNEN, wie wir sie z.B. in Bezug auf die Startbahn-West immer noch machen, aber auch theoretische Erörterungen (Aufsätze, Referate etc.) sind für uns als Grundlage für eine analytische Diskussion interessant.
Schickt also bitte alles was ihr zu diesem Thema habt (z.B. Wahlboykottaufrufe, eigene Gedanken und Stellungnahmen usw.) an: Anarchistisches Forum, Postlagerkarte Nr.062032, 6200 Wiesbaden. Wir hoffen euch dann in Bälde die Ergebnisse in Form einer Broschüre oder auch auf andere Weise mitteilen zu können. Gruß M.

★**Prozeß in Belgrad**– Anfang Oktober erlebte Jugoslawien einen großen Prozeß gegen Personen, die angeklagt sind, die Verfassungsordnung des Landes umstürzen zu wollen. Diesmal geht es um sechs Personen, als Intellektuelle bezeichnet, die illegale Zusammenkünfte organisiert haben sollen, um ihre Ziele zu erreichen. Der Prozeß ist eine Folge der Festnahme von 28 Teilnehmern einer privaten Zusammenkunft am 20. April in Belgrad, wo Milovan Djilas über die Nationalitätenfrage in Jugoslawien einen einführenden Vortrag hielt. Warum die Polizei während der Versammlung ins Haus eindrang, ist nicht klar.(...) Die Zusammenkunft am 20.4. war Teil einer Reihe von Diskussionsveranstaltungen, die seit 1977 von verschiedenen Leuten regelmäßig zu Hause abgehalten wurden, über wechselnde Themen wie Aggression, alternative Lebensweisen, die Zulässigkeit der Todesstrafe, unsere technische Zivilisation, den kreativen Prozeß, den Tod im dialektischen Materialismus usw. Es war keine fest Gruppe, die die Versammlungen organisierte, und auch die Teilnehmer wechselten; im Laufe der Zeit waren etwa 200 Personen bei den Zusammenkünften. (...) Die Zusammenkünfte waren unter dem Namen »Freie Universität« bekannt und wurden auch in den Medien beachtet. Mehrere Teilnehmer an den Gesprächen hatten unter der einsetzenden Repression zu leiden. Ein Arbeiter ist ermordet aufgefunden, ein anderer massiv bedroht und mißhandelt worden. Die Verteidigung der Angeklagten wird behindert. Der Vorsitzende des Präsidialrates von Jugoslawien, Veselin Djuranović, hat in einem in den Zeitungen wiedergegebenen Referat für das ZK in Montenegro die Angeklagten im Voraus für schuldig erklärt. Es gilt jetzt eine möglichst große Öffentlichkeit herzustellen, da es Jugoslawien wegen seiner Kreditwünsche an den Westen sehr ungelegen kommt, der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung bezichtigt zu werden..
Kontakt: Het Fort van Sjakoo-Buchladen, Postbus 16 578, NL-1001 RB Amsterdam.

★Die **ASTI** (Anarchistische Studenteninitiative) ist ein Zusammenschluß verschiedener anarchistischer Richtungen. Sie ist notwendig als Gegenpart zentralistisch-hierarchischer und demokratischer politischer Vereinigungen und für das klare Eintrten für eine Gesellschaft ohne Zwang und Gewalt, ohne Regierung und Staat, auf der Grundlage der freien Vereinbarung ihrer Mitglieder. Diese Prinzipien haben auch antizipatorischen Charakter für die ASTI, d.h. die innere Organisation sowie alle Aktionen nach außen müssen daran orientiert sein.
Besonderes Aufgabengebiet soll neben der Werbung für unsere freiheitlichen Ideen die Förderung einer libertären Wissenschaft sein, die in der konstruktiven Kritik des Bestehenden und der emanzipatorischen Weiterentwicklung ihren Sinn sieht. Dies kann nur im Rahmen einer undogmatischen Lehre und Forschung geschehen. Mitglieder der ASTI sollten also dementsprechend in Lehrveranstaltungen den libeträren Standpunkt einbringen und auf einen anti-autoritären Verlauf derselben hinwirken. In der eigenen Forschung soll gezielt zur libertären Theorie und Praxis gearbeitet werden. Eigene Veranstaltungen, Werbung für unsere Ideen durch Verbreitung anarchistischer Literatur und eine mögliche eigene publizistische Tätigkeit sind weitere Punkte. Wir wollen eine breite lebendige Information und Diskussion. Die natürlichen Bündnispartner an der Uni sind antiautoritär-sozialistische Gruppen. Zweckbündnisse mit anderen sind bei Wahrung der eigenen Standpunkte und Interessen denkbar.(...) Die Uni muß ein Ort der wirklich freien Wissenschaft und Lehre/Forschung werden, der dazu geeignet ist, verantwortungsbewußte Menschen für eine freie, ökologische Zukunft werden zu lassen. Sie muß für alle Menschen geöffnet werden, die lernen oder forschen wollen und muß ihre systemimmanente Rolle als selektorische Herrschafts-und Elitefabrik verlieren...
Kontakt: Bettina 030/3948334 oder Ralf 030/3222027



★ Durchsuchung am 17.10. – **s-Blättle** und die unaufhörliche Konfrontation mit dem §129a. »Konkreter Anlaß war der Artikel ›Anschlag auf die NATO-Pipeline‹ im Blättle Nr.92. Der schlichte schwarze Balken an Stelle eines presserechtlich Verantwortlichen war ihnen willkommener Anlaß, sich alle zur Redaktionskonferenz einfindenden Personen zu greifen und als mutmaßliche Redaktionsmitglieder einer ED-Behandlung zu unterziehen.« (...) Eine schriftliche Beschuldigung der ED-Behandelten steht noch aus, das Blättle will weiter informieren.

★**FREIRAUM** – Die Repression gegen die anarchistische Zeitung aus München geht weiter. Nach dem Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen die Nummern 2,3 und 4 u.a. wegen dem abgedruckten Strafbefehl gegen Christian, wegen dem Aufruf zur Manöverbehinderung im Fulda-Gap oder dem Vorschlag, Hannover mit Spraydosen zu verschönern, ist nun auch die Nummer 6 für verboten erklärt worden. Gleichzeitig mit diesem überzogenen und kleinlichen Eifer der Behörden, nimmt die Repression gegen die presserechtlich Verantwortlichen zu. So fand nun die **7. Hausdurchsuchung** wegen einem Artikel statt, der sich vergleichend mit Kriegsdienstverweigerung, Totalverweigerung und Zersetzung der Bundeswehr befaßte. Dies wurde wieder einmal als Aufforderung zu Straftaten (§ 111 StGB) ausgelegt, obwohl nicht viel mehr ausgesagt ist, als in allen drei Bereichen aktiv zu werden um Sand im Getriebe zu werden. Die Prozeßlawine betrifft in München inzwischen mehr und mehr Leute, die Kosten übersteigen die Möglichkeiten der jungen Genossen/innen Christian, Brigitte und Matthias. Wir bitten deshalb um Spenden auf das Konto des Ermittlungsausschusses, Stichwort FREIRAUM, PschA München, Kontonr. 3664 83 - 801, M. Dörflinger (BLZ 700 100 80).
Wer sich direkt bei den Urhebern erkundigen will, was die eigentlich so bewegt, kann diese erreichen: Tel. 089-5204 4346 (Justizgebäude Nymphenburger Straße).

LESERBRIEF

So erfreulich ich es auch finde, daß im SF so heftig um das wichtige Thema 'erziehen' und 'Erziehung' gerungen wird, so sind mir doch einige Punkte eingefallen, die dazu noch zu bemerken sind:

1. Herr Ulrich Klemm behauptet, eine libertäre Tradition im Erziehungswesen entdeckt zu haben. Wohl gibt es eine Menge libertärer »Pädagogen« und unterschiedlichster Theoretiker, aber keine libertäre Tradition, denn wenn diese Pädagogen und Theoretiker libertär bzw. Anarchisten waren, so haben sie *eine Sichtweise*, aber *kein* abgeschlossenes Theorien- oder Lehrgebäude hinterlassen, die Fragen der »Einführung von Kindern in unsere Welt« zu betrachten. Der wirkliche Anarchist befragt die Realität selber, wie sie ist und wie sie werden könnte. Ohne Lehrgebäude aber auch keine Tradition: traditionell kann nur die Sichtweise sein, die Realität immer wieder neu zu befragen, wie sie ist und wie sie werden kann, aber in keinem Fall die Rückschlüsse Tolstois oder anderer libertärer Pädagogen aus der Realität *ihrer* Zeit.

2. Daher gibt es eine libertäre Pädagogik gar nicht. Ein Eintreten der 'libertären Pädagogen' z.B. gegen die Schulpflicht erklärt sich daher nicht aus ihrer Theorie, sondern aus ihrer Befragung der »Realität der Kinder« ihrer Zeit – wie sie ist und wie sie sein könnte ... Dieses erklärt auch, weshalb sie ihre »begrenzte Anarchie des Lernens aus der Erfahrung« in einer beherrschenden und beherrschten Gesellschaft nur innerhalb eines begrenzten, abgeschlossenen Erfahrungsraumes »Institution Schule« verwirklichen konnten. Im Geiste ihrer Zeit war die »reine zur Verfügungstellung von Wissen und Lehrinhalten« ein Schritt zur Befreiung und zur Freiheit.

3. Heute ist jedoch die Erziehung und ihr »Lehrinhalt« selber zum Gegenstand der Kritik geworden. Diesen Tatbestabd zugunsten eines Anknüpfen an »libertäre Pädagogen« des vorigen Jahrhunderts zu verleugnen, bedeutet, die Erfahrungen vom Dada bis zum Punk und von Mauthner bis Erlenberger zu verleugnen. Das reine zur Verfügungstellen von Wissen und Lehrinhalten reicht nicht aus – ist nur äußere Freiheit. Der Versuch, fremdes Wissen zu eigenem zu machen, egal, ob auf freiwilliger oder zwangserzogener Basis, begründet die Entfremdung des Menschen von sich selbst und damit die Angst vor »innerer« Freiheit.

4. Die »Barbarei der Besserwisser« besteht darin, in der zur Verfügungstellung von Lehrinhalten – ob auf freiwilliger Basis im Rahmen einer »Schülerschule« oder durch Zwangserziehung in einer staatlichen Schule – Lebensbeschreibungen und Lebensinterpretationen anzubieten, die vom Schüler anstelle des Lebens selber gelebt werden sollen. Der Schüler lernt nicht selber – als jenen Einzigen, der mit der äußeren Welt hinsichtlich der Verwendung von Worten und Wortbedeutungen z.B. eine Abmachung eingeht, um verstanden zu werden, dahinter jedoch der Entscheidende, sich selber denkende, Worte prägende und Bedeutungen hineinlegende Mensch bleibt –, sondern er lernt Sprache und Wissen als etwas feststehendes, dem Komet zwischen Menschen enthobenes, unveränderliches Etwas, auf dessen Bedeutung er keinen Einfluß hat.

5. Die Abschaffung der Erziehung neben aller Institutionen (Schule, Kindergarten, Uni usw.) meint daher n.m.A. die Schaffung eines Freiraumes für Kinder, um sich selber – als Entscheidende, Bewertende, sich selber Ausdenkende ohne Abstand zwischen sich selbst und ihrer Vorstellung von sich selber – zu lernen und eigene Vorstellungen ihres Lebens zu entwickeln. Dieser Freiraum ist eher im Umgang außerhalb aller Institutionen zwischen Erwachsenen und als kleine Erwachsene gleichberechtigt anerkannter Kinder gegeben als im Rahmen von Schülerschulen und freien Schulen aller Art. – Wer dagegen meint, Kindern etwas beibringen zu müssen und selber Sichtweisen und Theorien fremder Menschen (Tolstoi o.ä.) als die eigenen akzeptieren kann, obgleich es nicht seine Erfahrungen sein können, dem ist in seiner Entfremdung von sich selber – wie Herrn Klemm – einfach nicht mehr zu helfen. Jedenfalls solange nicht, wie er nicht selber bereit ist, sich helfen zu lassen. »Weil das Leben gar nicht existiert, außer man erfindet gern Namen für frei schwingende Regungen des menschlichen Gehirns ...« (Maria Erlenberger, Hoffnung auf Erinnern, Rowohlt 1982). Diese sind jedoch Sache jedes Menschen – auch des Kindes – allein.

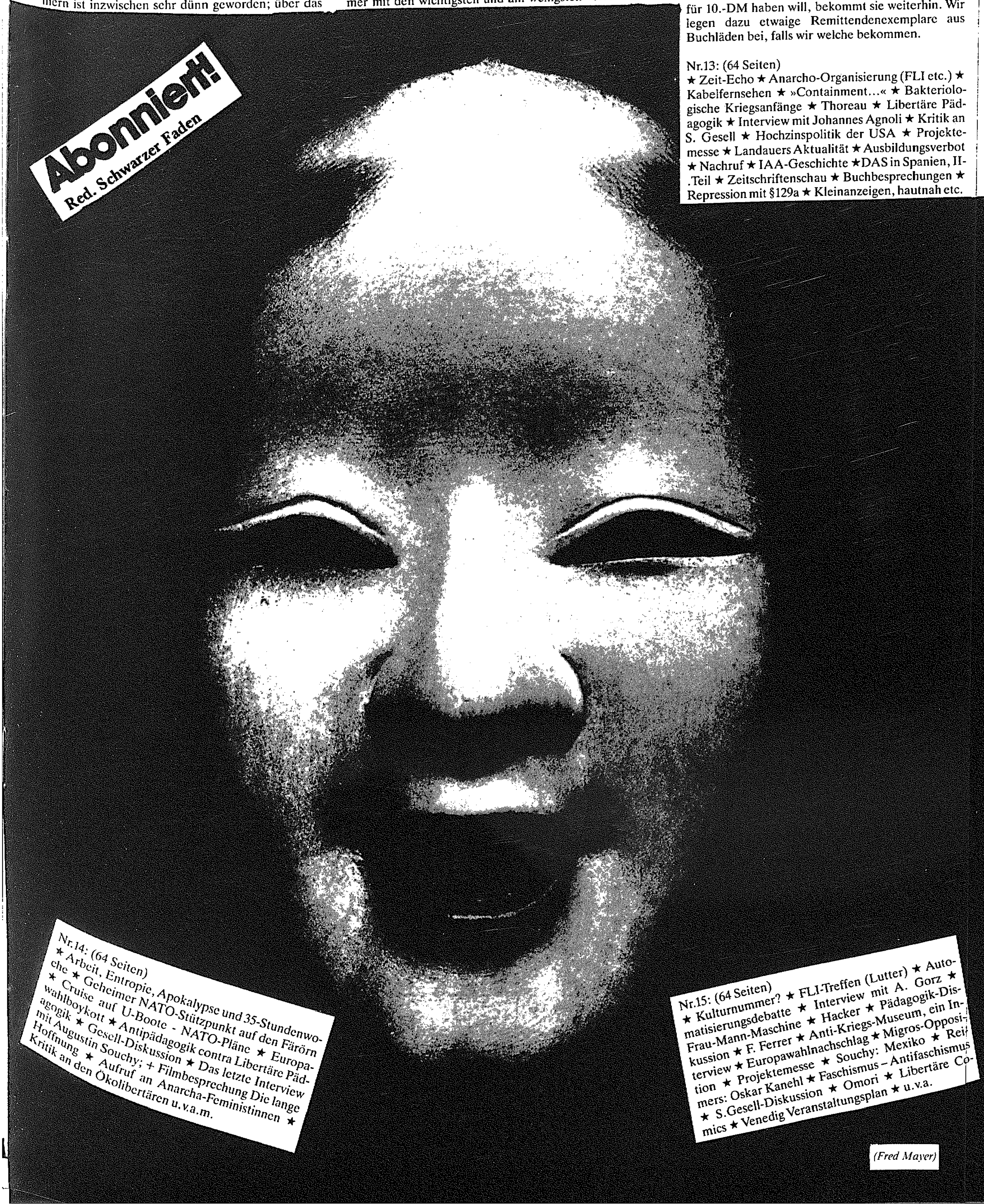
K. Jakob/Steinhagen, Max Stirner Memorial Institut Hamburg

Anmerkung zu diesem Brief von Seiten der Individualanarchisten: Ich will an dieser Stelle nun keineswegs die Kritik zurückweisen, die an der »libertären Pädagogik« geübt wird; denn sie ist interessant und diese Diskussion wird weitergeführt werden. Aufgefallen ist mir jedoch das Verständnis von 'Lernen', von 'Mensch sein' usw. in Punkt 4 und 5 des Briefes. ›Der Einzige geht einen Vertrag mit seiner Umgebung ein, um verstanden zu werden‹, eine solche Auffassung von Sprache geht nun ebenfalls völlig am Wissensstand über die Sprachentstehung beim Kind vorbei (vgl. z.B. Jean Piaget, Wygotsky, Karl Bühler und viele andere mehr). Sprache ist in erster Linie Kommunikationsmittel und als solche bleibt sie abhängig vom Kollektiv, das sie spricht. Sie verändert sich mit den Erfahrungen die das Kollektiv und die einzelnen Individuen des Kollektivs machen. Sie trägt Bewußtseininhalte weiter, ihre Zeichen enthalten Bedeutung. Bedeutung spielt jedoch ebenfalls nur dann eine Rolle, wenn sie in einem Kommunikationsprozeß und Handlungsprozeß zum Tragen kommt.

Da dies nun keine wissenschaftliche Abhandlung, sondern nur eine kurze Anmerkung werden soll, stelle ich den Thesen 4 + 5 die Meinung entgegen: Jeder 'Einzige' lebt von Fremderfahrungen, die er mit der Sprache in sich aufnimmt. Sprechen, Lernen, Erfahrungen machen sind ohne Gegenüber, ohne Gemeinschaft nicht möglich. Jeder Sprecher braucht einen Hörer; die Reduzierung auf ein »Einziges Individuum«, das lediglich Verträge mit seiner Umwelt abschließt um die sogenannte »Fremdbestimmung« bewußt zu »legalisieren«, ist nichts mehr als ein ideologischer Irrtum.

Wolfgang Haug

★ALTE AUSGABEN DES SF:
Um neueren Abonennten die Gelegenheit zu geben, ihre Sammlung zu vervollständigen und bei Bekannten und Interessierten zu einem günstigen Preis für den SF zu werben, machten wir folgendes Angebot: »Für 4 alte Ausgaben schickt ihr uns 10 DM (Schein, Überweisung, Briefmarken). Welche Nummern ihr haben wollt, schreibt ihr dabei. Zur besseren Orientierung hier die Inhaltsangaben der noch lieferbaren Ausgaben:« – Die Anzahl der noch lieferbaren Nummern ist inzwischen sehr dünn geworden; über das Interesse haben wir uns natürlich sehr gefreut und zur finanziellen Stabilisierung des Blattes hat diese Aktion ebenfalls einiges beigetragen. Wir legen deshalb ab sofort mehr Exemplare auf, um diesem Interesse in Zukunft wieder nachkommen zu können. Ein Nachdruck der nun vergriffenen Nummern kommt finanziell jedoch nicht in Betracht. Deshalb haben wir uns etwas anderes überlegt:
Nostalgie-Nummer !!! Wir wollen, eine Extranummer mit den wichtigsten und am wenigsten veralteten Beiträgen von Nummer 0 bis 12 (also von 13 Nummern) zusammenzustellen, neu gesetzt und lay outet, ca. 100 Seiten, zum SF-Unterstützungspreis von 10.- DM. Um das Projekt kalkulieren zu können, bitten wir schon jetzt um Vorbestellungen und Vorauszahlungen. Stichwort: »Nostalgie jetzt oder nie!«, Merci!



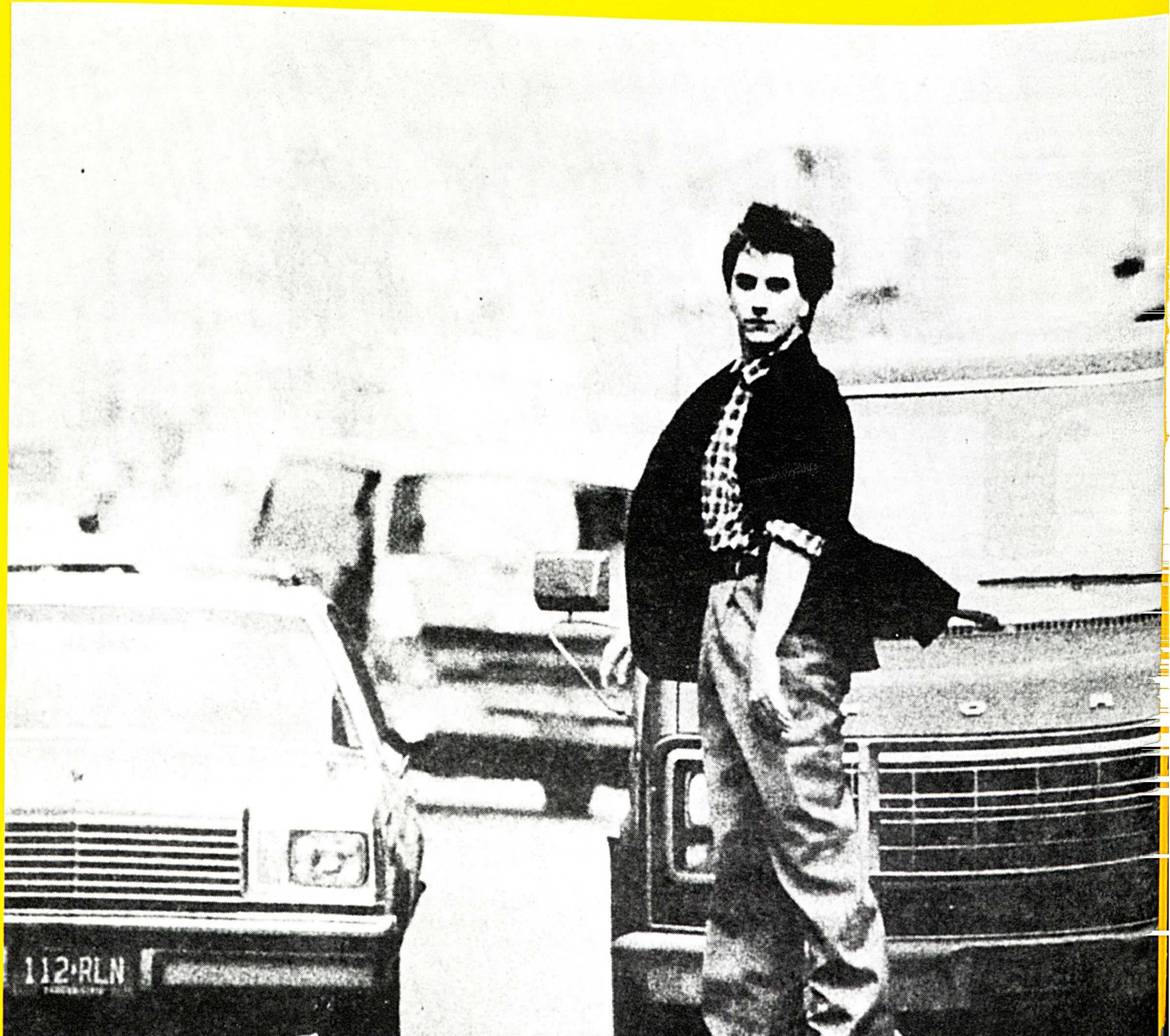
Nr. 0, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12 vergriffen! Was bleibt sind also lediglich 3 Nummern! Wer diese für 10.-DM haben will, bekommt sie weiterhin. Wir legen dazu etwaige Remittendenexemplare aus Buchläden bei, falls wir welche bekommen.

Nr.13: (64 Seiten)
★ Zeit-Echo ★ Anarcho-Organisierung (FLI etc.) ★ Kabelfernsehen ★ »Containment...« ★ Bakteriologische Kriegsanfänge ★ Thoreau ★ Libertäre Pädagogik ★ Interview mit Johannes Agnoli ★ Kritik an S. Gesell ★ Hochzinspolitik der USA ★ Projektemesse ★ Landauers Aktualität ★ Ausbildungsverbot ★ Nachruf ★ IAA-Geschichte ★DAS in Spanien, II-.Teil ★ Zeitschriftenschau ★ Buchbesprechungen ★ Repression mit §129a ★ Kleinanzeigen, hautnah etc.

Nr.14: (64 Seiten)
★ Arbeit, Entropie, Apokalypse und 35-Stundenwoche ★ Geheimer NATO-Stützpunkt auf den Färörn ★ Cruise auf U-Boote - NATO-Pläne ★ Europawahlboykott ★ Antipädagogik contra Libertäre Pädagogik ★ Gesell-Diskussion ★ Das letzte Interview mit Augustin Souchy; + Filmbesprechung Die lange Hoffnung ★ Aufruf an Anarcha-Feministinnen ★ Kritik an den Ökolibertären u.v.a.m.

Nr.15: (64 Seiten)
★ Kulturnummer? ★ FLI-Treffen (Lutter) ★ Automatisierungsdebatte ★ Interview mit A. Gorz ★ Frau-Mann-Maschine ★ Hacker ★ Pädagogik-Diskussion ★ F. Ferrer ★ Anti-Kriegs-Museum, ein Interview ★ Europawahlnachschlag ★ Migros-Opposition ★ Projektemesse ★ Souchy: Mexiko ★ Reimers: Oskar Kanehl ★ Faschismus – Antifaschismus ★ S.Gesell-Diskussion ★ Omori ★ Libertäre Comics ★ Venedig Veranstaltungsplan ★ u.v.a.

(Fred Mayer)


112·RLN